

EWG Großmachtpläne
der Imperialisten 12Krise im Stein-
kohlenbergbau 17

Zur Politik des KBW 24

Jahrg. 3 Nr. 32 Sept. 73

Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes

50 Pf.

Arbeiterkampf

Streiks auf breiter Front

Nach der Sommerpause hat die Streikbewegung einen neuen Aufschwung genommen. Beteiligt sind in erster Linie die Arbeiter von Betrieben der Metallindustrie. Im Mittelpunkt stehen Forderungen nach Teuerungszulagen in unterschiedlicher Höhe, daneben in Einzelfällen auch besondere Forderungen wie Abschaffung von Niedrig-Lohngruppen oder Verbesserung der Arbeitsbedingungen.

Die neue Streikwelle begann Mitte August mit den Streiks bei Pierburg in Neuß und AEG-Küppersbusch in Gelsenkirchen. Es folgten die Streiks bei Opel in Bochum, bei der Rhein-Stahl AG in Bielefeld-Brackwede und bei Ford in Köln, um nur die wichtigsten zu nennen.

Am Anfang ein magerer

Tarif-Abschluß

Der „Grundstein“ für die Streikbewegung dieses Jahres wurde gelegt, als sich die IG Metall Anfang Januar mit den Kapitalisten auf eine Lohn- und Gehaltserhöhung von 8,5% einigte. Kapitalisten und Gewerkschaftsführer waren anscheinend der Meinung, dieses magerer Ergebnis den Arbeitern und Angestellten der Metallindustrie zumuten zu können. Diese Spekulation erwies sich als falsch. Bereits bei der Abstimmung über das Ergebnis in Nordrhein-Westfalen gab es 66% Nein-Stimmen und nur 26% Zustimmung. In einzelnen Großbetrieben war die Ablehnung noch weit höher – so z.B. rund 84% Nein-Stimmen bei Hoesch in Dortmund.

So traten denn auch die Hoesch-Arbeiter bereits im Februar in den Streik für eine allgemeine Erhöhung um 14 Pf. je Stunde. Der Streik endete nach drei Tagen – Ergebnis: 5 Pf. mehr. Gemessen an den ursprünglichen Forderungen also eine Niederlage.

Die anhaltenden Preisteigerungen ließen das von der IGM ausgehandelte Tarif-Ergebnis in immer schlechterem Licht erscheinen. Schon wenige Wochen nach Tarif-

Abschluß zeichnete sich ab, daß die Erhöhung von Löhnen und Gehältern hinter den Preisteigerungen bereits zurück blieb. Daher ist abgesehen von der Sommerpause seit Anfang Mai die Streik-Bewegung in den Metall-Betrieben nicht mehr abgeklungen.

Ein Hoch auf die ausländischen Kollegen

Eine vorantreibende Rolle spielen in der Streik-Bewegung die ausländischen Kollegen. In einigen Fällen – wie im Mai bei Karman in Osnabrück und im August bei Pierburg in Neuß kam es zu Streiks, die fast ausschließlich von ausländischen Arbeiterinnen und Arbeitern getragen wurden. Der Streik in den Körner Ford-Werken begann mit Arbeitsniederlegungen von einigen hundert

CHILE: «FRIEDLICHER ÜBERGANG» AUF DEM STERBEBETT



Salvador Allende

Die gegenwärtige Situation in Chile erscheint äußerst verworren. Präsident Allende hat erklärt, daß das Land „am Rande des Bürgerkriegs“ steht. Die bürgerliche Presse berichtet in der letzten Zeit fast täglich von der sich zuspitzenden Krise, wofür sie natürlich die „sozialistische Politik“ der Unidad Popular verantwortlich macht. Tatsächlich verhält es sich aber so, daß diese Krise von den reaktionären Kräften betrieben wird, die sich zum Sturz der Allende-Regierung um die chilenische Bourgeoisie geschart haben und dabei von den ausländischen Imperialisten und Militaristen unterstützt werden. Der Terror der Konterrevolution hat mittlerweile ein Ausmaß erreicht, wo eigentlich schon nicht mehr die Frage steht, wie die chilenischen Arbeiter und Bauern den Bürgerkrieg verhindern können, sondern: wie sie ihn gewinnen können.

Was die Allende-Regierung selbst betrifft, so flüchtet sie sich immer mehr in eine offene Kapitulationspolitik. Ihr reformistisches Konzept vom „friedlichen Übergang zum Sozialismus“ erweist damit immer deutlicher seine völlige Untauglichkeit, die chilenischen Arbeiter und Bauern wirklich zum Sieg über die Konterrevolution und zur Eroberung der politischen Macht zu führen.

Auf Seite 10 dieser Ausgabe veröffentlichen wir einen Artikel, der sich anhand der jüngsten Entwicklung noch einmal mit der reformistischen Politik der Unidad Popular auseinandersetzt.

Beispiel haben in mehreren Fällen – gen. dort bis zu einem gewissen Grad „die Luft schon raus“ ist. Auf diese Situation haben die Kapitalisten, zum Teil mit der Unterstützung einzelner Betriebsräte, auch bewußt hingearbeitet. Die Taktik war, Konfrontationen zu einem für die Arbeiter relativ ungünstigen Zeitpunkt zu provozieren und dann den Arbeitern eine Niederlage beizubringen (vgl. dazu vor allem unseren Artikel zum Klöckner-Streik in AK 31).

Zersplitterung der Streiks

Kennzeichnend für die Streikbewegung ist ihre Zersplitterung. Die Betriebe streiken weitgehend isoliert voneinander. Die Forderungen unterscheiden sich stark voneinander.

Die Streikbewegung zieht sich über einen Zeitraum von mehreren Monaten hin. Dadurch kommt es zu einer starken Ungleichzeitigkeit der einzelnen Streiks. Wenn z.B. Klöckner streikt, dann streikt Opel nicht, und umgekehrt. Für die Kapitalisten bedeutet das entscheidende leichtere Spiel: während sie selbst natürlich geschlossen vorgehen, können sie mit den Streiks „stückweise“ fertig werden. Die Position der Metallarbeiter wäre weit besser, wenn sie schon zur Herstellung einer einheitlichen breiten Streikfront in der Lage wären.

Jetzt erweist es sich als nachteilig, daß z.B. die Großbetriebe Hoesch und Klöckner ihre negativen Streikerfahrungen schon hinter sich haben, daß also bei den Kolle-

gen dort bis zu einem gewissen Grad „die Luft schon raus“ ist. Auf diese Situation haben die Kapitalisten, zum Teil mit der Unterstützung einzelner Betriebsräte, auch bewußt hingearbeitet. Die Taktik war, Konfrontationen zu einem für die Arbeiter relativ ungünstigen Zeitpunkt zu provozieren und dann den Arbeitern eine Niederlage beizubringen (vgl. dazu vor allem unseren Artikel zum Klöckner-Streik in AK 31).

Hier zeigt sich zugleich der Fehler derjenigen linken Organisationen, die ohne Berücksichtigung der konkreten Lage in den einzelnen Betrieben und in der Metallbranche als Gesamtes bereits im Juni ihre ganze Agitation darauf ausrichteten, gerade dieser Zeitpunkt sei für Streiks besonders „günstig“. Die von manchen Organisationen vertretene Parole „Je früher gestreikt wird, umso besser“ hat sich als Trugschluß erwiesen. Objektiv war das nämlich durchaus auch die Parole der Kapitalisten sowie der rechten Betriebsräte und Gewerkschaftsführer. Da die Entwicklung des Kampfwillens und der Bewußtheit innerhalb der Arbeiter eines Betriebs und vor allem innerhalb der verschiedenen Betriebe durch-

aus nicht einheitlich verläuft, kann man keineswegs sagen, daß für die Arbeiter der früheste Zeitpunkt zum Kampf auch der beste ist. Vielmehr ist der günstigste Zeitpunkt d a n n, wenn es möglich ist, daß nicht nur die Arbeiter eines Betriebs, sondern möglichst vieler Betriebe geschlossen den Kampf aufnehmen.

Die Kommunisten sind heute noch nicht in der Lage, die Situation in der Gesamtheit der Betriebe realistisch einzuschätzen, und sie sind wohl auch nur in Ausnahmefällen fähig, auf die Entscheidung der Arbeiter eines bestimmten Betriebs zum Streik bestimmend einzuwirken. Gerade deshalb ist es ein falsches Vorgehen, Streikaufrufe losgelöst von den objektiven Bedingungen in den Mittelpunkt der Agitation zu stellen, wie es vor allem im Juni von Seiten einiger linker Organisationen geschah.

Die Regierung greift ein – wie 1969

Die Lage entwickelt sich vergleichbar zu 1969. Auch damals Forts. nächste Seite



Forts. von Seite 1

kam es zu einer Welle „wilder“ Streiks, weil der Tarifabschluß viel zu niedrig ausgefallen war. Allerdings gibt es gewisse Unterschiede: die damaligen Streiks erfolgten bald nach dem Tarifabschluß, gingen von einem Großbetrieb aus (Hoesch) und waren – was den Zeitpunkt angeht – relativ geschlossen.

Schon 1969 wurde die Streikbewegung durch das Eingreifen der Regierung (damals noch „Große Koalition“ von CDU/CSU und SPD) beendet.

Auch jetzt ist wieder der Zeitpunkt gekommen, wo sich die Regierung als „Vermittler“ und „Schlichter“ in die Streikbewegung einschalten versucht. Das geschah nach der Ausdehnung der Streiks auf die Großbetriebe Opel (Bochum) und Ford (Köln) und der Gefahr eines „Flächenbrands“ vor allem in Nordrhein-Westfalen. Dabei ist zunächst einmal die Ausgangslage der jetzigen Regierung, die hauptsächlich von der SPD getragen wird, besser als 1969, weil eine solche Regierung es besser als die von der CDU/CSU geführte „Große Koalition“ zuwege bringen kann, mit Hilfe der Gewerkschaftsführung die werktätigen Massen „einzuklinkeln“.

Das Eingreifen der Regierung wurde durch entsprechende Appelle in der bürgerlichen Presse vorbereitet, insbesondere am Wochenende 25./26. August sowie am Mor-

klassengegensätzen zu stehen.

So kam es denn am 26. und 27. August zu ersten Gesprächen zwischen der Regierung einerseits sowie Gewerkschaftsführern und Kapitalisten andererseits.

Das Ziel ist, im Interesse der Bourgeoisie die Streikbewegung durch eine zentrale Regelung zu beenden, mit der die eigentlichen Forderungen der Arbeiter nicht erfüllt werden.

Allerdings zieht es die Regierung gegenwärtig noch vor, unter scheinheiligen Hinweisen auf die „Tarifautonomie“ keine offene „Vermittler“-Rolle zu übernehmen, sondern mehr aus dem Hintergrund zu agieren.

Die bürgerliche Presse hetzt

– wie üblich

Parallel zur Streikbewegung entwickelte sich die Hetze der bürgerlichen Presse. Sie verläuft in der Regel auf der Linie, daß Streiks (und noch dazu „wilde“) eigentlich „den deutschen Wesen fremd“ sind (wie die Nazis gesagt haben würden). Wenn also deutsche Arbeiter „wild“ streiken, dann gehen diese Streiks zweifellos auf das Konto einer unfähigen sozialdemokratischen Regierung und sind zudem „von radikalen Drahtziehern geschürt“.

In diesem Sinne äußert sich z.B. die „FAZ“ vom 23.8.: „Wer macht solche Streiks?“ – Die Arbeiter selbst seien es „wohl am selten-

so Kollegen auf dem Holzweg.“

Jeder Streik hat selbstverständlich mit Politik zu tun. Die Bourgeoisie führt ihren Kampf organisiert, nicht auf einen einzelnen Betrieb beschränkt, und sie führt ihn politisch – d.h. sie setzt die Presse, den Staat, die Gewerkschaftsführung etc. in diesem Kampf ein. Solange die Arbeiter sich betriebsweise aufsplitteln lassen und den bürgerlichen Parolen vom „unpolitischen“ Streik folgen, werden sie der Organisiertheit der Bourgeoisie zwangsläufig unterlegen bleiben.

Außer der antikomunistischen Hetze herrscht in der bürgerlichen Presse noch ein weiteres Motiv vor, nämlich die Hetze gegen „wilde“ Streiks überhaupt – und damit gegen das Streikrecht, soweit es nicht von den Gewerkschaftsführern ausdrücklich abgesegnet worden ist. Solche Streiks werden ganz allgemein für „illegal“ erklärt.

Die Rolle der IGM-Führer

Die IG Metall-Führer sind geschickt genug, im Allgemeinen nicht gegen die spontanen Streiks Stellung zu nehmen. Das unterscheidet sie schon bei den September-Streiks 1969 von den Führern der IG Bergbau-Energie, die die Streikenden offen als geldgierige Nichtstuer etc. anpöbeln.

Im Gegenteil: zum Teil bringt die IGM-Zeitung „Metall“ relativ ausführliche Berichte über sponta-

nen ganz fauler Trick. Es ist klar, auf dieser Ebene der Wesen beschneidet, denn die Entwicklung des Westens ist Kapitalismus, die des Ostens nicht oder einem geringen Teil.

Außerdem ist es kinderleicht, ihre Konten bei den westlichen Banken einfach zu sperren. Es soll der Eindruck vermittelt werden, die westlichen Länder seien „Kolonia“ föcher Ministern wie Kuwait usw. In der „Welt“ wurde das auch offen behauptet. Diese antiarabische Hetze wird natürlich durch den Zionismus noch verstärkt. Ganz offen werden daneben Aggressionspläne gegen den Irak, der zur Zeit gute Beziehungen zur Sowjetunion unterhält, verbreitet und verteidigt.

Am Beispiel des Präsidenten von Uganda, Idi Amin, der früher Boxer gewesen war, kürzlich als Einwohner indischer Herkunft des Landes verwiesen und Grenzzwischenfälle mit Tansania provoziert, wird das alte Märchen von den unzüchtigen Afrikanern neu aufgewärmt. An solchen Kreaturen zeigt sich aber



Wie häufig vorbereiten – in unserem Organisationsbereich und mit unseren Funktionen und Mitgliedern. („Metall“, 7. August)

Das sind dieselben Sprüche, wie sie schon nach den September-Streiks 69 zu hören waren. Nachdem das Kind in den Brunnen ge-

hen Ölkonzerne, Sie sind es, die die tatsächliche Kontrolle über das Öl ausüben und außerdem die großen Ölgewinne einstreichen. Die Scheichs werden nur daran beteiligt, machen gemeinsame Sache mit den Konzernen und sind die reaktionärsten Kreise in ganz Arabien.

Außerdem ist es kinderleicht, ihre Konten bei den westlichen Banken einfach zu sperren. Es soll der Eindruck vermittelt werden, die westlichen Länder seien „Kolonia“ föcher Ministern wie Kuwait usw. In der „Welt“ wurde das auch offen behauptet. Diese antiarabische Hetze wird natürlich durch den Zionismus noch verstärkt. Ganz offen werden daneben Aggressionspläne gegen den Irak, der zur Zeit gute Beziehungen zur Sowjetunion unterhält, verbreitet und verteidigt.

Am Beispiel des Präsidenten von Uganda, Idi Amin, der früher Boxer gewesen war, kürzlich als Einwohner indischer Herkunft des Landes verwiesen und Grenzzwischenfälle mit Tansania provoziert, wird das alte Märchen von den unzüchtigen Afrikanern neu aufgewärmt. An solchen Kreaturen zeigt sich aber

Man wird sehen, Forderungen von 18% sind aus manchen Betrieben für die nächste Tarifrunde schon auf dem Tisch.

DEUTSCHEN

GELERNCHEN

Eine Woche gestreikt – nichts erreicht

DER DRITTE „WILDE“ STREIK BEI AEG-KÜPPERSBUSCH IN DIESEM JAHR

Nach der Tarifrunde 72/73 hatten die Arbeiter der zum AEG-Konzern gehörenden Küppersbusch AG in Gelsenkirchen mit einem fünftägigen Streik und der vorübergehenden „Besetzung“ des Verwaltungsgebäudes verhindern können, daß die Zeitlohnzuschläge der Akkordarbeiter von der Unternehmensleitung gestrichen wurden.

Die Anrechnung der über tariflichen Leistungen auf die in der zurückliegenden Lohnrunde ausgehandelten Tarifierhöhungen hätte für betroffene Küppersbusch-Kollegen Lohnnebenbußen zwischen 60,- und 130,- DM je Arbeiter bedeutet.

Die Arbeiter „hatten einen Erfolg ihrer kämpferischen Solidarität errungen. Sie werden auf der Hut sein müssen – denn der nächste Angriff kommt bestimmt!“ Mit diesen Worten schloß im April dieses Jahres ein Artikel im ARBEITERKAMPF (Nr. 27), in dem wir über die Ereignisse bei AEG-Küppersbusch berichteten.

Anfang August war dann auch in der Gelsenkirchener Herdfabrik Küppersbusch der Ofen aus: Um einen weiteren Abbau ihrer Reallohn durch Preiserhöhungen und Steuerprogression zu verhindern, legte die gesamte Belegschaft bei Küppersbusch die Arbeit am 7. August 73 für einige Stunden nieder. Nach diesem Warnstreik, in dessen Verlauf die Kollegen durch den Stadteil Feldmark demonstrierten, wurde der Geschäftsführung eine Frist von acht Tagen eingelegt, um mit dem Betriebsrat eine akzeptable Lohnerhöhung auszuhandeln.

40 Pfennig mehr Stundenlohn!
70 DM mehr für Angestellte!
30 DM/Monat mehr für Lehrlinge!
200 DM mehr Weihnachtsgeld für alle!

Das sind die Forderungen, die die Küppersbusch-Arbeiter ihrem BR mit auf den Weg gaben.

Die Kollegen gingen zunächst wieder an die Arbeit.

16. August 1973, vor der Frühlingszeit:

Betriebsratsvorsitzender Willi Scherer meldet sich bei den Kollegen zum Rapport – die „Schonzeit“ ist vorbei!

W. Scherer kam mit leeren Händen. Die Geschäftsleitung hatte sich geweigert, die Forderungen der Belegschaft auch nur zur Kenntnis

zu nehmen. Vorstandssprecher Dr. Hans Ahle hatte ihm am Vortrag erklärt: „Wir können nicht zahlen, und wir werden nicht zahlen!“

Daraufhin wurden bei Küppersbusch zum zweiten Mal innerhalb von 10 Tagen die Maschinen abgestellt – 1 500 Kollegen marschierten in einem langen Demonstrationstzug (siehe Bild) durch die Gelsenkirchener Innenstadt bis zur Verwaltungsstelle der IG Metall, um dort ihre Entschlossenheit zum „unbefristeten Streik“ bekanntzugeben und die sofortige Aufnahme von Verhandlungen über ihre Belange zu fordern.

Zum Firmengelände zurückgekehrt, blockierten die Streikenden alle Tore, sodaß eintraffende Lastzüge aus Süddeutschland nicht entladen werden konnten. Die AEG-Kollegen wurden jedoch zunächst noch einmal von der Geschäftsleitung überbumpelt: Durch „Vermittlung“ des BR-Vorsitzenden Scherer wurde eine Notdiensttruppe von Kollegen zusammengestellt, die eintraffende Lastzüge entladen sollte, „damit die Arbeit später wieder ohne Verzögerung aufgenommen werden kann“, wie laienhaft gesagt wurde.

Als herumströmende Vorarbeiter und Meister die Kollegen an der Vorlademaschine jedoch zum Beladen der Laster mit Fertigprodukten anhalten wollten, erkannten die Arbeiter das üble Spiel und kehrten zu den Streikposten vor den Werkstoren zurück.

Als sich am 16. August um 14.00 Uhr die Arbeiter der Mittagspause dem Ausstand angeschlossen hatten, streikte (von wenigen Streikbrechern abgesehen) die gesamte Küppersbusch-Belegschaft.

Für 5 Tage (bis zum 22. August) lag der ganze Betrieb still. Am Montag, den 20. August, verschärfte sich die Lage bei der AEG durch das Vorgehen der Geschäftsleitung.

Einem jungen Kollegen wurde striktos gekündigt, weil er die Auszubildenden zur Solidarität mit ihren älteren streikenden Kollegen aufgefordert hat. Darüberhinaus erklärte ein Küppersbusch-Sprecher, dieser Arbeiter werde entlassen, weil er sich bei den Demonstrationen „besonders wild“ verhalten habe. „Da er erst seit drei Wochen im Betrieb sei, sei eine Zustimmung des Betriebsrates nicht notwendig.“



gen des folgenden Montag, 27. August. So machte etwa Oberbetzler Peter Boenisch in der „Bild am Sonntag“ vom 26.8.: „Noch ist es Zeit, auf die Bremse zu treten. Aber, wer tritt?“ In diesem Artikel wurde Brandt als „lieber, netter Kaiser der Trübsal“ dargestellt, der zwar in der Außenpolitik fix rumwirbelt, aber die „Krisen“ im Inneren völlig vernachlässigt. Und die „Neue Ruhrzeitung“, die ja bei der jetzigen Streikbewegung sozusagen „an der Quelle“ sitzt, blubberte noch am Montag: „Was sagt der Kanzler? – Die Öffentlichkeit wartet auf sein Wort“ (27.8.).

Der wirtschaftliche Aufstieg des BRD-Imperialismus beruht zum guten Teil darauf, daß es bisher immer noch gelungen ist, das Ausmaß von Streiks relativ gering zu halten – viel niedriger als etwa in Italien oder Frankreich, England oder auch den USA. Daran knüpft sich eine bestimmte bürgerliche Ideologie, die wie folgt aussieht:

Wir alle (Arbeiter und „Unternehmer“ gemeinsam) verdanken unseren „Wohlstand“ der Tatsache, daß in der BRD so wenig gestreikt wird. Wäre es anders – wie etwa in England oder Italien – wäre es mit unserem „Wohlstand“ schnell vorbei. Deshalb darf die „Krankheit“ von Streiks gar nicht erst um sich greifen.

Im Sinne dieser Ideologie ist es selbstverständlich, daß bei jeder nur halbwegs umfangreichen Streikbewegung die Bourgeoisie alsbald ihren Staat in Bewegung setzt – nicht nur im Sinn brutaler Polizei-Einsätze, sondern auch als großen „Schlichter“, der vorgibt, über den

Staat. Eher schon die „Radikalen“, nämlich „Jungsozialisten und „Chaoten“, zuletzt (!) schließlich die Deutsche Kommunistische Partei. Jedoch die „Radikalen“ ernten eben nur „die bösen Früchte der Inflation“, und dafür sei die Regierung verantwortlich.

In erster Linie richtet sich die bürgerliche Hetze gegen Kommunisten und linke Sozialdemokraten, die angeblich „auf dem Streik ihr eigenes Süppchen kochen“ wollen. Dabei geht es um folgendes: Wenn schon „wild“ gestreikt wird, dann will die Bourgeoisie jedenfalls die politischen Konsequenzen so gering wie möglich halten. Deshalb wird gegen alle Kräfte gehetzt, die der Arbeiterbewegung eine klare politische Stoßrichtung geben könnten.

Im Einzelnen schwankt die Bourgeoisie zwischen maßloser Übertreibung der Rolle der „Radikalen“ und demagogischem Herunterspielen: Während einerseits so getan wird, als wären die Streiks hauptsächlich „von Radikalen geschürt“, stehen andererseits Behauptungen, daß „Kommunisten“ vor den Werkstoren keine Chancen hätten, daß sie „wegjagt“ würden „von deutschen Arbeitern, die sich nicht aufhetzen lassen“ usw. (Zitat aus „Bild“ vom 24.8.).

Bis zu einem bestimmten Grad hat diese Demagogie bei den werktätigen Massen noch Anklang. Manche Kollegen kommen sich sogar noch ganz besonders gewitzt vor, wenn sie erklären, daß ihr Streik „völlig unpolitisch“ sei, daß „die Kommunisten“ damit nichts zu tun hätten etc. In Wirklichkeit sind die-

ne Streiks – z.B. einen ganzseitigen Artikel von Heinz Brandt über die Streiks bei den Hella-Werken in „Metall“ vom 7. August.

Dennoch ist klar, daß sich die Streikbewegung überhaupt erst aus der für die Arbeiter nachteiligen Tarifpolitik der IGM-Führer entwickelt hat. Wenn die IGM-Führer nachträglich behaupten, sie hätten damals der Stabilität dienen wollen und mit einem „Entgegenkommen“ der Kapitalisten bei den Preisen gerechnet, dann ist das natürlich bloß ein schlechter Witz. So naiv, wie sie sich da geben, sind die IGM-Führer bestimmt nicht.

So ist denn heute die Haltung der IGM-Führer, daß sie die spontanen Streiks zwar „verstehen“ können, aber sie wegen der „Friedenspflicht“ nicht billigen und unterstützen können. Umso mehr wird jetzt mit „radikalen“ Sprüchen auf die nächste Tarifrunde orientiert, wo man es den Kapitalisten nicht leicht machen werde. So verspricht IGM-Chef Eugen Loderer:

„Wenn wir zum Jahresende unsere Forderungen auf den Tisch legen, werden sie dem Rechnung tragen, was inzwischen geschehen ist.“ („Metall“, 10. Juli 73)

„Vagen Versprechungen schehen wir keinen Glauben. Mit der echtprozentigen Inflationsrate ist ein tarifpolitischer Nachholbedarf entstanden. Daran kann die Preisentwicklung der nächsten Monate nichts mehr ändern ... Gegen gute Worte – egal von welcher Seite sie kommen – lassen wir uns den Scheiß nicht abkaufen. Wir werden die notwendigen Aktionen, die kommende Tarifrunde insgesamt, so

(„Westfil. Rundschau“, vom 21.8. 73)

Die DKP informierte die Streikenden am gleichen Tag in ihrer Betriebszeitung „Heiße Platte“ über den Plan des AEG-Konzernvorstands, weitere 14 Arbeiter schrittweise zu entlassen, um die einheitliche Kampffront zu spalten und schließlich zu zerschlagen.

Von diesem Vorhaben will die DKP aus unmittelbarer Umgebung des AEG-Vorstands Wind bekommen haben.

War es den Kapitalisten bisher nicht gelungen, eine nennenswerte Zahl von Streikbrechern aus der Belegschaft selbst zu gewinnen, so versuchten sie es am Montag mit den Fernfahrern, die ihre Waren bei Küppersbusch loswerden wollten: Die LKW's sollten die Blockade durchbrechen.

Als die streikenden Arbeiter, die zu Hunderten vor den Toren auf Posten standen, nicht zur Seite wichen und die Lastwagen eingeklinkt waren (siehe Bild), „interventierten“ die Polizei.

Wie dieser Polizeieinsatz konkret aussah, ist uns bis zur Stunde nicht bekannt. Jedenfalls gelang es auch der Polizei nicht, die Blockade zu durchbrechen.

Bis zum Montag, den 20. August, lag weder von der Küppersbusch-Geschäftsleitung noch vom AEG-Konzernvorstand ein Angebot vor. BR-Vorsitzender Scherer: „Alle Verhandlungsmöglichkeiten sind erschöpft!“

Als „Retter in der Not“ erschien dann in dieser festsitzenden Situation die IG Metall-Betriebsleitung Essen, die sich „vermittelnd“ in den Konflikt einschaltete.

„Auf Vorschlag der Externer Betriebsleitung der IGM (kam es) zu einer Aussprache zwischen Betriebsrat und Unternehmensleitung. Danach wurde lediglich mitgeteilt, der Unternehmensvorstand habe einen Vorschlag zur Beendigung des Streiks unterbreitet.“ (Ruhrnachrichten, vom 22. August 73)

Wie dieser „Vorschlag zur Beendigung“ des Streiks aussah, da-



Küppersbusch-Arbeiter demonstrieren: „40 Pfg. müssen her, sonst gibt es keine Herde mehr!“

rüber wurden die Arbeiter schrittweise informiert: Erst hieß es lediglich, daß ein Vorschlag von AEG vorliege (am Dienstag früh). Dann ließen IG Metall-Vertreter, vorab, es würden „mehr als zwei Drittel der Forderung nach einer Teuerungszulage von 40 Pfennig erfüllt.“ (Westfäl. Allgemeine)

Schließlich war es so Willi Scherer, den streikenden Küppersbusch-Arbeitern einen „Kompromiß“ zur Annahme zu empfehlen und zur Wiederaufnahme der Arbeit aufzufordern. Die Regelung sieht vor, daß Arbeiter und Angestellte – 180 DM mehr erhalten sollen, wenn sie länger als ein Jahr bei der AEG sind – 100 DM als „Sonderzahlung“ für Kollegen nach halbjähriger Betriebszugehörigkeit.

Die Frage nach der Bezahlung der Streikzeit (für jeden Kollegen zwischen 180 und 250 DM netto!) war noch strittig.

„Wer ausgehen werden viele ausländische Arbeitnehmer, die bis zu 40% vertreten sind, weil sie erst

seit kurzem bei Küppersbusch vertreten sind. Wir haben nur 23 Pfennig mehr bekommen (für 5 Monate, Ausm. d. Red.) und 40 wurden verlangt“, sagte ein Arbeiter, der wie viele seiner Kollegen mit dem Ergebnis nicht zufrieden ist. „Viele Arbeitnehmer beklagen sich über die Art der Auszahlung: „Daß uns 90 Mark auf einen Schlag gezahlt werden, bringt nicht als eine höhere Verteuerung ein, und wir haben den gleichen Lohn wie bei Streikbeginn. Das hat sich alles nicht gelohnt.“ („Ruhr Nachrichten“, 23.8.73)

Es bedurfte längerer Auseinandersetzungen zwischen Betriebsrat und Belegschaft, sowie innerhalb der Belegschaft, bis die Mehrheit der Kollegen einsehen mochte, daß „nicht mehr drin“ ist (was die IGM-Vertreter und der Betriebsrat behaupteten).

Nur widerwillig und nur nach und nach gingen die Kollegen wieder an die Arbeit. Vom 22. August an arbeitete die Mittagschicht bei Küppersbusch wieder „normal“.

Was hat der Streik gebracht

Gemessen an den Ausgangsforderungen (s.o.) muß das Ergebnis des Kampfes als klare Niederlage der Arbeiter gewertet werden.

Nicht nur, daß die neue Regelung in keinem Verhältnis zu den Ausgangsforderungen und den Anstrengungen und Entbehrungen des Streiks steht; für wichtiger halten wir noch die Tatsache, daß die Kapitalisten den Arbeitern ein Ergebnis diktieren konnten, das die bestehende Spaltung in der Küppersbusch-Belegschaft über ein differenziertes Akkordsystem weiter vertieft.

Es war ja gerade ein besonderes Merkmal dieses Arbeitskampfes, daß die Arbeiter für 5 Tage zu einem einheitlichen, solidarischen Handeln für eine gemeinsame Forderung gefunden hatten

– ein Erfolg der Aktion hätte ohne Frage nicht nur in der Tendenz die Spaltung über den Lohn aufgehoben.

Noch einen Tag vor Abbruch des Streiks waren die Streikenden sich ihres Erfolgs ganz gewiß: „Wir streikten bis uns die Luft ausgeht, und das wird nicht so schnell geschehen“, sagte ein älterer Kollege am Tor 5. Ein anderer: „... die Kollegen wissen, daß wir durchhalten müssen, weil wir sonst kein Bein mehr an die Erde bekommen. Lieber würde ich einen Kredit aufnehmen, als ohne Ergebnis an die Arbeit gehen.“

Aus solchen, in der letzten Zeit oft gehörten Zitate, spricht vor allem die Begeisterung der Arbeiter, die auf der Erfahrung des gemeinsamen Kampfes und der Arbeitersolidarität entsteht. In ihr kommt die Kampfbereitschaft vieler westdeutscher Belegschaften zum Ausdruck, nicht jedoch schon ihre tatsächliche Kampfkraft, so daß die Arbeiter und Angestellten immer wieder – trotz großartiger Kampfbereitschaft in den ersten Tagen eines Streiks – am Ende Niederlagen einstecken müssen. Wesentliche Voraussetzung zur Erhöhung der tatsächlichen Kampfkraft der Arbeiter (um auch einen längeren und härteren Streik durchsetzen zu können) ist ein möglichst umfassender Einblick in das Vorgehen des Klassengegners (der Kapitalistenklasse), in die Machenschaften und Betrügereien seiner Agenturen (vor allem Gewerkschaftsführung und Regierung), in seine Möglichkeiten und Ziele usw., kurz: eine weitest mögliche Einschätzung vom derzeitigen Stand des Kräfteverhältnisses der beiden großen Klassen ist für die streikenden Arbeiter und besonders für die westdeutsche Arbeiterklasse von allergrößter Bedeutung. Hier liegt eine wesentliche Aufgabe für die kommunistische Presse und Propaganda-Arbeit, die aber immer noch von allzuviel Gruppen sträflich vernachlässigt und z.T. wohl auch „peinlich“ umgangen wird.

Bereichsleitung Metall, KB-Gruppe Hamburg

Neuß: A. Pierburg Autogerätebau KG

Trotz Polizeiterror – ein beachtlicher Streikerfolg

Bei der A. Pierburg Autogerätebau KG in Neuß wurde vom 13. bis 17. August 1973 die gesamte Produktion durch einen Streik lahmgelegt, der im wesentlichen von ausländischen Arbeiterinnen ausging und getragen wurde.

Trotz mehrfacher von der APG-Geschäftsleitung bestellter Polizeieinsätze, trotz zahlreicher Schikanen, Drohungen und Bestechungsversuche, gelang es den Kapitalisten nicht, die Front der Streikenden zu spalten und zu zerschlagen.

Im Gegenteil wuchs die Zahl der Streikenden von anfänglich 800 auf rund 2000 Kolleginnen und Kollegen, die noch am letzten Streiktag ein „erstes Verhandlungsergebnis“ als unzureichend zurückwiesen und weiterstreikten.

Für diese Forderungen wurde gestreikt: „1 Mark mehr für alle!“ und „Weg mit Lohngruppe 2!“ Und das ist der beachtliche Erfolg der Pierburg-Arbeiterinnen:

- Die sogenannten „Leichtlohngruppe“ 2 wird für das Neusser APG-Werk abgeschafft. Von den betroffenen 1700 Kolleginnen werden ab sofort 1200 in Lohngruppe 3 umgestuft, die restlichen 500 folgen bis zum Ende dieses Jahres. Damit werden diese Arbeiterinnen pro Stunde zwölf Pfennig mehr bekommen.

- Ferner eine überörtliche Zulage von 30 Pfennig pro Stunde für alle gewerblichen Belegschaftsmitglieder. Die Angestellten, die sich nicht am Streik beteiligt haben, erhalten eine monatliche Zulage von DM 50. Diese Regelung gilt rückwirkend vom 1. August 73.

- Zu diesen Verbesserungen müssen noch jene 280 DM gerechnet werden, die schon eine Woche vor Streikbeginn als Teuerungszuschlag vereinbart worden waren.
- Vier der insgesamt fünf Streiktage werden voll bezahlt.

Der Streik bei Pierburg, bei dem die Frauen eine so hervorragende Rolle spielten, stand am Anfang der jüngsten Streikbewegung im Revier. Bürgerliche Journalisten haben den Streik bei Pierburg „ein Faßal“ genannt, das nicht ohne Wirkung auf die Streikwelle der letzten Wochen geblieben ist.

Da ist zweifelsohne was dran!



Opfer des Polizeiterrors, Kollegin Mermela: Eine Gehirnerschütterung, blaue Flecken und ein verstauchter Arm waren die Folge.

Die Ursachen des Streiks

In der bürgerlichen Presse wurde gerade bei der Kommentierung dieses Streiks immer wieder unterstellt, daß radikale Elemente von außerhalb des Betriebes auf den Beginn

und den schließlichen Verlauf des Arbeitskampfes entscheidenden Einfluß gehabt hätten.

Dem war leider nicht so!



Die Bullen schlagen zu –

zu zweit gegen eine Frau: Typisch! Richtig ist fraglos, daß verschiedene Organisationen der Linken die einzigen waren, die den Streikenden mit ständiger Information und auch materieller Hilfe bestanden – und somit ein klein wenig mit zum Erfolg der Aktion beigetragen haben.

Die Hetze gegen Kommunisten und „Chaos“, die angeblich nur ihr eigenes Süppchen kochen wollten, hatte neben dem vordergründigen Anti-Kommunismus natürlich auch zum Ziel, von den katastrophalen Zuständen bei Pierburg abzulenken.

Diese Verhältnisse waren es jedoch genau, die die Arbeiterinnen und Arbeiter zum selbständigen Handeln veranlaßt haben. Im Neusser Werk der APG (hier werden 75 % aller Vergaser und Benzinpumpen hergestellt, die in der westdeutschen Automobilindustrie gebraucht werden!) sind von den 3070 gewerblichen Kollegen 2248 Aus-

länder (!), davon wiederum 1856 Frauen (800 Kolleginnen kommen aus Griechenland, 600 aus der Türkei und 350 aus Jugoslawien – die anderen sind Italienerinnen und Spanierinnen).

Die ausländischen Kolleginnen mußten wie die anderen im Akkord arbeiten – wurden aber nur nach der berüchtigten „Leichtlohngruppe“ bezahlt.

Forts. nächste Seite

„Haut den Bossen auf die Flossen“



Holstein & Kappert AG

„Haut den Bossen auf die Flossen“, riefen die Arbeiter der Holstein & Kappert AG im Werk Dortmund (unser Bild) und demonstrierten vor den Verkörpern für eine Teuerungszulage von DM 250,-.

Zusammen mit ihren Belegschaftskollegen des Wittener Werks (insgesamt 1900 Mann) erreichten sie wenigstens nach einem zweitägigen Streik einen minimalen „Ausgleich“ für den Reallohnverlust der vergangenen Monate.

Als die Arbeiter bereits vor einigen Wochen mit einem kurzfristigen Streik der Forderung Nachdruck verliehen, zeigten sich die Kapitalisten euer. Demagogisch wiesen die Bosse die Forderungen der Strei-

kenden zurück: „Wir wollen der Regierung bei ihren Stabilitätsmaßnahmen nicht in den Rücken fallen.“

Daß die Unternehmensleitung damals wie heute die Stabilität der Profite meinte, wird auch bei der jüngsten „Regelung“ deutlich – das Verhandlungsergebnis zwischen BR, IG Metall-Vertretern und der Unternehmensleitung wird als „Vergriff auf die neue Regelung des Urlaubsgeldes“ bezeichnet (Bekanntmachung des BR).

Die Arbeiter werden aufpassen müssen, daß sie durch derzeitige Manöver nicht angeschnitten und um ihren erstrittenen „Zuschlag“ betrogen werden.

Forts. Fiesburg

pe" 2 bezahlt (also etwa 5,- DM brutto pro Stunde).

"Ich bezahle 200 Mark Miete für einen einzigen feuchten Keller, da haben sie früher Schweine drin gehalten. Jetzt ist das für uns Ausländer gut genug", sagte eine Griechin zu einem Reporter der Dörsdorfer Nachrichten. Auch mit Überstunden käme sie nicht über 650,- DM netto im Monat (DN, 18. 8. 73).

Neben den übelsten Schikanen bei der Arbeit (wie z.B. das Sprechverbot), die gezielt gegen die Gastarbeiter angewandt wurden, setzten die APG-Bosse in den letzten Jahren ständig die Leistungsnormen herauf. Hatten 1969 noch 50 Frauen pro Schicht 750 Vargauer hergestellt, so werden heute 1400 Stück

verlangt!

Die Forderung nach Abschaffung der übelsten Diskriminierungen und nach Verwirklichung des Prinzips „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ stand seit langem.

Der Protest in der Belegschaft gegen die immer unerträglicher werdenden Zustände in der Produktion verband sich zunehmend mit dem Unmut der Arbeiter über die Preissteigerungen der letzten Monate.

In Erwartung spontaner Protestaktionen (die diesen Großlieferanten und seine Abnehmer in der Boomphase der wirtschaftlichen Entwicklung empfindlich treffen mußten) versuchte die APG-Geschäftsleitung durch eigene Initiativen die Wogen der Empörung zu glätten.

• Anfang August dieses Jahres wurde von Fiesburg ein Teuer-

ungszuschlag von 200 DM gezahlt – natürlich außerhalb

der geltenden Tarifverträge. Bereits im Juni waren Verhandlungen mit dem BR und IGM-Vertretern über die „Verbesserung der Lohnstruktur“ aufgenommen worden, wovon sich die Arbeiter die Beseitigung der „Leichtlohngruppe“ und eine Angleichung der Akkordsätze an den tatsächlichen Stand der Leistung versprachen.

Als die Belegschaft nach zwei Monaten „Arbeit“ der Kommission immer noch nichts Konkretes erfahren konnten – die Arbeiterhaushalte aber immer mehr unter den Druck der Preissteigerungen gerieten, platze den Kolleginnen der Kragen, und sie nahmen die Sache selbst in die Hand.

Im Kampf gegen den Kapitalisten und seine Polizei die Einheit des Handelns hergestellt – Solidarität

Den Anfang machten die ausländischen Arbeiterinnen – 800 von ihnen versammelten sich vor den Toren des Werks und blockierten die Eingänge.

Von der APG-Geschäftsleitung wurde unmittelbar nach Streikbeginn Polizei angefordert.

Die Besatzungen von rund 20 Streifenwagen prügten auf die vor den Toren stehenden und sitzenden Frauen ein, um auf diese Weise die Eingänge „freizukämpfen“ – und diejenigen Belegschaftsmitglieder einzuschüchtern, die sich bisher noch nicht dem Kampf angeschlossen hatten.

Mehrere Arbeiterinnen wurden durch diesen Bulleterror verletzt, darunter die griechische Vertrauensfrau Mermela:

Diese Kollegin wurde drei (!) Polizisten demütig traktiert, daß sie nach ihr zahnstüßigen Festnahme einer Gehirnerschütterung Freilassung und Verstauchung entlassen wurde. (Sie Bild). Am zweiten Streik verhindert der BR das Einschleusen des BR-Vorsitzenden Leipziger, daß auf die gleich dinstags am Boden liegen Kollegin, weiter eingeschlagen wird.

Mit Hilfe der Polizei (die so mit gezogenen Pistolen auf die Strikenden losging!) konnten die APBosse zwar in den ersten beiden

Forts. Seite 5

Streik bei AEG-Telefunken

Am 10. Juli streikten etwa 2 000 Kolleginnen in den Werken I und II der Telefunken Fernseh- und Rundfunk GmbH Hannover für die Dauer von zwei Stunden für eine Teuerungsulage von 300,- DM netto. Einige Tage vorher hatten die Vertrauensleute eine Sitzung einberufen, auf der sie spontan diese Forderung beschlossen. Spontan, das heißt ohne vorher mit den Kollegen darüber zu diskutieren, ohne zu klären, wie diese Forderung durchgesetzt werden könnte, ohne Diskussion über eine mögliche Angleichung an die Forderung der Oldenburger Telefunken-Kollegen.

Im Auftrag des VK (Vertrauenskörpers) nahm der Betriebsrat die Verhandlungen mit der Geschäftsleitung wieder auf, jetzt für die 300,- DM-Forderung. Am Freitag, dem 6. Juli, scheiterten auch diese Verhandlungen. Dies Ergebnis wurde am Montag, dem 9. Juli durch Vertrauensleute und Betriebsräte mündlich bekannt gegeben mit dem Zusatz: „Jetzt ist die Belegschaft am Zuge.“

Dienstag, 10. Juli, Werk I, 9 Uhr: Ein Band nach dem anderen legte die Arbeit nieder, bald standen alle Bänder still, doch die Kolleginnen blieben entweder an ihren Plätzen oder standen in den Gängen. Nur wenige gingen auf den Hof. Es kam zu keiner Streikversammlung. Sofort gingen Meister und Vorarbeiter an, einzelne Kolleginnen herauszugreifen und zu „bearbeiten“. Auch die „Bereitschaft“ (Werkpolizei) war zur Stelle. Nach fünf Minuten ließ die Geschäftsleitung Flugblätter verteilen, die offenbar schon vorbereitet waren. Im Flugblatt wurde den Kolleginnen gedroht: „Wider“ Streik, Verletzung des Betriebsfriedens, Nichtbezahlung der Streikzeit, Entlassung. Die Kolleginnen setzten den Streik fort. Die beiden einzigen Vertrauensleute in der Halle (bei ca. 1 000 Kolleginnen) erklärten sich bereit, mit der Geschäftsleitung zu verhandeln.

Nachdem die Kolleginnen auf die dreimalige Aufforderung der Geschäftsleitung über Lautsprecher die Arbeit wieder aufzunehmen, nur mit lauten Pfiffen geantwortet hatten, kam nach zehnwinkliger Streikdauer eine wirkungsvollere Durchsage: Der Vertrauenskörper (in Wirklichkeit die beiden Vertrauensleute) hätte sich mit der Geschäftsleitung geeinigt, unter Druck werde nicht mit dem Betriebsrat verhandelt, die Kolleginnen sollten zurück an die Arbeit gehen und einmal das Verhandlungsergebnis abwarten. Die beiden Vertrauensleute waren der Geschäftsleitung auf den Leim gegangen und damit letzten Endes den Kolleginnen in den Rücken gefallen.

Das mindeste wäre gewesen, über dieses Ergebnis abstimmen zu lassen, bevor die Empfehlung zum Streikabbruch gegeben wurde. Außerdem hätten sie versuchen müssen, die Bezahlung der Streikzeit zur Vorbedingung des Abbruchs zu machen. „Wo bleibt der Betriebsrat?“ fragten einige Kolleginnen. Er hatte ausgerechnet um 9 Uhr eine Sitzung angesetzt, um dort über die „Probleme der Kollegen“ zu beraten, anstatt an der Seite der Kolleginnen in der Halle zu stehen. Unsicherheit breitete sich aus, die Streikfront bröckelte langsam ab. Die Stille-

verung: erst mal abwarten, was die Verhandlungen bringen.

In der Spätschicht vernachlässigten einige Abteilungen den Streik wieder aufzunehmen, doch es kam nur zu vereinzelten kurzen Arbeitsunterbrechungen von 10-15 Minuten, bei denen die Kolleginnen auf ihren Plätzen blieben. Als wichtigstes Mittel der Geschäftsleitung hatte sich das Verbot, andere Abteilungen zu betreten, bewährt. Dadurch erfuhren die Kolleginnen aus der anderen Ecke der Halle erst Stunden später, daß auch in der Spätschicht gestreikt worden war.

Ebenfalls Dienstag, Werk II, 900 Uhr: Einige Vertrauensleute hatten dazu aufgefordert, in der Pause auf den Hof zu gehen, da sie über die Ablehnung der Forderung informieren wollten. Die Antwort der 600 Kolleginnen auf dem Hof war: Streik für 300,- DM Teuerungsulage, verkürzte „14 Uhr-Pause“. Bezahlung der Streikzeit. Sie wählten eine Streikleitung und diskutierten das weitere Vorgehen. Ein Teil war dafür, zum Sitz der Geschäftsleitung nach Werk I zu marschieren, auch um so eine gemeinsame Front der Belegschaft beider Werke aufzubauen. Andere Kolleginnen wollten nur ein Ultimatum an die Geschäftsleitung schicken, und bis zu dessen Ablauf wieder arbeiten.

Ein großer Teil der Kollegen entschloß sich, durch die Halle zu ziehen, um erst einmal die restlichen Kollegen für den Streik zu gewinnen. Als der Zug durch die Halle marschierte (vornezitiert, nicht im Block), sausten Meister und Vorarbeiter herbei und griffen sich „ihre“ Leute unter Drohungen heraus. Nur ein kleines Häuflein kam am Ende der Halle an. Nach

„ihre“ Leute unter Drohungen heraus. Nur ein kleines Häuflein kam am Ende der Halle an. Nach 2 1/2 Stunden lief die Produktion wieder „normal“. Der erste Anlauf war gescheitert.

Viele Kollegen hofften jetzt auf die Verhandlungen, auf ein Kompromißangebot der Geschäftsleitung. Wie sich später herausstellte, waren die nach Beendigung des Streiks aufgenommenen Verhandlungen schon nach einer Stunde vorbei. Die Geschäftsleitung hatte jedes Zugeständnis abgelehnt. Doch erst am nächsten Tag gaben die Betriebsräte dieses Ergebnis und die Begründung bekannt, am Dienstag hätte es wohl zuviel „Unruhe“ gebracht.

Die Begründung des Vorstandes für die Ablehnung der Forderung:

1. „Zahlungen dieser Art würden dem Stabilitätsprogramm der Bundesregierung entgegenstehen.“
2. „Gestiegene Lebenshaltungskosten gehören in den Verhandlungsbereich der Tarifpartner.“
3. „Die schlechte Ergebnissituation sowie die Mehrkosten der jüngsten Vergangenheit (DM-Aufwertung) ermöglichen der Telefunken Rundfunk und Fernseh GmbH keine zusätzlichen Ausgaben.“

Am Freitag, dem 13. Juli, wurde bekannt, daß Telefunken Cello streikte. Einige Kollegen sagten daraufhin: „Am Montag geht's weiter.“ Allerdings ging es am Montag nicht weiter, auch nicht in Celle. Am 20.7. begann der Werksurlaub. Zumindest vorläufig hatten die Telefunken-Kapitalisten im Kampf um die Teuerungsulage gewonnen.

Die Linie der Telefunken-Kapitalisten: Keine Kompromisse

Um diese Linie durchzusetzen, nahmen sie auch kurze Streiks in Kauf. Sie wollten verhindern, daß ein Erfolg im Streik den Arbeitern Auftrieb geben würde und damit die Gefahr einer „unruhigen Zukunft“ für die Kapitalisten größer würde. Sie wollten verhindern, daß ein Erfolg in Hannover für die Arbeiter der anderen westdeutschen AEG-Telefunken-Werke zum Signal würde, sich ebenfalls Nachschlag zu holen. Die Kapitalisten zielten auf eine negative Streikerfahrung bei „ihren“ Arbeitern.

Die Telefunken-Kapitalisten wußten: Der Aufstieg des AEG-Telefunken-Konzerns zum siebten größten westdeutschen Unternehmen 1972 (achtgrößtes 1971), der im ersten Vierteljahr 1973 um 12 % auf 2,3 (1972: 2,1) Milliarden DM gestiegene Weltumsatz, der erwartete „deutliche Gewinnanstieg im laufenden Geschäft“, all das war nur möglich mit einer „ruhigen“ Belegschaft, die diesen Aufstieg mit ihrer Gesundheit und Lohnverschönerung bezahlte.

Die Telefunken-Kapitalisten hatten die Streikabwehr gut vorbereitet. Der Streikbeginn wurde durch ihre Verhandlungstaktik bis kurz vor die Werkstufen hinausgezögert. Das Spitzelsystem, die vorbereiteten Flugblätter, die neu installierte Lautsprecheranlage in Werk II, all das bedeutete eine viel bessere Streikvorbereitung als auf Seiten der Arbeiter.

Die Arbeiter: Schlecht gerüstet in die Schlacht

Die Arbeiter: Schlecht gerüstet in die Schlacht

Die Streiks für die Teuerungsulage waren für die meisten Kolleginnen die erste größere Auseinandersetzung dieser Art. Auch kleinere, einheitlich geführte Auseinandersetzungen, z.B. in den Abteilungen, hatten sie nur wenige gegeben. So fehlten den Kolleginnen die Erfahrung und damit die Klarheit über die Schwierigkeiten bei der Durchführung eines Streiks. Aufgabe der Vertrauensleute wäre es gewesen, diese Schwierigkeiten klar zu machen und einen Weg zu zeigen, wie sie zu überwinden wären. Doch anscheinend machten sie sich selbst Illusionen, setzten große Hoffnungen in die Verhandlungen und taten kaum etwas für die Entwicklung des Kampfes der Kollegen. So erklärten sie z.B. in einer Mitteilung vom 13. Juli:

„Nur der Vertrauenskörper und der Betriebsrat werden gemeinsam mit der IGM (III), gestützt auf das Vertrauen der Belegschaft ihre berechtigten Forderungen durchsetzen können.“

Nur, nur durch den einheitlichen Kampf der Belegschaft möglichst mehrerer Werke des Konzerns, unterstützt von den Vertrauensleuten und Betriebsräten, hätte eine Chance bestanden, daß die Forderungen durchgesetzt werden. Diesen Kampf zu organisieren bzw. den Weg dahin zu zeigen, wie diese notwendige Einheit geschaffen werden kann, das wäre die Aufgabe der Vertrauensleute gewesen, so hätte wirkliches Vertrauen erarbeitet werden

können. Das gilt auch für die meisten Betriebsräte. Sie hätten mehr tun können, als die „Bereitstellung“ der Forderungen „anzukennen“, Sitzungen über die Probleme der Kollegen abzuhalten, wenn gerade gestreikt wird und die Verhandlungsergebnisse verspätet bekannt zu geben.

Unterstützung durch die „KPD/ML“ & KBW/AK

Das „Aufbaukomitee für einen kommunistischen Bund Hannover“ (KBW-Tendenz) und die „KPD/ML“ hätten für den Streik ein Aktionsbündnis geschlossen und gaben gemeinsame Flugblätter heraus. Doch anstatt den Kollegen einen Weg zum Erfolg zu zeigen, sie auf längere Auseinandersetzungen vorzubereiten, versuchten sie nur, kurzfristig die Streikstimmung anzukurbeln. Zu diesem Zweck münzten sie auch das Ergebnis des Vulkan-Streiks um:

„Auch bei der Bremer Vulkan-Werft streikten die Arbeiter erfolgreich.“ Die Frage, ob der Streik der Telefunken-Arbeiter ebenso erfolgreich geführt werden könne, wurde sehr einfach beantwortet: „Wir werden es schaffen, wenn wir zusammenhalten.“ Ob dieser Zusammenhalt kurzfristig geschaffen werden könne und ein Streik-Erfolg drin lag, war aber zumindest für die „KPD/ML“-Vertretung offenbar ohne jede Bedeutung: „Es kommt nicht auf den Erfolg an, sondern auf die Erfahrungen – und außerdem bringt der Streik Kontakte“ und „man kann vorher nie sagen, ob man gewinnt – alles Spekulationen“ so in Gesprächen der Aktionseinheit.

Die Gefahr, daß die Erfahrung – alles Spekulationen“ so in Gesprächen der Aktionseinheit.

Die Gefahr, daß die Erfahrung einer Niederlage die Kollegen zu rückwerfen würde, sie in die Resignation treiben könnte, vor allem, weil sie bisher kaum Kampferfahrungen gemacht hatten, geschweige denn Erfolge, wurde nur von der KBW / AK-Vertretung gesehen, aber auch dies führte nicht zu einer veränderten Stofflichkeit der Flugblätter. Diese Politik führte nicht zum Erfolg, sondern zum Verheizen fortschrittlicher Kollegen und trug bei zur Erfahrung einer Niederlage.

Doch das wollten sie nicht wahrhaben (KBW/AK) bzw. nahmen sie gern in Kauf („KPD/ML“) in der Hoffung, für ihren Laden was abstauben zu können („das bringt Kontakte“). So schrieben sie noch am 16. Juli, daß man „nicht in Hannover von einer Niederlage reden kann“ und schließlich „am besten den Streik wieder aufschmeißen“ solle. Alles in Allem hat diese Politik den Arbeitern nicht geholfen.

Die Lehren des Streiks

Die Stärke der Arbeiterklasse liegt in ihrer Einheit, deren Voraussetzung die Klarheit über die Ziele und Schwierigkeiten des Kampfes ist. Was war nun im Streik an Klarheit vorhanden? Es bestand eine einheitliche Forderung: 300 DM. Das genügt aber nicht, es muß auch klar sein, wie man es etwas durchsetzt. Der Streik war das Mittel, aber bei der Frage: „Wie macht man das?“ zeigte sich, daß die meisten Kollegen noch kaum Streik-

erfahrungen hatten. Beim Streik kommt es auf die einheitliche Kampffront an. Ihr Fehlen war eine wesentliche Bedingung für das Scheitern.

Die Kollegen waren sich nicht einig, eine Spaltung zwischen besser bezahlten Deutschen und schlechter bezahlten Ausländern konnte nicht immer verhindert werden. Das sah in der Spätschicht z.B. so aus, daß die deutschen Arbeiter im Gegensatz zu den Ausländern nicht gestreikt haben.

Die Verbindung zwischen den Abteilungen war schlecht. Die spärlichen Verbindungen zwischen den einzelnen Werken des Konzerns reichten nicht aus, um z.B. die Streiks in Oldenburg, Hannover und Celle zu koordinieren.

Es ist sehr wichtig, die Aufgaben der Vertrauensleute beim Streik genau zu bestimmen, u.a. auch, damit ihre besonderen Möglichkeiten für die Organisation des Streiks voll ausgenutzt werden. Z.B. für die Herstellung der Verbindung zu anderen Abteilungen, die Einberufung von Vertrauensleuten und Abteilungsveranstaltungen und die bessere Information der Kollegen. Diese wichtigen Aufgaben haben sie nicht ausreichend erfüllt. Ihre Verhandlungen mit der Betriebsleitung waren von den Kollegen abgelehnt. Es ist aber unbedingt notwendig, die Verhandlungen auf der Grundlage des Streiks zu führen.

Das heißt:

- klarer Auftrag an die Verhandelenden,
- keine Kompromisse ohne Diskussion mit den Kollegen, Abstimmung vor jedem Er-

kläre mit den Kollegen, Abstimmung vor jedem Er-

kläre mit den Kollegen, Abstimmung vor jedem Er-

kläre mit den Kollegen, Abstimmung vor jedem Er-

kläre mit den Kollegen, Abstimmung vor jedem Er-

kläre mit den Kollegen, Abstimmung vor jedem Er-

kläre mit den Kollegen, Abstimmung vor jedem Er-

kläre mit den Kollegen, Abstimmung vor jedem Er-

kläre mit den Kollegen, Abstimmung vor jedem Er-

kläre mit den Kollegen, Abstimmung vor jedem Er-

kläre mit den Kollegen, Abstimmung vor jedem Er-

kläre mit den Kollegen, Abstimmung vor jedem Er-

kläre mit den Kollegen, Abstimmung vor jedem Er-

kläre mit den Kollegen, Abstimmung vor jedem Er-

Sympathisanten des KB in Hannover

ELAC, Kiel

Lohnforderungen politisch abgeblockt

Bei ELAC wollte der VK-Vorsitzende von vornherein versuchen, den K a m p f der Kollegen um höhere Löhne angesichts der derzeitigen Teuerungswelle zu verhindern: So entstellte er über unsere Köpfe hinweg einen Forderungskatalog, der uns auf die kommende Lohn- und Lohnrahmentarverhandlungen verdrängen sollte (u.a. Aufhebung der Leiharbeitsgruppen, Erhöhung des Urlaubsgeldes usw.).

Ein großer Teil der Belegschaft ließ sich dieses selbstherrliche Vorgehen des VK-Vorsitzenden nicht gefallen. Die Kollegen am Mühlenweg (Zweigwerk) stellten am 22.6. eigene Forderungen auf: 400,- DM Nachzahlung für das 1. Halbjahr 73 und 100,- DM monatlich ab 1.7. für Arbeiter und Angestellte, für Lehrlinge 200,- DM Nachzahlung und 50,- DM monatlich. Auf der VK-Sitzung vom 26.6. sollten diese Forderungen dann als Vorschlag für die innerbetrieblichen Lohnerhöhungen diskutiert werden.

Da jedoch die Kollegen vom Westring (Hauptwerk) diese Forderungen als zu hoch empfanden („Wir müssen realistische Forderungen stellen, sonst verhandelt die Geschäftsleitung gar nicht erst mit uns...“), einigten sich die Vertrauensleute auf die Forderung von

50,- DM für alle, rückwirkend vom 1.4.1973.

Das am nächsten Tag folgende Angebot der Geschäftsleitung von 35,- DM monatlich ab 1.6. (für Lehrlinge eine einmalige Zahlung von 50,- DM !) wurde von den Kollegen – zwar empört, allerdings kampflös – hingenommen, wohl nicht zuletzt deshalb, weil der Urlaub vor der Tür stand.

Bemerkenswert an der VK-Sitzung vom 26.6. ist jedoch die Art eines erreaktionären Betriebes, wie er die Forderungen der Kollegen vom Mühlenweg als „zu hoch“ zurückzuschmettern versuchte...

Faschistischer Veitstanz à la Röschmann

Der „Kollege“ Röschmann griff insbesondere die drei Vertrauensleute auf, die diese Forderungen im Auftrag ihrer Kollegen vertreten hatten, und nicht zuletzt die Kollegen selbst in überlaster antikommunistischer Hetze an:

Die Forderungen kämen nicht etwa von den Kollegen selbst, sondern wären „KPD/ML-Forderungen“, die Kollegen wären „kommunistisch unterhöhlt“ (?) worden, von diesen „Ratten“, „die sich überall

in den Betrieben – so auch bei ELAC – eingenistet“ hätten, von diesen „Schweinchen“, die sich – „versteckt unter einem marxistischen Mäntelchen“ – als „Arbeitnehmervertreter“ ausgaben, um in Wahrheit die Gewerkschaft zu spalten, die Einheit der Kollegen zu zerstören usw. usw.!

Röschmann krönte seine wohl vorbereitete „Rede“ mit der Drohung, die betreffenden Vertrauensleute als „KPD/MLer“ „am liebsten gleich morgen“ aus der Gewerkschaft auszuschließen.

Die Vertrauensleute informierten die Kollegen am Mühlenweg sofort über diesen Angriff. Sie wurden beauftragt, Röschmann zu einer persönlichen Stellungnahme vor den Kollegen aufzufordern. Nach anfänglichen Ausflüchtungen sah dieser sich schließlich gezwungen, seine Hetztiraden wörtlich vor allen Kollegen zu wiederholen, was so ziemlich einen wahren Proteststurm seitens der versammelten 80-90 Kollegen auslöste.

Als Röschmann aufgefordert wurde, seine unverschämten Angriffe gegen die drei Vertrauensleute zurückzunehmen, entgegnete er in Polizeimantel, er könne „Zeugen aufmarschieren lassen“, die die Mitgliedschaft zumindest zweier Ver-

trauensleute zur „KPD/ML“ „beweisen“ könnten...

Hierauf antworteten die Kollegen treffend, daß dieser Stil in der Tat dem Hitlerischen Geknurrenterorismus entlehnt sei, Röschmann könne die Kollegen nicht für dumm verkaufen – die Forderungen kämen von ihnen selbst – sie seien doch nicht so dumm, sich kommunistisch „unterhöhlen“ zu lassen.

In der Tat ist diese Zurechtweisung insofern richtig, als man sich von Leuten wie Röschmann nicht für dumm verkaufen lassen sollte.

Daß die Kollegen dennoch z.T. auf die Demagogie Röschmanns hereingefallen sind, ist an der Entgegnung doch nicht ganz zu übersehen: in ihr steckt noch die aufgeschwätzte G e g e n ü b e r s t e l l u n g von Kollegen auf der einen und Kommunisten auf der anderen Seite drin, die Demagogie also, Kommunisten kämen von außen, sozusagen als „Fremdkörper“, wollten die Kollegen „unterhöhlen“ usw.

Daß die Kommunisten jedoch Kollegen wie alle anderen auch sind, die sich nur besonders entschieden für die Interessen der Arbeiter einsetzen, entkräftet eigentlich alles gegenteilige Gefühle.

Daß im Gegenteil solche Leute wie Röschmann und ihre rechten Gewerkschaftsobere, die die Interessen der Kapitalisten in der Arbeiterschaft durchzudrücken versuchen, daß solche Elemente in der Tat von außen, nämlich von kapitalistischer Seite her in der Arbeiterklasse agieren, das ist doch an den

Vorfällen bei ELAC selbst ganz gut deutlich geworden.

Den arbeiterfeindlichen IGM-Beiratsbeschlüssen hier durchzusetzen, scheiterte (zunächst) an der geschlossenen Haltung der Kollegen und ihrer Vertrauensleute, die allerdings dadurch bestärkt wurde, daß ein ganz miserables Erfüllungsgeld dieses Extremistenerlasses gegen die Arbeiterklasse bei ELAC sich allzu dummdeist aufgeführt hatte!

Sein Ausschlußantrag gegen die drei Vertrauensleute wurde von den Kollegen zurückgewiesen und Röschmann selbst hatte sich völlig entlarvt.

Röschmanns politischer Husarenritt gegen die spontanen wirtschaftlichen Forderungen der Kollegen war schuldhaftig dem Vorgehen der Gewerkschaftsführung verpflichtet: eigenständige ökonomische Forderungen durch politische Hämmer abzublocken. Döbel ist ihnen jedes Mittel – auch faschistische Hetze – recht.

Durch den IGM-Beiratsbeschlüssen haben sich die Gewerkschaftsführer die Möglichkeit verschafft, die fortgeschrittensten Vertreter der Arbeiter herauszugreifen und zu versuchen, sie zu isolieren oder auszuschließen, damit aber zugleich der gesamten Klasse einen Schlag zu versetzen. Für die Arbeiterklasse heißt es wachsen sein und den Kampf gegen die Kapitalisten und ihre Handlanger in den Gewerkschaften selbst politisch zu führen.

KB-Gruppe Kiel

Am 26.6. wurde nach einer Vertrauensleuteitzung, auf der über die Teuerungszulage diskutiert wurde, von allen Kollegen der A-Halle ein Warnstreik durchgeführt. Es ging um die Durchsetzung einer Teuerungszulage und darum, die Geschäftsleitung an den Verhandlungstisch zu zwingen. Der Streik wurde am 27.6. fortgesetzt und von einigen weiteren Abteilungen geschlossen unterstützt. Daß sich zumindest die Kollegen der A-Halle die laufenden Preiserhöhungen nicht kampflös lassen würden, war dem rechten Betriebsratsführer Kähler klar. Scheinheilig gab er am 26.6. seine indirekte „Zustimmung“ zu eventuellen Aktionen: „Immer muß ich gegenüber der Geschäftsleitung bei Verhandlungen so tun, als wenn Druck da wäre. Jedoch kommt nie etwas. Es muß mal

Hagenmuk:

Warnstreiks für Teuerungszulage

eine Explosion erfolgen.“

An zwei Tagen verließen die Kollegen ihre Arbeitsplätze und setzten sich in die Sonne. Weitere Aktionen waren geplant, wenn sich die Geschäftsleitung nicht zu Verhandlungen bereit erklären sollte. Am Mittwoch bestand die Aussicht, daß sich am folgenden Tag die Kampffront ausdehnen würde. Dem schob BR Kähler am Donnerstag früh einen Riegel vor, indem er eine außerordentliche Vertrauensleuteitzung anberaumte. Zunächst klopfte er den Kollegen jovial auf die Schulter: „Kollegen, das ist ja gut gelaufen. Das unterstützt

meine Verhandlungsposition. So etwas schneit uns alle zusammen“, um dann jedoch fortzufahren: „Kollegen, die Geschäftsleitung ist prinzipiell zu Zahlungen bereit. Was meint ihr, könnt ihr die Kollegen noch bis Montag ruhig halten? Am Freitag sind weitere Verhandlungen, die dürfen wir nicht gefährden. Ich meine, daß noch mehr drin ist für uns.“

Das Ergebnis seiner „zähen“ Verhandlungen kennen wir: 230,- DM für Akkordlöhner und Angestellte, 20 Pfennig für Zeitlöhner und 50,- DM für Lehrlinge. Ein Zuschlag, dessen erste Rate ein

Trostpflaster ist, dessen zweite nicht mal mehr ein Trostpflasterchen sein wird, – wie ein Kollege das Verhandlungsergebnis kennzeichnete.

Ist tatsächlich alles rausgeholt worden, was rauszuholen ist? Den streikenden Kollegen war klar, daß sie ohne Kampf nichts erreichen würden. Jedoch erhielten sie wieder vom Betriebsrat noch vom Vertrauensleutekörper Unterstützung. BR-Fürst Kähler umludete sich auf einer Regattabegleitsfahrt (anlässlich der Kieler Woche).

VLK-Leiter Sitz wollte sich zu nächst sogar an den streikenden,

auf dem Raten sitzenden Kollegen vorbeidrücken. Erst auf Zuruf eines Kollegen bemühte er sich zu ihnen. „Na, wie soll es denn dann finden, was ihr hier macht?“ war sein geistreicher Kommentar.

Es liegt auf der Hand, daß die rechten Betriebsräte und Vertrauensleute nicht an einer Ausweitung des Streiks, der Durchsetzung des für uns besten Ergebnisses interessiert waren und den Streik auf Sparflamme halten wollten: Erstens wurde durch die rechte Politik von einigen Betriebsräten und Vertrauensleuten die Aufstellung einer konkreten Forderung verhindert. Dadurch, daß die Kollegen faktisch „ins Blaue“ hineinstreikten, haben sich Kähler und Gefolgschaft die Möglichkeit geschaffen, aus jedes Ergebnis, das sie auszuscheiden, als Erfolg verkaufen zu können. So Kähler: „Ich möchte ja auch lieber mehr haben. Aber ich halte es dennoch für ein gutes, annehmbares Ergebnis.“

Zweitens: Die rechten Gewerkschafter haben mit ihrem Gerede „jede Abteilung muß die Sache von selbst in die Hand nehmen“ verhindert, daß eine Streikfront zustande kam. Ihnen passen allerdings isolierte Streiks als „Ventil“ für die importierten Kollegen durchaus in den Kram. Solange sie in den sozialdemokratischen Bahnen der „Unterstützung der Verhandlungsposition“ Hans Kählers bleiben.

Da solche Gewerkschafter genau wissen, daß dem spontanen Kampf klassenbewußte Kollegen eine bewußtere politische Wendung geben können, haben sie schon frühzeitig ein antikommunistisches Klima im Betrieb geschaffen. So versucht Kähler bei jeder Gelegenheit, gegen Kommunisten zu schießen und so lächerlich zu machen. Diejenigen Kollegen, die fortschrittliche Beiträge bringen, versucht er mit Bezeichnungen wie „Rote“ und „Anhänger der Volksherrschaft“ von den übrigen Kollegen zu isolieren.

Auf diese Weise gelingt es ihm noch, seine Stellvertreterideologie im VLK und Betrieb durchzusetzen und den führenden Ton anzugeben, wodurch er erreicht hat, daß der VLK völlig von ihm abhängig ist.

Der VLK soll indes organisieren die Interessenvertretung der Kollegen sein und nicht Marionette eines sozialdemokratischen Betriebes. Darum müssen wir uns selbst aktiv an unsere Vertrauensleute wenden, kontinuierliche Informationen verlangen und die Vertrauensleute wiederum mit unseren Forderungen beauftragen.

KB-Gruppe Kiel

Hamburg:

Bauarbeiter wollen mehr Geld

Die Arbeiter einer Hamburger Baustelle haben sich an den Hauptvorstand ihrer Gewerkschaft Bau-Stei-ne-Erden mit dem Antrag gewandt, sofort neue Lohnverhandlungen aufzunehmen. Den Wortlaut des Schreibens, das von mehr als 60 Kollegen unterschrieben wurde, veröffentlichten wir beistehend.

Das am 1. Mai wirksam gewordene Tarifabkommen ist von Anfang an von vielen Bauarbeitern für zu unzureichend gehalten worden, weil sich die Lohnerhöhungen im Schnitt unterhalb von

9 % hielten. Die Mehrheit der Hamburger Bauarbeiter hätte eine 15%-ige Erhöhung für richtig gehalten.

Von der Gewerkschaftsführung war das Abkommen damit begründet worden, man müsse „realistisch“ bleiben und dürfe „sich nicht den Schwarzen Peter für die Preiserhöhungen zuschieben lassen“. Das weitere Anhalten der Preiserhöhungen hat gezeigt, daß diese „Zurückhaltung“ der Gewerkschaftsführung ein nicht zu verneinendes Geschenk an die Baukapitalisten gewesen ist.

Die Kollegen der Baustelle LZB sind bei ihrem Antrag offenbar von der Überlegung ausgegangen, daß vor dem 1. Mai 74 nicht mit einer Anpassung der Löhne an die steigenden Preise zu rechnen sein wird, falls es nicht gelingt, „Druck von unten“ zu machen und den Kampf von der Basis her zu organisieren.

Das deckt sich im Prinzip mit Beschlüssen auf dem letzten Verbandstag der IQ Bau-Stei-ne-Erden, die von der Gewerkschaftsführung jedoch in der letzten Tarifrunde nicht beherzigt wurden: nämlich die Lohnpolitik transparenter

(durchsichtbarer für die Arbeiter) zu machen und die Mitglieder der Gewerkschaft stärker in den Prozeß der Lohnfindung einzubeziehen.

Die Erfahrung lehrt, daß von Gewerkschaftsführern nicht allzu viel zu erwarten ist, falls es ihnen gelingt, sich der Kontrolle und aktiven Teilnahme der Kollegen an der Lohnpolitik zu entziehen, wie es wohl gerade in der Bauindustrie besonders stark immer noch der Fall ist. Die Initiative der Bauarbeiter von der Arge LZB halten wir deshalb für ein nützliches Beispiel.

Hamburg, den 2. Juli 1973

Antrag

An den
Vorstand der IQ Bau, Steine, Erden
- Verwaltungsteile Hamburg -

2 Hamburg 26
Klaus-Groth-Straße 1

Betr.: Anträge über die Aufnahme von Lohnverhandlungen

Liebe Kollegen,

In der Anlage erhalten Sie einen auf Initiative der Kollegen der Baustelle LZB erstellten Antrag. Die Kollegen wünschen, daß sofort Schritte eingeleitet werden, die Lohnverhandlungen ermöglichen und zu einem geeigneten Abschluß führen. Sollte die Vertreterversammlung, an die sich der Antrag im Wortlaut richtet, erst im Herbst stattfinden, fordern die Kollegen eine sofortige Weitergabe dieses Antrages an den Hauptvorstand, um nicht noch mehr Zeit zu den Lohnverhandlungen zu verlieren. Der Antrag und das Begleitschreiben geht fotokopiert mit gleicher Post an die Zeitungen. Wir hoffen, daß Ihr von Euch aus alles daran setzen werdet, um im Interesse der Bauarbeiter zu einem wirklich geeigneten Ergebnis zu kommen.

Die Kollegen der Baustelle Arge LZB, Hamburg 39, Überseering, stellen den Antrag an die Vertreterversammlung der Industriegewerkschaft Bau, Steine, Erden, Verwaltungsteile Hamburg, sofort mit dem Unternehmerverband in die Verhandlung über eine angemessene Lohnerhöhung zu treten.

Begründung: Jetzt, nach zwei Monaten nach Inkrafttreten des Lohnergebnisses aus der Lohnverhandlung 73 zeigt sich, daß die von einer großen Mehrheit von Kollegen geforderte 15 %ige Lohnerhöhung im Hinblick auf die enorme allgemeine Preiserhöhung der Dollars durch die Bundesbank vor klar, daß die erwarteten und vorausgesetzten Preiserhöhungen weit überschritten werden würden. Wir sind der Auffassung, daß jetzt alle Schritte unternommen werden müssen, um in Kürze eine Lohnerhöhung von 7 % zu erreichen. Wir sind sicher, daß die Kollegen der Vertreterversammlung eingedenk des schwachen Zustimmungsergebnisses zum Lohnergebnis 73 durch die Vertreterversammlung jetzt einen entsprechenden Beschluß zur Sicherung eines in etwa angemessenen Einkommens kommen wird.

(Es folgen 62 Unterschriften)

KB-Gruppe Kiel

FRANKREICH : DER KAMPF VON LARZAC

Die Bauern von Larzac im südfranzösischen Département Aveyron kämpfen seit mehr als zwei Jahren gegen die Ausweitung eines Militärlagers von 3.000 auf 17.000 Hektar, wodurch sie von ihrem Land vertrieben werden sollen. Direkt betroffen von einer solchen Ausweitung sind 107 Bauernhöfe, aber der Protest und die Kampfaktionen haben längst diesen Kreis der „Direkt-Betroffenen“ überschritten. Und wenn das Bewusstsein der Bauern von Larzac anfangs nur auf ihr „unmittelbares Problem“ begrenzt war, so haben sie im Verlauf ihres Kampfes zunehmend gelernt, daß es dabei um sehr viel mehr geht: um den Kampf gegen den Militarismus und gegen einen Staat, der die Bauern ebenso ausplündert und erniedrigt, wie er es mit den Arbeitern und der Jugend tut.

Vom 22. bis 24. August fanden Sternmärsche aus fünf Himmelsrichtungen Frankreichs nach Larzac statt, um dort an den beiden folgenden Tagen (25./26. August) gemeinsam mit den betroffenen Bauern einen neuen Höhepunkt des Kampfes zu setzen. Auf dem Programm dieser Solidaritätsdemonstration standen u.a. Diskussionen über die Weiterführung des Kampfes von Larzac, Diskussionen und Ausstellungen über andere Kämpfe der Arbeiter, Bauern und Jugend im Land, ein großer Volksabend mit bretonischen und occitanischen Liedern, mit Filmen über die Klassenkämpfe der letzten Zeit, mit Volkstheater usw.

Der Kampf der Bauern von Larzac zeigt uns nebenbei, daß es sich bei Protestaktionen gegen Militärlager usw. nicht um irgendwelche „Sonderprobleme“ handelt, wie teilweise anlässlich des Kampfes gegen den Bombenabwurfplatz Nordhorn-Ränge behauptet wurde. Noch wichtiger jedoch zeigt sich hier eine Erfahrung, daß die Kraft, die Wirkung und die Perspektive eines solchen Kampfes abhängig sind von dem politischen Bewußtsein, das in diesen Kämpfen errungen wird und das durch diese Kämpfe in der Bevölkerung verbreitet wird.

Am Anfang: Unklarheit und Zersplitterung

Im September 1970 wurde auf dem Kongreß der gaulistischen UDR des Départements Aveyron bekanntgegeben, daß die Ausweitung des Militärlagers von Larzac eine beschlossene Sache sei. Bis dahin war zwar schon viel davon gesprochen worden, aber immer in einer

Wenn es aber darum gehen sollte, sich der Vertreibung durch die Armee zu widersetzen, so mußte man gemeinsam handeln.

Mühsam wurde Verbindung untereinander aufgenommen, begannen die ersten Diskussionen, daß man klüpfen müsse, und Überlegungen, wie dies geschehen soll. Nach und nach erfuhr man dann auch das Ausmaß der vorgesehenen Erweiterung des Militärlagers: 107

Der „Text der 103“

Ein Jahr dauerte es, bis die Bauern von Larzac selbst eine erste bedeutende Aktion durchführten und damit die Phase ihrer überwiegend internen „Vorarbeit“ (Kontaktauf-



nahme und Diskussionen untereinander) beendeten: Am 23. September 71 organisierten sie eine Demonstration mit Traktoren. Als Zeichen ihrer Kampfbereitschaft zogen sie vor das Haus des Lagerkommandanten und Bürgermeisters von La Cavalerie und luden Steine vor dessen Tür. Nun hatten die Bauern selbst öffentlich das Wort ergriffen, das Signal zum Aufbau einer gemeinsamen Front war damit gesetzt.

ligen Armeeminister Debré verhandeln sollte. Aber natürlich kam nichts dabei raus. Im übrigen hatte diese Kommission auch gleich klargemacht, daß das Prinzip der Ausweitung für sie nicht mehr zur Diskussion stehe, sondern nur noch Fragen der Art und Weise, der Entschädigung usw.

Dieses Manöver wurde von den Bauern bald durchschaut. Mehr als zuvor erkannten sie, daß sie von dieser Seite, von den bürgerlichen Politikern, keine Hilfe zu erwarten hatten, sondern auf sich allein und auf die Solidarität der Bevölkerung angewiesen waren. Zudem wurde über die bürgerliche Propaganda versucht, ihren Kampf als den von

die Aktion „offene Pachthöfe“ durchgeführt, in der die Bevölkerung der Region aufgefordert wurde, sich an Ort und Stelle bei den Bauern zu informieren. Das Echo übertraf die Erwartungen: Mehr als 5.000 Menschen suchten während der Osterferien die Bauern von Larzac auf, informierten sich und erklärten ihre Solidarität.

Auch der Kontakt zu den jungen Militanten der Region wurde mittlerweile sehr gut. Die „Angst vor den langhaarigen Radikalen“, die die bürgerliche Propaganda der Bevölkerung einzig zum Zweck der Spaltung und Verhinderung politischer Bewußtwerdung einzupflanzen versucht, zog nicht mehr, als einer-



„Verrückten“ darzustellen, die gegenüber „Vernunft-Gründen“ völlig uneinsichtig seien. Daraufhin unterschrieben 103 der betroffenen 107 Bauern im März 1972 eine Erklärung, die von da an als „Text der 103“ die Richtung ihres Kampfes festlegte:

„Um mit all den Lügen und Einschüchtelungen Schluss zu machen, die zum Ziel haben, die öffentliche Meinung über unsere Geistesverfassung

seits die Bauern selbst als „Radikale“ beschimpft wurden und die andererseits merkten, daß die „jugendlichen Extremisten“ im Gegensatz zu den bürgerlichen „Interessensvertretern“ ihren Kampf ehrlich unternimmt.

Was die Verbindung mit den Arbeitern der Region betrifft, so verbesserte sich auch diese im Frühjahr 1972. Die Bauern von Larzac begriffen, daß sie auch hier selbst zur Initiative schreiten mußten, daß



Auf ihrer einwöchigen Trecker-Demonstration nach Paris wurden die Bauern überall von der Bevölkerung herzlich empfangen.

Weise, daß man noch nicht recht wußte, wie sicher dieser Plan ist. Die Bauern von Larzac versuchten sich so auch noch weitgehend selbst in der trügerischen Hoffnung zu beruhigen, daß alles beim alten bleibt, daß sie ihr Land und ihre Höfe behalten können. Nun war diese Hoffnung dahin: sie wußten nach dieser Erklärung, daß sie vertrieben werden sollten.

Aber auch jetzt war die Reaktion zunächst noch gering. Zum einen gab es noch keine genauen Angaben, wieviele und welche Pachthöfe davon betroffen sein sollten. Zum anderen waren die Bauern von Larzac in eine völlig neue Situation gestellt, vor ein Problem, das ihnen bislang wenig Kopfzerbrechen gemacht hatte: es gab in diesem Gebiet keine Tradition der Solidarität. Viele kannten sich nicht einmal gut.

Bauern und ihre Familien sollten ihre Höfe aufgeben. Je konkreter das Problem für die einzelnen Bauern damit wurde, desto dringender erschien ihnen der Zusammenschluß zu gemeinsamen Aktionen.

Parallel dazu begannen Jugendliche aus der Umgebung ihren Protest gegen die Ausweitung des Militärlagers zu erheben. Im Frühjahr 1971 führten sie eine Demonstration von Millau (dem größten Ort in der Umgebung) nach dem nahegelegenen La Cavalerie durch (Sitz des Lagerkommandanten von Larzac). Aber trotz dieser beginnenden Aktivität der Jugend und trotz der Schließung einer Fabrik (Fouquet) im selben Gebiet, klappte die Verständigung zwischen den Bauern, Arbeitern und Jugendlichen zu dieser Zeit noch sehr schlecht. Der Protest war unkoordiniert und zersplittert.

Im November 71 fand die erste Demonstration in der Innenstadt von Millau statt. Hier beteiligten sich bereits 6.000 Menschen und machten deutlich, daß der Kampf von Larzac die ganze Region betrifft. Aber immer noch war die Verbindung zu den Arbeitern von Millau völlig unzureichend, obwohl zur gleichen Zeit in der Fabrik Heafer von Millau gestreikt wurde.

Die Regierung hatte den beginnenden Widerstand wahrgenommen und versteifte sich von vornherein auf eine unnachgiebige Haltung. Gleichzeitig versuchten aber lokale Politiker, die sich entwickelnde Front der Bevölkerung um Larzac durch desorientierende Manöver aufzuweichen. Der Präfekt der Region installierte im Winter 71/72 eine Kommission, die das Problem „untersuchen“ und mit dem dama-

zu täuschen, bekräftigen wir öffentlich unsere Opposition gegenüber dem Erweiterungsplan und, unseres Rechts sicher, nehmen wir solidarisch die Verpflichtung auf, jeden Versuch der Verführung und Einschüchterung, jedes Kaufangebot seitens der Armee und jede Entschädigung zurückzuschlagen.“

Aufbau der Solidaritäts-Front

Die Bauern von Larzac sahen, daß sie eine größere Initiative ergreifen mußten, um den Angriffen seitens der Regierung standhalten und ihre Kampffront festigen zu können. Vor allem war es nötig, die von der bürgerlichen Propaganda irreführende Bevölkerung über die Dringlichkeit und die Ziele ihres Kampfes aufzuklären, damit diese sich auf ihre Seite stellt. Dazu wurde im April 72

sie, wenn die zur Solidarität mit ihrem Kampf auffordern, auch selbst solidarisch zum Kampf der Arbeiter stehen müssen. Als bei S.A.M.E.X., einer Textilfabrik in Millau, die Arbeiter in einen Streik traten, boten die Bauern von Larzac ihre Unterstützung an. Sie lieferten ihnen Käse und Geflügel und informierten sie über die Probleme der Arbeiter. Das hatte es zuvor zwar schon in Frankreich gegeben, aber in dieser Region war dies völlig neu.

Die Solidarität entwickelte sich nicht automatisch. Sie mußte erkämpft werden – und es ist in erster Linie ein Erfolg und Verdienst der Bauern von Larzac selbst, wenn durch ihre Haltung ermuntert im ganzen Land über 50 Unterstützungskomitees mit ihrem Kampf entstanden.

Wie breit mittlerweile die Solidarität in der Bevölkerung herangewachsen war, das zeigte die Demonstration am 14. Juli 1972 in Rodez der Departements-Hauptstadt von Aveyron: 20.000 Menschen marschierten dort hinter den Traktoren der 103 Bauern.

Der Marsch auf Paris

Zu diesem Zeitpunkt, Sommer 1972 hatten die Bauern bereits ein größeres Bewußtsein von verschiedenen politischen Problemen gewonnen. Es ging ihnen nicht mehr nur um ihr „unmittelbares Problem“, wie einer von ihnen damals verdeutlichte: „Anfangs verteidigten wir unsere besonderen Interessen, unser Stückchen Land, aber nach und nach sind wir über unseren eigenen Blickwinkel hinausgegangen: wir haben das Problem der Armee begriffen, das Problem der Occitanie (waller Name der Provinz südwestlich der Rhone; AK), wir haben gesehen, daß die Arbeiter von Millau sich in der gleichen Lage befinden. All das hat uns mehr die Augen geöffnet.“

Immer stärker sahen die Bauern sich nun der staatlichen Repression und Einschüchterung gegenüber. Das Militär verurteilte in seinen Manövern weiterhin Teile der Ernte. Die Regierung hatte neben gewöhnlicher Polizei auch Sondereinheiten der berüchtigten CRS und Gardes mobiles nach Larzac beordert, um die Bauern zu bewachen, auszuorcheln und einzuschüchtern. Willkürlich wurden Leute festgenommen, Personalien notiert und Durchsu-

Fort-Larzac

chungen vorgenommen. Genossen aus Millau wurden eingesperrt. Besonders färbte die „Ordnungs- und Sicherheitskräfte“ die Jugendlichen von Millau ins Auge, von denen viele zum Verlassen ihres Heimatortes gezwungen sind, über überhaupt eine Arbeit zu finden, übervermehrt der Staat auch zu recht ein „militantes Potential“.

Ende Dezember 1972 wurde ein Dekret über den „öffentlichen Nutzen“ des Geländes von Larzac erlassen, wogegen die Bevölkerung zuvor noch mit großer Mehrheit ihre Stimme erhoben hatte. Die Regierung und die regionale Verwaltung dokumentierten damit erneut, daß sie unter allen Umständen an ihrem Plan festhalten wollten.

Für die Bauern von Larzac war dies der Anlaß, ihrerseits ihre kämpferischste Haltung zu manifestieren. Sie organisierten mit 26 Traktoren eine Demonstration nach Paris. Unter dem Beifall von 10.000 auf der Straße versammelten Menschen verließen sie am 7. Januar Millau und rollten eine Woche lang auf die Hauptstadt zu. In Rodez, Saint-Flour, Clermont, Nevers und Orleans machten sie Zwischenhalt. Überall bereitete die Bevölkerung ihnen einen herzlichen Empfang, in den Städten ebenso wie auf dem Land. In vielen Orten gab es Zusammenkünfte mit Delegationsortsansässiger Arbeiter und Bauern. Als sie dann aber von Orleans aus (ca. 120 km vor Paris) zum letzten Abschnitt aufbrechen wollten, verbot die Präfektur in Absprache mit dem Innenministerium die Weiterfahrt. CRS-Truppen wurden aufgebieten und blockierten den Traktoren den Weg.

Die Bauern setzten sich sofort mit der Landarbeiter-Gewerkschaft F.N.S.E.A. in Verbindung, um mit ihrer Hilfe die Weiterfahrt zu erzwingen. Aber die F.N.S.E.A., die den Kampf von Larzac bislang verbal unterstützt hatte, ließ die Bauern genau in diesem Moment fallen. Auf die Bitte der Bauern von Larzac suchten daraufhin einige Genossen noch in der Nacht rund 20 Bauern des Departements Loiret auf, die sich durch die Instruktion

sammen und 1.500 davon demonstrierten anschließend dennoch durch die Straßen.

Larzac hat die Isolation durchbrochen

Mit dem Marsch auf Paris haben die Bauern von Larzac ihren Kampf erstmals selbst über die regionale Grenze hinausgetragen, was vordem nur durch die Arbeit der Unterstützungskomitees und durch die Agitation und Propaganda verschiedener linker Organisationen geschah. Und obwohl sich der Abschluß in Paris nicht nach dem Willen der Bauern gestaltete, liegt der Erfolg dieser einwöchigen Demonstration darin, daß sie ihre Entschlossenheit vor allem bekräftigt und es größeren Teilen der Bevölkerung entlang ihrer Marschroute ermöglicht haben, sich zu solidarisieren.

Als sich dann im Frühjahr die massenhafte Bewegung der Jugend gegen das neue Wehrgesetz (loi Debre) entwickelte und mehr und mehr eine antimilitaristische Stöbrichtung annahm, da bildete sich auch eine enge Verbundenheit mit dem Kampf von Larzac heraus. Die Jugendlichen erhoben national die Parole: Nieder mit den Militärs! Nein zur Vertreibung der Bauern von Larzac!

Umgekehrt drückten auch die Bauern ihre Solidarität mit der Jugendbewegung aus und zeigten in sehr deutlicher Weise, daß sich ihre Kämpfe gegen den gleichen Feind richten: 60 der Bauern schickten ihre Wehrpläne zurück und schrieben dazu, daß sie nicht mehr einem Armeeminister dienen und gehorchen wollten, der am Projekt der Ausweitung des Militärlagers festhält – und daß sie auch nicht wollen, daß in Larzac junge Franzosen militärisch gedrillt werden. Dies war eine illegale Aktion, die erste, die die Bauern nach länger Überlegung bewußt beschlossen haben. Sie begründeten dies damit, daß die Legalität nicht die der staatlichen Macht ist, sondern jene, die die Bevölkerung sich selbst schafft, wenn sie einen gerechten Kampf führt.

Im Mai 1973 empfingen die Bauern von Larzac wichtige Besuche von zwei ausländischen Delegati-

onen legten die Bauern den Grundstein für eine Schiefer in La Blaquière, auf dem zur Ausweitung des Militärlagers vorgesehenen Gelände, was bereits seit längerem geplant war. Die Erlaubnis dafür und ein Darlehen der Landwirtschaftsbank wurde ihnen mit Hinweis auf das im Dezember 72 erlassene Dekret über den „öffentlichen Nutzen“ verweigert. Die Grundeigentümer für die verbotene Schiefer nahmen damit zugleich den Wert eines Symbols für den Kampf von Larzac an.



Vereinigt zum Sieg: Arbeiter, Schüler, Bauern – solidarisch

Inzwischen vergeht kaum mehr eine Woche ohne irgendeine Aktion. Ein neuer Höhepunkt wird nun mit dem Sternmarsch nach Larzac Ende August angestrebt. Dazu wurden bereits vor drei Monaten, im vergangenen Mai, die Vorbereitungen begonnen. Initiator dieses Sternmarsches ist eine Gruppe „paysans-travailleurs“, die seit 1969 eine politische Arbeit unter den französischen Bauern und Landarbeitern aufgenommen hat und dazu eine Zeitung herausgibt. Die Bauern von Larzac haben in Vorgesprächen mit den „paysans-travailleurs“ und in einer Erklärung vom 19. Juni ihr völliges Einverständnis mit dem geplanten Sternmarsch erklärt. Die Vorbereitung am Ort dazu in die Hand genommen und noch einmal die Notwendigkeit hervorgehoben, daß sich ihr Kampf mit dem aller Arbeiter vereinigen muß. Weiter sagen sie in ihrer Erklärung zu der bevorstehenden Solidaritätsdemonstration, daß in dem Maße, wie sich ihr Kampf in dem Maße, wie sich ihr Bewußtsein entwickelt hat, auch ihr Bewußtsein

ständige und unabhängige Unternehmern“ in der Landwirtschaft. Sie sind im Gegenteil längst ausgeplündert und abhängig von der kleinen Schicht der Großbauern, von den großen Lebensmittelkonzernen wie z.B. Nestlé und von dem in der Landwirtschaft „tötlichen“ Finanzkapital. Viele kleinere Bauern können sich nur dadurch am Leben erhalten, daß sie sich einen Nebenerwerb in der Industrie suchen – oder daß in Wirklichkeit schon ihr Bauernhof den Nebenerwerb und die Industriearbeit ihre Hauptnahrungsquelle darstellt. Die Zahl derjenigen, die schrittweise ganz zur Aufgabe ihres Hofes gezwungen und in die Industriearbeiterschaft gestoben werden, steigt von Jahr zu Jahr. Dieser Prozeß wird noch durch eine planmäßige Landverteilung im Rahmen der EWG beschleunigt. Die Zahl der bäuerlichen Betriebe in Frankreich ist so in der Zeit von 1956 bis 1970 von ca. 2,28 Millionen auf 1,5 Millionen zurückgegangen. Das ist eine Ruin-Quote von mehr als einem Drittel, nämlich 34,5 %. Nach einer vor kurzem angestellten Schätzung werden 1985 nur noch rund 700.000 Menschen in der französischen Landwirtschaft tätig sein.

Viele untere Bauern sehen diese Entwicklung sehr klar und begreifen auch, daß sie und die Arbeiter einen gemeinsamen Feind haben und sich deshalb gegenseitig unterstützen und zusammenschließen müssen. Der historische Prozeß weist dahin, daß dies nur auf der Grundlage der Interessen der Arbeiterklasse geschehen kann, die von allen Klassen und Schichten der bürgerlichen Gesellschaft am konsequentesten den Kampf gegen die Bourgeoisie führen kann. In Frankreich sind in der letzten Zeit einige erfolgversprechende Ansätze gemacht worden, wo die Bauern beispielsweise – wie im Frühjahr 72 in Larzac – die Arbeiter während Streiks mit Nahrungsmitteln zum Selbstkostenpreis unterstützt haben. Larzac ist umgekehrt auch ein Beispiel dafür, daß die Industriearbeiter ebenfalls beginnt, die Bauern als einen notwendigen Bündnispartner zu begreifen und entsprechend auch in „ihrem“ Kampf gegen die staatlichen Angriffe zu unterstützen.

Der Kampf der Bauern gegen die bürgerliche Armee hat in Larzac bislang wohl die schärfste und gleichzeitig auch bewußteste Form angenommen; aber Larzac ist kein Einzelfall mehr. Gegen die Militärlager und gegen Pläne zu ihrer Ausweitung auf Kosten der Landwirtschaft kämpfen die französischen Bauern mittlerweile in einer ganzen Reihe von Orten: o.a. in Canjuers, Fontevraud, Pont St. Vincent, Rivecourt und Malemort. Die Armee ist in Frankreich einer der größten Grundeigentümer und sie trachtet überall nach einer weiteren Vergrößerung ihres Bodenbesitzes. Die Zeitung „Lutte Antimilitariste“ (antimilitaristischer Kampf), die von einem mit

Land zu gewöhnen, werden die militärischen Einrichtungen vervielfacht und Frankreich in ein einziges Mandarfeld verwandelt.

Schließlich sind die Lager vorgesehen, um den imperialistischen Armeen Europas Unterstüßung zu geben:

- die englische Armee trainiert in Larzac, um das irische Volk zu mordet!
- in der Aude (Departement an der französischen Mittelmeerküste) wird ein Lager gebaut, wo Truppen für einen schnellen und diskreten Abmarsch ins Afrika Tombakayes trainiert werden... um dort „Rebellen“ zu bändigen! (Tombakaye ist der Regierungschef der Republik der Tchad, wo die französische Armee seit 1969 einen Krieg gegen die dortige Befreiungsbewegung führt, AK-Red.)

DIE AUSWEITUNG DER MILITÄRLAGER: DAS IST EINE STÄRKUNG DER ARMEE ALS INSTRUMENT ZUR VOLKSFEINDLICHEN UNTERDRÜCKUNG! GEGEN DIESE ARMEE KÄMPFEN DIE BAUERN VON LARZAC UM ZU LEBEN!

Die Bauern von Larzac führen ihren Kampf mit zunehmender Bewußtheit als antimilitaristischen Kampf

- ▷ weil sie die Armee kennengelernt haben, wie sie in den Manövern ihre Ernte zerstört;
- ▷ weil sie den volksfeindlichen Charakter der bürgerlichen Armee in den Kriegen und Interventionen des französischen Imperialismus in Indochina, in Algerien und in verschiedenen anderen afrikanischen Ländern erkannt haben;
- ▷ weil sie den Einsatz der Polizei- und Militärmaschine als Unterdrückungsinstrument gegen die Kämpfe der Arbeiter, Bauern und Jugendlichen im eigenen Land selbst erfahren und gesehen haben;
- ▷ weil ihnen Genossen durch Information und aufklärende Propaganda geholfen haben, dies als Hintergrund und Zusammenhang mit ihren eigenen „unmittelbaren Problemen“ zu begreifen.

Es ist offensichtlich, daß die Bauern nicht nur „von sich aus“ zu größerer Bewußtheit in ihrem Kampf gelangt sind, und daß ebenso die wachsende Solidarität im ganzen Land „von sich aus“ entstanden ist. Wenn gleich uns gegenwärtig viele neuere Informationen darüber fehlen, inwieweit revolutionäre Organisationen systematisch zur Hebung des politischen Bewußtseins in diesem Kampf eingegriffen und eine breite Solidarität propagiert haben, wenigstens wie gegenwärtig auch keine genaueren Informationen über die Tätigkeit und die Rolle der Gewerkschaften und der Revisionisten haben, so läßt sich doch an vielen Punkten ablesen, daß der Verlauf des Kampfes von eben diesem Eingreifen verschiedener Organisationen



Für den Sternmarsch Ende August nach Larzac wurden 6 zentrale Routen aus dem Westen, Südwesten, Süden, Osten und Norden Frankreichs festgelegt.

der F.N.S.E.A. nicht beeinflussen ließen und sich bereit erklärten, die Blockade der CRS auszurufen. Frühmorgens brachten sie ihre Traktoren oberhalb der Absperrung auf die Straße nach Paris und warteten dort, während die Bauern von Larzac Orleans zu Fuß verließen. Auf diese Weise erreichten sie Paris auch am Abend.

Die in Paris vorgesehene Demonstration war allerdings ebenfalls vom Armeeministerialdebatte verboten worden. Die mit der revisionistischen PCF verbundenen Gewerkschaften CGT und FEN, die offiziell als Veranstalter auftraten, wichen vor diesem Verbot zurück und ersetzten die Demonstration eigenmächtig durch Saalveranstaltungen im Arbeitsamt und im Universitätsgebäude Jussieu. Immerhin kamen aber allein im Arbeitsamt 4.000 Menschen zu-

men. Zum einen handelte es sich um eine Delegation nordamerikanischer Indianer, die nach Europa gekommen waren, um ihren Kampf in Wounded Knee zu erläutern. Zum anderen irische Genossen von der IRA. Die Kontaktaufnahme mit den irischen Freiheitskämpfern hat deshalb eine besondere Bedeutung, weil die englische Armee als NATO-Verbündete der französischen während des Sommermanövers in Larzac abblüht. Mit dem Besuch der IRA-Delegation und dem herzlichen Empfang durch die Bauern von Larzac ist ein konkreter Schritt zur Festigung der internationalen Solidarität gegen Imperialismus und Militarismus unternommen worden.

Eine weitere wichtige Aktion wurde im Juni während der Pfingsttage durchgeführt. Unterstützt von einer Demonstration von 3.000

Der Kampf der Bauern von Larzac weist vor allem zwei Elemente auf, die von weitreichender Bedeutung sind:

- die Herausbildung eines antimilitaristischen Bewußtseins
 - die Herstellung einer gemeinsamen Front von Arbeitern, Bauern und kämpfender Jugend, die Herstellung der Solidarität der Bevölkerung gegen die Angriffe des bürgerlichen Staates.
- Die Grundlage gemeinsamer Interessen und eines möglichen gemeinsamen Kampfes vor allem mit den Industriearbeitern, liegt in der zunehmenden Protestisierung der unteren Bauernschichten. Die unteren Bauernschichten sind heute nicht mehr „kleine selb-



Larzac: Militärisches Gebiet – Parken und Camping auf 7 km verboten

der kommunistischen Organisation „Revolution“ zusammenarbeitenden „Comité Anti-Militariste“ herausgegeben wird, schrieb in ihrer Nr. 5 folgendes dazu:

„Warum werden die Militärlager ausgeweitet?
Um eine Regimente der Zusammenstoß trainieren zu lassen und um die Vorbereitung der Armee auf den Bürgerkrieg zu verstärken, braucht Debre Raum, und zwar in Frankreich selbst, weil hier auch seine Armee gegen das Volk eingesetzt werden soll... Im Lager von Canjuers wurde das ehemalige Dorf Broves völlig intakt gehalten, damit dort Kommandos die Eroberung von Städten üben können.
Um die Bevölkerung an die ständige Anwesenheit von Panzern und Kanonen in den Straßen und auf dem

(im positiven wie im negativen) abhängig.

Da ist zum einen der Kontakt, der zwischen den Bauern von Larzac und jungen Militanten (= organisierte Genossen) von Millau besteht und der sich zunehmend verbessert hat. Da sind zum anderen die Diskussionen die z.B. zwischen den Bauern und der Gruppe der „Paysans-Travailleurs“ stattgefunden haben und weiter stattfinden. Da ist schließlich die schriftliche Agitation und Propaganda verschiedener linker Organisationen und Gruppen in ihren Zeitungen (woraus auch wir unsere Informationen bezogen haben): die Zeitung „vent d'ouest“ der „Paysans-Travailleurs“, die Zeitungen „Révolution“, „Lutte Antimilitariste“ usw.

Frankreich: Polizei besetzt die von den Arbeitern verwaltete Uhrenfabrik Lip

Am frühen Morgen des 14. August besetzten die Gardes mobiles (eine Art Sonder-Polizei) mit einer Truppenstärke von 3.000 Mann die Uhrenfabrik Lip im südfranzösischen Besançon, in der die Arbeiter seit dem 18. Juni unter eigener Regie produzierten. Zum Zeitpunkt der Polizeibesetzung waren 50 Arbeiter in den Werkshallen.

Die Übernahme des Werkes und die selbständige Organisation der Produktion durch die Arbeiter war eine Reaktion auf geplante Lohnstreichungen und Entlassungen einiger Hundert Kollegen der 1.300 köpfigen Belegschaft. Der Schweizer Konzern Ebauches S. A., mit 40 % des Kapitals Hauptaktionär bei Lip, meldete den Konkurs an und wollte den Betrieb auf dem Rücken der Arbeiter „sanieren“. Bereits Mitte April war deswegen der bisherige Generaldirektor von Lip zurückgetreten und zwei „vorläufige Verwalter“ an seine Stelle gesetzt worden.

Als das Ausmaß der geplanten Entlassungen und Lohnstreichungen bekannt wurde und die Forderungen der Arbeiter ohne Gehör verpufften, jagten sie die Betriebsleitung aus dem Werk und begannen am 18. Juni, die Produktion selbständig und auf eigene Rechnung zu organisieren. Sie richteten fünf Kommissionen ein, die die Leitung der verschiedenen Produktions- und Vertriebsbereiche übernahmen. Dies war bereits vorher durch die Einrichtung eines „Aktionarkomitees“ auf Initiative der Gewerkschaft, CFDT hin vorbereitet worden. Die Büroangestellten beteiligten sich überwiegend nicht an dieser Aktion, so daß die Arbeiter allerlei neue Aufgaben selbst anzupacken hatten. Es zeigte sich jedoch, daß sie dazu entgegen aller bürgerlichen „Unkenrufe“ über den angeblich „dummen Arbeiter“ durchaus in der Lage waren.

Mit Hilfe der CPDT errichteten sie ein eigenes Vertriebsnetz und verkauften während dieser Zeit ca. 60.000 Uhren unterhalb des vorherigen Preises. Auf einer Generalversammlung legten die Arbeiter den Teil der Erlöse fest, der als Lohn ausbezahlt wurde. Die restliche Summe wurde zurückgelegt

für die Produktion und für verschiedene Aufgaben und Aktionen.

Das Selbstvertrauen der Lip-Arbeiter in ihre eigene Kraft gewann in der ganzen Arbeiterklasse und auch in anderen Teilen der Bevölkerung große Sympathie. Zahlreiche Solidaritätsaktionen wurden

allen Umständen und mit Einsatz all ihrer Machtmittel versucht, dieses Unternehmen zu Fall zu bringen. Die Wirkung dieses Beispiels auf die Entwicklung eines revolutionären Bewußtseins der französischen Arbeiterklasse war der Bourgeoisie eine zu unberechenbare Gefahr. Anfang August wurden Gerichts-vollzieher nach Lip geschickt, die den Arbeitern einen Gerichtsbeschluss zum Verlassen der Produktionsanlagen mitteilten und die Bo-

12.000 Menschen am folgenden Tag in Besançon. Mehrere Demonstranten wurden von den knüppelnden Einheiten der Gardes mobiles verhaftet.

Für den 16. August hatten die Gewerkschaften einen ganzjährigen Generalstreik in der Region um Besançon und einen einständigen Generalstreik im ganzen Land ausgerufen. Vormittags fand wieder eine große Kundgebung in Besançon und abends in Paris statt. In mehreren Betrieben wurden auch danach



Bereits kurz nach der Polizeibesetzung findet eine Protestdemonstration vor der mit aufgepflanzten Gewehren und Gaspatronen bewaffneten Gardes mobiles statt. Ein Vertreter der Lip-Arbeiter hält eine Rede an die versammelten Demonstranten (linke Bildhälfte).

durchgeführt und Unterstützungskomitees eingerichtet, woran sich mehrere linke Organisationen beteiligten.

Aber es mußte von vornherein damit gerechnet werden, daß die Aktionäre und die Regierung unter-

treibtore versiegeln sollten.

Das Auftreten der Gerichtsvollzieher wurde von den Arbeitern als Signal einer bald bevorstehenden Räumung verstanden. Die Regierung wollte auf diese Weise auch nur „dem Gesetz Genüge tun“ und war sich natürlich ebenso im Klaren, daß die Lip-Arbeiter sich durch das

die Streiks fortgesetzt und weitere angekündigt; so z. B. für den 23. August ein 24-stündiger Streik bei der staatlichen Rundfunk- und Fernsehgesellschaft ORTF.

Die Demonstrationen und Streikaktionen mit der Polizei setzten sich auch in der Nacht zum 19. August noch in Besançon fort.

das die Lip-Arbeiter sich durch das eher lächerliche Auftreten eines Kuckuck-Klebers nicht einschüchtern lassen würden. Die Truppen der Gardes mobiles waren zudem schon lange in der Nähe des Betriebes stationiert.

Bevor die Polizeitruppen dann am 14. August zur gewaltsamen Räumung des Betriebes aufmarschierten, hatten die Arbeiter die Lagerbestände, Finanzen und Geschäftsakten außerhalb des Werkes an verschiedenen Orten in Sicherheit gebracht. Außerdem montierten sie einige Teile der Produktionsanlagen ab, ohne die Produktion nicht wieder aufgenommen werden kann.

Die Regierung hatte mit der polizeilichen Räumung einen für sie günstigen Zeitpunkt abgewartet, nämlich den Höhepunkt der Ferien in den Betrieben, Schulen und Universitäten, die bis Ende August dauern. Die Protestaktionen traten so von vornherein mit vermindelter Kraft an.

Sofort nach der Räumung fand eine erste Demonstration von ca. 5.000 Menschen vor den Werkstoren von Lip statt. Vertreter der Belegschaft hielten dort im Angesicht der mit Gewehren und aufgepflanzten Gaspatronen bewaffneten Gardes mobiles kurze Reden an die versammelten Menschen (siehe Bild). Noch am Vormittag wurde in einem Vorstand-Kino eine Streikversammlung einberufen. Viele Belegschaften in der Region um Besançon traten in Solidaritätsstreiks, darunter auch bei der Bahn, der Post und im öffentlichen Dienst. Auch in anderen Regionen Frankreichs gab es spontane Arbeitsniederlegungen. Abends fand in Besançon eine weitere Demonstration statt, bei der es in der Nacht zu heftigen Straßenschlächen mit der Polizei kam. Ebenso bei der Demonstration von

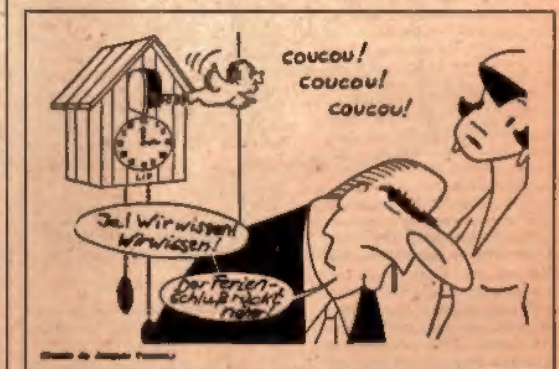
Eindruck, daß erneut das letztere der Fall ist, was auch ganz ihres reformistischen Strahles entspricht. Nur wenige Tage nach der Polizeibesetzung mehrten sich bereits die Zeichen, daß die Gewerkschaftsführungen den „Konflikt“ so schnell wie möglich auf dem Verhandlungsweg „beilegen“ möchten, noch ehe die Ferienzeit zu Ende ist. Es ist ohnehin noch einiger „Zündstoff“ für die Zeit ab September zu erwarten. All die Probleme, die in den letzten Monaten vor den Ferien von den Arbeitern und der Jugend zum Gegenstand breiter Kämpfe gemacht wurden, sind weiterhin ungelöst: die Lage der angelernten Arbeiter (O.S.), die Lage der ausländischen Arbeiter, die spalterischen Lohnkategorien, die mörderischen Arbeitsbedingungen (vor allem bei der Fließbandarbeit), das Abtreibungsverbot, die wachsenden Aktivitäten faschistischer Organisationen, das neue Einberufungsgesetz zum Militär (loi Debré), die neue reaktionäre Studienordnung an den Universitäten, usw. usw. Die Strategie der Reformisten trifft sich hierbei insofern mit den Plänen der ultra-reaktionären Messmer-Regierung, weil die Reformisten ihrerseits gemäß ihrem „programme commun“ für eine „Linkregierung“ bestrebt sind, die Mobilisierung der Arbeiter und der Jugend in den Grenzen des parlamentarischen Wechselspiels zu halten. Gegen eine Mobilisierung schließlich sind sie natürlich nicht, die haben sie sogar nötig; aber immer schon im bestehenden Rahmen und unter ihrer Kontrolle.

Nicht nur die PCF und die CGT, sondern auch die etwas „radikaler“ CFDT-Führung hat deswegen schon kurz nach der Polizeibesetzung durch ihren Vorsitzenden Edmond Maire in einem Interview mit der bürgerlichen Zeitung „France-Solr“ erklärt: „Die Vernunft, das ist die Vernunft. Die Vernunft wird siegen.“

Nach allen Erfahrungen kann man nicht mehr an der Phantasie der reformistischen Gewerkschaftsführer (auch nicht der französischen) zweifeln, irgendeinen faulen Kompromiß nach „zähen Verhandlungen“ als „vernünftig“ zu erklären und dadurch dann den „Konflikt beizulegen“ – und wenn dies auch nicht ganz bis zum Ferien-schluß gelingt, dann ist bis dahin doch sicher die Möglichkeit einer vernünftigen Einigung sichtbar. Wieweil diese „Beruhigung“ aber trägt, das ist schon eine ganz andere Frage, bei der es nicht mehr nur

August noch in Besançon zur. Die bürgerliche Presse strapaziert dabei wieder ihre übliche Demagogie, wonach die den Betrieb „be-wachenden“ und „schützenden“ Polizeitruppen nur von „angereizten jugendlichen Extremisten provoziert“ würden, die „keine Verbindung zu den Arbeitern“ von Lip hätten.

Frage, bei der es nicht mehr nur auf die gegenwärtigen Solidaritätsaktionen mit den Arbeitern von Lip ankommt, sondern auf die Gesamtheit der Klassenkämpfe in Frankreich, auf alle in der letzten Zeit erhobenen Forderungen, auf das sich entwickelnde Bewußtsein der französischen Arbeiterklasse über Freund und Feind.



Karikatur der konservativen Zeitung „Le Figaro“ über die Sorgen des französischen Staatspräsidenten Pompidou

Insgesamt befinden sich die Solidaritätsstreiks und -demonstrationen gegenwärtig aber in einer schwierigen Situation; und zwar nicht nur wegen der noch andauernden Ferien. Es ist auch nicht ersichtlich, inwieweit die Gewerkschaften und die vorgehlichen „Arbeiterparteien“ vor allem die PCF, planmäßig Aktionen gegen die lange voraussehbare Polizeibesetzung vorbereitet haben und nicht nur im Nachhinein kunstvoll improvisieren. Wir haben jedenfalls nach den uns bis heute vorliegenden Informationen den

Wir werden voraussichtlich in der nächsten oder übernächsten Ausgabe des ARBEITERKAMPF eine ausführlichere Bilanz des „Lehrstücks“ Lip vorlegen. Darin wollen wir auch versuchen, genauer das Eingreifen der Gewerkschaften und der verschiedenen linken Organisationen einzuschätzen, von der CPDT und CGT, über die PCF und die linkssozialdemokratische PSU bis hin zu den revolutionären linken Gruppen.

Fortis, Larcac

Zeitungen und Flugblätter, die sowohl unter den kämpfenden Bauern in Larcac selbst, als auch in anderen Teilen des Landes vertrieben werden und in denen in unterschiedlichem Maß versucht wird, den Kämpfen eine politische Orientierung zu geben, gegen den Militarismus und gegen den kapitalistischen Staat zu geben.

Dann die Landwirtschaftsgewerkschaft FNSEA. Über die regionale Gewerkschaftsvereinigung, die FDSEA des Départements Aveyron, sagen die Bauern, daß sie von ihr „im Maßstab ihrer Mittel“ unterstützt werden. Jedoch seien sie gleichzeitig „auf nationalem Niveau verraten worden“. Von der CGT und FEN wissen wir bislang nur soviel, daß sie als Veranstalter der Demonstration in Paris aufgetreten waren, diese dann aber unter Protest der Bauern in Spalkendungen umgewandelt hat, als die Regierung diese Demonstration verbot. Ansonsten ist uns konkret nichts über die Tätigkeit der Reformisten (einschließlich der PCF) in diesem Kampf bekannt. Festzuhalten ist aber andererseits, daß die Reformisten und Revisionisten natürlich auch das „Bündnis der Bauernschaft mit der Arbeiterklasse“ propagieren – allerdings im Hinblick und im Rahmen ihres sozial-trügerischen Konzepts einer „fortgeschrittenen Demokratie“, der „Demokratisierung“ der gesellschaftlichen und staatlichen Institutionen des Kapitalismus. Dieser Konzepts ist nicht auf die Entwicklung, sondern auf die Beibehaltung eines begrenzten Bewußtseins gerichtet – und zwar gerade auch gegenüber den bürgerlichen Herrschaftsinstrumenten

wie Polizei und Militär (siehe dazu unsere Auseinandersetzung mit dem „programme commune“, von PCF und PS im ARBEITERKAMPF Nr. 26, März 73).

Gleichzeitig ist aber zu sehen, daß das Eingreifen einer gespaltenen und zerplittert organisierten Linken in derartige Kämpfe selbst nur begrenzte Wirkung und begrenzte Perspektiven aufweisen kann. Was auch in Frankreich fehlt, ist eine national organisierte Partei der Arbeiterklasse, die der Entwicklung des Bewußtseins, dem Bündnis der Arbeiterklasse mit anderen ausgebeuteten und unterdrückten Schichten (wie z.B. den Kleinbauern) und dem unausgeglichenen revolutionären Kampf gegen die Herrschaft der Bourgeoisie dauerhaften und organisierten Charakter verleihen kann. Und dieser Mangel fällt in Frankreich bei vergleichsweise breiter entfalteter Kämpfe der Arbeiter, der Bauern und der Jugend noch viel stärker ins Gewicht; als dies schon bei uns in der BRD der Fall ist.

Bei alledem kann man sicher nicht davon ausgehen, daß der Kampf der Bauern von Larcac mit seiner wachsenden Unterstützung in der französischen Bevölkerung bereits bald zu einem greifbaren Erfolg führen wird. Aber selbst wenn die kapitalistische Staatsgewalt in diesem Kampf einen Sieg davonträgt: die Bauern von Larcac haben nicht nur wertvolle Kampferfahrungen gemacht, sondern was noch wichtiger ist, sie haben diese Erfahrungen mithilfe revolutionärer Agitation und Propaganda bereits zu einem großen Teil bewußt verarbeitet – und das wird die Bourgeoisie nicht wieder in einem Handstreich auslöschen können! ■

Zionismus: Immer neue Verbrechen

Ende Juli erschloß ein zionistisches Mordkommando den in Norwegen wohnenden Araber Ahmed Bouchliki. Die norwegische Polizei konnte sechs Verdächtige festnehmen, davon zwei ausgerechnet in der Wohnung des „Sicherheitsoffiziers“ der israelischen Botschaft in Oslo. Das ist ein klares Zeichen dafür, daß das Mord-Kommando im direkten Auftrag des israelischen Staates steht.

Das US-Magazin „Time“ behauptete, dem Kommando hätten insgesamt etwa 15 Personen angehört, und auf ihr Konto käme die Ermordung von insgesamt 13 Arabern in verschiedenen Ländern Europas.

Aus den Ermittlungen der norwegischen Polizei geht hervor, daß die Angehörigen des Mord-Kommandos israelisch sind, die sich daneben noch eine andere Staatsangehörigkeit mit entsprechendem Paß bewahrt haben, und so als Deutsche, Österreicher, Dänen, Schweden etc. ohne großes Aufsehen von einem Land ins andere reisen.

Mitte August zwangen israelische Kampf-Flugzeuge eine arabische Verkehrs-Maschine zur Landung in Israel. Die Israelis hatten das Flugzeug direkt nach dem Start in Beirut angegriffen und in den israelischen Luftraum abgedrängt. Ziel war die Festnahme und Ermordung mehrerer palästinensischer Genossen, unter ihnen PFLP-Führer Hassan, unter ihnen PFLP-Führer Hassan, die sich jedoch nicht in dieser Maschine befanden.

Was wäre passiert, wenn der Pilot der Verkehrs-Maschine den israelischen Kampf-Flugzeugen nicht gefolgt wäre? Wahrscheinlich hätten die Zionisten ihr Verbrechen vom 21. Februar wiederholt: damals schossen sie ein lybisches Flugzeug über der Sinai-Halbinsel ab, wobei fast 100 Menschen getötet wurden.

Die israelische Regierung hat offen gesagt, daß sie sich für berechtigt hält, überall auf der Welt Genossen des palästinensischen Widerstands ermorden zu lassen. Dafür gibt es auch zahlreiche Beispiele, von denen nur ein kleiner Teil bekannt ist, und die in der bürgerlichen Presse natürlich totgeschwiegen werden.

So wurde in Beirut der Genosse Kanafani, ein Führer der PFLP, durch eine Bombe getötet, in Rom wurde Ende 72 ein Vertreter von „Al Fatah“, Genosse Wael Zuaiter, erschossen. In Paris starb am 9. Januar der Genosse Mahmoud Hamchari, Vertreter der PLO, an Verletzungen, die er bei einem Attentat am 8. Dezember 72 erlitten hatte.

Im November 72 erlitt ein jordanischer Medizinstudent in seiner Wohnung in Erlangen schwere Verletzungen, als er einen mit Sprengstoff präparierten Brief öffnete.

Am 10. April ermordeten israelische Kommandos in Beirut u.a. die Genossen Abu Yusuf, Kamal Adwan und Kamal Nassar, alle drei in der Führung von „Al Fatah“ und PLO.

Ende Juni wurde der Algerier Mohamed Boudia in Paris durch eine Bombe in seinem Auto getötet.

Die Erklärung der Zionisten lautet: die Palästinenser greifen uns überall an (Flugzeugentführungen etc.), also sind wir zum „Gegenterror“ berechtigt. Diese Erklärung wird von der bürgerlichen Presse voll übernommen. Das Mord-Kommando z.B., das in Norwegen Ahmed Bouchliki tötete, wird in der „Hamburger Morgenpost“ (SPD) zynisch als „Anti-Terror-Gruppe“ bezeichnet. Im Grunde ist diese Presse der direkte Komplize des zionistischen Terrorismus: die Zionisten führen Anschläge aus, die bürgerliche Presse stellt sie als gerechtfertigt hin. Das läßt sich an einem Artikel der „Morgenpost“ vom 15. August besonders anschaulich zeigen: Dieser Artikel befaßt sich mit dem PFLP-Führer Hebasch, den ja die Zionisten einige Tage zuvor bei der Flugzeugentführung zu fassen hofften. In diesem Artikel wird Hebasch mit geteilten Lügen so hingestellt, daß der Leser anschließend nur noch denken kann: „Ein wahrer Jammer, daß die Israelis den Kerl nicht erwischen haben!“ – was offenbar auch der Sinn des Artikels ist.

Die Überschrift lautet gleich: „Terrorchef George Habbaah: Wir wollen den III. Weltkrieg!“ Und in diesem Ton geht es weiter: „Seine Reaktion ist der Haß gegen die Juden.“

Oradour und Lidice, des US-Imperialismus in My Lai, des portugiesischen Kolonialismus in Willemsoord für viele Unglücklichen stehen. Weniger bekannt als die Massaker

des palästinensischen Widerstands überhaupt gab.

Das bekannteste derartige Unternehmen war die sogenannte „Affäre Lavon“, im Juli 1954 legten zioni-



Bei einem Stoßtrupp-Unternehmen gegen den Libanon hat ein israelischer Panzer rücksichtslos einen Personenvan überrollt, in dem sich eine arabische Familie befand (Herbst 1972)

Sein Lebensziel ist ein palästinensischer Staat aus Soldaten und Bauern,“ usw., u.a. Lügen von vorn bis hinten, im ganzen Artikel kaum ein wahres Wort!

warnt Wort!

Die Zionisten haben das „Recht“ aller Unterdrückten auf ihrer Seite: ein Volk zu vertreiben und zu unterdrücken – und jedes Zeichen von Widerstand der Unterdrückten „rechtfertigt“ die Steigerung der Unterdrückung. Nach dieser Logik sind in den USA die Indianer weitgehend ausgerottet worden, nach dieser Logik begangen die portugiesischen Kolonialisten ihre Massaker.

Die Liste der Verbrechen des Zionismus ist lang. Dazu gehört das Massaker in dem kleinen arabischen Dorf Deir Yassin, westlich von Jerusalem, im April 1948. Die Terroristen-Organisation „Irgun“ schlichtete dort mehr als 250 Bewohner ab. Obwohl sich der offizielle Zionismus scheinbar von dem Massaker distanzierte, haben die Mörder heute als freie und angesehene Männer in Israel. „Irgun“-Boss Menachem Begin ist heute ein bekannter rechtsradikaler Politiker und Oppositionsführer im israelischen Parlament. Der Zionismus „distanziert“ sich vielleicht einmal aus taktischen Gründen von seinen Mordhelfern, aber er läßt sie niemals fallen.

Ein weiteres traurig „berühmtes“ Massaker begingen die Zionisten in dem Dorf Kafr Kassem im Oktober 1956. Dort verhängten sie überraschend ein totales „Ausgehverbot“. Als am Abend die auswärtig arbeitenden Bewohner nachts zurück zum Dorf zurückkehren wollten – sie wußten natürlich noch nichts von dem Ausgehverbot – wurden sie von israelischen Truppen gnadenlos zusammengeschossen. Die Zahl der Toten wurde offiziell mit 51 angegeben.

Das war kaltblütige Abschachtung Wehrloser. Davon mußte sich der offizielle Zionismus wieder „distanzieren“, indem das Massaker als individuelle Tat einiger Offiziere und Soldaten hingestellt wurde. So wurden im Oktober 1958, zwei Jahre nach dem Massaker, der Form halber vier der Mörder verurteilt. Obwohl das israelische Recht für Mord klar eine lebenslange Strafe vorsieht, lagen die Strafen zwischen 17 Jahren (schuldig am Tod von 43 Arabern) und acht Jahren (schuldig am Tod von 17 Arabern). Nach dem Prozeß begann sogleich das Theatrum einer mehrmaligen Herabsetzung der Strafen, sodaß schließlich nach einem Jahr, Anfang 1960, alle Mörder wieder auf freiem Fuß waren und alsbald mit Posten, Geld etc. für die erlittene Unbill „entschädigt“ wurden.

Um jeden Irrtum auszuschalten, muß dazu gesagt werden, daß die Massaker von Deir Yassin und Kafr Kassem zwar besonders bekannt geworden sind, aber keineswegs Einzelfälle waren – ebenso wie die Massaker des deutschen Faschismus in

ist die Tatsache, daß es zuerst der Zionismus war, der den Terror auch außerhalb Palästinas praktizierte – lange bevor es die Organisationen

stische Agenten in Alexandria und Kairo (Ägypten) mehrere Bomben vor allem gegen Plätze, an denen Bürger der USA vermutet wurden.

Dringender Appell

des südvietnamesischen Komitees für den Kampf zur Freilassung der noch vom Saigoner Regime inhaftierten patriotischen und friedliebenden Menschen:

Landleute in ganz Vietnam und im Ausland!

An die Völker der Welt, denen Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit teuer sind!

Das Abkommen über die Beendigung des Krieges und die Wiederherstellung des Friedens in Vietnam wurde unterzeichnet. Das ist ein großer Sieg des gesamten vietnamesischen Volkes. Seit dem Inkrafttreten des Abkommens sind fast sechs Monate vergangen. Eigentlich könnten alle in Südvietnam gefangen genommenen und inhaftierten Menschen zu ihren Familien zurückkehren. Aber ungeachtet der Verneinung und der elementarsten Bestimmungen des Rechts setzt die Diktaturgruppe Nguyen Van Thieu fort, Hunderttausende von politischen Gefangenen widerrechtlich einzukerkern.

Das Leben von Hunderttausenden Lieben Töchtern und Söhnen des vietnamesischen Volkes ist ernsthaft bedroht. In allen Gefängnissen des Nguyen Van Thieu-Regimes leben die Inhaftierten in einem äußerst bedrohlichen Zustand. Es gibt keinen Tag ohne Terror und Repressalien. Zehntausende von Menschen leiden an schweren Krankheiten bzw. wurden zu Krüppeln geschlagen. Tausende von Menschen wurden zu Tode gefoltert bzw. schwere Verletzungen beigebracht. Viele wurden heimlich und hinterhältig vernichtet. Dutzende wurden gleichzeitig ermordet, ihre Körper verstümmelt, mit Steinen beschweren und in die Flüsse geworfen, viele von ihnen wurden mit den Händen aneinander gefesselt und ins Meer gestoßen, andere wurden erschossen, ihre Leichen im tiefen Wald oder an entlegenen Orten verstreut, um die Verbrechen zu verschleiern. Quälereien, Folterungen und Vernichtungen wurden mit jedem Tag bestialischer und barbarischer. Das Thieu-Regime bedient sich darüber hinaus noch anderer Machenschaften, um sich zu weigern, die Gefangenen und Inhaftierten zu übergeben, wie es im Pariser Abkommen und im Gemeinsamen Kommuniqué vom 13. Juni 1973 festgelegt worden ist. Viele Inhaftierte wurden bis zur Bewußtlosigkeit gefoltert und dann gezwungen, einen „Rückkehrvertrag“, einen „Amnestievertrag“ oder falsche Dokumente, mit denen sie zu kriminellen Häftlingen gestempelt werden sollten, mit Unterschrift oder Fingerabdruck

zu signieren.

Langjährige Inhaftierte, die jedoch nicht abgeurteilt wurden, hat das Thieu-Regime ebenfalls zu kriminellen Verbrechen gemacht. Politische Gefangene, bei denen die Haftfrist abgelaufen war, wurden neu abgeurteilt oder die Haftfrist verlängert, die „rote Karte“ eingezogen und die „blaue Karte“ für kriminelle Verbrechen ausgegeben. Politische Gefangene wurden von den zentralen Gefängnissen in die örtlichen gebracht und zusammen mit den kriminellen Häftlingen eingekerkert. Zur gleichen Zeit führte das Nguyen Van Thieu-Regime Hunderttausende von Polizeioperationen durch, nahm massenhafte „Reinigungsaktionen“ vor und verhaftete zusätzlich Zehntausende von Menschen, die Frieden und Freiheit lieben und für nationale Versöhnung und Eintracht eintreten.

Jede Handlung, jede Machenschaft des Saigoner Regimes dient schließlich der Realisierung der sogenannten „Sicherheitspläne“, die verwirklicht werden, sobald eine „zweigliedrige Lösung“ existiert. In der Tat liquidiert sie zahllose unbewegliche Menschen, die sie nicht gewinnen konnte – Folter, Terror, verbunden mit Einschüchterung und Täuschung, um zwangsrekrutieren zu können oder zur „Rückkehr“ zu locken. Sie ergreift jede Maßnahme, um die Übergabe der politischen Gefangenen zu verweigern; und im Falle eines starken Drucks wurden nur verküppelte Gefangene übergeben. Die verbrecherischen Pläne der Vereinigten Staaten und Nguyen Van Thieus bestehen darin, sämtliche oppositionellen Kräfte in Südvietnam zu vernichten, um den Kolonialismus neuen Typs der USA in Südvietnam aufrechtzuerhalten.

Mit diesen Plänen und Handlungen verletzen die Vereinigten Staaten und das Saigoner Regime sehr ernsthaft das Pariser Vietnamabkommen und das Gemeinsame Kommuniqué vom 13. Juni 1973, treten in grober Weise das Völkerrecht mit Füßen, widersprechen offen den dringlichsten und wichtigsten Wünschen der südvietnamesischen Bevölkerung nach Frieden, Unabhängigkeit, nationaler Versöhnung und Eintracht. Diese ihre Handlungen sind äußerst freche Herausforderungen an die fortschrittliche Menschheit.

Landleute im Süden, im Norden und im Ausland!

Hunderttausende von lieben Töchtern und Söhnen, die auf-

Zu dieser Zeit bemühte sich Ägypten, die britische Vöhrerschaft über den Suez-Kanal abzuschütteln. Dabei bemühte es sich um die Unterstützung der USA. Die Anschläge sollten eine Verschlechterung der ägyptisch-amerikanischen Gespräche provozieren. Die Provokation flog jedoch auf und einige zionistische Agenten wurden in Ägypten festgenommen. Golda Meir ließ es sich nicht nehmen, diese Agenten bei deren Rückkehr nach Israel persönlich als „Helden“ willkommen zu heißen.

Fügen wir hinzu, daß die Zionisten sich selbstverständlich auch für „berechtigt“ halten, jederzeit arabische Länder zu bombardieren oder mit Stoßtrupps zu überfallen. Das ist dutzendfach praktiziert worden, vor allem gegen den Libanon und Syrien, aber auch gegen Ägypten und Jordanien – mit dem Ergebnis, daß Hunderte von arabischen Zivilisten getötet wurden.

Gerade angesichts der von der bürgerlichen Presse betriebenen Hilfestellung für den Zionismus muß klar die Gangster-Logik der Herrschenden Israels aufgezeigt werden: sie „rechtfertigen“ ihre Verbrechen von heute damit, daß die Palästinenser ihre Verbrechen von gestern nicht widerstandslos hingenommen haben.

opferungsvoll für das Dasein unserer Nation, für Unabhängigkeit, Freiheit und Glück gekämpft haben, werden gegenwärtig eingekerkert und vernichtet in den Gefängnissen der faschistischen Nguyen Van Thieu-Clique.

Verantwortungsbewußt gegenüber der Nation, in Erfüllung der Pflichten gegenüber unseren an Ketten gefesselten Schwestern und Brüdern, kämpfen entschlossen, um dem Thieu-Regime das blutige Handwerk zu legen, es zu zwingen, die Gefangenen in Übereinstimmung mit den im Pariser Abkommen enthaltenen Festlegungen zu behandeln, die Vereinigten Staaten und das Saigoner Regime zu zwingen, die Gefangenen und Inhaftierten sofort und restlos zu übergeben, ohne irgendwelche Gründe an den Tag zu legen und ohne Verzögerung!

Freunde des vietnamesischen Volkes auf dem ganzen Erdball!

Menschen der ganzen Welt, denen Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit teuer sind!

Seit mehreren Monaten verfolgen die internationalen und nationalen Organisationen, Sie, Freunde und viele Persönlichkeiten mit großer Aufmerksamkeit das Schicksal von mehr als zweihunderttausend unserer Schwestern und Brüder, die sich in den Kerkern des Saigoner Regimes befinden und haben ihre anklingende Stimme gegen das grausame Gefängnisregime Nguyen Van Thieu's erhoben. Freunde und Persönlichkeiten, für die Gerechtigkeit und Verantwortung im Einklang mit den humanitären Gefühlen schwer sind, unterstützen sie noch kraftvoller die Manöver und Verbrechen der faschistischen Diktaturgruppe Nguyen Van Thieu bei der barbarischen Vernichtung politischer Gefangener und der hartnäckigen Verzögerung der Übergabe der Gefangenen und Inhaftierten. Fordern Sie von den Vereinigten Staaten und dem Saigoner Regime die ernsthafte Verwirklichung des Pariser Friedensabkommens, die sofortige und restlose Übergabe der Patrioten und friedliebenden Menschen, unter ihnen Angehörige der dritten Kräfte, die gegenwärtig noch inhaftiert sind.

Menschliche Vernunft wird mit Sicherheit über die Barbarei siegen! Freiheit für alle patriotischen und friedliebenden Menschen, die noch vom Saigoner Regime eingekerkert sind. Südvietnam, 22. Juni 1973

CHILE:

» FRIEDLICHER ÜBERGANG « AUF DEM STERBEBETT

Im ARBEITERKAMPF Nr. 27 (April 73) schrieben wir zum Ausgang der März-Wahlen, in denen der bürgerliche Block sein Ziel einer parlamentarischen Zwei-Drittel-Mehrheit nicht erreicht und die Unidad Popular im Gegenteil an Stimmen gewonnen hatte:

„Nachdem der Versuch eines legalen Umsturzes vorerst gescheitert ist, bleiben zwei Schlussfolgerungen für die Reaktion, mit denen die chilenischen Arbeiter und Bauern rechnen müssen. Erstens eine Fortführung der Sabotage und Obstruktion, um die Unidad Popular zu weiteren Rückschlägen zu zwingen. Die Allende-Regierung würde so immer weniger die Schwierigkeiten des Landes lösen können und schließlich ihr Vertrauen in der Bevölkerung verlieren. Nicht nur die chilenische, sondern darüber hinaus die internationale Reaktion hätte dann ihren „endgültigen Beweis, daß der Sozialismus ins Chaos führt“. Zweitens eine weitere Anheizung der Spannung und des Terrors im Land, mit dem Ziel, einen Bürgerkrieg zu entfachen und die Unidad Popular gewaltam zu stürzen. Die Tatsache, daß das Bündnis von Christdemokraten und Nationaler Partei vorerst auf „legalen“ Weg sein Ziel nicht erreichen konnte, verringert nicht, sondern erhöht diese Gefahr eines militärischen Umsturzes. Mit beiden Schlussfolgerungen ist zu rechnen, und es ist wahrscheinlich, daß die Reaktion in einem Spiel mit verteilten Rollen von beiden Möglichkeiten Gebrauch machen wird.“

Diese Einschätzung hat sich leider als sehr richtig erwiesen. Die chilenische Konterrevolution hat das „Spiel mit verteilten Rollen“ gerade in den letzten Wochen und Monaten unnachgiebig und zielstrebig geführt. Wirtschafts-sabotage und Obstruktion auf der einen Seite, Anheizung der Spannung und Terror auf der anderen Seite. Der monatelangen Zurückhaltung von Nahrungsmitteln und anderen Konsumgütern durch zahlreiche Groß- und Einzelhändler und dem damit verbundenen Aufblühen eines ausgedehnten Schwarzmarktes (und der ungeheuren Inflation) folgte der Putschversuch des Panzer- und Infanterieregiments von Tacna Ende vergangenen Junis. Dieser wiederum war das Signal für eine erneute Lahmlegung des Versorgungsgutes durch die privaten Transportunternehmen. Und parallel dazu eine neue Welle faschistischer Terroranschläge im ganzen Land.

Während die einen die Allende-Regierung im „zivilen“ parlamentarischen Schauspiel zu immer weitergehenden Abstrichen vom Programm der Unidad Popular erpresen (die chilenischen Christdemokraten, die übrigens von der westdeutschen CDU kräftige Finanzhilfe für ihre Aktivitäten erhalten), suchen die anderen (faschistische Organisationen wie „Patria y Libertad“, ultra-reaktionäre Militärkreise und auch die Nationale Partei) der Allende-Regierung und den mit ihrem Programm sympathisierenden Arbeiter- und Bauernmassen mittels offenen Terror und Putschversuchen das Genick zu brechen. Regisseur und Profiteur ist in allen Fällen die chilenische Bourgeoisie, Kapitalisten und Großgrundbesitzer. Und mit ihnen im Bunde die internationalistische Konterrevolution der imperialistischen und reaktionären Staaten, gleichfalls unter Anwendung verschiedener Methoden.

Unter Einsatz ihrer ökonomischen Macht streichen die imperialistischen Staaten und Konzerne der chilenischen Wirtschaft lebenswichtige Kredite, beschlagnahmen und rauben sie chilenische Konten in internationalen Finanzinstituten, manipulieren als den Weltmarktpreis für Chiles wichtigstes Exportgut, das Kupfer, um fast 30 % in die Tiefe, usw. Daneben gewähren die reaktionären Regimes von Brasilien, Argentinien und Uruguay den alten Großgrundbesitzern Chiles Exil, wo sie ungestört mit den Chefs der faschistischen Terrororganisationen in Chile gegen die Unidad Popular konspirieren und Putschpläne ausarbeiten können. In Bolivien, wo das Regime des Obersten Banzer selbst im August 1971 mit Hilfe des US-Geheimdienstes CIA an die Macht geblieben wurde, werden unter dem Kommando von zwei entlassenen Offizieren chilenische Soldaten für eine eventuelle Invasion nach Chile trainiert. Bei der Freizügigkeit, mit der der CIA in Bolivien und in fast allen Ländern Lateinamerikas seine imperialistische Untergrundarbeit betreibt, dürfte er hierbei wohl ebenso seine

Finger direkt im Spiel haben. Das wäre ja auch in bezug auf Chile nur eine konsequente Fortführung der verbrecherischen Traditionen des US-Imperialismus: Die ersten Putschpläne, noch in der Zeit zwischen dem Wahlsieg der Unidad Popular und dem Regierungsantritt Allendes, waren bekanntlich vom US-Großkonzern ITT unter Hilfeleistung des US-Außenministeriums ausgearbeitet worden.

Unidad Popular auf dem Marsch nach rückwärts

Unidad Popular auf dem Marsch nach rückwärts

Unserer Einschätzung nach sieht das Kräfteverhältnis für die Unidad Popular angesichts dieser gesteigerten Offensive der chilenischen Reaktion und des Imperialismus nicht günstig aus. Zwar hat die bürgerliche Presse nach dem Scheitern des Armeeaufstands Ende Juni in ihren Kommentaren davon gesprochen, daß die Allende-Regierung damit eine „Atempause“ erreicht habe – und sie heuchelte sogar davon, daß diese „kurzzeitigen Militärs“ mit ihrer „atümpferhaften Planung“ Allende obendrein noch „Schützenhilfe“ geleistet hätten, und daß die Volksfront „im Siegestaumel der mobilisierten Straße ... nun zum erstenmal seit Monaten wieder zur politischen Offensive übergehen“ könne (Zitate aus Springers „Welt“ vom 2.7.73). Aber diese übereifrigen Kassandra-rufer unserer einheimischen Reaktion, die voller Wut über das Scheitern der faschistischen Offiziere von Tacna nur noch „rot“ sah, behaupteten sich nicht. Leider!

Nicht die Allende-Regierung erhielt eine Atempause und ging in die politische Offensive über, sondern die chilenische Reaktion zögerte ihre Offensive noch und die Allende-Regierung krümmte ihren Buckel nur noch weiter, anstatt sich aufzurichten; sie nahm Gespräche mit den feindlichen Christdemokraten auf und bot ihnen eine Regierungsbeteiligung an; sie ernannte wieder einige Militärs zu Ministern (womit sie einem „Rat“ ihrer Feinde folgte, nämlich der Christdemokraten und der Militärs selbst, wobei die Christdemokraten allerdings inzwischen gemeinsam mit anderen Kräften der schwarzensten Konterrevolution ein solches Militärregime forderten);

sie stattete das Militär mit umfangreichen Befugnissen aus, worunter das wichtigste wohl die Ent-waffnung der Arbeiter- und Bauernmilizen ist, die sich zur Abwehr der faschistischen Verbrecherbanden und der weißen Gardes der alten Grundbesitzer gebildet haben. Daß diese Maßnahmen der Allende-Regierung nicht von einer politischen Offensive gegen die in- und ausländische Konterrevolution zeugen, ist offensichtlich. Daß diese Maßnahmen im Gegenteil sogar eine Ermunterung der Konterrevolution darstellen, sich nur noch dreister zu gebärden, das kann ebenso jeder feststellen, der die Entwicklung in Chile gegenwärtig aus der Presse aufmerksam ver-

folgt. Allerdings ist dies bereits eine Jahrzehntealte Erfahrung der internationalen Arbeiterbewegung; und das wiegt umso schwerer, weil die Parteien der Unidad Popular, zumindest die Kommunistische (in Wahrheit revisionistische) und die Sozialistische Partei, sich ja zu einem Bestandteil dieser internationalen Arbeiterbewegung zählen. Es genügt demnach zur Erklärung der gegenwärtigen Situation nicht, auf die Offensive der Konterrevolution hinzuweisen, auf ihre ungeheuren Verbrechen; die Wirtschaftsabotage, die auf eine Aus-hungerung der Bevölkerung abzielt, damit diese gegen die Unidad Popular rebelliert; die unzähligen Bombenanschläge gegen Produktionsanlagen, Brücken, Ölleitungen und Büros der Gewerkschaften und der Parteien der „Volksfront“; die faschistischen Morde wie z.B. am Militärdiktator Allendes und an einem führenden Vertreter der Transportarbeiter – Gewerkschaft, usw.

Sondern es erhebt sich gerade angesichts dieser Offensive die Frage danach, welche Mittel die Unidad Popular und die Allende-Regierung zum Kampf gegen die Konterrevolution ins Feld führen – und wir haben schon gesehen, daß

und wir haben schon gesehen, daß



Allende beschwichigt und entwirft das Volk gegen die Angriffe der Bourgeoisie

ihre hauptsächlichsten Mittel darin besteht, vor der Konterrevolution zurückzuweichen. Nicht so sehr in Worten, als in Taten. Es mangelt natürlich nicht an Appellen, die Konterrevolution zu schlagen, den „revolutionären Prozeß“ voranzutreiben, die „Einheit des Volkes“ herzustellen usw. Aber kann man die Konterrevolution durch Appelle schlagen? Kann man den „revolutionären Prozeß“ und die „Einheit des Volkes“ dadurch voranbringen, daß man sie bloß wie eine heiße Kartoffel, die man am liebsten selbst ausspucken möchte, im Mund rumwälzt?

Der Ursprung von der „Produktions-schlacht“

Was beinhalten die Appelle der Unidad Popular? Worum fordert sie die werktätigen Massen konkret auf, um die Konterrevolution zu schlagen? Vor allem sollen die Arbeiter und Bauern die Produktion steigern, um die von der Konterrevolution durch Sabotageakte, Warenhoheit, Schwarzmarkt, Schmuggel, rarer Güter ins Ausland usw. verursachten wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu überwinden. Diese Aufforderung ist angesichts der wirklichen Situation in Chile blanker Zynismus und eine völlige Irreführung über die Hauptaufga-

ben des Kampfes. Derartige Aufforderungen hat die Unidad Popular schon seit Anbeginn ihrer Regierungszeit (Ende 1970) ausgegeben, aber die wirtschaftlichen Schwierigkeiten sind nicht weniger, sondern mehr geworden – obwohl, wie die DKP-Zeitung UZ Mitte August dieses Jahres triumphal meldete: „Die Werktätigen arbeiten täglich bis zu zwölf Stunden, um die Produktion zu halten.“ Eine wahrhaft beachtliche „Erfolgsmeldung“ im Kampf gegen die Konterrevolution!

Wie ist aber die wirkliche Situation, auf deren Boden die Unidad Popular zum „Kampf für die Produktionssteigerung“ aufruft? Die Unidad Popular hat sich hier auf ein Wettrennen eingelassen, bei dem sie und die Arbeiterklasse von vornherein als Verlierer feststehen – gegenüber der Konterrevolution, die sich dabei nur ins Häuschen lachen kann. Rund 60 % der Industrieproduktion und 75 % des Handels befinden sich noch in privater Besitz, der Rest in den Händen des Staates. Die Mehrheit der Arbeiter sind Lohnarbeiter in kapitalistischen Betrieben. Sollen diese die Konterrevolution (d.h. die Bourgeoisie, die Kapitalisten) dadurch schlagen, daß sie die Produktion in den Betrieben der Kapitalisten erhöhen? Ein Witz, und die DKP hätte das als Rätsel-aufgabe im „Luzern“ veröffentlicht können, wenn die Situation in Chile nicht so ernst wäre!

Und die Arbeiter in den verstaatlichten Betrieben? Können die Arbeiter einer Minderheit von Betrieben (nicht nur der Anzahl, sondern auch dem Pro-

der Anzahl, sondern auch dem Pro-



duktionsumfangs nach) durch eine Steigerung der Produktion die konterrevolutionären Umtriebe der Bourgeoisie, die immer noch die Mehrheit der Betriebe in ihren Händen hält, ernsthaft bezwingen? Die Frage stellen, heißt sie beantworten; man sieht, daß der Appell zur „Produktions-schlacht“ allein schon auf ökonomischer Ebene faßlos ist.

Die Frage ist indes auch nicht ökonomisch, sondern politisch zu stellen. Trotz der Regierun- gsbildung durch die Unidad Popular besteht der bürgerliche, d.h. kapitalistische Staatsapparat fort, ist die Bourgeoisie in Chile beliebt, noch nicht ihrer politischen, administrativen und militärischen Herrschaftsmittel beraubt. Die Konterrevolution verfolgt auch mit ihrer Sabotage auf wirtschaftlichem Gebiet vor allem politische Ziele, nämlich den Sturz der Unidad Popular von der Regierung und die Verdrängung der Arbeiter und Bauern aus ihren Kampfpositionen, die sie sich unter der Allende-Regierung errungen haben.

Bei alledem ist der Appell zur „Produktions-schlacht“ nicht nur auf ökonomischer Ebene falsch; sondern er führt vor allem politisch zu verheerenden Folgen, zu einer Demobilisierung und politischen

und ideologischen Entwaffnung der Arbeiterklasse, wenn die Unidad Popular im Kampf gegen die Konterrevolution wesentlich auf eine „Steigerung der Produktion“ orientiert. Die Hauptaufgabe ist die, die Arbeiterklasse und die Bauernschaft zur Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates zu führen, d.h. der Bourgeoisie ihre Herrschaftsinstrumente zu entreißen, mit denen sie immer wieder versuchen wird, das Blatt zu ihren Gunsten, zum Fortbestehen von Ausbeutung und Unterdrückung zu wenden.

Wir werden nie bestreiten, daß die Arbeiterklasse auf dem Weg in den Sozialismus energisch den Hebel der Verbesserung und Steigerung der Produktion ansetzen muß, um wirtschaftliche Schwierigkeiten zu überwinden, die sowohl aus der Sabotage der Konterrevolution als auch aus der anfänglichen Unerfahrenheit der Arbeiterklasse in der selbständigen Leitung der Produktion herrühren. Aber dazu bedarf es erstens bestimmter Voraussetzungen (nämlich die politische Macht erobert und die Enteignung der Produktionsmittel durchgeführt zu haben, zumindest des wichtigsten und überwiegenden Teils) und zweitens kann dies nicht als Haupt-parole im Kampf gegen die weiterhin verbleibenden bürgerlichen Elemente, die die Konterrevolution betreiben, ausgegeben werden.

Ist die chilenische Militär ein „loyaler Bündnispartner“?

Wir haben die Frage des bürgerlichen Staatsapparates und der Mobilisierung der Arbeiter und Bauern angeschnitten. Allgemein ist festzustellen, daß die Unidad Popular in ihrer nun mehr als zweidezielt-jährigen Regierungszeit am stärksten, daß die Unidad Popular in ihrer nun mehr als zweidezielt-jährigen Regierungszeit den bürgerlichen Staatsapparat in seinem Wesen völlig unangestastet gelassen hat.

In diesem Rahmen ist die Haltung der „Volksfront“ gegenüber dem chilenischen Militär besonders aufschlußreich. Bereits im November 1972 haben wir in einer Sonder-nummer unserer Zeitschrift UNSER WEG ausführlich anhand von Resolutionen und Äußerungen einzelner Führer der Unidad Popular diese theoretisch völlig illusionistische und praktisch kapitalantehafte Haltung deutlich gemacht. (Chile: „Friedlicher Übergang“ zum Sozialismus?, I DM) Es sei nur noch einmal an die dort zitierte Auffassung des Generalsekretärs der KP Chiles, Luis Corvalan, erinnert, der zwar „Umgestaltungen auch in den militärischen Institutionen“ für notwendig hält, aber: „...man kann sie nicht aufzwingen. Sie müssen von den Militärs selbst ausgehen, ihrer eigenen Überzeugung entspringen (1). Das Übrige werden die Zeit und das Leben zeigen.“

Nun haben „die Zeit und das Leben“ inzwischen reichlich gezeigt, welche Umgestaltungen „von den Militärs selbst ausgehen“ und „ihrer eigenen Überzeugung entspringen“. Das augen-fällige Beispiel aus der jüngsten Zeit ist der gescheiterte Putschversuch des Panzer- und Infanterieregiments von Tacna, eines sogenannten „Eliteeinheit“ der chilenischen Streitkräfte.

Dieses Regiment stand ehemals unter dem Kommando des Generals Vialos, der bereits Ende 1970 in die vom US-Konzern ITT ausgearbeiteten Pläne zur Verdrängung des Amtsantritts von Allende verwickelt war, und seitdem im Gefängnis sitzt. Der konterrevolutionäre Geist seiner Truppen blieb erhalten. An der Führung dieses jüngsten Putschversuchs waren nicht nur hohe Offiziere der chilenischen Armee beteiligt, sondern beispielsweise auch Figuren wie Pablo Rodriguez, Präsident der faschistischen Terror-Organisation „Patria y Libertad“ („Vaterland und Freiheit“), der nach dem Mißlingen zusammen mit einigen Mitverschwörern Unterschlupf in der Botschaft von Ecuador gefunden hat.

Zwei Tage vor dem gescheiterten Putschversuch am 29. Juni wurde bereits ein geplantes Attentat rechter Kreise auf den Oberkom-mandierenden des chilenischen Heeres, General Prats (der auch in die Regierung aufgenommen wurde), vereitelt. Dies sollte offenbar das Signal für den nachfolgenden Militäraufstand sein, ähnlich wie es im Oktober 1970 beabsichtigt war, als

der damalige Armeechef General Schneider im Auftrag der Rechten ermordet wurde.

Die Unidad Popular hat im Verlauf ihrer Regierungszeit mehrere Militärputsche für einen rechten Staatsstreich aufgedeckt. So im Dezember 1971, wo der Leiter der Militärschule von Santiago, Colonel Labbe, wegen Vorbereitung eines Putsches zum Rücktritt gezwungen wurde. Heute ist er einer der Führer der Nationalen Partei. Ende März 1972 wurde der Armeegeneral Greene Baquedano im Zusammenhang mit Putschplänen festgenommen. Nach knapp einer Woche wurde Baquedano dann wieder auf freien Fuß gesetzt ... auf Beschluß eines Militärgerichts, was nur ein bezeichnender Beweis für die tatsächliche Macht des Militärs und der in diesem Kreise eingeborenen reaktionären Gesinnung ist. Im September 1972 wurde dann der Armeegeneral Canales in den vorzeitigen Ruhestand versetzt, weil er den Sturz der Allende-Regierung plante.

Diese Beispiele zeigen erstens, daß das bürgerliche Militär alles andere als ein „loyaler“ Bündnispartner beim „friedlichen Übergang zum Sozialismus“ ist. Zweitens zeigt sich hier die kapitalistische Haltung der Allende-Regierung. In fast allen Fällen wurde lediglich einige Hüter der Verschwörung in den vorzeitigen Ruhestand versetzt oder vorübergehend verhaftet. Die Unidad Popular beschränkt sich jedesmal darauf, die Verschwörer vorzeitig „anzuklagen“ – weitere Konsequenzen wurden nicht gezogen, und die meisten der „Angeklagten“ setzten ihre konterrevolutionären Untertöne unvermindert fort. Teilweise operieren sie nun von angrenzenden Ausland, wie z.B. Bolivien. Dort trainieren zwei in den Ruhestand versetzte Offiziere, wie die Zeitung der Sozialistischen Partei „Ultima Hora“ vor mehreren Wochen aufdeckte, ungefähr 3 000 chilenische (!) Soldaten für eine mögliche Invasion in Chile. (Das gleiche Kapitalmentum der Unidad Popular zeigt sich im übrigen auch gegenüber den faschistischen Organisationen wie „Patria y Libertad“, die trotz unzähliger Beweise für ihre konter-

revolutionären Organisationen wie „Patria y Libertad“, die trotz unzähliger Beweise für ihre konterrevolutionären Mord- und Terroraktionen noch nicht einmal verboten ist. Völlig im Stil des „unbelebten Beobachters“ und des „Hüters der Unverrückbarkeit“ verknüpft, schrieb die UZ Anfang Juli dazu: „Immer stärker wird die Forderung nach einem Verbot der faschistischen Bünde der „Patria y Libertad“ und Säuberung des Verwaltungsapparats.“ Ja, und was um mit der Allende-Regierung denn nicht, wenn doch die Forderungen „immer stärker“ werden? !)

Die Allende-Regierung nutzt nicht die bürgerliche Legalität, die ihr mit ihrem Wahlsieg vom September 1970 „zugefallen“ ist, sondern sie betätigt sie als die Abhängigkeit der sogenannten „neutralen“ chilenischen Streitkräfte vom US-Imperialismus (sowohl in der Ausbildung als auch in der Technologie) setzt sich auch unter der Allende-Regierung fort. Beispielsweise beteiligten sich die chilenische Luftwaffe und Marine an 15-tägigen gemeinsamen Seemanövern mit der US Task Force. Im März 1972 wurde der Chef der US-Luftwaffe, General John Ryan, als „besonderer Gast“ von der chilenischen Luftwaffe zur Feier ihres „Luftwaffen-Tages“ nach Chile eingeladen. Auch Allende ließ es sich nicht nehmen, an dieser Feier teilzunehmen und Ryan herzlich zu begrüßen. Offiziere der chilenischen Streitkräfte nehmen weiterhin an „Lehrgängen“ in den USA teil, und wie die bürgerliche Presse kürzlich meldete, führen die USA auch ihre „Militärhilfe“ für die chilenischen Streitkräfte fort. Es bedarf auch keiner großen Überlegungen, warum der US-Imperialismus wohl die wirtschaftlichen Kredite für die Allende-Regierung eingefordert hat, seine Militärhilfe für die chilenischen Streitkräfte aber nicht

In der jetzigen Situation, wo die Krise im Land sich aufs schärfste zuspitzt, nimmt auch die „Unruhe“ in den Streitkräften zu. Dennoch hält die Unidad Popular daran fest, daß die Streitkräfte (abgesehen von einigen „unverbeirlichten“ Offizieren) „neutral“ seien und der Regierung „loyal“ gegenüberstün-

den. Als „Beweis“ dafür dient ihr die Tatsache, daß der Putschversuch des Regiments von Tacna von der Armee selbst niedergeschlagen wurde, und die Bereitschaft hoher Militärs zur Teilnahme an der Regierung. Aber dies sind absolut keine „Beweise“ dafür. Es zeigt sich gerade, daß die Unidad Popular sich damit noch mehr zum Gefasogen eines der bürgerlichen Militärmacht, daß sie noch weniger etwas gegen diese Willen durchzusetzen vermag. Die Militärs haben indes auch für ihre „Loyalität“ ihren Tribut gefordert: vor allem die Vollmacht, die Arbeiter- und Bauernmassen zu entwerfen, und gegen militante Demonstrationen der Arbeiter und Bauern und gegen revolutionäre linke Gruppen mit Waffengewalt vorzugehen. Man muß diesen „Übergang zum Sozialismus“ schon fast mit dem Weg der Sozialdemokratie in unserem Land vergleichen, die ebenfalls „im Namen des Sozialismus“ Ende des ersten Weltkriegs mit dem bürgerlichen Militär zusammenarbeitete, um die revolutionären Arbeiter- und Soldatenreize zu entwerfen und zu zerschlagen.

Super-Optimismus und Verzicht auf Massenmobilisierung

So wie die Unidad Popular auf der einen Seite die bürgerliche Legitimität anbietet und den bürgerlichen Staatsapparat (mitsamt dem Militär)



Luis Corvalan, Generalsekretär der KP Chiles: mehr Blödermann als Unruhmacher

unabhängig davon, so vertritt sie andererseits auf eine konsequente Mobilisierung der Arbeiter- und Bauernmassen gegen die Konterrevolution und zur Eroberung der politischen Macht. Es handelt sich hier in der Tat auch nur um zwei Seiten ein und derselben Medaille.

Es sei noch einmal daran erinnert, daß die Unidad Popular die von der in- und ausländischen Konterrevolution drohenden Gefahren besonders in der ersten Phase ihrer Regierungszeit mit einer geradezu kindlichen Naivität herunterspielt hat. De war die Rede davon, daß in Lateinamerika „die Welle der Reaktion rasch abebbte“ (sowohl, so es Lateinamerika!), daß die wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung Chiles bereits nach 14 Monaten Allende-Regierung „grundlich umgekrempelt“ sei, daß die durchgeführten Veränderungen „nicht wieder ausradert werden können“, daß die Pläne des US-Imperialismus zur Unterdrückung der lateinamerikanischen Völker bereits „völlig gescheitert“ seien, daß der US-Imperialismus und die lateinamerikanische Reaktion sogar „gezwungen sind, sich mit der in Chile entstandenen Lage abzufinden“, usw., usw. (daß Zitate des Generalsekretärs der KP Chiles, Luis Corvalan, und des Politbüro-Mitglieds Volodia Teitelboim), insbesondere wandten sich die Führer der Unidad Popular aber immer wieder gegen das Notwendigkeit eines gewalttätigen, bewaffneten Sturzes der Herrschaft der Bourgeoisie, was Corvalan sogar mit dem Anspruch weltweiter Allgemeingültigkeit folgendermaßen formuliert:

„Die (!) Kommunisten sind gegen die These der Unausweichlichkeit eines bewaffneten Zusammenstoßes, welche von einigen ultralinken Elementen unterstützt wird. Wir sind der Meinung, daß diese These eigentlich reaktionär ist, da sie dazu bestimmt ist, den Kampf der Massen zu lähmen und, in Erwartung des letzten Kampfes, die laufende Aktivität zu schwächen.“

Es bleibt demgegenüber nicht nur festzustellen, daß alle bürgerliche Erfahrung lehrt (wie an die russische Revolution, die chinesische Re-

volution, die Befreiungskämpfe in Indochina und Palästina oder in anderen Ländern), daß die Herrschaft der Bourgeoisie nicht anders als bewaffnet niederzulegen ist – sondern die chinesische Entwicklung zeigt darüberhinaus, daß es die Unidad Popular selbst ist, die mit ihrem selbstmörderischen Herunterspielen der konterrevolutionären Gefahr die Vorstellung verbreitet, als ob der „letzte Kampf“ schon gelaufen sei, und damit die „laufende Aktivität“ der Massen schwächt. Wenn man lange Zeit eine Propaganda betreibt, daß „die Welle der Reaktion rasch abebbte“, daß die Reaktionen sich mit der Situation in Chile „abfinden“, weil die Veränderungen ohnehin „nicht wieder ausradert werden können“ usw., – wenn man in derartiger Weise einen hummelnden und realitätsblinden Super-Optimismus predigt, dann zittert man sich natürlich auch das „theoretische“ Alibi für den Verzicht auf die Massenbewegung, dann erwartet man bei den Massen selbst ein bürgerliches Sicherheitsgefühl, das vor allem auf die wackelige Regierungsgewalt und auf die „Gestalt der Stunde“ vertraut, und sowohl das Bewußtsein und die Entwicklung der eigenen Bewegung muß auf diese Weise zu einem großen Teil eine spontane Bewegung bleiben, die nur hin und wieder von der Unidad Popular zu Kundgebungen zusammengerufen wird, wie beispielsweise nach



Miguel Enriquez, Generalsekretär der MIR: die Massenbewegung nicht genügend mobilisiert

dem gescheiterten Militärputsch Ende Juni. Regelmäßig ruft die Unidad Popular dann dazu auf, die „Wachsamkeit zu erhöhen“ und sich enger zusammenzuschließen gegen die Konterrevolution. Aber ebenso schnell ist sie dann auch schon wieder mit einem Aufruf zur Hand, „die Ruhe zu bewahren“ – und daß die Regierung und die „loyalen“ Militärs die Situation wieder „unter Kontrolle“ haben. Praktisch führt ihre Politik stets zu Machtschwächung der Militärs gegenüber der Massenbewegung.

In der Praxis führt die Politik der Unidad Popular auch zur Spaltung der Massenbewegung. Dies entspringt notwendig daraus, daß die Unidad Popular nur gegen Teile der Bourgeoisie vorgeht. Auf diesen Zusammenhang hat Miguel Enriquez, Generalsekretär der MIR, einer revolutionären Organisation außerhalb der Unidad Popular, in August letzten Jahres in einem Interview mit der Zeitung „Chile Hoy“ hingewiesen:

„Bei der Auswahl der Gegner irrt sich die UP, indem sie nur Teile der herrschenden Klasse schlägt. Sie schlägt sie nicht als Gesamtes und nicht als Klassenfeinde. Ein großer Irrtum der UP ist, daß sie einige Sektoren zerschlägt, andere nur verletzt und andere sogar effektiv schützt. Mehr sogar, sie nimmt sich im Moment vor, einige Teile der Bourgeoisie zu kampfgen. Bei der Wahl der führenden Kräfte und ihrer Alliierten begehen die zwei Fehler der eine liegt darin, eine falsche Konzeption über die wirklichen Volkskräfte zu haben. Die Tatsache, daß sie nur kleine Teile der Agrarbourgeoisie als Feinde betrachten (nämlich diejenigen, die mehr als 80 ha bewirtschaften, laut Anm. der AK-Red.) und den Rest schützen, verhindert die Mobilisierung des gesamten Agrarproletariats, der Unterbeschäftigten, des Semiproletariats und der armen Bauern. Man verzichtet auf die ungeheuerliche revolutionäre Kraft dieser Teile der Bevölkerung. Dasselbe passiert mit den Arbeitern in der Stadt, sogar der großen Industrie. Man mobilisiert nur die Arbeiter der 91 staatlichen Unternehmen. Die übrigen Arbeiter

der Groß-, Mittel und Klein-Industrie werden nicht mobilisiert. Auf der anderen Seite findet man die abgegebenen Erklärungen und die Pläne die den Unternehmern der Klein- und Mittelindustrie vorgeschlagen werden (d.h., daß die Unidad Popular diese als „feste Bündnispartner“ ihres „revolutionären Prozesses“ betrachtet, worauf wir schon ausführlicher in unserer erwähnten Sonderbrochure eingegangen sind, Anm. d. AK-Red.).

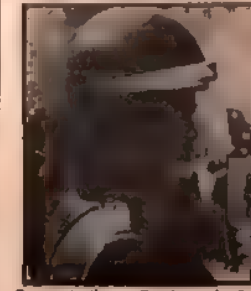
Der zweite Fehler entstand aus der typisch europäischen Art, mit der die UP die führenden Klassen analysiert (offenbar ist mit der typisch europäischen Art gemeint, daß die Unidad Popular die Analyse der Klassenverhältnisse in der hochindustrialtierten kapitalistischen Staaten Westeuropas schematisch auf die chilenische Situation überträgt, Anm. d. AK-Red.). Das bringt die UZ dazu, große arme Schichten der Stadtbevölkerung zu ignorieren und nicht zu führen (vor allem die „Pobladores“, eine arme und vielfach beschäftigungslose Bevölkerungsschicht in den Slums der Städte; AK-Red.). Mit diesen Schichten kann und muß das Industrieproletariat ein permanentes Bündnis eingehen.“

Miguel Enriquez führte in diesem Interview weiter zur Frage der Massenbewegung aus:

„Wenn man die Macht nicht erobert hat, wenn man nur einen Teil des Staatsapparats hat, dann ist man in vielfacher Weise beschränkt. Dazu gibt es andere Elemente des Staatsapparats, die einem absolut feindlich gegenüberstehen, dann hat man ein ungünstiges Kräfteverhältnis. Man muß die Ziele festlegen. Welches ist unser Ziel? Die Eroberung der Macht. Dafür benötigen wir Kraft. Das Problem ist, wie man Kraft sammelt. Man entdeckt, daß man zwei große Instrumente in der Hand hat. Einen Teil des Staatsapparats und die Verankerung in der Massenbewegung. Nun gut, was ist aber geschehen? Kräfte sind nicht gesammelt worden, weil die Forderung der Einheit des Volkes nicht erhoben wurde, weil die Massenbewegung nicht genügend mobilisiert wurde und weil man sich auf die parlamentarischen Abmachungen beschränkte. Den Teil des Staatsapparats, den man innehatte, stellte man nicht in den Dienst der Massenbewegung. Somit bleibt die alte Rolle des Systems und damit der Widerspruch in der Gesamtheit des Staatsapparats bestehen.“

Das Problem des Bürgerkriegs: Sieg oder Niederlage

Es ist von hier aus schwer einzuschätzen, wie weit sich in Chile revolutionäre Kräfte der Arbeiter- und Bauernbewegung tatsächlich entwickelt und gefestigt haben, die über die zum offenen Kapitalmentum gewandelte reformistische Politik der Unidad Popular hinausgehen,



Demonstration in Santiago: der Streik von 125 000 Kaufleuten wird zum Startsignal einer Großoffensive der Bourgeoisie gegen die Volksfront

Die Tagesmeldungen der bürgerlichen Presse geben darüber natürlich keinen oder nur wenig Aufschluß. Die revisionistische Presse, die UZ der DKP, hält sich angesichts der Zuspitzung der Krise entweder in betretenes Schweigen oder bringt nur gelegentliche Berichte, die in verantwortungsloser Weise Schönfärberei betreiben und keineswegs den Namen einer ernsthaften Analyse und Auseinandersetzung mit den dortigen Vorgängen verdienen.

Bekannt ist, daß es in Chile einige Analysen von Arbeitern und Bauern gibt, die von der MIR unterstützt und teilweise auch von ihr initiiert werden (und nun im Auftrag der Unidad Popular von den Militärs entworfen werden sollen). Außerdem liegen uns Informationen

vor, daß in einigen Bereichen Formen von Arbeiterkämpfen (Concejos Comunales de Trabajadores) gebildet wurden, die offenbar auch von Teilen der Unidad Popular mitgetragen und initiiert werden, und die Keimformen einer alternativen Macht zum bürokratischen bürgerlichen Staatsapparat darstellen. Welche Bedeutung diese Räte aber heute schon im Kampf gegen die Konterrevolution und für die Eroberung der Macht haben, wissen wir noch nicht.

Man kann aber davon ausgehen, daß im Verlauf der gegenwärtigen Entwicklung auch eine zunehmende Polarisierung innerhalb der Unidad Popular stattfindet. Am weitesten scheint sich dies innerhalb der Sozialistischen Partei abzuspielen, während uns für die Kommunistische Partei keine Anzeichen dafür vorliegen. Verschiedentlich ist es zu gemeinsamen Aktionen von Grundorganisationen der Parteien der Unidad Popular mit revolutionären Kräften außerhalb gekommen, und zwar ausdrücklich gegen Direktiven der UP-Führung (in unserer Sonderbrochure vom vergangenen November berichteten wir darüber anhand der Demonstration im Mai 72 in Concepcion). Für die Sozialistische Partei kann gesagt werden, daß es dort auch vor dem Wahlsieg von 1970 noch recht unterschiedliche Auffassungen über den Weg der „chilenischen Revolution“ gegeben hat. Auf dem SP-Kongress 1967 in Chile erklärte Carlos Altamirano den bewaffneten Kampf für den einzig gangbaren Weg der chilenischen Revolution, da die Bourgeoisie niemals freiwillig ihre Herrschaft aufgeben werde.

Dies wurde damals sogar vom Kongress der Sozialisten gebilligt. Gleichzeitig beschloß der Kongress aber auch, noch einmal an den Wahlen von 1970 teilzunehmen, wobei es Allende gelang, dies als eine Alternative darzustellen, d.h. ein Erfolg bei diesen Wahlen sollte die Notwendigkeit des bewaffneten Kampfs widerlegen, und nicht nur als eine mögliche Verbesserung der Kampfpositionen verstanden werden. Der tatsächliche Wahlerfolg wurde dann auch in diesem Sinne innerhalb der Sozialistischen Partei (und natürlich nicht nur dort) von der Allende-Gruppe ausgeschlachtet. Carlos Altamirano übernahm im übrigen 1971 das Amt des Generalsekretärs der SP.

Die tatsächliche Entwicklung in Chile hat die Konzeption der Reformisten von ihrem „friedlichen Übergang“ zum Sozialismus allerdings mittlerweile aufs Sterbebett gedrängt – ob es dazu etwas an ihrer Politik ändern würden, heute noch in Chile von einer „friedlichen Situation“ und von einem „friedlichen Übergang“ zu reden, ist blinder Zynismus. Allende behauptet, die Aufnahme



der Militärs in die Regierung sei die „letzte Möglichkeit, um den Bürgerkrieg zu verhindern“. Aber der Bürgerkrieg ist in Chile schon keine bloße Frage der Zukunft mehr, er hat sich bereits in der gesellschaftlichen Entwicklung des Landes eingestellt. Auch zur Verhinderung des Bürgerkriegs wäre die bewaffnete Arbeiterklasse und Bauernmacht ein einziger Garant. Heute geht es aber immer weniger um die Verhinderung des Bürgerkriegs (und neuer Putschversuche), sondern darum, daß die Arbeiter und Bauern Chiles den von der Konterrevolution gewollten Bürgerkrieg gewinnen müssen. Das können sie aber nur, wenn sie über die Waffen verfügen, die ihnen die Führung der Unidad Popular vorenthält.

In ARBEITERKAMPF 28 (Mai-Ausgabe) wurde die Stellung Englands und Frankreichs in der EWG näher untersucht. In dieser und in der nächsten Nummer werden die speziellen Ziele der BRD genauer analysiert.

Es wird dabei auch auf die früheren Europapläne der deutschen Imperialisten eingegangen, um einerseits die Kontinuität der allgemeinen Ziele des deutschen Imperialismus in seiner Europapolitik aufzuzeigen und um andererseits darzustellen, wie er sie – je nach Situation – konkret formuliert hat, um sein allgemeines Ziel zu erreichen. Auf Grund seiner besonders engen Beziehung zu den USA wird in diesem Teil auf die Strategie der US-Imperialisten selber etwas genauer eingegangen.

In der konkreten Darstellung der geschichtlichen Entwicklung der Widersprüche des BRD-Imperialismus zu seinen Konkurrenten wird stärker als im letzten Teil auf die ökonomische Entwicklung eingegangen. Die Haltung der SPD und der Gewerkschaften zu den wesentlichen Fragen kommen auch zur Sprache. Die in der letzten Zeit von einigen kommunistischen Gruppen bestrittene besonders Aggressivität des westdeutschen Imperialismus wird besonders herausgestellt. Auf Grund der etwas umfangreicheren Thematisierung wird dieser BRD-Teil selbst in zwei Folgen aufgeteilt.

Darüberhinaus wird die Artikelserie fortgesetzt mit einem Beitrag über die europäische Sicherheitskonferenz und die damit zusammenhängenden Fragen.

EWG-Großmacht europäischer Im

4. Teil Westdeutschland und die EWG

wie Alfred Rosenberg und Moeller von den Bruch bewiesen

20. Juli 1944 – Europa als letzte Rettung?

Hitlers Expansion und sein Versuch, die Sowjetunion zu zerschlagen, scheiterten bekanntlich an der Roten Armee. Als sich die Niederlage abzeichnete, begann (nach Stahlgang), entwickelte die Gruppe um Carl Goerdeler und Generaloberst Beck Pläne, wie man die völlige Niederlage des deutschen Imperialismus verhindern und die Antihitlerkoalition spalten könne. Der Kompromiß mit den Westmächten sollte Truppen zur Weiterführung des Krieges gegen die Sowjetunion freisetzen. Im Grunde genommen ist dies dem Wesen nach das gleiche, was vier Jahre später (1947 Truman-Doktrin) auch tatsächlich betrieben wurde. Zu diesem Zeitpunkt entsprachen solche Pläne jedoch noch nicht den Interessen der USA, denn der Krieg zwischen den europäischen Imperialisten untereinander und der Sowjetunion sehr gelegen kam, schwächten sie doch alle Beteiligten einschließlich der Sieger. Für die Zeit nach dem Krieg schlug Goerdeler einen europäischen Wirtschaftsraum vor, der die Zollschränken abbaute, das Wirtschaftsrecht und die Währungsangelegenheiten einigten. Ziel dieser Entwicklung sollte die Währungsunion sein.

Währungsunion anemander annehmen sollte. Ziel dieser Entwicklung sollte ein europäischer Staatenbund sein (vgl. Erklärung Goerdeler zur Atlantik-Charta vom 13.12.1942). Es ist klar, daß ein solcher Vertreter des deutschen Monopolkapitals auch für die Zeit nach dem 20. Juli 1944, für die er als Reichkanzler vorgesehen war, der deutschen Arbeiterklasse keine demokratischen Rechte gewähren wollte. Seine vorbereiteten Gesetzentwürfe sahen weder das Wahlrecht noch das Recht auf Parteienbildung vor, sondern die Monarchie oder einen autoritären Staat.

Nach der Niederlage – Wiederaufbau unter der Flagge des Kalten Krieges und der westeuropäischen Integration

Die Vorstellungen Goerdeler gingen nach Kriegsende fast wörtlich in die Grundsatzziele der CDU/CSU ein. So schrieb die CSU in ihrem Programm vom 15.12.1946: „Wir treten ein für die Schaffung einer

europäischen Konföderation zur gemeinsamen Wahrung und Weiterführung der christlich-abendländischen Kultur. Kein Land Europas kann für sich allein bestehen. Wir treten ein für die Schaffung einer europäischen Wirtschafts- und Währungsunion. Wir fordern den Abbau der Zollschränken zwischen den einzelnen Staaten Europas.“ Für den deutschen Imperialismus war eine andere Konzeption kaum möglich. Diese aber – aufgrund einer völlig neuen Weltlage – sehr realistisch, denn die historischen Erfahrungen aus der Zeit nach dem ersten Weltkrieg sprachen vom imperialistischen Gesamtinteresse her dafür, einen imperialistischen Block gegen das sozialistische Lager zu bilden. Die Gründe dafür, daß nun eine Politik der Vereinigung der europäischen Imperialisten berechtigte Chancen hatte und sogar ein relativ geschlossener imperialistischer Block zustande kam und nicht an den innerimperialistischen Interessengegensätzen von vornherein scheiterte, ergeben sich leicht aus einem Vergleich der internationalen Lage von 1919 und 1945.

- Der Sozialismus blieb nicht nur in der Sowjetunion erhalten, sondern siegte in einem Drittel der Erde. 1919 siegte er nur in einem schwachen imperialistischen Land.
- Ein weiterer Aufschwung der anti-imperialistischen Befreiungsbewegungen in den Kolonien – besonders der durch den Krieg stark geschwächten Kolonialmächte Frankreich und England stand bevor.
- In Europa selbst drohte sich der Sozialismus noch weiter auszudehnen (Griechenland, Italien).
- Die europäischen Imperialisten wurden soweit geschwächt, daß sie dem US-Imperialismus nur sehr beschränkten Widerstand leisten konnten. Dieser förderte am Anfang die westeuropäische Integration mit dem Ziel, Westeuropa und insbesondere Westdeutschland in ein militärisches Aufmarschgebiet gegen das sozialistische Lager zu verwandeln und aus dem Wiederaufbau auch besonders hohe Profite zu schlagen. Westdeutschland war das wichtigste Glied in der kapitalistischen Einkreisungspolitik gegenüber dem sozialistischen Lager – und auch deswegen, weil zwischen Westdeutschland und der Sowjetunion sich mehrere Länder be-

finden, in denen der Widerstand reaktionärer Kreise gegenüber dem neuen sozialistischen Weg noch relativ stark war. England stimmte einer solchen Politik natürlich zu, hatte es doch selbst schon vor dem zweiten Weltkrieg versucht, die Sowjetunion einzukreisen (mit Hilfe Finnlands, der baltischen Staaten, Polens, Rumänien, Afghanistan und Persien), fast allen eindeutig britische Einflußsphären oder Länder mit faschistischen Regimes und guten Beziehungen zu England). Frankreich setzte dieser US-Politik auch keinen großen Widerstand entgegen – allein schon deshalb nicht, weil es die USA zur Unterstützung seiner Kolonialkriege brauchte.

Eine Politik nach dem Vorbild von Versailles hätte die innerimperialistischen Gegensätze nur verschärft und auch den ökonomischen Interessen der USA geschadet, wie noch gezeigt wird.

- Speziell für die geschwächten deutschen Imperialisten galt, daß sie nicht nur besonders fleißige Anhänger der europäischen Integration wurden, sondern sich zusätzlich am Anfang besonders eng an die USA anlehnten, um ihr erstes Ziel, die Rückeroberung der DDR und noch weiter östlich liegender ehemals deutscher Gebiete zu verwirklichen. Die deut-

licher ehemals deutscher Gebiete zu verwirklichen. Die deutschen Imperialisten und Militäristen hatten nämlich aus den beiden Niederlagen den Schluß gezogen: Wenn wir in einem kommenden Krieg auf der rich-

teigend stehen und die USA statt gegen uns mit uns ins Feld ziehen, dann kann es nicht mehr schiefgehen. Hier offenbart sich wiederum die – gesetzmäßige – besondere Aggressivität des westdeutschen Imperialismus, die durch die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges nicht beseitigt worden ist.

Die geschichtlichen Erfahrungen zeigen eindeutig, welches die Ziele des westdeutschen Imperialismus sind, die sich hinter seiner Forderung nach einer europäischen Integration verbergen. Die Vornachstellung in Europa zu erreichen und dabei seine Stellung exponierte an der Grenze zum sozialistischen Lager für sich auszunutzen. Das Ganze soll unter dem Markenzeichen Völkerverständigung um laufen.

Europapläne des deutschen Imperialismus – so alt wie er selbst

Die Idee der „Vereinigten Staaten von Europa“ ist ursprünglich eine Idee des Imperialistischen Deutschland gewesen. (Z. B. Friedrich Naumann – er wollte die Arbeiter-schaft für ein „soziales Kaiserium“ und für den Nationalismus gewinnen). Der Grund, daß diese Idee gerade in Deutschland geboren wurde, lag darin, daß der deutsche Imperialismus seine Expansion vor allem gegen seine Nachbarn richtete und die Herrschaft über Europa anstrebte. Um sich maßgeblich an der Verteilung der Kolonien zu beteiligen, dafür war der deutsche Imperialismus zu spät gekommen. Seine Nachbarn im Osten und Südosten, aber auch Frankreich waren ökonomisch und militärisch weit schwächer als er selbst. Eine solche Expansionspolitik entsprach einerseits seiner gesamten Lage und andererseits auch der preussischen Tradition, die Probleme vorzugsweise militärisch zu lösen pflegte, unter anderem auch das Problem der nationalen Einigung.

Die Gesamtheit dieser Faktoren waren die tiefverwurzelten Gründe für die besondere Aggressivität des deutschen Imperialismus, sowohl nach außen als auch nach innen.

So schrieb Erich Marcks, ein militärischer Vertreter der „Nachtstaatsidee“: „Ein neues Mittel-europa unter deutscher Führung steigt da vor uns auf, als Bild, als Möglichkeit nicht von Deutschland beherrscht, aber von Deutschland überlagert und beschränkt, mit Deutschland dem Nationalstaat als Kern und Halt, ein Mitteleuropa, in dem die West- und Südslawen, die römisch-katholischen Slawen, mit uns Deutschen zusammenstehen, die Magyaren dazu, vielleicht einmal noch andere, noch viel weiter angelegte Staaten und Stämme.“ Wie man sieht, ging es auch schon im ersten Weltkrieg dem deutschen Imperialismus um die hier konkret benannten Ziele.

Die ersten Ausformulierungen der Idee der Vereinigten Staaten von Europa hatten natürlich nicht viel gemein mit der nach 1945 betriebenen tatsächlichen Politik der westeuropäischen Integration.

Denn in diesen Gedankenkreisläufen dieser Apologeten des deutschen Imperialismus waren weder zwei Niederlagen noch erfolgreiche sozialistische Revolution in Europa eingeplant. Die scharfen Interessengegensätze zwischen den europäischen Imperialisten schlossen natürlich eine Teilnahme Englands und auch Frankreichs aus. Es ging mehr um Mitteleuropa.

Mehr Ähnlichkeit mit heute hatten da schon Kautilky's Ausführungen von 1898, wo er enthusiastisch die Idee der „Vereinigten Staaten von Europa“ begrüßte, natürlich sozialistisch verbrämt. Sie zeigen, wie sehr sich Kautilky schon damals im Schlepptau des deutschen Imperialismus befand.

Nach der Oktoberrevolution Paneuropa kontra Sozialismus

Nach dem Sieg der Oktoberrevolution trat zu den bisherigen

Plänen, Europa unter deutscher Hegemonie zu einigen, eine neue Komponente hinzu, die Stoßrichtung gegen die Sowjetunion. Ihren ideologischen Niederschlag fanden die gewandelte Europakonzeption deutscher Imperialisten in den Paneuropaischen des Grafen Coudenhove-Kalergie, dessen eifrigster Anhänger Gustav Stresemann war.

Der Zentralgedanke der Paneuropabewegung war, daß sich das imperialistische Europa vor allem deshalb zusammenschließen müsse, um ein weiteres Vordringen der proletarischen Revolution zu verhindern und um einen erfolgversprechenden Versuch einer Niederwerfung der Sowjetunion bei gegebener Zeit durchführen zu können. Unter der Flagge des Kampfes gegen den Bolschewismus empfahlen sich die revanchistischen deutschen Imperialisten den Westmächten als militärischer Stoßkeil, um die Fesseln des Versailler Vertrages schrittweise zu lockern und beendeten das „Zwischenspiel Rapallo“. Im Locarnopakt von 1925 anerkannte Deutschland dann auch die Westgrenzen von 1918 (Versailles) und die entmilitarisierte Rheinlandzone. Im Osten durften die deutschen Imperialisten jedoch Revanchepolitik treiben. Die SPD unterstützte die Außenpolitik Stresemanns voll und ganz, nahm in ihr Heideberger Programm von 1925 die Forderung der Einigung Europas auf. Die Begründung, wirtschaftliche Ursachen machten sie zu einem notwendigen und um damit „zur Interessensolidarität der Völker aller Kontinente zu gelangen“. Diesen Punkt wollte die SPD besonders heraus. Wie heute verkaufte sie diese Politik als Friedenspolitik und verbreitete große Abrüstungsparolen. Andererseits heizte sie gegen die Sowjetunion und bezeichnete den Bolschewismus als Kriegsgefahr.

Trotz des Sieges der Oktoberrevolution überworfen auch nach dem ersten Weltkrieg in der internationalen Politik die innerimperialistischen Widersprüche. Auch wenn in der Paneuropabewegung der zwanziger Jahre so maßgebliche Vertreter des deutschen Imperialismus wie Stresemann, Duisenberg (Chef von Bayer-Leverkosen), Bosch (BASF), Vögelers (Schwerindustrie), Hjalmar Schacht (Dresdener Bank und später Reichsbankpräsident) und Konrad Adenauer tätig waren. Für sie war Paneuropa nichts mehr als ein Mittel, den deutschen Imperialismus wieder aufzurichten. Die Ideologie drückte mehr die eigene Schwächeposition aus als die eigentlichen imperialistischen Kriegsziele.

Als sie sich wieder stark genug fühlten, um Versailles zu revidieren, wurde sie als ideologischer Ballast über Bord geworfen und durch die nationalsozialistische Europakonzeption ersetzt. Das Dritte Reich wollte „Europäische Ordnungsmacht“ werden, und den „europäischen Kontinent völkisch neuordnen“, wie es schon im ersten Weltkrieg angestrebt worden war. Allerdings lassen sich viele ideologische Brücken zwischen der klerikalimperialistischen Abend- und Ideologie des paneuropäischen Stresemann und der Ideologie der völkischen Erneuerung schlagen.

Die Entwicklung des BRD-Imperialismus von der vollständigen Niederlage zur stärksten EWG-Macht

Der deutsche Imperialismus war zwar 1945 vollständig besiegt worden, aber seine Produktionsanlagen wurden jedoch nicht vollständig zerstört. Die Luftangriffe zielten im wesentlichen auf die Zerstörung von Wohnvierteln und das Verkehrswesen. Nicht nur amerikanische und britische Konzerne blieben von Zerstörung verschont, die Farbwerke Hoechst z.B. galten in der Bevölkerung als so sicherer Ort, daß sie als Luftschutzbunker benutzt wurden. So erklärte z.B. Oberst Bernstein vor einem US Ausschuss, daß seine früheren Angaben, daß 75% der deutschen Industrie intakt oder unwesentlich wiederhergestellt seien, in Wirklichkeit ein Minimum darstellten. Seine eigenen Untersuchungen bezeugten, daß wahrscheinlich 80% in Gang gesetzt werden könnten. Die Zerstörung war aber in den einzelnen Industriezweigen sehr unterschiedlich und in manchen sehr bedeutend.

Trotz dieser noch relativ günstigen Ausgangsposition verharren die westdeutsche Industrieproduktion nach Kriegsende zweieinhalb Jahre auf einem äußerst niedrigen Stand. Die Gründe dafür waren Kohlenmangel, unzureichende Energieversorgung, allgemeiner Rohstoffmangel, Importbeschränkungen durch die Alliierten sowie die Zerstörung der Verkehrsverbindungen. Außerdem fehlte es an Kapital, was in einer kapitalistischen Wirtschaft für das Funktionieren der Wirtschaft unumgänglich ist und um so mehr notwendig ist für die Wiederanbahnung der Produktion auf einer kapitalistischen Basis. Es fehlte zwar nicht an Geld, aber die Inflation schritt so schnell voran, daß das Geld weitgehend seine Funktion als Zahlungsmittel verlor. An seine Stelle trat die amerikanische Zigarette. Der Schwarzhandel blühte. Die Bevölkerung lebte von Ersparnissen, Hausverkäufen, Le-

benmittelzuteilungen, z.F. auch von Diebstählen und vom Schwarzmarkt.

In der Zeit von 1945/1948 wurde von den USA 2,0 und von England 0,6 Mrd. Dollar zum Import von Nahrungsmitteln, Treibstoff und Saatgut zur Verfügung gestellt. Die Lebensmittel wurden aus amerikanischen Steuergeldern aufgebracht und an deutsche Stellen verkauft und das dadurch eingenommene Geld zum Teil als Kredite an westdeutsche Industrie weitergereicht. Der Propagandaapparat der Westmächte präsentierte unter Hinweis auf die Lebensmittelieferungen (CARE-Pakete) die „Großmut“ der Sieger mit allen Mitteln und verbarg die wahren Motive. Eine größere ökonomische Notwendigkeit für die Rekonstruktion der westdeutschen Wirtschaft haben sie nicht erlangt, wie auch die Demolagen diesen Prozeß nicht wesentlich behindert haben. Die

tpläne der perialisten

Kapazitäten waren da, konnten nur nicht genutzt werden

Der Marshallplan — ein Mittel zur USA-Expansion nach Europa

Die Inkraftsetzung des Marshallplans und die Währungsreform waren dann die entscheidenden Faktoren, die den enormen Aufschwung ermöglichten.

Der Marshallplan entsprang aber nicht nur einem politischen Kalkül der US-Imperialisten, sondern auch ökonomischen Notwendigkeiten. Die USA standen 1948 vor einer ernststen Außenhandels- und Überproduktionskrise. Während des Krieges wurden in den USA die Kapazitäten ungeheuer ausgedehnt, und sie drohten jetzt brach zu liegen, insbesondere auf dem Rüstungssektor, aber auch in anderen Branchen.

Anderserseits wären die Absatzmöglichkeiten erheblich geringer geworden, denn der Hauptabnehmer – die europäische Wirtschaft – lag darnieder. Obgleich bestand hier jedoch eine große Nachfrage. Den europäischen Ländern fehlte es weiter an Devisen, um die amerikanischen Waren kaufen zu können. Die hohen, nicht auslastbaren Kapazitäten erfordern zusätzlich einen großen Kapitalexport. Der derzeitige Zustand in Europa – große ökonomische Kapazitäten bei weitgehendem Wirtschaftstillstand – erforderte also nicht nur aus politischen Gründen um die Ausbreitung des Kommunismus zu verhindern – eine Änderung auch des Interesses der USA an einer Marktwirtschaft machte es dringend erforderlich. So waren die US-Mono-

“The system is broken, and it’s broken in a way that’s not just about the system, but about the people who are running it.”

Die Europäer mußten sich bereit erklären, amerikanische Waren zu weit überhöhten Preisen aufzukaufen und dies durch entsprechende Änderungen des Zoll- und Währungssystems ermöglichen. So mußte England sein Zollpräferenzsystem für das Commonwealth abschwickeln. Alle westeuropäischen Länder mußten sich verpflichten, das traditionelle bilaterale Verrechnungssystem zum Devisengleich abzubauen und durch ein Clearingsystem zu ersetzen. Ein bilaterales Devisenverrechnungssystem innerhalb Europas verhinderte einen relativ freien Handel in Europa und damit einen Wirtschaftsaufschwung – und nur dieser gestattete den USA sich in West-Europa festzusetzen, im Rahmen dieses Clearingabkommens übernahmen die USA praktisch alle Schulden der europäischen Länder, so daß die ehemaligen Schuldnerländer plötzlich nur noch gegenüber den USA verschuldet waren und die alten Gläubigerländer nun zwar entsprechende Forderungen bei den USA anmelden konnten, diese aber sich in einer kaum besseren Situation befanden als die alten Schuldnerländer. Beide waren gezwungen, die überhöhten amerikanischen Waren zu kaufen. Nach mehreren Zwischenstufungen und Abschwächungen dieses Clearingsystems wurde 1958 die partielle Konvertierbarkeit der Währungen wieder eingeführt, wodurch dieses System sich natürlich erbrügte.

Wodurch dieses System sehr
stärklich gefördert.

Konkret für die BRD hatte der Marshall-Plan sehr große Auswirkungen. Sowohl die fehlenden Rohstoffe und Lebensmittel als auch die zur weiteren Einfuhr notwendigen

nen, die das ERP-Sondervermögen bildeten (ERP = European Recovery Programm = Marshallplan), aus dem mit Zustimmung der Amerikaner Investitionskredite vergeben wurden. Alle Länder, die sich zum Marshallplan beteiligten, wurden in der OEEC (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit) zusammengefaßt. Mitglieder waren alle kapitalistischen Länder Europas außer Finnland Jugoslawien, Kanada und die USA waren assoziierte Mitglieder. In der BRD wurden die Gegenwertkosten bei der Kreditanleihe für Wiederaufbau geführt, deren Aufgabe die Planung der langfristigen Investitionspolitik war. Der Anteil der Gegenwertmittel an den Gesamtinvestitionen machte 1950 9% und insgesamt 2,5% aus. Die Vorteile der USA waren reinig 1936 betrug der US-Anteil am deutschen Warenimport 6%, 1949 35%, er sank später ab, nur 4% der deutschen Exporte nahmen jedoch die USA auf. Weitere Einnahmquellen waren Ausfuhr dekontrollierter Ausrüstungen, Reparationslieferungen aus der laufenden Produktion, die Kontrolle des westdeutschen Außenhandels. Nach dem Zeugnis des Chefs der amerikanischen Verwaltung des Federalvermögens haben allein die direkten Entnahmen deutscher Wer-

voll von gehorteten Waren. Diese Währungsreform verschaffte den Kapitalisten große Kapitalreserven, die eine weitgehende Selbstfinanzierung der Unternehmen ermöglichten. Der Währungsreform folgten hohe Preissteigerungsraten und hohe Gewinne, denn die bisherigen Produktionskosten waren ja faktisch gleich Null gewesen.

Parallel zur Währungsreform wurden sämtliche Bewirtschaftungsmaßnahmen (Lebensmittelzuteilungen usw.) aufgehoben. Formal wurde auch der seit 1935 bestehende Lohnstopp aufgehoben, aber die große Arbeitslosigkeit drückte weiter sehr stark die Löhne. Außerdem wurden weitere steuerpolitische Entscheidungen getroffen, die in derselben Weise zugunsten der Kapitalisten wirkten.

Nach der Währungsreform nahm die westdeutsche Wirtschaft einen ungehobenen Aufschwung. Innerhalb eines halben Jahres nahm die Industrieproduktion um 50% zu und erreichte Ende 1949 wieder den Stand von 1936. Das zeigt ein weiteres Mal, daß nicht ausländische Hilfslieferungen, sondern innere Quellen, vor allem die rasende Kapitalakkumulation auf Kosten der harten Arbeit und der übergroßen Not der Bevölkerung die Ursachen

anbahngern. Die Sowjetunion hatte den Personen- und Güterverkehr zwischen ihrer Zone und den Westzonen einschließlich Westberlins blockiert, weil sonst das durch die Währungsreform ungünstig geworden e Geld in ihre Zone geflossen wäre und dort großen wirtschaftlichen Schaden angerichtet hätte. Ein Versorgungstopf war damit aber nicht verbunden. Es wurden konkrete Vorschläge und Angebote gemacht, um die Versorgung Westberlins zu sichern. Die Berlinker war sehr genau vorbereitet worden, sowohl organisatorisch (entsprechende Bereitstellung von Lebensmitteln und Flugzeugen) als auch ideologisch!

So sagte J.F. Dulles (der Außenminister der USA) 1949: „Zu jeder Zeit hätte man die Situation in Berlin kühlen können... Die gegenwärtige Lage ist für die USA aus propagandistischen Gründen sehr vorteilhaft. Dabei gewinnen wir das Ansehen, die Bevölkerung von Berlin vor dem Hungertode bewahrt zu haben, die Russen aber erhalten die ganze Schuld wegen ihrer Sperrmaßnahmen.“ Aus dem gleichen Grund wurde der ebenfalls erwogene militärische Durchbruch nach Westen nicht durchgeführt. Die



Europapläne des deutschen Imperialismus zum 2. Mal fehlgeschlagen

Europapläne des deutschen Imperialismus zum 2. Mal fehlgeschlagen

te zugunsten der Alliierten vor allem der USA, in den ersten Nachkriegsjahren (ohne Bezahlung der Besatzungskosten und ohne Reparationslieferungen) die statthafte Summe von 7-8 Mrd Dollar erreicht. „Gewiß nahmen die Alliierten die linken Hand, wenn sie mit der rechten gaben . . .“ sagte hierzu H. Wallich, wobei er feststellte, daß die amerikanischen Hilfe ein göstiges Geschäft für beide Seiten war. Die Amerikaner bestimmten auch, daß ein großer Teil der Kredite zur Verschärfung des kalten Krieges verwendet wurde.

**Die Währungsreform –
in Deutschland ein bewährtes
Mittel zur Restauration der
alten Machtverhältnisse**

Der zweite wichtige Schritt zur Wiederbelebung der westdeutschen Wirtschaft war die Währungsreform, die von Ludwig Erhard nach einem amerikanischen Plan durchgeführt wurde. Alle Schichten der Bevölkerung, die Besitzer kleiner Ersparnisse waren erbaumallos zugunsten der Besitzer von „Realwerten“, d. h. der Industriellen, Großhändler, Grundbesitzer usw. enteignet. Jeder erhielt 40 DM bar auf die Hand und zwei Monate später noch einmal 20 DM. Firmen nochmal 60 DM für jeden Beschäftigten. Schulden wurden auf ein Zehntel und Bankguthaben auf 6,5% abgewertet. Do facto heißt das, daß die ganze Arbeit der Trümmerbeseitigung und des Wiederaufbaus seit 1945 mit 40 Mark abgegolten wurde, während die Kapitalisten uneingeschränkt über ihren alten nun widererrichteten Produktionsapparat und alle bis dahin produzierten und gehörten Waren uneingeschränkt behalten konnten. Den Kapitalisten wurde schon vor der Währungsreform über die Presse ein Hinweis gegeben, den sie als Aufforderung zum Horien aufblähen. Einen Tag später zeigte sich dann auch den Hehrnein die Scheuenerwer war

des Aufschwungs waren. Die große Not und der Nachholbedarf garantierten den Absatz, so daß der Staat kaum regulierend in den Prozeß der Kapitalkumulation eingreifen brauchte. 10% Arbeitlose garantierten jetzt zwar steigende, aber doch im Vergleich zur Akkumulation sehr niedrige Arbeitslöhne. Bürgerliche Wissenschaftler garantierten den Gewerkschaften eine „heroische Lohndisziplin“. Diese Entwicklung und auch viele natürliche Vorteile der BRD gegenüber der DDR (Ruhrgbiet, Verflechtung mit dem kapitalistischen Westen und entsprechende Importmöglichkeiten, die das Warenangebot vergrößerten und vieles andere), stützten die Kapitalisten aus, um die Bevölkerung für den Westen einzunehmen.

Es wurde ein riesiger Propagandafeldzug für die „soziale Marktwirtschaft“, für die Eingliederung in den Westen, gegen die am 7. 10. 1949 gegründete DDR durchgeführt. Um dies besser durchführen zu können, wurde die „Berlinkrise“ inszeniert. Demagogisch wurde behauptet, die Sowjets wollten Westberlin

Berlinkrise hat wesentlich zur Entstehung der kalten Kriegsstimmung in Westdeutschland beigetragen

Mit der Währungsreform waren die Weichen zur Teilung Deutschlands gestellt. Vom Standpunkt der Alliierten war das auch die Hauptaufgabe. Der durch das Geld herbeigeführten wirtschaftlichen Spaltung folgte die politische Spaltung.

Die deutsche Monopolbourgeoisie, die vorher und nachher immer nach nationaler Größe und nach nationaler Einheit geschrien hat, war voll für die Spaltung. An der Spitze stand Adenauer, der schon 1923 Präsidentenwahlen für die projektierte „Rheinische Republik“ gewesen war und bewiesen hatte, daß er zur Teilung des Landes immer bereit war, wenn das Klasseninteresse es verlangte. (Während der französischen Ruhrbesetzung 1923 ergriffte ein größerer Teil der Rhein-Ruhrmonopolie die Lösung vom Reich, nahm jedoch sehr schnell wieder Abstand von diesen Plänen, als der Widerstand der Arbeiter gegen diese Pläne zu stark wurde und Frankreich selbst die Pläne fallen ließ).



Nach 1945: Die Arbeiterklasse stellt Sozialisierungsforderungen

rikanischen politischen und ökonomischen Bedingungen akzeptierten. Diese Ziele waren:

Westeuropa sollte sich an den amerikanischen Vorbereitungen auf einen möglichen Krieg mit dem sowjetischen Lager beteiligen, und zwar durch Aufstellung entsprechender Truppen, Ausrichtung der Produktion auf diese Kriegspläne, Abnahme entsprechender Rüstungsgüter aus den USA. Bei Kritik der US-Außenminister Acheson am Kongreß, daß die Hilfe für die westeuropäischen Länder „fast vollständig aus Selbsterniedrigung der Bundeswehr besteht“, antwortete er: „Ich habe keine Zweifel, daß wir in der Lage sind, die westeuropäischen Länder zu unterstützen.“

Devisen waren vorhanden bzw. konnten besorgt werden aus den USA oder aus den europäischen Ländern.

Die BRD bekam im den vier Jahren des Marshall-Plans (1948-1952) rund 1,56 Mrd. Dollar, die zur Hälfte aus Lebensmittelieferungen bestand und nur 40 Mio. Dollar wurden für maschinelle Ausrüstungen und Transportmittel verwandt. Bis 1955 waren es 3,87 Mrd. Dollar.

In England und Frankreich war es gerade umgekehrt. Die Empfänger dieser ausschließlich amerikanischen Waren bezahlten diese in Landeswährung auf sog. Gegenwertkon-



Europapilline des deutschen Importateurs zum 1. Mal fehlenschlagend

Forti. EWG

DGB und SPD ebenfalls für Marshallplan und Währungsreform

Die Gewerkschaften stimmten dem Marshallplan sofort zu, obwohl eine der Kreditbedingungen der US-Regierung die Freigabe der Sozialisierungsforderungen gewesen war. Hans Böckler, der erste DGB-Vorsitzende nach dem Kriege, präsidierte dem Marshallplan als ein großes Hilfswerk. Wörtlich erklärte er: „Wenn wir uns diesen Notstand, der einen untrügerlichen Grad angenommen hat, vergegenwärtigen, so finden wir zu erwägen, dass für jeden einzelnen von uns sowie auch für die Führer der Gesamtheit die Verpflichtung, nichts zu unterlassen, was geeignet ist, uns von diesem unerträglichen Blind zu befreien. Unsere Wirtschaft muß um jeden Preis – koste es, was es wolle – wieder in Gang gesetzt werden. Wir dürfen dem Hunger nicht weitere Opfer bringen.“ Böckler wußte genau, verschwieg es aber, daß bei-

her gerade die Westalliierten durch Produktionsbeschränkungen, Zwangsexportierung der Rohstoffe usw. eine Verbesserung des Lebensstandards verhinderten. Er sah auch, daß der Marshallplan zwangsläufig zur Spaltung Deutschlands führt. Doch darauf antwortete er: „Durch die Beteiligung am Marshallplan bekommen wir die Möglichkeit, in der Gesamtheit der europäischen Völker wieder eine Rolle zu spielen.“ Also genau die gleichen Ziele wie die Bourgeoisie. Dafür wurden die auch vom amerikanischen Oberbefehlshaber in der BRD, General Clay, gelobt. Auf dem ersten IG-Metallkongreß sprach er den Gewerkschaften seine Anerkennung dafür aus, daß es ihnen gelungen sei, „die kommunistische Opposition gegen den Marshallplan in ihren Reihen besiegte“ zu haben. Er meinte damit nicht nur, daß in den führenden Gewerkschaftsgremien der Marshallplan angenommen wurde, sondern daß die IG Metall noch weiterging und die Unvereinbarkeit zwischen der IGM und dem PDGB der Gewerkschaft in der DDR feststellte und allen KPD-Mitgliedern die

Gewerkschaftstheorien Lenins und Stalins vorlegte und eine Distanzierung verlangte. Nichtunterzeichner wurden als Gewerkschaftsfeinde ausgeschlossen.

Die SPD unter Kurt Schumacher vertrat – in Verbindung mit einer ungeheuren Demagogie – prinzipiell den gleichen Standpunkt und stellte auch die Alternative Verhandlungen oder Annahmen. „Ein Projekt von so gewaltigem Ausmaß ist niemals ein Geschäftsprojekt. Ein Projekt von solcher Enormität ist stets ein Stück echter Hilfsleistung und Verantwortung vor der Welt für die Welt.“ Zur KPD sagte er weiter: „Wir haben in Deutschland eine ganz spezielle Erfahrung darin, wohin Verleumdungen führen. Wir sollten uns deshalb von jeder Revolutionenstimmung der Verleumdung enthalten.“ Wer den Marshallplan ablehnte, war eben Revolutionenstimmung. Der Währungsreform wurde ebenfalls prinzipiell zugestimmt. Alles hat die SPD bei verblüffender Gegnerschaft getan, um den Widerstand der Arbeiterklasse gegen die Maßnahmen der Besatzungsbehörden abzuwehren.

In die Irre zu führen oder gar nicht erst aufkommen zu lassen. Sofort nach 1945 wurde der Sozialismus zur Tagetagsaufgabe erklärt, aber gleich mit dem Zusatz, daß er ja schon fast da ist. Mit dem Zusammenbruch der Nazis sei auch der Kapitalismus in Deutschland und weiter auch in Mittel- und Westeuropa zusammengebrochen. Wenn diese Einschätzung richtig ist, so käme es nur darauf an, die Trümmer des Zusammenbruchs beseitigen zu lassen. „Auf diese Weise mobilisierte er die Arbeiter zum Wiederaufbau des Kapitalismus. Als die Frage nach der Sozialisierung dann schärfer gestellt wurde, verwies er auf den Hunger und ... daß nichts gefährlicher wäre, als das wirtschaftliche Leben schematisch nach einem allgemeinen Rezept umzuwandeln zu wollen“ und daß wir „Planwirtschaft und Sozialisierung nicht zentralistisch handhaben, sondern so viel Bewegungsfreiheit wie nur möglich nach unten legen wollen“, ... denn die private Initiative darf nicht gelähmt werden.“

Andererseits hetzte er natürlich gegen die sowjetische Zonen bzw.

die DDR und setzte Pechismus mit Kommunismus gleich (Totalitarismusheorie). Er fuhr sogar einmal in die USA zu Clay, um sich darüber zu beschweren, daß „die anglo-amerikanischen Besatzungsmächte nicht genügend Gebrauch von ihren Möglichkeiten im Kampf gegen das Eindringen des Kommunismus in die Westzone machten. Der Kommunismus muß planmäßig bekämpft werden.“ Als er zurückkehrte, erklärte er, die USA hätten nicht die Absicht, daß die Hilfe aus dem Marshallplan an Bedingungen geknüpft sei, die ein Abwürgen der Sozialisierung bezwecken. In den USA regte er im Herbst 1947 die Bildung einer Separatregierung der Westmächte an und zu Hause klagte er die Alliierten an, weil sie die Einheit Deutschlands nicht zustande brachten. Eine Lüge nach der anderen, um die Arbeiter irre zu führen und alles in Absprache und Übereinstimmung mit dem Großkapital, dem westdeutschen wie dem amerikanischen.

EWG-Kommission der KZ-Gruppe Hamburg

Die EWG auf dem Weg zu einer neokolonialistischen Großmacht

Seit dem zweiten Weltkrieg ist die Position der europäischen Imperialisten in den Ländern der Dritten Welt entscheidend geschwächt worden. Die Ursachen dafür waren der Aufbruch der nationalen revolutionären Befreiungsbewegungen und die Schwäche der alten Kolonialmächte im Vergleich zu den USA. Der französische Imperialismus wurde in Indochina und Algerien geschlagen, mußte den übrigen Kolonien die Unabhängigkeit gewähren. Der englische Imperialismus wurde aus seinen alten Positionen in der Regel von den USA verdrängt (Malaysia, Persischer Golf), die manchmal sogar bürgerlich-nationalistische Strömungen ausnutzten, um den Verfall des britischen Weltreichs zu beschleunigen (Ägypten). Gleich nach Kriegsende mußte mehreren Ländern (Indien usw.) die Unabhängigkeit gewährt werden. Einige Länder (Kenia, Sädjemen) erklärten sich ihre Unabhängigkeit militärisch. Die englischen Imperialisten waren so weit geschwächt, daß sie sich 1970 sogar aus dem Gebiet „östlich vom Suez“ zurückziehen mußten. Das weitere verlor Belgien den Kongo und Holland Indonesien, Deutschland nahezu sein ganzes Auslandskapital und Italien „seine“ sämtlichen Kolonien (Libyen, Somalia).

Für die verschiedenen westeuropäischen Imperialisten war es vollkommen aussichtslos, allein den Zerfall ihrer alten Kolonialreiche aufhalten zu können oder gar erneut verlorenen Positionen zurückzuerobieren. Die Kolonialpolitik durfte also in der Koordinierung ihrer Großmachtpläne nicht fehlen – und fehlte auch nicht. Sie konnte aber auch nicht reibungslos von statten gehen. Der Prozeß der Auflösung der alten Kolonialreiche war aber nur zu einem Teil Ausdruck der Aufschwung und der Stärke der ant imperialistischen Befreiungsbewegung. Nur in wenigen Ländern (China, Vietnam, Nordkorea, Albanien und Kuba) wurde der Imperialismus vollständig besiegt. In den anderen unabhängig gewordenen Ländern behielten die alten Imperialisten oder ihre amerikanischen Nachfolger einen mehr oder weniger großen Teil ihrer Macht. In vielen Fällen bestand der Übergang zur Unabhängigkeit lediglich darin, eine Marionette der Imperialisten als „unabhängige“ Regierung einzusetzen. Die Auflösung der alten englischen und französischen Kolonialreiche ist daher auch Ausdruck neuer und höherer Formen der Ausbeutung der Dritten Welt. Der Neokolonialismus wurde zur vorherrschenden Form.

Der Neokolonialismus: Nachfolger des alten Kolonialismus

Sowohl der alte Kolonialismus als auch der Neokolonialismus verbinden eine selbständige Entwicklung. In beiden Fällen besteht das Wesen darin, Rohstoffe billig bzw. mit großem Profit für die Konzerne herauszuholen, billige Arbeitskräfte in Massen zur Verfügung zu haben und das Land durch höchst einseitige Entwicklung auf ein oder zwei Produkte (z. B. Erdöl, Kupfer) ökonomisch in völlige Abhängigkeit von einem Konzern, einem imperialistischen Land oder zumindest von kapitalistischen Weltmarkt zu bringen, der von den Imperialisten kontrolliert wird. Außerdem sollen Fertigwaren importiert werden, und hier insbesondere Waffen und Luxusgüter für die Oberschicht.

Im alten Kolonialismus wurden sämtliche wirtschaftlichen und politischen Entscheidungen unmittelbar von der Kolonialverwaltung gemäß den imperialistischen Interessen dieses Landes getroffen.

Im Neokolonialismus ist die Situation der Länder der Dritten Welt ungleich etwas besser, als auch in ihrem Gebiet eine Konkurrenz zwischen verschiedenen Imperialisten ausgeübt wird, die es ihnen ermöglicht, die Konkurrenten gegeneinander auszuspielen. Noch einmal verbessert wird ihre Situation durch die Existenz sozialistischer Länder, die bereit sind, uneigennützig Hilfe

zu gewähren.

Aber auch die Imperialisten sehen im Neokolonialismus einige Vorteile, die der alte Kolonialismus nicht hatte vor allem die US-Imperialisten. Als aufsteigende imperialistische Macht, die selbst mal Kolonie gewesen ist, konnte sie natürlich ihren imperialistischen Konkurrenzkampf mit England um Länder der Dritten Welt vor allem in Südamerika und Arabien als Unterstützung antikolonialer Bestrebungen darstellen. Schon 1898 hatten sie nach der gleichen Methode die spanische Kolonialherrschaft in Kuba beendet, um selber die koloniale Ausbeutung vornehmen zu können. Zu diesem Zweck hatten sie auch offen gemäßigtere Teile der Unabhängigkeitsbewegung unterstützt. Für die Expansion des US-Imperialismus war diese Methode auch viel erfolgversprechender. Der alte englische Weg hätte diese Expansion nur gehindert. Der Widerstand der Völker und auch der alten Kolonialmächte wäre im anderen Fall viel größer gewesen. Der alte Kolonialismus existiert daher heute fast nur noch in seiner portugiesischen Form. Das Ende zeichnet sich bereits ab.

Der Neokolonialismus unterscheidet sich vom alten Kolonialismus aber nicht nur im unterschiedlichen taktischen Vorgehen. Geht es um die ökonomischen Methoden der Ausbeutung und die Art und Weise, ganz bestimmte Entscheidungen im Sinne des Imperialismus zu erzwingen. Denn nicht in jedem Fall greifen die Imperialisten unmittelbar



Algier im Barrikadenkampf gegen die französischen Kolonialisten

ein und nicht jede Regierung kann als eine reine Marionettenregierung betrachtet werden.

Erlaubt der Neokolonialismus einen selbständigen kapitalistischen Entwicklungsweg?

In der Zeit vor den beiden Weltkriegen war die vorherrschende Form des Kapitalismus die staatliche in Form von Anleihen. Damit werden im wesentlichen Infrastrukturmaßnahmen (Straßen usw.) bezahlt, die sich aber nicht an den allgemeinen Bedürfnissen des Landes ausrichten, sondern die Direktinvestitionen vorbereiten sollen. Heute wird dies im synchrinen „Entwicklungshilfe“ genannt, obwohl diese Ideologie genau wimmelt, wenn diese Entwicklungshilfe wirklich nützt und wenn sie schadet. Der Kapitalismus über Direktinvestitionen ist heute die dominierende Form der ökonomischen Expansion im Ausland und insbesondere in den Ländern der Dritten Welt geworden. Die ökonomische und finanzielle Inflation ist hier viel tiefer. Die kapitalistische Entwicklung dieser Länder wird dadurch beschleunigt, aber es entwickelt sich keine nationale Industrie, sie wird eher weiter zurückgedrängt, denn sie ist der Konkurrenz nicht gewachsen. Die alte soziale Struktur wird immer weiter zerstört. Massenelend, Arbeitslosigkeit und Ausbeutung nehmen immer schneller zu. Im Neokolonialismus verbleibt die Situation der Dritten Welt sogar noch, weil sie immer tiefer in den von den imperialistischen Großmächten kontrollierten

Weltmarkt hineingezogen werden. Wenn die führenden Kräfte in den neu entstandenen Staaten dann nicht bereit sind, grundsätzlich einen vom kapitalistischen Weltmarkt unabhängigen Weg einzuschlagen, dann wird alleine schon der Zwang der ökonomischen Gezwungenheiten die Regierungen dieser Länder zwingen, sich dem Imperialismus weitgehend anzupassen. Viele Entscheidungen, die früher die Kolonialmächte direkt getroffen haben, werden nun über den Markt selbst erzwungen. Dies ist ein sehr wichtiger Punkt, wo der Neokolonialismus dem alten überlegen ist. Einen solchen vom kapitalistischen Weltmarkt unabhängigen Weg können jedoch nur die beschreiben, die sich hauptsächlich auf die Massen stützen, diese zum Kampf gegen die imperialistische Aggression und Subversionspolitik mobilisieren und bewaffnen und den Weg des schrittweisen sozialistischen Aufbaus einzuschlagen bereit sind. Diejenigen, die den kapitalistischen Weg gehen wollen, werden nie bereit sein, konsequent die Verbindungen zur internationalen Bourgeoisie abzubrechen, oder gar die Arbeiter zum Kampf gegen die Imperialisten zu bewaffnen. Mehrfach schon hat die Geschichte bestätigt, daß es den Ländern der Dritten Welt unmöglich ist, einen selbständigen kapitalistischen Entwicklungsweg einzuschlagen. Dieser Weg endete immer in einer neuen imperialistischen Abhängigkeit. Die jüngsten Beispiele hierfür sind Algerien und Ägypten. Die Imperialisten sind aber nicht so friedliebend, als daß sie sich darauf beschränken würden, die Marktwirtschaft zu lassen. Damit können die sämtlichen

keine ant imperialistische Massenbewegung zurückwerfen oder schlagen und ihre Machtstellung in diesen Ländern festigen. Hierzu durchsetzen sie den lokalen Verwaltungs- und Militärapparat mit ihren Leuten, bilden sie fachlich aus und schulen sie ideologisch. Die Konzerne bringen ohnehin ihre eigenen Leute mit. Das Geschäft mit der Korruption verstehen sie meisterhaft. Alle Gangstermethoden sind bei ihnen gang und gebe, wenn sie diese oder jene Regierung stützen wollen. Im Notfall oder wenn sie es für faktisch klug halten, greifen sie auch militärisch ein.

Die EG-Kolonialpolitik: Assoziation der alten Kolonien ...

Die Kolonialpolitik der EWG ging natürlich von der Situation aus, wie sie Mitte der 50er Jahre bestand. Es wurden aber auch gleich die langfristigen Ziele und Methoden festgelegt, die zu einer Stärkung des kolonialen Einflusses der EWG-Imperialisten führen sollten und mittlerweile auch dazu geführt haben. Der Ausgangspunkt 1957 – dem Zeitpunkt der EWG-Gründung – war, daß im wesentlichen nur Frankreich und Belgien noch Kolonien besaßen. Frankreich vertrat daher auch kategorisch die Einbeziehung seiner Kolonien in die EWG-Verträge. Die anderen Länder, vor allem die BRD, wollten jedoch nicht, daß die französischen Kolonien aus von den französischen Imperialisten ausgebeutet werden dürfen und verlangen beteiligt zu werden. Man stieg sich auf typisch neokolonialistische Assoziierungsvereinbarungen. Hauptinhalt solcher Assoziierungsverträge ist:

- Freizügigkeit der Arbeitskräfte
- gegenseitige Investitionsfreiheit
- Gewährung von „Entwicklungshilfe“ aus einem gemeinsamen europäischen Entwicklungsfond natürlich mit entsprechenden Zinsen und entsprechenden Bedingungen

Aus diesen Verträgen ziehen nur die Imperialisten Gewinn. Der Kolonialabbau setzt einheimische Waren aus der Konkurrenz der übermächtigen westeuropäischen Industrie aus. Einen Kapitalexport können die ehemaligen Kolonien ohnehin nicht betreiben. Sie müssen aber die ausländischen Konzerne ungehindert hereinlassen und den investierten Kapital noch gegen Entlohnung ausbeuten. Diese Konzerne erzielen hier aufgrund der niedrigen Löhne (im Vergleich zu Westeuropa) Extraprofite. Der Auf-



Forts. EWG Neokolonialismus

bau einer einheimischen Industrie wird durch solche Assoziierungsabkommen gleich dreifach verhindert. Die Länder sind weiter dazu verpflichtet, Rohstoffe und Produkte landwirtschaftlicher Monokulturen zu exportieren, natürlich weitgehend tollfrei, ganz im Sinne der Imperialisten. Nachdem die ehemals französischen Kolonien Anfang der 60er Jahre un-

ten die BRD, sind erfolgreich in die Mittelmeerländer vorgestoßen und haben dort wieder mächtige Positionen erreicht. Die dritte Aufbauphase der EWG ist abgeschlossen. Außenhandelsverträge werden heute nur noch vom EWG Ministerrat abgeschlossen und nicht mehr bilateral.



abhängig wurden, wurden die Assoziierungsabkommen von Jaunde mit ihnen direkt abgeschlossen, ohne daß sich etwas Wesentliches änderte. Nur Guinea lehnte ab. Die französischen Imperialisten sicherten sich jedoch durch direkte Vereinbarungen mit diesen Ländern weitere Vorzugsrechte, die auch noch gültig sind. Assoziierungsabkommen wurden auch mit den ehemals britischen Ko-

lonien Kenia, Uganda und Tansania abgeschlossen (1969 Abkommen von Arusha). Durch den jüngst erfolgten Beitritt Englands zur EWG werden in Kürze weitere Staaten vor allem aus Afrika ähnliche Verträge abschließen. Zusammen mit den Verträgen der EWG mit den Mittelmeerländern einschließlich Portugal, die ja auch für die portugiesischen Kolonien Angola und Mocambique gelten, existieren dann mit fast ganz Afrika Vorzugsvereinbarungen mit der EWG, die den Charakter einer regionalen Zollunion, einer Freihandelszone, gegenseitiger Zollpräferenzen haben und die alle Drittstaaten diskriminieren. Diese Abkommen haben natürlich den heftigen Widerspruch der USA hervorgerufen und die Widersprüche EWG - USA verschärft.

... und „neue Mittelmeerpolitik“ ...

Die neue Mittelmeer-Politik der EWG hat zu dieser Verschärfung besonders beigetragen. Die afrikanischen Absatzmärkte sind nämlich die am weitesten fortentwickelten Staaten Afrikas und - das ist viel wichtiger - haben Öl. Außerdem gehört das Mittelmeer zum natürlichen Einflußbereich der EWG. Andererseits ist das Mittelmeer auch für die USA von großer Bedeutung. Sie haben nicht umsonst ihre stärkste Flotte (die 6.) hier stationiert. Ihre aggressiven Absichten sind klar. Zu ihrer Verstärkung haben die USA in Griechenland und in der Türkei faschistische Regime eingesetzt (NATO-Südflanke). Sie sichern den Staat Israel und seine Eroberungspolitik ab, immer bereit, notfalls selbst einzugreifen, wie sie es 1958 schon im Libanon und in Jordanien getan haben. Das das neue Mittelmeerkonzept der EG gerade jetzt vorgeht wie es auch nicht zufällig

Der EWG-Beitritt Englands hat die EWG soweit gestärkt, daß die EWG bei einheitlichem Vorgehen mittlerweile auch gegenüber den USA zur Offensive übergehen kann.

Der englische EWG-Beitritt bedeutet auch weitgehend die Zeiten, wo die Mittelmeerpolitik der englischen und französischen Imperialisten sich im wesentlichen an den unterschiedlichen Einflußsphären der alten Kolonialzeit ausrichtete.

Eine neue Offensive bedarf natürlich neuer Zielsetzungen, die sich primär an der neuen Lage ausrichten und nicht an dem, was einzelne Imperialisten früher einmal bemerkt haben.

Ein Hauptziel der EG-Imperialisten in ihrer Mittelmeer-Politik ist derzeit, einige arabische Länder - allen voran Ägypten - auf ihre Seite zu ziehen. Für einige Zeit hat sich Ägypten außenpolitisch mehr an der Sowjetunion orientiert, vor allem nach der Suez-Aggression von England und Frankreich 1956 und nach dem von den USA unterstützten israelischen Überfall auf die umliegenden arabischen Länder 1967. Von der Sowjetunion hat es zunächst auch Unterstützung bekommen (Assuan-Staudamm).

Die Hinwendung zur Sowjetunion war für Nasser und Co. jedoch eine rein taktische Maßnahme, um sich gegenüber den westlichen Imperialisten besser verkaufen zu können. Innenpolitisch wurde ein reaktionärer, scharf antikommunistischer Kurs betrieben (Kommunismus ist mit Arabern unvereinbar). Ihre ablehnende Haltung einem wirklichen Befreiungskampf gegenüber zeigt sich auch darin, daß sie dem jordanischen Marschall an der palästinensischen Befreiungsbewegung 1970 tolerant zusahen und den Weg des friedlichen Ausgleichs mit Israel einschlugen. Kurz darauf warfen sie die Sowjets hinaus und nähern sich nun der EWG, die in ihrer Gesamtheit sich nicht so eindeutig auf die israelische Seite geschlagen hat wie die USA.

Ein konkretes Ziel der Mittelmeer-Politik ist es, zusammen mit Israel Malta, Zypern und den faschistischen Ländern Kadoskopos eine Zollunion zu bilden und mit den arabischen Mittelmeerländern Freihandelsabkommen abzuschließen.

Der Türkei, Griechenland, Spanien und Portugal wurde die Vollmit-

gliedschaft schon in Aussicht gestellt. Zur Zeit ist es jedoch faktisch unmöglich, Länder mit faschistischen Regierungen als Vollmitglieder in die EWG aufzunehmen. Der ökonomische Unterschied zwischen einer Zollunion mit zusätzlichen Vereinbarungen über Freizügigkeit des Arbeitsmarktes und „gegenseitige“ Investitionsfreiheit ist jedoch gering. Nominal sind sie dann kein Mitglied, faktisch aber doch, nur mit weniger Rechten. Zur Zeit bestehen im einzelnen etwas unterschiedliche Assoziierungsabkommen mit Griechenland, Türkei, Malta, Zypern, Marokko und Tunesien. Ein Freihandelsabkommen mit Portugal, Handelsabkommen über Zollpräferenzen mit Spanien, Israel, Ägypten, Libanon.

Wie weit und in welchem Zeitraum solche globalen Ziele verwirklicht werden, ist noch nicht abzusehen. Im konkreten Vorgehen bestehen unterschiedliche Interessen zwischen Frankreich (es will eine relativ straff organisierte Einflußsphäre mit hohem Abschüttelungseffekt) und England/BRD, die - schon aus Rücksicht auf die USA - die diskriminierende Wirkung auf Drittländer nicht so weit treiben wollen.

Für die Bevölkerung dieser Länder bedeuten diese ganzen Abkommen nichts anderes als verschärfte Ausbeutung, immer weitere direkte Einbeziehung in die Wirtschaft ihrer imperialistischen Nachbarn, für die sie als Lieferanten billiger Arbeitskräfte und als industrielle Reservarmee dienen sollen. Durch Direktinvestitionen westeuropäischer Konzerne werden zwar neue Arbeitsplätze geschaffen, aber diese Konzerne ruinieren soviel einheimische Industrie, wodurch weit mehr Arbeiter wieder auf die Straße geworfen werden. Der Agrarprotektionismus der EWG behindert die Ausfuhr agrarischer Produkte aus diesen Ländern. Die arabischen Länder sollen weiter ihr Öl nur verkaufen, aber keine eigene Ölverarbeitung im eigenen Land unter eigener Kontrolle aufbauen. Ihre Einbeziehung in eine Freihandelszone soll einmal den sicheren Absatzmarkt der EWG-Imperialisten vergrößern, zum anderen diese Länder insgesamt ökonomisch fester an die EWG binden, um ihren Spielraum in der Wahl ihrer Ölkäufer zu verringern. Strategisch wichtig liegende Länder werden außerdem in militärische Aufmarschgebiete verwandelt.

Seit den ersten Erfolgen der Befreiungsbewegung in Angola 1961 war klar, daß Portugal - selbst ein Entwicklungsland - zu schwach war, seine Herrschaft in den Kolonien aufrechtzuerhalten. Andererseits wollte er diesen Ländern nicht die „Unabhängigkeit“ nach imperialistischem Muster verleihen, da es dann in der weiteren Beherrschung der Kolonien sehr schnell von der stärkeren imperialistischen Konkurrenz ausgeschaltet worden wäre. Macht und Extraprofite sichern sich Portugals Kapitalisten daher durch den Ausverkauf ihres Imperiums. Bevorzugte Partner in diesem Geschäft sind die europäischen Imperialisten, da sie im Ge-

selbst ihre EWG-„Partner“ weitgehend außen vor zu lassen. Für England gilt dies natürlich hauptsächlich für ihre ehemaligen afrikanischen Kolonien einschließlich Südafrika und Rhodesien (Simbabwe). Sie sind von den USA hier weit weniger verdrängt worden als in Asien. Ein anderer Schwerpunkt ist natürlich der persische Golf, wo ihre Konzerne nach den US-Konzernen den meisten Einfluß haben.

Aufgrund dieser Lage braucht die BRD ihre kolonialen Einflußsphären in nächster Zukunft nicht durch direkten militärischen Eingreifen abzusichern. Dies wird vorläufig noch den USA überlassen. Die BRD be-

Tabelle 3: Die Bedeutung westdeutscher Rüstungsausfuhr für die Bewaffnung von Entwicklungsländern

| Gerät | Empfängerland | Anteil der westdeutschen Zulieferung am Gesamtbestand (%) |
|--------------------|---------------|---|
| Kampfflugzeuge | Indien | 4,1 |
| | Venezuela | 34,0 |
| Schulflugzeuge | Tansania | 100 |
| Transportflugzeuge | Nigeria | 66,6 |
| Leichtflugzeuge | Indonesien | 23,1 |
| Panzer | Israel | 21,3 |
| Schützenpanzer | Sudan | 41,4 |
| Patrouillenboote | Indonesien | 16,0 |
| | Israel | 11,1 |

genseitig zu den USA auf die Forderung nach der „Unabhängigkeit“ der Kolonien verzichten. Durch ihren starken Einfluß in Portugal selbst und durch „größtenteils“ Waffenhilfe verschaffe sich die BRD dabei den Löwenanteil.

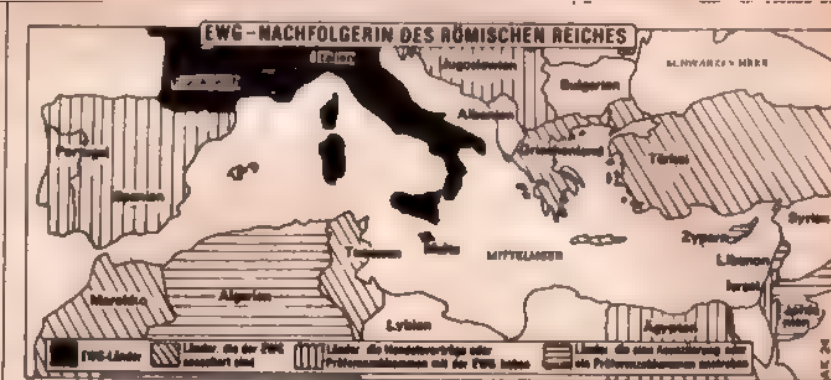
Strategisches Ziel der westeuropäischen Expansion in Südafrika ist die Bildung eines „weißen Blocks“ gegen den Kommunismus. Nach dem Vorbild der EWG schmieden die Portugiesen in Mocambique und Angola mit den Faschisten in Südafrika und Rhodesien, unterstützt von den europäischen Imperialisten, an einem „gemeinsamen Markt“, in den noch Malawi, Namibia und Sambia hineingezwungen werden sollen. Gelingt dieser Plan, dessen erster Schritt der Cabova-

teilt sich jedoch am Waffenexport in diese Länder.

Methoden des Neokolonialismus: Aggression, Subversion und Kontrolle

Anderes ist dies bei England und Frankreich. In mehreren Ländern waren es, die dort den größten imperialistischen Einfluß hatten, und ihnen fiel daher auch die Aufgabe zu, die Ausbeuterherrschaft zu verteidigen. Sie gingen dabei nach folgenden Methoden vor:

- gegenseitige Aufhebung von Teilen der Bevölkerung (Christen gegen Mohammedaner im Tschad und



... und Verteidigung der portugiesischen Kolonien

Der Ausbau des kollektiven Neokolonialismus der EWG ist jedoch nur ein Teil der EWG-Kolonialpolitik. Weder die geographische Einschränkung auf Mitteleuropa noch die Beschränkung der Kolonialpolitik auf den Waren- und Kapitalexport und das Ausbilden bzw. Diktieren entsprechender Verträge treffen zu. Der Waffenexport, das mannigfache direkte Eingreifen in die Kiewerkämpfe in diesen Ländern als auch die ideologische Abschichtung des Neokolonialismus sowohl in der Dritten Welt als auch hier gehören ebenso dazu.

Für den BRD-Imperialismus trifft die Konzentration seiner Expansion auf Afrika am wenigsten zu. Seine Direktinvestitionen gehen vorzugsweise in faschistische Länder, nach Südamerika, Perlen und nach Brasilien. Hier führt er sich vor Straits und Kriegerung sicher. Eine besonders schmutzige Rolle spielt er jedoch gemeinsam mit seinen imperialistischen Kumpanen - in den portugiesischen Kolonien.

Bassa-Damm ist, es ist langfristig nicht nur die „abendländisch-christliche Tradition“ des südafrikanischen Zwangsarbeitslagers geachtet. In Ergänzung der NATO könnte dann zusammen mit Australien und südamerikanischen Ländern ein aggressiver Südatlantik-Pakt auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Zur Durchsetzung dieser Pläne muß natürlich erstmal der Kampf um die Beibehaltung der kolonialen Herrschaft in Angola und Mocambique gewonnen werden. Die BRD z.B. liefert zu diesem Zweck Portugal seit 1961:

- 50 Leichtflugzeuge Do-27A4 mit Kunststoffeigenschaften,
- 40 Kampfflugzeuge Fiat G-91,
- und 12 Nordatlantische Transporter für den Einsatz von Fallschirmjägern und drei in Hamburg gebaute Korvetten

Wie in Vietnam werden Napalm-bomben eingesetzt und ganze Dörfer zerstört.

Die Schwerpunkte der englischen und französischen Kolonialpolitik liegen tatsächlich in ihren alten Kolonien. Die französischen Imperialisten haben es nämlich verstanden, auch nach den Unabhängigkeitserklärungen

im Libanon, Weiß gegen Schwarze, Einheimische gegen schon lange vorher eingewanderte Inder, Stamm der Iboe gegen Stamm der Hausa in Nigeria, Protestanten gegen Katholiken in Nordirland). Das Ziel ist klar. Der Widerstand soll in falsche Bahnen gelenkt werden. Alle Vorurteile werden zu diesem Zweck ausgenutzt und die Widersprüche im Volk noch verschärft durch materielle Bevorratung des einen und Verschärfung des Elends der anderen Seite.

- Ausbildung und Schulung des Beamtenapparats durch die Imperialisten, seine Korruption durch Bekehrungswanderer usw. Ein Großteil der alten Kolonialbeamten ist ohnehin noch in den alten Kolonien tätig. Die einheimischen Armeen und häufig durch Militärberater und Offiziere der alten Kolonialarmee aufgebaut worden
- Als Ghana unter Nkrumah in einen ant imperialistischen Politik betrat, senkten die Imperialisten die Kakaopreise von 196 Pfund auf 130 Pfund und stürzten damit das Land in eine ökonomische Krise, in der sie

Forti. Neokolonialismus

dann Nkrumah absetzen
 ● 1969 schickte Frankreich eine 3 500 Mann Armee in den Tschad, um den Truppen von Regierungschef Tombalbaye bei der Niederhaltung der Befreiungsbewegung unter Führung der FROLINAT zu unterstützen. Bei diesen Überfällen konnten sich die Imperialisten auf „Verteidigungsabkommen“ berufen, die sie wahlweise dem Unabhängigkeitsvertrag gleich beilegen haben.

Zahlreich sind die Fälle des direkten militärischen Eingreifens von unterschiedlichem Ausmaß (Sudan, Madagaskar, Aden, Kongo, Zypern, Kenia, Oman, Malaysia, Indochina, Algerien u.a.).

Auch in Zukunft werden von allem in Afrika die europäischen Imperialisten direkt eingreifen oder schicken zu diesem Zweck von ihnen aufgestellte afrikanische Staaten vor. Hierfür kommen zur Zeit hauptsächlich die Rassenregime im Süden in Frage, aber nicht nur sie. Hinter innerafrikanischen Kriegen verborgen sich dann die Widersprüche zwischen fortschrittlichen Kräften oder Staaten und den imperialistischen Interessen oder auch zwischen regionalen innerimperialistischen Gegensätzen.

Insgesamt wird die weitere Entwicklung geprägt sein von einer Verschärfung der Widersprüche Westeuropa-Dritte Welt und dementsprechend werden auch die Konflikte zunehmen. Dies kann man sogar in Westeuropa selbst feststellen (Irland, Island). Auf diese Situation werden sich die EG-Imperialisten auch vorbereiten. Einen wesentlichen Teil davon bilden die militärischen Vorbe-

reitungen. Eine weltweite imperialistische Politik bedarf auch einer Armee, die überall in der Welt eingesetzt werden kann.

Aber auch dadurch wird auf die Dauer der revolutionäre Befreiungskampf nicht zu bremsen sein, so daß die westeuropäischen Imperialisten auch ihren Vietnamkrieg führen werden.

Die neokolonialistische Offensive der EG und die Rolle des Mittelmeeres wird aber auch die Differenzen zu den USA vergrößern. Diese Widersprüche werden auch auf die NATO rückwirken und eine gemeinsame militärische und politische Strategie immer mehr erschweren. Das dauert jedoch noch einige Zeit, da

Westeuropa heute militärisch (vor allem nuklear) völlig unterlegen ist.

... und Hetze gegen Länder der Dritten Welt

Auf größere Auseinandersetzungen zwischen Westeuropa und Ländern der Dritten Welt bereitet die HRT-Presse in der letzten Zeit die Bevölkerung verstärkt ideologisch vor. Finaretti berichtet man verstärkt von der Aktivität aller möglichen Organisationen (kirchliche, humanitäre, der Entwicklungsdienst usw.), um den Eindruck zu schinden, man lerne nun was für die Länder der Dritten Welt, man vergleicht die westliche Entwicklungshilfe mit der östlichen. Das

ist ein ganz fauler Trick. Es ist klar, daß auf dieser Ebene der Welten immer absteigend, denn die Entwicklungshilfe des Westens ist Kapitalexport, die des Ostens nicht oder nur zu einem geringen Teil.

Auf der anderen Seite werden in der nächsten Zeit möglicherweise stattfindende Aggressionen ideologisch vorbereitet. So war vor kurzem eine Sendung im Fernsehen über „die drohende Energiekrise in den USA“. Es wird lang und breit über den Reichtum und die Lebensweise arabischer Ölscheichs berichtet und die Lage verbreitet, diese Ölscheichs seien bald so reich, daß sie durch Finanzaktionen jede westliche Währung in die Krise stürzen könnten. Richtig ist, daß dies nicht die Ölscheichs tun können, sondern die riesigen west-

lichen Ölkonzerne. Sie sind es, die die tatsächliche Kontrolle über das Öl ausüben und außerdem die großen Ölgewinne einstreichen. Die Scheichs werden nur daran beteiligt, machen gemeinsame Sache mit den Konzernen und sind die reaktionärsten Kreise in ganz Arabien.

Außerdem ist es kinderleicht ihre Konten bei den westlichen Banken einfach zu sperren. Es soll der Eindruck vermittelt werden, die westlichen Länder seien „Kolonen“ solcher Ministern wie Kowal usw. In der „Welt“ wurde das auch offen behauptet. Diese antirabische Hetze wird natürlich durch den Zionismus noch verstärkt. Ganz offen werden daneben Aggressionspläne gegen den Irak, der zur Zeit gute Beziehungen zur Sowjetunion unterhält, verbreitet und verteidigt.

Am Beispiel des Präsidenten von Uganda, Idi Amin, der früher Boxer gewesen war, kürzlich als Einwohner indischer Herkunft des Landes verwiesen und Grenzwachposten mit Tansania provoziert, wird das alle Märschen von den unzivilisierten Afrikanern neu aufgewärmt. An solchen Kreaturen zeigt sich aber etwas anderes, mit welchen Leuten die englischen Imperialisten ihre Müßiggänge durchführen.

Das Spektrum der ideologischen Abschöpfung des Neokolonialismus ist natürlich viel breiter als es hier dargestellt werden kann. Antikommunismus, Europachauvinismus, das Märchen von der „Verteidigung der Freiheit“ sind nur die wichtigsten Teile davon.

EWG Kommission des KB



Mosambiques: FRELIMO-Kämpfer greifen an

In ihrer Ausgabe vom 6. Juli 73 veröffentlichte die DKP-Zeitung „UZ“ einen Artikel des sowjetischen Journalisten N. Chibrikow über Spanien, der teilweise mit Zischentexten der „UZ“ selbst versehen ist. Schon die Themenstellung dieses Artikels läßt daran zweifeln, ob man hier eine „sozialistische“ oder eine bürgerliche Zeitung in der Hand hat: „Spanien: Öffnet das Land die Tür in Richtung Europa?“

Gegenstand des Artikels ist im wesentlichen der „Kampf zweier Tendenzen in Spanien“, nämlich zwischen der „Alten Garde“ (den Falangisten) und dem religiösen Orden „Opus Dei“. Während die ersten eine „proamerikanische Orientierung“ verfolgen würden, hätten die zweiten „eine politische Liberalisierung und eine Anpassung Spaniens an die europäischen Realitäten auf ihre Fahnen geschrieben“. Hinter der falangistischen „Alten Garde“ und den reaktionären Militärkreisen stehen die „traditionellen (?) Finanz- und Industriegruppierungen, die mit dem amerikanischen Kapital verbunden sind“. Die religiöse Gruppe „Opus Dei“ hingegen, die 1957 erstmals an der Regierung beteiligt wurde, trete in Spanien „faktisch in der Rolle des politischen Hebelers der neuen (?) Bourgeoisie auf“. Sie will „das Land von einem rückständigen Agrar- zu einem industriell entwickelten“ und es dem westeuropäischen „Gemeinsamen Markt“ anschließen.

Derartige Bestrebungen finden bei Chibrikow und der „UZ“ offensichtlich Sympathie, obwohl auch hier klar sein dürfte, daß es dem „europäischen Hügel der spanischen Bourgeoisie ebenso wenig wie dem „proamerikanischen“ um eine Schwächung, sondern um eine Stärkung des spanischen Kapitalismus geht. Daß die eine wie die andere „Orientierung“ absolut nichts an der Aggressivität des spanischen Faschismus ändert, weder nach innen, noch nach außen. Dennoch erweckt Chibrikow den Eindruck, als ob dies der Fall sei. „Auch die internationale Entspannung ist nicht spurlos an Spanien vorbeigegangen. Spanien sprach sich für die europäische Sicherheitskonferenz aus und beteiligte sich an den Verhandlungen in Helsinki.“ Ist denn dies mehr, als die tatsächliche Schwächung, mit dem sich der spanische Faschismus international eine Anerkennung verschaffen will? Wer das suggeriert, der beteiligt sich an der Täuschung der Völker über das wahre Wesen des Kapitalismus. Und das genau ist doch das Geschäft, das nicht nur Spanien, son-

dern alle kapitalistischen Staaten mit ihrem gegenwärtigen „Entspannungs“-Rummel betreiben.

Hat sich etwas an der Politik des spanischen Faschismus gegenüber der spanischen Arbeiterklasse geändert, was das Geredewort „allgemeine internationale Entspannung“ die „nicht spurlos an Spanien vorbeigegangen“ sei, rechtfertigen könnte? Vor kurzem hat Staatschef Franco eine neue Regierung unter Ministerpräsident Carrero Blanco eingesetzt. Die „UZ“ schreibt im Vorspann ihres Artikels dazu: „Die Regierungsumbildung hat eine Festigung des Rechtskurses, eine Verstärkung der Falangistenbewegung bewirkt. Die religiöse Gruppe „Opus Dei“, die eine politische Liberalisierung und eine Anpassung Spaniens an die europäischen Realitäten auf ihre Fahnen geschrieben hat, wurde aus den wichtigsten Ämtern verdrängt.“ (Hervorhebungen von uns, AK-Red.).

Die spanische Arbeiterklasse bekommt gegenwärtig also alles andere als „Entspannung“ zu spüren. Dieser „Widerspruch“ zwischen der schillernden Ausbeutung und Repression nach innen, und Friedens- und Entspannungsschwärmen nach außen, pflegt die DKP im allgemeinen dahingehend zu kommentieren, daß das eine das zweite „stört“ und es eigentlich auch keine „Berechtigung“ mehr für eine Kriegspolitik der Bourgeoisie (nach innen wie nach außen) gibt, da wir in „Zeitalter der Entspannung“ leben. Tatsächlich liegt hier aber gar kein „Widerspruch“ in dem Sinne vor, daß das eine das andere „stört“. Im Gegenteil: die ganze „Entspannungspolitik“ der kapitalistischen Staaten dient einzig und allein dem Zweck, die Arbeiterklasse nur noch stärker zu freieren ausbeuten und unterdrücken zu können. Mit welcher sozialistischem Auktorität hingegen, die diese „widerspruchsvolle“ Politik betreibt, dafür geben die Revisionisten selbst das beste Beispiel ab. In dem Maße, wie die kapitalistischen Staaten von „Frieden und Entspannung“ schwärzen, wie sie sich an völlig unverbindlichen und folgenlosen Konferenzen wie der in Helsinki beteiligen, genau in dem Maße verschärfen die Revisionisten immer mehr auf eine Entlastung und Anklage der Bourgeoisie und des Imperialismus. Nun ist es gar soweit, daß die Revisionisten selbst in einem faschistischen Staat wie Spanien „neue Tendenzen“ erblicken, denen sie Beifall spenden.

Man spürt förmlich den Taumel der Enzirkelung, der Chibrikow ergreift, wenn er im weiteren über die „Verbesserung der Beziehungen mit den sozialistischen Ländern“ schreibt: „In letzter Zeit hat sich der Einfluß der Kreise spürbar verstärkt, die an einer Politik der Verbesserung der Beziehungen mit den sozialistischen Ländern interessiert sind. Polen, Ungarn und Rumänien haben gegenwärtig kommerzielle und Handelsbeziehungen mit Spanien. Jugoslawien eröffnete eine Ständige Handelsvertretung in Madrid. Zu Beginn dieses Jahres erkannte Spanien die Deutsche Demokratische Republik an und stellte mit ihr diplomatische Beziehungen her. 1970 wurde in Madrid eine Schiffahrtstransportvereinbarung mit der UdSSR geschlossen. Spanien stellt für die sowjetische Fischereiflotte im Atlantik einen Ankerplatz bei den Kanarischen Inseln zur Verfügung.“ Am 13. September 1972 wurde in Paris ein spanisch-sowjetisches Handelsabkommen unterzeichnet, das im Februar dieses Jahres in Kraft trat. Entsprechend dem Protokoll des Abkommens wird in Madrid eine sowjetische Handelsdelegation und in Moskau eine spanische eingerichtet.

Bei soviel „Entgegenkommen“ und „Anpassung an die Realitäten“ hört man Chibrikow im Stillen weiterdenken – soll man ruhig mal etwas „wohlwollender“ über die Entwicklung Spaniens schreiben. Zeigt sich hier nicht in aller Deutlichkeit, was hier entgegenkommt und was davon den Nutzen zieht?

Nun, im vorletzten Absatz erwähnt Chibrikow dann auch, daß auch in Spanien erneut die Repression gegenüber Demokraten und deren Verfolgung verstärkt haben und daß Innenminister Franco im Parlament erklärt hat, daß die gesellschaftliche Ordnung im Lande um jeden Preis gesichert wird. Und der Chibrikowsche Kommentar dazu: „Das ist natürlich die mit der Verbesserung der politischen Atmosphäre (1) auf dem Kontinent nach mit den Ansprüchen Spaniens, eine aktive Rolle in Europa zu spielen (11), und auch nicht mit seinem Streben zu

vereinbaren, die Beziehungen mit den sozialistischen Ländern zu normalisieren.“

Und die „UZ“ fügt abschließend noch an: „Die Regierungsumbildung zeigt, daß der Kampf der beiden Tendenzen in Spanien noch nicht entschieden ist. Noch bewegt sich die spanische Politik weiterhin im Rahmen des Franco-Regimes. Alle überlebten Dogmen (1) beeinflussen weiterhin die Politik des Landes. Eine wirklich unabhängige und den nationalen Interessen des Landes entsprechende Außenpolitik aber wird das Land erst durchführen können, wenn es diese Dogmen (1) über Bord wirft.“

Fazit: Für ein paar betrügerische Entspannungstöne, und vor allem für ein paar einträgliche diplomatische und ökonomische Gesten gegenüber der UdSSR usw., sind die Revisionisten bereit, selbst im faschistischen Staat „positive Tendenzen“ zu sehen. Das Maß ihrer Kritik richtet sich immer weitgehend nach den außenpolitischen Interessen der Sowjetunion.

Den i-Punkt setzt aber die „UZ“ selbst noch auf die Chibrikowsche Betrachtungsweise. Sie stellt das größte Hindernis für „eine wirklich unabhängige und den nationalen Interessen des Landes entsprechende Außenpolitik“ in der Existenz „aller überlebten Dogmen“ (1). Damit gibt die DKP dem wissenschaftlichen Sozialismus einen kräftigen Tritt in den Arsch, waren doch die Kommunisten mit Marx und Engels umgeben von der Auffassung, daß es die Herrschaft der Bourgeoisie und nicht irgendwelcher „Dogmen“ ist, die ein Land in der Außen- wie in der Innenpolitik daran hindert, eine „wirklich unabhängige und den nationalen Interessen entsprechende Politik“ zu betreiben. Völker der Welt, vereinigt Euch und besetzt die alten überlebten Dogmen! Mit dieser Parole können sich die Revisionisten wohl beim heiligen Geist und der Bourgeoisie einschmeicheln, sie helfen aber nicht der Arbeiterklasse zu größerer Klarheit über die Aufgaben ihres Kampfes.

KONTAKTADRESSEN DES KB

Bremen:
F Köpcke
285 Bremen 1
Postlagerkarte 00 31 60

Eutin:
H. Lankau
242 Eutin-Großmündorf

Flensburg:
Peter Petersen
239 Flensburg
Postlagerkarte A 027583

Frankfurt:
K. Scholz
623 Frankfurt/M 80

Hamburg:
J. Reents
2 Hamburg 13
Rutschbahn 35

Kiel:
W. D. Schaal
23 Kiel 1
Postlagerkarte 098 831 A

Kontaktadressen weiterer Vertriebsgruppen des ARBEITERKAMPF

Göttingen:
KAG im Buchladen „Rote Straße“
34 Göttingen
Rote Straße 10
Di. 17 19 Uhr

Lübeck:
W. Bierschtein
24 Lübeck
Postlagerkarte 082 332 A

Florian Geyer
über Sozialistisches Zentrum
1 Berlin 21
Stephanstr. 80



Kapitalist Burckhardt

KRISE

IM STEINKOHLENBERGBAU

FÜR WEN?



Ständig verloren in kapitalistischen Ländern Arbeiter und Angestellte durch Rationalisierungsmaßnahmen oder Betriebsumlagen ihre Arbeitsplätze. Das ist seit eh und je eine normale Erscheinung im Kapitalismus.

Besonders betroffen waren in den letzten 15 Jahren im Westdeutschen die Arbeiter im Steinkohlenbergbau, dessen Bedeutung gegenüber anderen Energiequellen zurückgegangen ist.

Den Bergbaukapitalisten gelang es durch eine langfristige wirtschaftliche und politische Vorbereitung dabei, nicht nur trotz, sondern gerade wegen der „Kohlenkrise“ besonders hohe Profite einzustreichen. Gleichzeitig sicherten sie sich entscheidenden Anteil am neuen Erdölgeschäft und kassierten mehrere Mrd. Mark staatlicher Subventionen, die angeblich „zur Erhaltung der Arbeitsplätze“ ausgegeben wurden.

Mehrere hunderttausend Arbeiter und Angestellte wurden entlassen, mussten vorzeitig in (niedrigere) Rente gehen, einen schlechter bezahlten neuen Arbeitsplatz hinnehmen und die angestammten billigen Bergarbeiter-Wohnungen räumen. Das Lohnniveau auch der übrigen wurde rapide gesenkt, so daß trotz der sehr schweren Arbeit die Bergarbeiter in der Lohnentwicklung weit zurückgefallen sind.

Dennoch gelang es den Kapitalisten, die ihnen durch ein wachsendes Klassenbewußtsein der Arbeiter gefährlichen politischen Folgen abzuwehren. Dabei bewährte sich insbesondere der Mitbestimmungsgesetz, der in der Montanindustrie seit 1951 gesetzlich geregelt, die Bergarbeiter vom Kampf gegen die Verschlechterung ihrer Lebenslage abzuhalten. Gewerkschaftsführung (Arendt & B.) und Sozialdemokratie gaben „für Bestes“, um jeden kämpferischen Widerstand zu unterdrücken und statt dessen Illusionen über die Hilfsbereitschaft des Staates, insbesondere bei der Gründung der Ruhrkohle AG, zu wecken und zu nähren. Die Kommunisten wurden frühzeitig aus Betrieb und Gewerkschaft herausgeäubert.

Von den Kapitalisten wird daher die Lösung der „Kohlenkrise“ als Musterlösung für ähnliche Fälle in Zukunft angesehen.

Der Artikel erscheint in mehreren Teilen, wovon der erste auf die Energiepolitik der Kapitalisten und die wirtschaftliche Vorbereitung der Stilllegungen im Kohlenbergbau eingeht. Die weiteren Teile werden auf die politische Vorbereitung der Kapitalisten, die Kämpfe der Bergarbeiter (66/67 und 1969), die IG Bergbau und Ruhrkohle AG eingehen, der erste Teil umfaßt die frühere Entwicklung bis 1965.

1957 war der imperialistische Suezkrieg gegen Ägypten abgeschlossen, in dem Israel zunächst Ägypten, benutzten, war erreicht.

Damit war für die westdeutschen Energiemonopole, die bis dahin im wesentlichen Erdöl nur aus dem damals feudalistischen Libyen, eigenen Quellen und im Windschatten des französischen Imperialismus aus Algerien beziehen konnten, der Weg zu weiteren Märkten am Arabischen Meer und Arabischen Golf frei. Die eigene Steinkohleförderung konnte bei 150 Mill. t jährlich eingefroren werden.

Mit den vergrößerten Einkaufsmöglichkeiten und abgesicherten Transporten war allerdings für die westdeutschen Energiemonopole noch nicht genügend politische Absicherung der Erdölversorgung erreicht. Durch die weitere Aufrechterhaltung der Kohleproduktion und möglichst niedrige Kohlepreise konnten außerdem die großen Ölkartelle gezwungen werden, ihr Öl unter den üblichen Monopolpreisen den westdeutschen Konzernen anzubieten. Diese nutzten die Zeit, um inzwischen in den für den westdeutschen Imperialismus politisch „zuverlässigen“ Ländern, vor allem Saudi-Arabien, Kuwait und Persien, eigene langfristige Lieferverträge abzuschließen. Mitte der 60er Jahre

uns 40 M.t. auf 60 Mill. t gedrosselt werden.

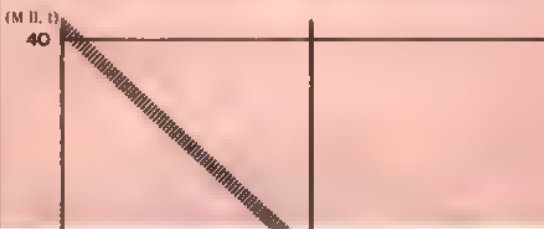
Andererseits will die Kapitalistenklasse auch in Zukunft auf die Steinkohleproduktion nicht völlig verzichten. Ein Teil der Stromerzeugung und die Eisenherstellung bei der Stahl- und Eisenproduktion sollen auf Steinkohlebasis betrieben werden.

Trotz höherer Kosten. Denn Kraftwerke auf Erdölbasis sind nicht nur billiger, sondern auch nicht so luftverpestend wie Kohlekraftwerke. Auch in der Stahl- und Eisenherzeugung gibt es inzwischen Reduktionsverfahren mittels Erdöl, die bei einer breiten Anwendung billiger sind.

Der Grund für diese Planungen der Kapitalisten sind kriegswirtschaftliche Überlegungen. Denn alle

US-Flotte im Mittelmeer mit Invasionstruppen an Bord und bedroht so die arabischen Länder. Schließlich haben die USA maßgeblich die Aufrüstung und kriegsrischen Abenteuer Israels finanziert und unterhalten in einigen arabischen Staaten korrupte Herrscher.

Zu dieser Politik reicht die militärische Stärke Westdeutschlands heute nicht aus. Erst der politische und militärische Ausbau der Europäischen Gemeinschaft soll dies ändern. Solange ein großer Teil der westdeutschen Energieversorgung aus den Erdölquellen in Nahost gewonnen wird, müssen sich die westdeutschen Imperialisten daher im Windschatten und in Abhängigkeit vom US-Imperialismus mit seinem neuen Militär- und Geheimdienstapparat bewegen. Dieser Druck, der



Die westdeutsche Energiepolitik

Die Bedeutung der westdeutschen Steinkohlevorkommen, die einst für die industrielle Entwicklung am Rhein und Ruhr entscheidend waren, geht heute gegenüber anderen Energieträgern, in erster Linie Erdöl, aber auch Erdgas und zukünftig verstärkt Kernenergie, ständig zurück.

Die Produktion von Erdöl und gas ist wesentlich einfacher und liegt – vor allem beim Erdöl – im den vom Imperialismus völlig abhängigen Ländern der dritten Welt mit Hungerlöhnen für die Arbeiter. Durch den Bau von Großtanks und Pipelines etc. konnten die Transportkosten entscheidend gesenkt werden. Als Rohstoffbasis ist Erdöl für die chemische Industrie außer dem besser zu verarbeiten als Steinkohlenteer und andere Kohleprodukte.

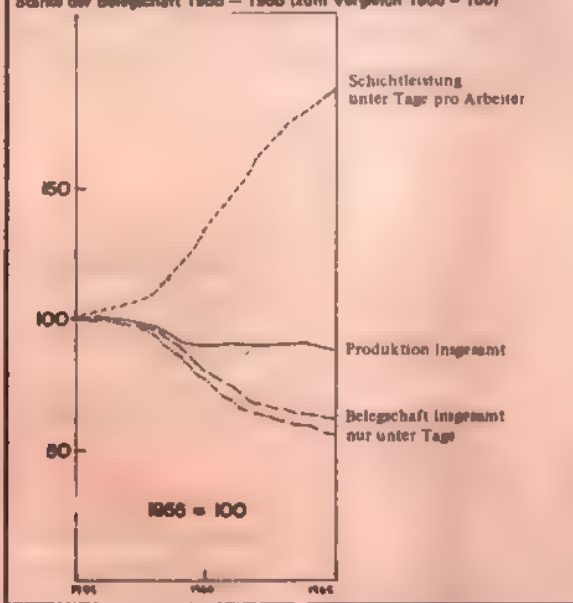
Ohnehin auch der westdeutsche Energieverbrauch seit 1950 auf ca. 340 Mill. Tonnen (!) Steinkohle einheiten (entspricht dem Energie wert dieser Menge Steinkohle) mehr als verdoppelte und bis 1980 nach Schätzungen von Wirtschaftsforschungsinstituten auf über 500 Mill. t wächst, liegt daher die Förderung der Steinkohle von 1950 ca. 125 Mill. t bis 1957 auf 150 Mill. t nur gering an. Sie blieb dann bis Mitte der 60er Jahre konstant zwischen 140 und 150 Mill. t.

Bis 1957 sicherte die Steinkohle also nur einen geringen Teil des Mehrverbrauchs an Energie, der dann ab 1958 völlig von Erdöl und gas gedeckt wurde. Seit Mitte der 60er Jahre haben die westdeutschen Energiemonopole auch die absolute Förderung gesenkt, so daß heute nur noch ca. 100 Mill. t Steinkohle in Westdeutschland produziert werden.

Beim Einfrieren der Kohleproduktion seit 1958 und dem systematischen Abbau der Förderung seit Mitte der 60er Jahre waren jeweils politische Gründe für die Ener-

giemonopole ausschlaggebend, die mit der politischen Einflussnahme auf den Rohölmarkt durch Westdeutschland zusammenhängen.

Die Entwicklung von Schichtleistung unter Tage, gesamter Produktion und Stärke der Belegschaft 1955 – 1965 (zum Vergleich 1955 = 100)

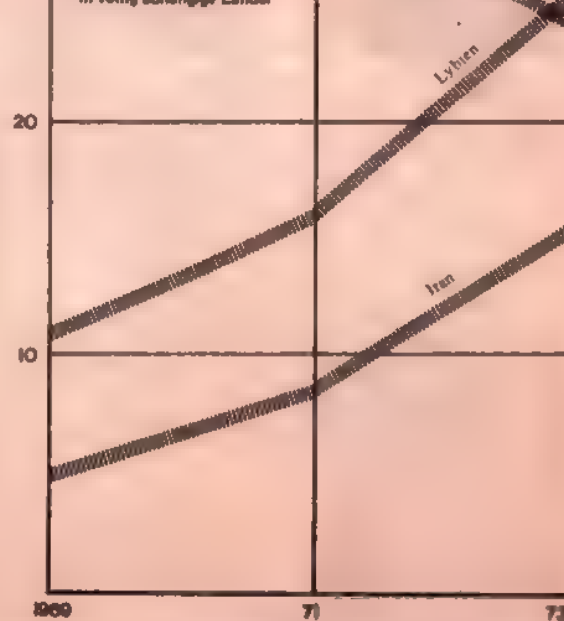


angriff und die Sinai-Halbinsel besetzte. England und Frankreich betritten dann die nördliche Zone des Suez-Kanals. Dem Imperialismus ging es um die Sicherung und Vorherrschaft über die Ölländer des Nahen Ostens und den für den Öllieferanten damals sehr wichtigen Suez-Kanal. Die Truppen wurden bald wieder abgezogen, denn das Ziel, die politische Einflussnahme zu sichern und den Suez-Kanal ungehindert und uneingeschränkt zu

ein, um Beteiligungsgesellschaften mit Schürfrechten aufzubauen.

So deckte die Geisberg AG (Aral) schon vor drei Jahren 70% ihres Rohöldurchsatzes aus eigenen Quellen in Nahost in einer Beteiligungsgesellschaft mit Mobil Oil. Die Rohöleinfuhr insgesamt wurde

Verlagerung der Erdöleinfuhr in völlig abhängige Länder



Anstrengungen des westdeutschen Imperialismus, die Erdöleinfuhr aus Nahost abzusichern, reichen nicht (bzw. noch nicht) aus, diese Energie- und Rohstoffversorgung für jeden Fall zu garantieren.

Was dazu nötig ist, hat die Politik der USA im Nahen Osten seit 1950 gezeigt. Die USA haben z.B. schon 1953 die drohende Nationalisierung der persischen Öllquellen über ihren CIA durch den Sturz der vom Volk gewählten Regierung Mossadegh und Bestechung des korrupten Schah verhindert, der dann ein brutales Militärregime errichtete. Seit dem Suezkrieg 1956 gegen Ägypten operiert ständig die westdeutsche

den Spielraum des westdeutschen Imperialismus einengt, soll dadurch gemindert werden, daß Erdöl- und gasquellen in anderen Gebieten erschlossen werden (Gerade dies war ein wesentliches Thema des Brexnew Besuchs. Es ging um die Ausweitung der Rohstoffzufuhr, vor allem von Erdöl und gas aus der Sowjetunion, die auch heute schon ein beachtliches Volumen umfaßt).

Gleichzeitig wollen die westdeutschen Kapitalisten wenigstens einen Großteil ihrer Kriegswirtschaft und

Forts. nächste Seite

Fortsetzung: Kohlenkrise

des damit verbundenen Energiebedarfs auf eigener Rohstoffbasis absichern. Deswegen soll die Kohleförderung trotz höherer Kosten beibehalten werden.

Bu. des Wirtschaftsminister 4. Juli kündigte Anfang des Jahres an, „noch im Laufe dieses Jahres ein „energiepolitisches Konzept“ der SPD/DP Regierung zu veröffentlichen, nach dem mindestens ein Drittel des Stromverbrauchs über Steinkohle gedeckt werden soll, und die Stahlproduktion auf Kohlebasis fußt. Damit wären die kriegswirtschaftlich wichtigen Stahlmonopole und – in gewissem Umfang – Chemiemonopole „krisenfest“ in ihrer Rohstoffversorgung, ebenso ein beträchtlicher Teil der Stromversorgung. Für die CDU/CSU forderte deren „Energieexperte“, CDU-MdB Prof. Burgbacher, der Vorsitzende der Fachkommission

Energie des CDU Wirtschaftsrates, ein Energieprogramm, das einen „Notplan“ zur „Sicherheit der Versorgung bei drohender Mangellage“ enthält. („Welt“ vom 24.4.73)

Danach sollen sogar drei Viertel der Stromerzeugung auf „heimischer Rohstoffbasis (also Kohle) und Basis „Kernkraft“ gesichert werden, die „europäische Eisen- und Stahlindustrie langfristig ausreichend“ mit Kokskohle versorgt und die „Kohleforschung hinsichtlich ihrer Verwendung als Rohstoffbasis für die chemische Industrie“ mit staatlichen Geldern gefördert werden. An diesen Energie-Konzepten wird sichtbar, wie sich hinter dem Gerede von Entspannung etc. nichts weiter verbirgt, als die derzeit noch bestehende militärische Schwäche des westdeutschen Imperialismus, der sich insgesamt auf ganz andere Auseinandersetzungen vorbereitet.

Langjährige Vorbereitung der Monopole

Die Sicherung des Erdölgeschäfts

Schon Anfang des Jahrhunderts beherrschten wenige Monopole die Schwerindustrie wie der Ruhr. Mit ihrer Kohle- und Stahlproduktion gehörten sie zu den hauptsächlichsten Gewinnern am Kriegsgeschäft im Ersten und Zweiten Weltkrieg. In der Weimarer Zeit hielten sie mit riesigen Geldern dem Faschismus schon frühzeitig den Weg gebahnt.



Entgegen dem Potsdamer Ab- mehr als 15.000 Mark neu in-

Entgegen dem Potsdamer Abkommen, das die Verurteilung der Hintermänner Hitlers als Kriegsverbrecher und Entflechtung ihrer Konzerne vorsah, sperrten die westlichen Alliierten nur wenige der berühmtesten Schwerindustriellen (z.B. Abs. Krupp, Thyssen) für einige Wochen zum Schein in „goldene Zellen“, „begrüßten“ sie dann vorzeitig.

Ihr Eigentum wurde nicht angefasst, so daß sich die Monopolisierung fortsetzte und seit 1950 wieder eine Handvoll untereinander zahlreich verflochtener – Konzerne den westdeutschen Bergbau beherrschte. An der Spitze der Thyssen-Konzern, Europas größter Stahlkonzern, dann Krupp, Salzgitter, Mannesmann, Hoechst, Klöckner, Rhein Stahl und die ausländischen Stahlkonzerne ARBED, Siddecar und Wendel. Dieser Teil der Steinkohlenförderung, insgesamt mehr als 50 %, lag fest in den Händen der Stahlmonopole. Alle anderen Zechen waren mit den großen Öl-Energie-Chemie-Konzernen verbunden. Darunter VEB A und Gelsenberg (ARAL, Gasolin; Großaktionär Thyssen) und die großen Elektrizitätsgesellschaften.

Bei den vielfältigen Kapitalverflechtungen im westdeutschen Steinkohlenbergbau untereinander und mit den Industriezweigen und -monopolen, die die Steinkohle vorbrachten, herrschten Produktions-Preis- und Mengenabreden der Zehngesellschaften untereinander. Ab 1958 gab es sogar ein offizielles „Kohle-Öl-Kartell“ zur Regelung von Mengen und Preisen. Ohne den Druck einer Konkurrenz bei Preisen und Fördermengen konnten sich daher die Zechenherren auf die Umstellung vom Geschäft mit der Steinkohle auf andere Energieträger vor-

investiert wurden, zehnmal so viel wie im gesamten Industriedurchschnitt.

Als Ende der 50er Jahre mit Abschluß des Suez-Krieges das Erdölgeschäft mit „Vollkraft“ aufgenommen werden konnte, war daher für das Monopolkapital die „Kohlenkrise“ in wirtschaftlicher Hinsicht völlig bewältigt. Durch den jahrelangen Raubbau konnten sie der Stilllegung Dutzender von Zechen ruhig entgegensehen, ohne den Verlust von Kapital erwarten zu müssen. An den Profiten im neuen Erdölgeschäft war ihr Anteil gesichert.

Jetzt kam es darauf an, die „Kohlenkrise“ politisch zu überstehen, den Widerstand der Bergarbeiter gegen Stilllegungen und Massenentlassungen zu brechen, um so die Folgen der Umstrukturierung auf die Arbeiterklasse abzuwälzen und Existenzunsicherheit etc. auszunutzen, um die Löhne zu senken und die Arbeitslosenzahl zu steigern.

Daneben gab es für die Zechenherren noch das Problem der AN und Folgelasten der jahrzehntelangen Kohleausbeutung, Berg- und Flurschäden, Wasserpumpkosten etc. in Höhe mehrerer Mrd. Mark (!) standen zu Buche, außerdem die Ansprüche zur Rente und Deputatkohle für die pensionierten Bergarbeiter und ihre Familien.

Weimarer und Nazi-Zeit als Vorbild

Zum Vorsitzenden der Spitzenorganisation der Zechenherren in der Ruhr, des „Unternehmensverbandes Ruhrbergbau“, wurde im Herbst 1958 Bergassessor Dr. Ing. Helmuth

Burckhardt gewählt.

Burckhardt, der Sohn eines preussischen Geheimrats, war seit 1923 als Diplom-Bauingenieur Manager für die Kapitalisten. 1933 stieg er zum Betriebsdirektor der größten Aschener Zeche Bochumer Bergwerks-Verein auf, wurde schon 5 Jahre später als faschistischer Wirtschaftsführer dort Vorstandsmitglied und 1951 Generaldirektor. Gleichzeitig hatte er den Vorstandsposten des – von ihm selbst gegründeten – „Unternehmensverbandes des Aschener Steinkohlenbergbaus“ inne.

Für die Kapitalisten war Burckhardt jetzt der richtige Mann wegen seiner Erfahrungen aus der Weimarer und Nazi-Zeit. Dort hatte Burckhardt die umfangreiche „Rationalisierungswelle“ im deutschen Steinkohlenbergbau von 1920 bis 1929 und anschließend die Produktionsbeschränkungen nach der Wirtschaftskrise 1930 bis 1933 miterlebt und mitgesteuert. Das gleiche Konzept sollte jetzt auch im westdeutschen Kohlenbergbau zum Tragen kommen. In einem Gespräch mit dem „Spiegel“ Anfang 1959 berichtete Burckhardt darüber:

„In den zwanziger Jahren haben wir keinen großen Rückgang in der Förderung gehabt. Von 1920 bis 1929 fand zunächst eine große Rationalisierungswelle statt. In dieser Zeit wurden 65 Zechen mit einer Förderkapazität von fast 2 Mill. t und 42.000 Mann Belegschaft stillgelegt. Gleichzeitig ging durch die Rationalisierung in den übrigen Betrieben die Belegschaft der Ruhrzeche um fast 100.000 Mann zurück, wobei die Förderung jedoch durch die Rationalisierung um rund 35 Mill. t auf 123 Mill. t im Jahr 1929 stieg.“

„Spiegel“: „Interessante Zahlen“ Burckhardt: „In der Zeit der großen Wirtschaftskrise, als sich bei uns die Halten zu bilden begannen, trat dann eine andere Entwicklung ein. Von 1930 bis 1933 wurden 5 weitere Zechen mit rund 900.000 t Förderung und 2.500 Mann Belegschaft stillgelegt. In dieser Zeit mußte nun aber unter dem Eindruck der Wirtschaftskrise verstärkt rationalisiert und die Förderung systematisch eingeschränkt werden. Die Belegschaft ging in diesen 4 Jahren um weitere 165.000 Mann auf 210.000 Mann zurück, und die Förderung fiel von 123 Mill. t auf 78 Mill. t 1933 ab.“

„Spiegel“: „Wird man so was nicht jetzt auch machen müssen?“

Burckhardt: „Die Maßnahmen zur Rationalisierung und zur Erhöhung unserer Wettbewerbsfähigkeit sind in ähnlicher Weise bereits

keit sind in ähnlicher Weise bereits im Gange.“

Von Burckhardt wurden also die Rationalisierungen der Weimarer und Nazi-Zeit offen als Vorbild gepriesen, bei denen durch den Druck der Massenarbeitslosigkeit die Arbeitslosenzahl so weit gesteigert werden konnte, daß die Produktion trotz Abbau der Belegschaft um mehr als 1/5 zunächst um ca. 40% stieg (!) und dann bei Einschränkung der Produktion nach 1929 die Belegschaften noch stärker abgebaut wurden.

Dementsprechend war der Zweck der Entlassungen, die bei dem kurzfristigen Produktionsrückgang 1958 nach der Hochkonjunktur 56/57 einsetzten, nicht die Senkung der Produktion, wie die Kapitalisten immer wieder gegenüber den Arbeitern betonten, sondern gerade ihre Erhöhung durch Steigerung der Arbeitslosenzahl.

Der geringfügige Rückgang im Energieverbrauch wurde von den Monopolen zum Anlaß genommen, den Kohleverbrauch zunächst drastisch zu senken und jede 10. geförderte Tonne auf Halde zu kippen.

So war der Vorwand für Entlassungen gegeben, während das gleiche Monopole die Erdölzufuhr sogar noch steigerten. Betroffen waren ältere, gesundheitlich geschädigte oder aus anderen Gründen nicht voll einsatzfähige Kollegen, „Bummelanten“ in der Sprache der Kapitalisten. Um möglichst alle Bergarbeiter einzuschließen, wurden diese 21.000 (von ca. 600.000) in allen Zechen zusammengebracht, während die übrigen 1958 durchschnittlich sechs „Feierwächtern“ verfahren mußten, die mit Lohnentzug verbunden sind. Ingesamt 3,2 Mill. Feiertage nach der Produktionsrückgang um

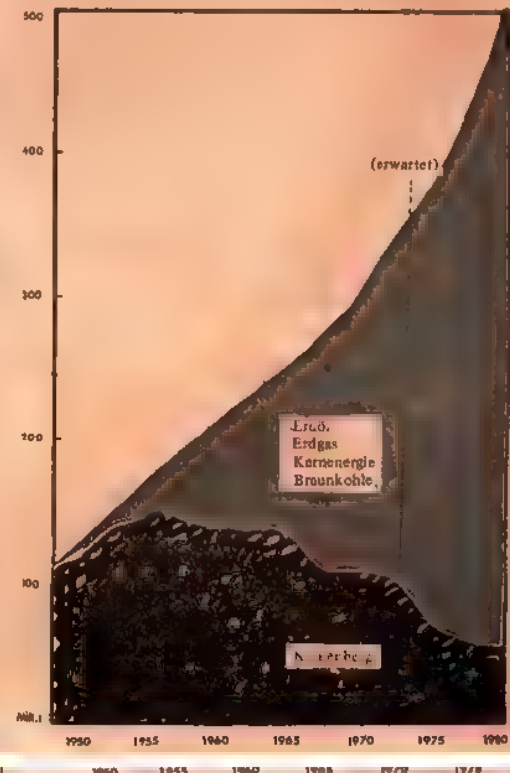
einige hunderttausend Tonnen (bei 135 Mill. t) blieb dem gegenüber minimal, während die Schichtleistung „vom Januar 1958 auf Januar 1959 um über 100 Kilo gestiegen ist. Das ist seit dem Jahre 1950 oder 1949 in einem solchen Rhythmus noch nie dagewesen.“, wie Burckhardt im „Spiegel“ zu berichten wußte.

Während die Bergarbeiter an einen kurzfristigen Produkturrückgang glauben, standen die Kapitalisten am Beginn der Rationalisierungswelle riesigen Ausmaßes. Wie die Offensive gegen die Bergarbeiter weiter geplant war, darüber gab Burckhardt im „Spiegel“ Auskunft: „Ich weiß genau, daß eine ganze Menge Stilllegungaktionen eingeplant sind. Aber eine Stilllegungaktion im Bergbau sehr nicht von heute auf

steht auf das Geld, das man darin investiert hat, machen will, dann macht man das anders. In einer Grube sind für die Kohle, die ich heute abbaue die Vorbereitungen erbeten vor 3 bis 5 Jahren gemacht worden, oder 3 bis 7 Jahren kann man vielleicht sagen. Wenn ich also heute zu dem Ergebnis komme, die und die Grube müsse stillgelegt werden, dann lege ich die Vorbereitungsarbeiten still, und dann kann ich noch 1, 2, 3, vielleicht sogar 4 und 5 Jahre wahrscheinlich sehr viel produktiver arbeiten, als ich bisher gearbeitet habe. Das ist allerdings meistens unwiderruflich.“

Burckhardts Offenheit ist beachtlich. Fast 10 Jahre vor dem Höhepunkt der „Ruhrkrise“ (1966/67 mit danach folgender Gründung der Ruhrkohle AG) legt er die weitere

Der Energieverbrauch und die Steinkohlenförderung in der BRD seit 1949 (in Steinkohleneinheiten SKE)



morgen. Man kann sie natürlich auch von heute auf morgen machen, wenn man ein politisches Schauspiel wünscht, dann kann man solche Dinge durchaus von heute auf morgen machen, dann geht man nämlich hin und erklärt: Ab morgen wird in 14 Tagen wird die Grube stillgelegt. Wenn man es aber einmal mit Rücksicht (!) auf die Belegschaft und zweitens mit Rück-

Entwicklung des Steinkohlenbergbaus präzise der Eingeleitet sind „eine ganze Menge Stilllegungaktionen“, die nach und nach vollzogen werden sollen, da „man“ kein „politisches Schauspiel“ wünscht. Lieber setzen die Zechenherren hunderttausende Bergarbeiter nach und nach auf die Straße, damit hinter dem Vorhang von Freier und sozialer Marktwirtschaft der Klassencharakter des Kapitalismus verborgen bleibt. Gleichzeitig Bsp. Bsp. so – ganz nach dem Rezept der Weimarer und Nazi-Zeit – durch die Existenzunsicherheit die Produktivität enorm steigern, zumal die „Vorbereitungsarbeiten“, also Investitionskosten, entfallen.

Von 1958 bis 1965 wurden dem entsprechend 56 von 163 Zechen stillgelegt, ungefähr alle 1 1/2 Monate eine Zeche! Die Zahl der Beschäftigten fiel im gleichen Zeitraum von über 600.000 auf unter 390.000, also um mehr als ein Drittel, unter Tage sogar noch stärker (s. Grafik!). Die Schichtleistung unter Tage wurde allerdings fast verdoppelt von 1.600 kg pro Mann auf über 2.700 kg, so daß die gesamte Förderung zwischen 1958 und 1964 bei ca. 143 Mill. t gleich blieb.

Die Rechnung der Kapitalisten war aufgegangen. Sie hatten nicht nur trotz, sondern gerade wegen der „Kohlenkrise“ riesige Profite gemacht.

Anzeige

Zur Wohnungsfrage: Wohnungsprobleme in Westdeutschland

Aus dem Inhalt:

- Bilanz der Wohnungslage
- Das wohnungspolitische Programm der SPD
- Gespräche mit der Wohnungslage

(aus ARBEITERKAMPF 12/17)

erhältlich im Arbeiterbuch Hamburg 13 Grindelhof 45

DM 1,-

Dieser Artikel wird in den nächsten Ausgaben des ARBEITERKAMPFES fortgesetzt.

Folter in Spanien

Die „Freundschaftsgesellschaft des deutschen und spanischen Volkes“ berichtete im Juli in einem Informationsbrief über Massverhaftungen und Folterungen nach dem 1. Mai in Spanien. Zehntausende spanischer Arbeiter hatten am vergangenen 1. Mai ihre Forderungen gegen das faschistische Franco-Regime erhoben. In mehreren Städten kam es zu heftigen Straßenschlächen mit Polizeitruppen, als diese die für legal erklärten Demonstrationen brutal auseinanderzutreiben versuchten. In Madrid wurde im Verlauf dieser Kämpfe ein faschistischer Agent der BPS von Demonstranten getötet (BPS = Brigada Politico-Social, eine nach dem Vorbild von SS und Gestapo aufgebauete politische Polizei in Zivil).

Schon vor dem 1. Mai waren mehrere Arbeiter bei Streiks von der BPS ermordet worden. Nach den Mai-Demonstrationen setzte eine neue Welle der Verfolgung, Verhaftung und Folter ein: vor allem in Madrid, aber auch in Valencia, Valladolid, Pamplona, Elche, Alicante und in mehreren anderen Orten. Das „Komitee für die Revolutionäre Antifaschistische Patriotische Front (F.R.A.P.)“ spricht in einem Aufruf an alle deutschen Antifaschisten und Antimperialisten davon, daß die Unterdrückung und Folterungen ein Anzeichen der Grausamkeit erreicht haben, das einmalig in der Nachkriegsgeschichte des spanischen Faschismus ist. „Die Mörder der BPS prägen die Verhafteten schwer, verewaltigen Frauen, drohen, versuchen zu lynchen und wenden eine Unzahl „verfeinerter“ Bestialitäten an, die sie von ehemaligen Mitgliedern der Gestapo und von den Folter-Technikern des CIA gelernt haben.“ Das Komitee erinnert weiter in seinem Aufruf an die heldenhafte Tatkraft des spanischen Bürgerkriegs, als u. a. deutsche Arbeiter in den Internationalen Brigaden gegen den Franco-Faschismus kämpften: „Wir rufen die Freundschaftsgesellschaft der deutschen und spanischen Völker, alle demokratischen Organisationen, das deutsche Volk und alle Antifaschisten auf, die historische Freundschaft zwischen den Völkern von neuem Wirklichkeit werden zu lassen, indem wir uns an die Tausende deutscher Antifaschisten erinnern, die gegen den Faschismus in Spanien gekämpft haben und von denen viele gefallen sind, mit der Thälmann-Brigade an der Spitze. Unterstützt das spanische Volk in seinem Kampf moralisch und ökonomisch. Leistet Hilfe für die Verhafteten und ihre Familien.“

Von der „Freundschaftsgesellschaft“ wurde ein Spendenkonto eingerichtet, dessen Gelder an die F.R.A.P. in Spanien übergeben werden. Postcheckkonto 13490-467 Dortmund, Projektgruppe Internationalismus, 463 Bochum, Lennestraße 66, B. H. Knauf, „Spanien“. Über die angegebene Adresse werden auch genauere Informationen über die Vorgänge in Spanien verschickt.

Im folgenden drucken wir einen Auszug aus dem Informationsbrief der „Freundschaftsgesellschaft“ über die Folter in Spanien nach. Es handelt sich dabei ausschließlich um Folterungen in einer Stadt, nämlich Madrid.

Zusammengestellt von dem C.C. prof. R.A.P.

beistet – wurden trotzdem in die Gefängnisse der DGS zurückgebracht. Die Verhafteten, u.a. Juan Díaz Fernandez, Fernando

felle, Rückgratverletzungen, Bewußtlosigkeit mit Erbrechen und Herzanfälle. Eine Frau wurde zwei Stunden lang mit der Drohung erpreßt, man würde in ihrer Gegenwart ihren einjährigen Sohn foltern.

Die Foltermethoden der BPS werden bekanntlich von ehemaligen Mitgliedern der GESTAPO und von CIA Agenten ausgebildet. Das Koordinationskomitee pro-FRAP hat viele Folterer identifizieren können. Vor allen antifaschistischen Kämpfern und vor den Volksmassen Spaniens erklären wir: diese bestialischen und unmenschlichen Folterer werden wir ihrer gerechten Strafe durch die Justiz des Volkes zuführen, ebenso wie den jetzigen Innenminister und seine Gehilfen. Besonders hervorgehoben haben sich bei den Foltern und Quälereien die bekannten Mörder der BPS Yague, Creis, Conesa, Delao, Bili el Nino.

Ein Psychologe leitete die Foltern, um rechtzeitig verhindern zu können, daß die Grenze der menschlichen Widerstandsfähigkeit überschritten wurde.

Es folgen einige typische Beispiele für die angewendeten Foltermethoden:

Paloma del Hoyo Sevilla Prellungen an Schultern und Gesäß infolge von Schlägen mit Knütteln und Fäusten von Funktionären der BPS, von denen sie verhört wurde. Sie mußte sich auf einen Stuhl knien und wurde auf die Fußsohlen geschlagen. Nach ihrer Aussage vor dem Militärgericht wurde sie erneut zur BPS gebracht und abermals gefoltert. Sie hatte am ganzen Körper Quetschungen und wurde in die psychiatrische Klinik des Gefängnisses eingeliefert. Sie ist 17 Jahre alt.

Gloria Oliva Calvo. Sie wurde von dem Moment an geschlagen, an

rub“.

José Valero del Pino. Durch Schläge auf Kopf und Körper bekam er eine Platzwunde, die mit mehreren Stichen genäht werden mußte.

José Ramon Mao Mayoral Pettischnelle und Schläge auf den ganzen Körper, man zwang ihn, im Kreis zu laufen, während Funktionäre der BPS auf ihn einschlugen.

Ildefonso López Doblas. Er wurde schon bei seiner Festnahme auf der Straße geschlagen. Im DGS erhielt er Schläge mit einem lederüberzogenen Eisenstab. Man zwang ihn in der bekannten Art der „Ente“ zu gehen und schlug ihn dabei mit allen Arten von Gegenständen. Starke Prellungen im Gesicht.

Manuel Losada Cabrera. Wurde schon vom Augenblick seiner Festnahme auf der Plaza de Anton Martin Opfer von brutalen Angriffen der BPS. Zwei Platzwunden auf der Stirn, ein Auge total verblüht.

Antonio Hernandez Lezana. Er ist herzkrank und wurde während des ganzen Verhörs von 21 Uhr bis 3.30 Uhr morgens so stark geschlagen, daß er ohnmächtig wurde. Man mußte ihm eine starke Dosis „Efortil“ (Stärkungsmittel) geben, um ihn wieder zu Bewußtsein zu bringen. Ein mitgefangener Arzt stellte eine unnatürliche Blässe in seinem Gesicht fest. Am dritten Tag konnte er nur noch schwer auf Fragen antworten, er hatte einen psychischen Schock erlitten. Am vierten und am fünften Tag wurde ihm übel, er mußte sich oft übergeben, bekam schwere Angstzustände mit Wahnvorstellungen. Schüttelfrost mit Fieber. Er konnte sich nicht mehr richtig ausdrücken, konnte keine Worte mehr formulieren. Auf den Transporten wurde er trotz seines ersten Zustandes weiter gequält.

ebenso auf Hoden und Waden. Er erlitt starke Prellungen und leidet seither an Sprachschwierigkeiten.

Gefangen, die nach dem 1. Mai im Zuge der einseitigen Verfolgungswelle festgenommen wurden.

Rafael Valleso Perez. Er wurde von Yague und einem BPS aus dem Trupp des Delao geschlagen. Gesäß, Rücken und Schultern sind durch Schläge verblüht, ein Zahn wurde ihm ausgeschlagen, eine Platzwunde an der Stirn. Die Handgelenke wurden bei der „Ente“ Folter schwer verletzt.

Fernando Proenza González. Der Richter de las Penas Grifo verfügte seine Einlieferung in das Provinzialgefängnis von Carabanchel, um ihn dann erneut in die DGS zu Folterungen zu bringen. Er wurde neugierig verhört und dabei schwer gefoltert. Er wurde auf einen Tisch gebunden, so daß sein Oberkörper frei herunterhing. Der Oberkörper wurde nach unten gedrückt, während er in die Seiten und auf den Rücken geschlagen wurde. Das ganze Gesicht wurde zer schlagen. Man warf ihm mit gefesselten Händen mit dem Kopf zuerst auf den Boden und schlug ihn dann bewußtlos.

José Luis Díaz Fernandez. Auch er wurde nach seiner Verführung vor dem Militärgericht wieder in die DGS gebracht, wo auch er durch verschiedene Folterungen gequält wurde. „Ente“, Operationsstuhl, Prellungen an Händen und Füßen durch Faust- und Knüttelschläge.

Enrique Aguilar Benites de Lugo. Er wurde zweimal mit Gas fast erstickt, worauf er einen Herzanfall erlitt. Durch Elektroschocks ist ein Arm gelähmt.

Jorge y Jesús Díaz Gómez. Die beiden Brüder wurden am ganzen Körper mit Elektroschocks gequält, bis zu zwölf Stunden hintereinander. Dann wurde der Unterleib

mit „eiskalter“ Kugenschneider angewendet. Die Hände waren zerrissen, Prellungen am ganzen Körper, einer brach sich den Unterkiefer.

José Hernandez Ormigon und José Rodriguez Navarro. Starke Schläge mit Gummiknüppeln auf den Rücken, Schnitte mit einem Messer an Hals und Schultern.

Antonio Chaparro. Schläge auf den ganzen Körper mit dem Griff einer Pistole; er mußte 48 Stunden stehen, bekam nichts zu essen und zu trinken und wurde mit einem Rohrstock auf die Beine geschlagen. Seine Frau wurde festgenommen und es wurde ihr gedroht, daß man ihren einjährigen Sohn foltern wollte.

Antonio Hernandez Lopez. Er wurde drei Tage lang geprügelt, dabei wurde ihm der Unterkiefer ausgerenkt.

Bento de Miguel. Er wurde eine Nacht lang geschlagen, dabei wurden ihm büchelweise Haare ausgerissen. Danach durfte er 72 Stunden nicht schlafen, er mußte mit gefesselten Beinen die ganze Zeit stehen und bekam nichts zu essen und trinken.

Unige. Gebräuchliche Foltermethoden. Der Gefangene wird so auf einen Tisch gelegt, daß sein Oberkörper frei herunterhängt. Man schlägt ihn dann in die Seiten und in den Magen. Manchmal wird der Kopf in einen Eimer Wasser gesteckt.

Ente. Der Gefangene muß sich niederlegen, die Hände unter den Beinen gefesselt. Man zwingt ihn durch die gefesselten Hände durchzusteuern und zu gehen. Beim Stolpern über die Fesseln werden die Handgelenke stark verletzt.

Känguru. Wie die „Ente“, nur wird der Gefangene noch darinnen zwingen, zu springen.

Kleiner Kugelschreiber. Ein metallener mehrkantiger Stab zwischen die Finger gesteckt, die dann zusammengedrückt werden. Der Stab wird langsam herumgedreht, dadurch werden die Finger zerrieben.

Fernando Cuervo Martin. Er wurde in der DGA mit Fäusten in die Nieren geschlagen, mit einem Ochsenschläger aus Bambus wurde er auf die Fußsohlen geschlagen.



Überall in Spanien gehen Polizei und Militär gegen demonstrierende Arbeiter vor, so wie hier am 1. Mai in Barcelona.

Die im folgenden dargestellten Foltermethoden wurden nach den Ereignissen des 1. Mai nicht einmalig angewandt, sondern sie sind schon seit langem Bestandteil des geplanten physischen und psychischen Terrors zur Erpressung von Geständnissen und als Racheakt.

Schon bei der Feststellung ihrer Personalien in der Sicherheits-Generaldirektion (DGS) wurden die Verhafteten wiederholt von Angehörigen der „bewaffneten Polizei“ geschlagen. Sie mußten sich ausziehen und wurden am ganzen Körper mit Fäusten und Stöcken geprügelt. Wenn die „bewaffnete Polizei“ die Verhafteten aus den Gefängnissen zu der BPS (politische Polizei) zum Verhör brachte, wurden sie oft die Treppen hinaufgeprügelt. Es gab sogar Fälle, wo Gefangene auf dem Weg zur Vernehmung bei der Überquerung des Innenhofs der DGS von Mitgliedern der BPS selbst geprügelt wurden. Dem 18-jährigen José Jiménez Yubero wurden dabei die Schultern gebrochen.

Der Terror erreichte solche Ausmaße, daß viele Gefangene bei den Vernehmungen und Folterungen Geständnisse ableigten, in denen sie von ihnen nicht begangene Delikte zugeben. Viele der Festgenommenen wurden länger als 72 Stunden in dem Gefängnis der DGS festgehalten. Dies verstoß gegen das Haftgesetz. Mehrere der Festgenommenen wurden sogar bis zu sechs Tagen widerrechtlich in den Zellen der BPS gequält und verhört.

Sowohl in dem Provinzialgefängnis als auch in der ihm angeschlossenen psychiatrischen Klinik kam es wiederholt zu „Unregelmäßigkeiten“ der Gefangenen, die durch das Militärgericht in die Klinik eingewiesen werden waren. U.a. von dem Untersuchungsrichter Jesús de las Penas. Diese Kommandant des Heeres, der den Fall 124/73 bear-

Proenza González, Paloma del Hoyo Sevilla, wurden so erneut Opfer von Verhören und Folterungen. Gefangene, die der Militärgerichtsbarkeit unterstanden, wurden in den Gefängnissen der DGS festgehalten und dort verhört und gefoltert. Alle diese Vorfälle wurden dem Untersuchungsrichter, Kommandant de las Penas Grifo, mitgeteilt. Er aber ging auf keinen der Berichte über Folterungen und schlechte Behandlung ein, sondern griff sogar die Gefangenen an.

Um die Folterungen zu verbieten, wurde den Gefangenen verboten, sich von Ärzten behandeln zu lassen oder Rechtsanwältin zu empfangen. Ärzten und Rechtsanwälten wurde der Eintritt in das Provinzialgefängnis von Carabanchel verboten. Die Anwälte erhoben Protest gegen die Behandlung an der Abteilung ihrer Berufsfunktion. Männer wie Frauen wurden unterchiedslos auf grausame Art gefoltert. Elektroschocks wurden durch die Gezeiten geleitet. Frauen wurden verewaltigt. Eine Gefangene, die im achten Monat schwanger war, erlitt die Folge der Foltern eine Fehlgeburt. Einige der Gefolterten haben gebrochene Arme und Beine, geplatzte Trommel-

den sie in die DGS gebracht wurde. Prellungen am ganzen Körper und Quetschungen an Schultern und Gesäß. 17 Jahre alt.

Petra de la Torre Romero. Sie mußte mehrmals in die psychiatrische Klinik des Gefängnisses gebracht werden, da sie ohnmächtig wurde und Bluturine erlitt. Sie hatte schwere Prellungen an Schultern und in der Nierengegend, das Gesicht war schwarz von Schlägen durch Gegenstände und Fäuste, das Gesicht war durch Schläge entstellte.

Antonio Jalon Ramos. Er wurde mit Stöcken am Waden, die mit Eisen beschlagen waren, auf die Fußsohlen geschlagen. Die Füße waren so stark zerrissen, daß er bei seiner Einlieferung in das Provinzialgefängnis von Carabanchel nicht laufen konnte. Ihm wurde außerdem Kalk in den Mund gestopft. Er ist 20 Jahre alt.

Luis Manuel Barragan Montero. Er bekam alle Arten von Schlägen auf den ganzen Körper, Tritte gegen die Beine. Stockschläge auf die Fußsohlen, Schläge mit einem Regenschirm auf den Kopf, bis der Schirm zerbrach. Er wurde gezwungen, in Hockstellung mit gefesselten Händen hinter den Beinen zu springen, während er mit dem Stock Schläge auf den Kopf erhielt. Diese Folter heißt „Kängu-

Gabriel Mozo Ruiz. Seine Schultern waren voller Prellungen von Schlägen, er wurde ins Gesicht getreten, so daß die Nase stark angeschwollen und ein Auge sich verblühte. Während des Verhörs durch die BPS wurde er weiter geschlagen. Er ist 16 Jahre alt.

José Luis Jiménez Yubero. Nach seiner Festnahme am Tor eines Hauses in der Straße Santa Isabel wurde er mit Knütteln die Treppe hinuntergetrieben, schon am Eingang der DGS wurde er von sechs Funktionären der BPS geschlagen. Ihm wurden Haare büchelweise ausgerissen, man schlug ihn fest mit dem Kopf auf einen Tisch, so daß er noch heute Kopfschmerzen hat. Er wurde vom 3. Mai, 14.30 Uhr bis zum Morgen des 4. Mai, 2 Uhr verhört. Während des Verhörs wurde er in die Fesseln, Waden und Hoden getreten und laufend geschlagen. Als er zu diesem Verhör abgeführt wurde, begegnete ihm auf dem Innenhof der DGS ein Funktionär der BPS, der ihm zwei Schläge auf den Kopf versetzte. Er ist 16 Jahre alt.

Fernando Cuervo Martin. Er wurde in der DGA mit Fäusten in die Nieren geschlagen, mit einem Ochsenschläger aus Bambus wurde er auf die Fußsohlen geschlagen.

Sonderschulstreik in Lübeck-Moising:

Spaltung proletarischer Eltern vorerst geglückt

Die Schulsituation im Lübecker Stadtteil Moising ist typisch für sogenannte Trabantensiedlungen, die es überall am Rande der Großstadt gibt.

In kürzester Zeit, in den letzten 10 Jahren, sind hier Betonblöcke und Wohnblocks aus dem Boden gestampft worden. Die Einwohnerzahl ist in diesem Zeitraum um das sechsfache gestiegen. Moising ist ein vorwiegend proletarischer Stadtteil, ein hoher Prozentsatz der Bewohner kommt aus ehemaligen Barackenlagern. Die meisten Familien sind kinderreich, die Hälfte der Einwohner sind Kinder oder Jugendliche.

Angesichts der ständig steigenden Schülerzahl reichen schon heute die Räume der drei Volksschulen nicht aus, um alle Klassen unterzubringen. Die Schüler werden teilweise in auf dem Schulhof errichteten Holzpavillons unterrichtet. Raum- und Lehrmangel führen zu viel zu großen Klassen. Ein Unterricht, der – wie es im Interesse der Kinder nötig wäre – die Schüler fördert und ihnen bei der Überwindung ihrer Lernschwierigkeiten hilft, ist in Klassen mit mehr als 35 Kindern nicht möglich. Die Schüler brauchen eine solche Hilfe umso nötiger, als der größte Teil von ihnen aus den untersten Arbeiterschichten kommt und ihre Eltern teilweise sogar Ausländer sind, die nach dem 2. Weltkrieg nicht in ihre Heimat zurückgegangen sind (Polen, Letten, Russen). Seit etwa sieben Jahren erfahren die Moisinger Sonderschüler und ihre Eltern die Schulmisere in besonderem Maße. Die Unfähigkeit des kapitalistischen Systems, das Bedürfnis aller Kinder nach einer guten Ausbildung zu erfüllen, zeigt sich im Sonderschulbereich am deutlichsten.

die Fähigkeit, Kenntnisse zu erwerben und zu verarbeiten, die dem Bestand der kapitalistischen Gesellschaftsordnung nützen. Eine Gesellschaftsordnung also, die den Kindern nichts zu bieten hat als Anpassung an Ausbeutung und Unterdrückung.

Wen wundert es, wenn hauptsächlich Kinder aus Arbeiterfamilien sich zu den geforderten Sprach-, Denk- und Verhaltensweisen im Widerspruch befinden und als „lernbehindert“ gelten?

Hinzu kommen:
 ▶ Überfüllte Klassen. Wenn Schulanfängerklassen mit 30 bis über 40 Kindern an der Tagesordnung sind, können selbst Lehrer, die nicht mit dem weitverbreiteten kleinbürgerlichen Bewußtsein („der Kleine ist eben zu dumm für diese Schule, kein Wunder bei den Eltern“) an ihren Unterricht herangehen, sich einfach nicht genügend um die Lernschwierigkeiten der einzelnen kümmern.

▶ Die Lehrerbildung erfolgt immer noch, ohne daß der künftige Lehrer Einsichten in die gesellschaftlichen Bedingungen seines Unterrichts erwirbt.

▶ Die berufliche Belastung besonders in der Anfangszeit führt leicht zu Resignation und Abstumpfung des zunächst oft engagierten Lehrers.

▶ Überreifes Vorgehen ohne geduldige Zusammenarbeit mit den Eltern treibt wohlmeinende Lehrer leicht in die Isolation und erleichtert ihren Abschuß durch die Schulbehörde und reaktionäre Teile der Lehrer- und Elternschaft.

Selbst Einsatzfreude und methodisches Geschick einzelner Lehrer

um deren Überwindung führen!!!

Ein bewährtes Spaltungsmittel der Kapitalisten ist die Ideologie der privaten Familie. „Familiensorgen sind private Sorgen – also Deine eigenen! – Deine Kinder sind Dein Eigentum, deren Probleme oder Erfolge sind allein Deine, sie haben mit den Problemen oder Erfolgen der anderen überhaupt nichts zu tun!“ Mit Hilfe dieser Ideologie ist es den Kapitalisten auch gelungen, die Eltern der Kinder in unterschiedlichen Schulen und Schulklassen zu spalten und ihnen das Gefühl „besonderer“ Interessen zu geben. Proletarische Eltern schätzen sich oft glücklich, wenn ihre Kinder eine Realschule oder ein Gymnasium besuchen können. Sie werden dann mal „was besseres“. Doch einzelne „Aufsteiger“ ändern am Schicksal der Kinder der ganzen Arbeiterklasse absolut gar nichts.

Mit der kleinsten Elterngruppe im Proletariat haben die Kapitalisten das leichteste Spiel.

▶ Im ganzen Bundesgebiet werden die Sonderschüler in den schlechtesten und ältesten Gebäuden untergebracht (von Renommierausnahmen abgesehen).

▶ In den Sonderschulen ist der Anteil derjenigen Lehrkräfte, die hierfür keine besondere Ausbildung haben, am höchsten.

▶ Sonderschüler haben die geringste Wochenstundenzahl – angeblich um die Kinder nicht zu überfordern, ist das Ziel ihres Unterrichts die „Vermittlung eines Mindestwissens“ („Mindestwissen“ wozu?).

▶ Der Unterrichtsaufbau (Fehlzeiten) ist darüber hinaus in diesem Schulzweig auch noch am höchsten, in Schleswig-Holstein doppelt so hoch wie bei den Gymnasien, nämlich 18,4 %!

Im Lübecker Stadtteil Moising ist

gliederung in die „normale“ Schule), sondern Vertiefung der Absonderung. Das in der Sonderschule erworbene „Mindestwissen“ erlaubt später keine weitere berufliche Qualifizierung mehr, die Chancen beim Verkauf der Arbeitskraft sind gering. Auszubildende für Sonderschulabgänger sind eine Seltenheit. Kommt trotzdem mal ein Auszubildender zustande, dann nur, weil Sonderschüler „meist sehr willig bei der Arbeit sind“ und sie als Lehrlinge noch billiger sind, als wenn man gleich den Hilfsarbeiterlohn bezahlen müßte.

Schulstreik in Moising

Nachdem die Sonderschul Eltern in Moising jahrelang auf den Bau einer eigenen Schule verdrängt worden waren, stellte man ihnen im letzten Jahr einen ungenutzten Teil der noch im Aufbau befindlichen Geibel-Realschule am Brüder-Grimm-Ring für die Oberstufe zur Verfügung. Die Schwierigkeiten ließen sich aber schon abheben für den Zeitpunkt, wo die Realschule ihre Räume selbst benötigen wird. Die Eltern verstärkten ihre Proteste und sahen den Erfolg nahe, als plötzlich im Februar 73 Geld aus einem Schulbauförderprogramm bereitgestellt wurde.

Als Baugelände war der Platz direkt neben der Brüder-Grimm-Schule (BGS), der Volksschule im Brüder-Grimm-Ring neben der Geibel-Realschule, vorgesehen.

Dieser Bauplatz entsprach den Vorstellungen der Sonderschul Eltern ihre Kinder würden nicht auch noch räumlich von den anderen Kindern abgesondert, eine meist bei Aufnahme in die Sonderschule in Aussicht gestellte Rückgliederung

eigenen reaktionären Bildungsvorstellungen, zu denen auch die Aufrechterhaltung eines möglichst vielgliedrigen Schulsystems gehört, mit dem Bestreben zu verbinden, im Arbeiterviertel Moising unter den Eltern Fuß zu fassen. Dabei nutzte sie auf geschickte Weise die oben schon erwähnte Spaltung der Elternschaft in Eltern verschiedener Schulklassen demagogisch aus und klemmte sich hinter den Rektor der BGS. Dieser war auch schon gegen den Bau der Geibel-Realschule neben „seiner“ Volksschule gewesen und lieferte bereitwillig die Scheinargumente.

Durch den Bau der Sonderschule neben der BGS würde den Kindern aus der Umgebung der dort befindlichen einzigen Bolzplatz verloren gehen, den er außerdem für den Turnunterricht seiner Schule benötigte.

Schlamm genug, daß es in Moising nur einen einzigen größeren Platz mit Spielmöglichkeiten für die Kinder gibt – ansonsten existieren nur ziemlich trostlose „Spielecken“ (kleine sandige Flächen mit Schaukel und Sandkasten). „Hinzu kommt, daß der Bolzplatz wegen seiner Lage am Stadtrand sowieso für die meisten Moisinger Kinder zu weit entfernt und überdies in einem Zustand ist, daß er sich bei Regen sofort in eine Schlammwüste verwandelt und nicht bespielbar ist. Schullisch wird er zur Zeit nicht genutzt.“

Hier wird der katastrophale Mangel an geeigneten Spielplätzen in Neubaugebieten mit „sozialem Wohnungsbau“ auch noch frech zur Spaltung der unteilbar davon Betroffenen ausgenutzt.

Der Elternrat der BGS fiel auf dieses Manöver herein – soweit das Bolzplatz-Argument nicht nur zu verbergen half, daß man seine „normalen“ Kinder von den „Doofen“ fernhalten wollte.

Als weiterer Bundesgenosse wur-

de außerdem der sog. „Gemeinnützige Verein Moising“ unter Vorsitz des Seelenharten Gorga gewonnen. (Wer spielt in solchen Vereinen eigentlich die erste Geige – die Arbeitereltern?)

Damit waren die Voraussetzungen geschaffen, mit Hilfe der BGS-Eltern den Sonderschul Eltern eins zu verpassen. Am 4. April kam es schließlich zu einem Protestmarsch der Brüder-Grimm-Schüler durch Moising unter Transparenten wie „Laßt uns unseren Bolzplatz!“ – „Baut Euch was anders eine Schule!“ Die Spaltung war geglückt. (Im Ak 24 und 30) wurde bereits darüber eingegangen, wie schief die Spaltung der Elternschaft auf der Schule für den gemeinsamen Kampf ist. Im Fall Moising wurde die allgemeine Spaltung in Schulklassen ausgenutzt.)

Nach der Spaltung zugeschlagen

Jetzt konnte die CDU einen parlamentarischen Trick anwenden. Auf der Bürgerversammlung am 24. Mai nutzte sie die nicht zufällige Abwesenheit fast eines Drittels der SPD-Mehrheit (diese Herren waren jeweils zu den Sitzungen „verschleppt“, weil sie nicht erneut als Kandidaten für die kommende Kommunalwahl aufgestellt wurden), um mit einem Überraschungsantrag ihres „Schulexperten“ Schütt (im Nebenberuf leitender Regierungsdirektor im Kieler Landesschulamt) den Beschluß fassen zu lassen, daß die Sonderschule am äußeren Stadtrand südwestlich des Freibades an der Niendorfer Straße gebaut wird, etwa 1,5 km von der BGS entfernt.

Moising, das ehemalige Juden ghetto Lübeck, sollte nun ein Ghetto für Sonderschüler erhalten.

Daß als krönender Abschluß der Spaltungstaktik die Volks- und Realschüler und ihre Eltern nicht aus-



„Bürgerliche Demagogen scheuen vor nichts zurück: Volksschüler werden gegen Sonderschüler gehetzt“

können nicht verhindern, daß Lernbehinderte schon in den ersten Schuljahren ausgesondert werden. Zwar werden die Eltern vorher „gehört“, aber aus Angst vor Repressalien oder aus einfacher Hilflosigkeit werden die ohnehin geringen Einspruchsmöglichkeiten nicht genutzt.

Was geschieht mit den Sonderschülern?

Es ist stets das Bestreben der Kapitalisten gewesen, die Arbeiterklasse zu spalten, um das für die Kapitalistenklasse gefährliche Bewußtsein der Gemeinsamkeit zu verhindern. Jedoch nur Bewußtsein über die Gemeinsamkeit der misernen Lage kann zur Gemeinsamkeit im Kampf

die Zahl der „Lernbehinderten“ besonders hoch, z.Zt. etwa 250 Kinder. Für die Sonderschüler wurde bisher aber keine eigene Schule gebaut, die Sonderschüler wurden aufgeteilt, andere Schulen nutzten „etwas zusammenrücken“ und Räume abgeben und zusätzlich wurden noch einige primitive Pavillons aufgestellt. Zum Fachunterricht (Kochen, Turnen) wandern die Schüler in andere Gebäude. Wegen Lehrermangel wurde der Unterricht gekürzt – oft kommen 10 bis 12 Stunden aus der 3. Klasse schon nach 2 1/2 Stunden wieder nach Hause, der Unterricht findet ganz anders.

Das Ergebnis ist klar: nicht die angeblich angestrebte Rehabilitation (Überwindung der Lernschwierigkeiten) und Resozialisierung (Wiederein-

würde nicht auch noch durch räumlich bedingte Verständigungsschwierigkeiten zwischen den Lehrern der betreffenden Schulen erschwert, während bei Wegen von B 1/2 km sozusagen schon überforderte Lehrer sich kaum noch die Mühe machen würden, ständige Kontakte zu den Lehrern anderer Schulen zu unterhalten.

Der Bauplatz paßte auch in das SPD-Konzept des Lübecker Senats für ein Schulzentrum (Min Gesamtschule), womit die SPD „Chancen gleichheit“ zu verwirklichen vorgibt. Zudem könnte sich die Lübecker SPD für die Gemeinderatswahl 1974 durch sofortige Inangriffnahme des Baues als „Anwalt der Unterprivilegierten“ empfehlen.

Die CDU war jedoch auch nicht faul. Sie sah eine Gelegenheit ihre

Wie wird man Sonderschüler?

Die Sonderschulen für Lernbehinderte sollen die Kinder aufnehmen, „die wegen ihrer Lernbehinderung dem Bildungsgang der Volksschule nicht zu folgen vermögen“. Der überwiegende Teil der Sonderschüler kommt aus Familien, in denen die finanzielle Not besonders schlimm ist. In vielen der meist sehr kinderreichen Familien war der Vater mal länger Zeit krank oder arbeitslos. Die Preise steigen, die Miete für eine 80 qm „sozial“ wohnung beträgt in Moising 350 Mark, so daß die Mütter praktisch immer mitarbeiten müssen. Dies alles geht zu Lasten der Kinder, um die sich niemand ausreichend kümmern kann, denn Kindergärten stehen nicht genügend zur Verfügung.

So wird dann in vielen Gebieten, in denen sogenannte „Schlichtwohnungen“ oder andere „Wohnungen“ für den ärmsten Teil des Proletariats eingerichtet werden, der Bau einer Sonderschule von vornherein mit eingeplant!

Die Sonderschüler kommen also im allgemeinen aus den untersten Schichten des Proletariats – nur die schlimmsten Zyniker wagen heute noch zu behaupten, daß die Lernschwierigkeiten der Sonderschüler angeboren sind (Im ARBEITERKAMPF 24 berechneten wir ausführlich über die Methode bürgerlicher Wissenschaftler, Eltern von Kindern mit Lernschwierigkeiten einzureden, daß ihre Kinder und vielleicht auch sie selbst einen Hunschaden hätten, und somit die Verantwortung für gesellschaftliche Mißstände weit von sich zu schieben).

Es ist ein Wunder
 ▶ daß ein Kind aus engen Wohnverhältnissen „Konzentrations-schwierigkeiten“ in der Schule hat

▶ daß ein Kind, das spürt, daß die Aufgaben, die die bürgerliche Schule ihm stellt, nichts, aber auch gar nichts an seiner eigenen Situation ändern, nicht „faßlich“ ist und „Anpassungsschwierigkeiten“ zeigt

▶ daß diese Kinder im bürgerlichen Sinne nicht „intelligent“ sind? Intelligenz heißt im Kapitalismus

Fortz. Sonderschulstreik

noch über Ohr gehauen wurden, lag leider nicht an deren Wachsamkeit. Es kam vielmehr so:

Streik der Sonderschüler

Als richtiges Mittel, um den Unmut der Sonderschulleitern gegen dieses Vorgehen deutlich zu machen, organisierte der Elternratvorsitzende am 25./26. Juni einen zweitägigen Wärmestreik, der durch seine hohe Beteiligung — am zweiten Tag fehlten über 80 % der Schüler — o h o s daß vorher noch eine Elternversammlung stattgefunden hatte — die große Bräuterei der Eltern signalisierte.

Zwei Tage später fand eine erneute Bürgerabsatzung statt, auf der diesmal SPD-Abgeordnete anwesend waren, die nun als „Retter in der Not“ beschlossen, daß die Sonderschule doch noch neben der BGS gebaut wird.

Mehr Demokratie wagen?

Wie schon erwähnt, paßte das Streikziel in das Konzept der Lübecker SPD, sich als „Anwalt der Unterprivilegierten“ hervorzutun und damit Illusionen bei den Arbeitern über ihre wahre Rolle neu zu wecken. Der Streik sollte die Unterprivilegierten, die heranzutun und damit Illusionen bei den Arbeitern über ihre wahre Rolle neu Nahrung zu geben.

In diesem Fall gab zwar die CDU den aktuellen Anlaß für die Zuspitzung der Lage in Moising ab, hat nicht die SPD mit ihrer Mehrheit in der Lübecker Bürgerschaft jahrelang die Verantwortung für Stadtplanung und Schulbau in Moising getragen.

Beim Moisinger Schulstreik verhielt sich das SPD-Stadtschulamt zwar „neutral“, doch geschah das in der Überzeugung, daß die Eltern ihre Sache selbst in die Hand nehmen müssen, weil man „mehr Demokratie wagen“ muß, oder geschah es, weil man hier in der Robe des Anwalts für die „Unterprivilegierten“ schlüpfen und von den bisherigen eigenen Versäumnissen ablenken konnte?

Die Antwort fällt eindeutig aus. Man braucht sich nur das Verhalten der SPD-Schulbehörde in Hamburg vor Augen zu führen, die kampfbereite Elternkräfte, die sich konsequent für das Wohl aller Kinder an ihrer Schule einsetzen, als „Druck der Straße“ diffamiert und Schulstreiks in Arbeitsverträgen als „illegal“ kriminalisiert will. (Siehe dazu unsere Berichte über die Vorkommnisse an verschiedenen Hamburger Schulen in AK 24, 28, 30)

Ent Ende Mai hat die Kultusministerkonferenz unter Beteiligung der Minister aus den SPD-Ländern das „organisierte Fernbleiben der Schüler vom Unterricht“ einfach ver-

bieten. Hier ging die „Mitbestimmung“ zu weit!

Spontane Aktion — Wer bleibt Sieger?

Besonders die Erfahrungen, die Hamburger Eltern bei ihrem Kampf für eine bessere Schulausbildung ihrer Kinder gemacht haben, legen den Schluß nahe, daß der Bau der Sonderschule nicht allein als Erfolg einer konsequenten Aktion der Sonderschulleitern gewertet werden darf.

Die Schwäche des Moisinger Schulstreiks lag darin, daß es eine spontane Aktion war, in der das bewußte Element an keiner Stelle sichtbar geworden ist. Es herrschte bei den Beteiligten kein Bewusstsein über die politischen Ursachen und Hintergründe der Schulmisere im allgemeinen und besonders in Moising. Das Sonderschulproblem ist nur ein verschärfter Ausdruck der allgemeinen Schulmisere und nicht durch das „schmutzige Geschäft“ der einen oder anderen Partei zu erklären.

Gerade weil dieses Bewusstsein fehlte, war es der SPD schließlich doch noch möglich, sich als „Anwalt der Unterprivilegierten“ nicht zu diskreditieren. Eine Lösung von den bürgerlichen Parteien mit Richtung auf eine älteste Klassenpolitik hat bei den proletarischen Eltern noch nicht stattgefunden.

Aus diesen Gründen wäre es auch falsch, den Streik einseitig als „tolle Erfolg“ hochzubühnen und zu meinen, die Eltern hätten doch „sofortig ihre Sache in die Hand genommen“ und „gesehen, daß ein Streik Wirkungen zeigt“ (wie man nach der Aktion hören konnte), das wäre doch schon allerhand.

Natürlich ist es ein wichtiger Schritt, daß die Moisinger Eltern aus der Einsicht heraus den Streik durchgeführt haben, sich nicht länger mit Versprechen der Parteien abfinden zu wollen. Dennoch fehlte es an Klarheit über die Notwendigkeit eines langfristig zu führenden Kampfes um die Verbesserung des Schulwesens für alle Arbeiterkinder. Der Nachteil der Zerspaltung der Kräfte konnte schon jetzt von den Moisinger Eltern erfahren werden. Das Ergebnis des Streiks kann leicht falsch als Sieg der Sonderschulleitern über die anderen Eltern verstanden werden und mit diesem Ziel wurden auch die Fronten von außen errichtet.

Darauf zielte auch das Verhalten der Presse ab, die in ihrer „objektiven“ Berichterstattung durch die Veröffentlichung unterschiedlicher Stellungnahmen zur Verwirrung unter den Eltern beitrug. Ein Musterbeispiel dafür war während des Streiks in der DDR „Umschau am Abend“ zu finden, in der „beide Elternteile“ zu Wort kamen, und der Kommentator anschließend sinngemäß ganz falsch den Streik als „kleinkarierten Streik“ um ein paar hundert Meier Abstand zwischen den Schulklassen abtun konnte.

Um einer Vertiefung der Spaltung der Elternschaft durch diesen Streik entgegenzuwirken, wäre es unbedingt wichtig gewesen, auf die unmittelbaren Folgen des Schulbaus am Freibad (also nicht neben der BGS) auch für die Schüler der Volks- und Realschulen hinzuweisen und unmissverständlich zu zeigen, daß diese nach gelungener Spaltung auch noch über Ohr gehauen werden sollten durch:

- Verzögerung der Sonderschulbau und die damit verbundene zusätzliche Verschärfung der Schulmisere für alle Schüler auf mindestens zwei Jahre, (wobei noch nicht einmal sichergestellt war, daß das nötige Geld dann auch noch zur Verfügung steht)
- durch Wegfall der geplanten dreiteiligen Sporthalle für alle Schulen ein Brüder-Grimm-King
- und keine Sanierung der auch nach Sonderschulbau verbleibenden 3 000 qm des Boizplatzes.

Ergebnis der Spaltungstaktik waren letztlich Nachteile für alle Moisinger Eltern und Schüler gewesen!

Guter Wille allein genügt noch nicht

Eine Gruppe jüngerer gewerk-

Eine Gruppe jüngerer gewerkschaftlich organisierter Lehrer beschloß etwa zehn Tage vor dem Streik, die Sonderschulleitern bei ihrem Kampf zu unterstützen und wurde vom Elternrat gebeten, ihm bei der Durchführung der Urabstimmung durch die Befragung und Unterschriftensammlung (Urabstimmung zum Streik) zu helfen. Die Eltern lernten diese jungen Lehrer also durch einen einzigen Hausbesuch kennen. Kontakte zu den Eltern der anderen Schulen sowie zu den Lehrern aller beteiligten Schulen konnten aus Zeitdruck nicht aufgenommen werden.

Wie es bei einer derart kurzfristig durchgeführten Aktion auch nicht anders sein konnte, beschränkte sich die Lehrer auf eine rein organisatorische Unterstützung — weder während des Streiks noch danach konnten sie eine eigene politische Stellungnahme abgeben. Kritik an der Vorgehensweise dieser Lehrer ist deshalb angebracht, weil der Großteil das Selbstverständnis hat, die Arbeiterklasse in ihrem Kampf zu unterstützen. Ein solches Selbstverständnis verlangt geradezu danach, den politischen Charakter des Sonderschulproblems genauer zu untersuchen. Das ist anscheinend unterlassen worden, so daß entgegen ihrem Selbstverständnis die Lehrer sich auf rein organisatorische Unterstützung beschränken mußten.

Ziel für die Zukunft müßte sein, daß fortschrittliche Lehrer gemeinsam mit den Eltern aller dortigen Schulen den Kampf gegen die Schulmisere in Moising aufnehmen, wobei es nicht in einer einmaligen, sondern in ständiger Kleinarbeit bewiesen müssen, auf welcher Seite sie stehen.

Dabei geht es nicht darum, daß sie als Lehrer des Eltern „gute Ratschläge“ geben oder daß sie sich als Anwälte aufspielen („Der Lehrer als Anwalt des Kindes“) und dabei die Augen verschließen vor der Notwendigkeit, aber auch der Möglichkeit, daß die Eltern für die Verbesserung ihrer Lage selbst kämpfen.

Den Kampf der Eltern dürfen sie nicht als deren Stellvertreter führen, sie können aber unterstützend dazu beitragen, indem sie Informationen und Kenntnisse weitergeben, die sie durch ihre berufliche Ausbildung erworben haben oder die sie durch Untersuchungen in ihrem Arbeitsbereich gewinnen.

Auf jeden Fall verkehrt wäre es, wenn die Lehrer sich mehr nach der Devise „Dabei sein ist alles!“ als aus bestimmten politischen Einsichten heraus an Bewegungen in Schulen heranhängen. Tendenzen in diese Richtung hat es schon während des Sonderschulstreiks in Moising gegeben.

Wie geht es weiter in Moising?

Mit dem Bau der Sonderschule

Mit dem Bau der Sonderschule sind die Schulprobleme in Moising natürlich längst nicht beseitigt. Zu große Klassen, zu wenig Lehrer, mangelnde Ausstattung mit Lehr- und Lernmitteln in allen Schulbereichen werden den Moisinger Eltern noch viel mehr Sorgen bereiten als dies bisher der Fall war. Sieht man einmal davon ab, daß insgesamt in der BRD mit einer Verschlechterung der Zustände an den Volks-, Real- und Sonderschulen zu rechnen ist (siehe hierzu unseren in AK 31 veröffentlichten Artikel „Lebensqualität an Schulen — ein Trugschluß“), verschärft sich die Lage noch dadurch, daß es sich um ein noch im rapiden Ausbau befindliches Wohngebiet handelt. Die ständig neu aus dem Boden gestampften Wohnblöcke werden häufig von kinderreichen Familien bezogen, so daß in den nächsten Jahren die Klassenzimmer in Moising bis zum Erbrechen gefüllt sein werden.

Verbesserungen werden die Eltern aber nur dann wirksam erreichen können, wenn mit größtem Maß an Einheit gegen diese Entwicklung gekämpft wird. Die Spaltung der proletarischen Eltern zu überwinden wird eine schwierige Aufgabe sein, da sich jetzt eher eine Vertiefung als erste Schritte zur Überwindung ergeben hat. Es handelt sich hierbei um das Ergebnis des spontanen Charakters des Sonderschulstreiks.

Auf der anderen Seite zeigt der durchgeführte Streik aber auch, daß ein Teil der Moisinger Eltern nicht mehr gewillt ist, sich länger durch großartige Versprechungen hinhalten zu lassen. Die Erfahrungen, die von ihnen in den vergangenen Jahren mit der Schulverwaltung und den bürgerlichen Parteien gemacht wurden und die während der Streiks gewonnenen Erkenntnisse müssen in Zukunft richtig verwertet werden.

So war es falsch, daß sich der Elternratvorsitzende erst an die gesamte Elternschaft wendete, nachdem er bereits an die Öffentlichkeit (Presse usw.) getreten war. Parteien und Presse hatten infolgedessen leichtes Spiel, durch verwirrende Stellungnahmen Illusionen unter den Sonderschulleitern zu schüren, die darin bestanden, daß der „Erfolg“ ihres Kampfes nur im Bau der Sonderschule bestehen müsse, nicht aber in der Verbesserung an allen Schulen. Die Resignation wird spätestens dann auf dem Fuß folgen, wenn die Verschlechterung der Schulausbildung für die Kinder aller Eltern spürbar wird. Der Bau der Sonderschule am BG-Ring antpupte sich dann als Tropfen auf den heißen Stein.

„Aufschwung der Schulkämpfe“?

Der Verlauf des Schulkampfes in Moising ist jedoch nicht nur kennzeichnend für spontane Schulkämpfe, sondern auch für andere Schulkämpfe, die in Moising stattgefunden haben.

Ebenso wie die Bewegung in Betrieben und Gewerkschaften noch stark zersplittert ist, sind auch Bewegungen in anderen gesellschaftlichen Bereichen meist isolierte Aktionen, die häufig mit Mißerfolgen enden. Nur in Einzelfällen bestehen Elterngruppen, die den Kampf um bessere Ausbildungsbedingungen schon als Teil eines einheitlichen Klassenkampfes des Proletariats auffassen und dementsprechend Schulkämpfe zu weiterreichenden Erfolgen führen können.

Festzustellen ist, daß das Ausmaß solcher spontanen Kämpfe an Schulen zwar zunimmt, während die Qualität demgegenüber weit zurückgeht. Kurzfristige Aktionen empörter Eltern müssen verpuffen, solange sie sich nicht auf langfristige angelegte Kämpfe gegen die Verschlechterung der Schulsituation orientieren und nicht erkennen, daß ihr Kampf wirklich erfolgreich nur dann zuende geführt werden kann, wenn er gegen das ganze bestehende Schulsystem als Instrument der Kapitalisten geführt wird.

Davon sind wir aber noch weit entfernt, auch wenn viele „linke“ Gruppen das nicht wahrhaben wollen. Vertriebsorganisation des KB/Lübeck — Bezirk 800

Unter dem Auswahlschul „Demokratisierung der Schule“ ist am 1. August 73 in Hamburg das neue Schulverfassungsgesetz in Kraft getreten, das das alte Schulverfassungsgesetz ablöst. Während die CDU, unterstützt von den reaktionären Lehrerverbänden, ein großes Geschrei anzustellen, das SPD-Modell ermögliche es „extremistischen Schülern und Jünglern“, die Schulen in „radikalpolitische Konfessionschulen“ umzuwandeln, konnte die SPD umso besser die „fortschrittlichkeit“ ihres Gesetzes herausstreichen. Das neue BVG gewährt allen an der Schule beteiligten Gruppen, Lehrern, Eltern und Schülern, weitgehende Mitbestimmungs- und Mitwirkungsrechte. Zweck des Gesetzes ist die demokratische Zusammenarbeit und die „eigene Teilhabe der betroffenen Gruppen“.

Rechtzeitig vor Inkrafttreten des BVG probieren Schulleiter Hauptseminarleiter (Ausbilder der Referendare, erfahrungsgemäß eine Abzugsbasis für einen guten Posten in der Schulbehörde) mit Hilfe aller Kräfte, wie man mit dem neuen Gesetz der an der Schule zu erwartenden Konflikte Herr werden kann. Laut Planpilot braucht man von

Demokratisierung der Schule?

der Gruppe der Lehrer offensichtlich keine Bedrohung gegen die kapitalistische Bildungspolitik zu befürchten, dagegen muß man sich mit Eltern und Schülern befassen, von denen man künftig verstärkt mit Widerstand und Kampfmaßnahmen rechnen. Wie müssen wir vorgehen, wenn die Eltern einen Schulstreik beschließen? Fragen sich also die Schulleiter. Am besten man verbindet überhaupt das Zustandekommen des Streikbeschlusses im Elternrat, indem der Schulleiter selbst in die Diskussion „eingreift“. Beschließen die Eltern dennoch den Streik und die Schulleiter, sich wegen der Ausführung ihres Beschlusses mit dem Schulleiter zu verständigen, wird keine Verständigung erteilt, so ist der Beschluß der Schulkonferenz vorzulegen (§ 29 a). Im Planpilot wird gezeigt, wie man in den ersten Gruppen in dem alle Gruppen gemeinsam und ganzheitlich mitwirken wollen (so im

zum SVG), mit dem Streikbeschuß der Eltern zu verfahren beabsichtigt — nach der Diskussion, in die auch der Schulleiter einbezogen wird, wird folgender Antrag zum Thema (Schulstreik) angenommen: Die Schulkonferenz fordert das Amt für Schule auf, dazulegen, welche Maßnahmen im welchem Zeitraum zur Senkung der Klassenfrequenzen in der Schule Kupferhof ergriffen werden sollen.

Was ein „Eingreifen“ der Schulleitung zum Thema Schulstreik nur heißen kann, haben die bisherigen Erfahrungen unmissverständlich klar gemacht. In den 3 Stufen der Eltern der Schule Kleinfamilien griffen Ober- und Unterlehrer und Schulleiter an. Mit Briefen an alle streikwilligen Eltern ein, in denen ihnen rechtswidrige Verhalten vorgeworfen wurde und ihnen mit Bußgeldstrafen gedroht wurde. Einzelkinderungen in Einzelkindergruppen und Mittel der Versuche, die Kampfbereitschaft der

Eltern zu brechen, ein anderer Mittel wird ebenfalls gleich eingeplant. Der Beschluß, den man die Schulkonferenz beschließen läßt, zeigt deutlich, daß die Versprechungen, ihre Forderungen zu überprüfen und die Möglichkeit zu tun, sollen die Eltern verärgert werden, sich Hoffnungen machen und abwarten.

Nach dem Motto „Zuckerbrot und Peitsche“ sollen die Eltern vom Kampf für die Interessen ihrer Kinder abgelenkt werden und das neue BVG erweist sich hierzu als ausgezeichnetes Instrument.

Wie man beschließt, Konflikte mit Schülern zu lösen, wird im Planpilot am Fall eines Schülers demonstriert, der wegen erheblichen Verstoßes gegen die Schulordnung „abgeschult“ werden soll. Laut Planpilot ist er Mitglied des Marxistischen Schülerbundes, sein Verhalten wird als anfechtbar dargestellt.

In allen die Gremien Lehrerkonferenz, Eltern- und Schülerrat,

ist gegen die Abschaltung gestimmt worden. Aus die Gremienvertreter in der Schulkonferenz endgültig über die Abschaltung entscheiden wollen, hat der Schulleiter schon gehandelt und den Schüler vom Unterricht ausgeschlossen. völlig im Einklang mit dem neuen BVG. „In Angelegenheiten, in denen eine sofortige Entscheidung notwendig ist, kann der Schulleiter diese allein treffen.“ Die sofortige Maßnahme schen dem Schulleiter notwendig, weil der Schüler ohne Rücksprache mit ihm einen Verkaufstand in der Schule errichtet hatte. um maximale Literatur zu verkaufen. Im Planpilot wird gleich weiterentwickelt wie man sich zu verhalten hat, falls die Schulkonferenz die Entscheidung des Schulleiters nicht nachträglich bestätigt. Auch für diesen Fall ist im BVG vorgesehen. Der Schulleiter erhebt Einspruch gegen den Beschluß der Schulkonferenz, worin ihn § 17 des Gesetzes sogar „verpflichtet“, wenn er „für die Durchführung des Beschlusses nicht die Verantwortung übernehmen kann.“ Daß der Schüler von der Schule muß, sei man den anderen Schülern und auch selber schuldig heißt es in der Begründung.

10. Weltfestspiele der Jugend und Studenten in Berlin, DDR

Vom 28. Juli bis zum 5. August fanden dieses Jahr in Berlin/DDR die zehnten Weltfestspiele der Jugend und Studenten statt. Unter dem Motto „Für ant imperialistische Solidarität, Frieden und Freundschaft“ trafen sich in Berlin 26 000 Jugendliche aus 140 Ländern. Christliche, demokratische, sozialistische und kommunistische Organisationen waren in Berlin vertreten, insgesamt rund 1 600. Aus der BRD waren 900 Delegierte aus über 40 Jugend- und Studentenorganisationen dabei.

Die Weltfestspiele sind die größten internationalen Jugendtreffen der Welt. Initiator der Festspielbewegung ist der „Weltbund der Demokratischen Jugend“ (WBDJ). Der WBDJ ist nach dem zweiten Weltkrieg von 63 ant imperialistischen Jugendverbänden gegründet worden, in der BRD ist die „Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend“ (SDAJ) Mitglied.

Dieses zehnte Festival zeichnete sich im Gegensatz zu den neun vorhergegangenen dadurch aus, daß es zum ersten Mal eine politische Parole in den Mittelpunkt gestellt wurde: „Für ant imperialistische Solidarität, Frieden und Freundschaft“. Vorher standen in der Regel moralische Appelle wie „Nieder mit dem Haß für immer“ über den Festspielen.

Schon bei der Eröffnungsveranstaltung, dem Einmarsch der Delegationen in das „Stadion der Weltjugend“ zeigte sich, daß die Parole „Für ant imperialistische Solidarität, Frieden und Freundschaft“ unterschiedlich interpretiert wurde.

So sagte der Präsident des WBDJ Vize bei der Eröffnung: „Unser Zusammenfinden zeigt, daß sich die über große Mehrheit der Jugend vereinigen kann und bereit ist, gemeinsam um die Lösung der Lebensfragen unserer Zeit zu kämpfen.“ Und Leonid Breschnew schrieb in seiner Grußbotschaft: „In unseren Tagen schaltet sich die junge Generation, die sich für das Schicksal des Friedens und eine bessere Zukunft der Menschheit mitverantwortlich fühlt, aktiv in den Kampf dafür ein, daß allen Völkern die Möglichkeit garantiert wird, unter den Bedingungen eines dauerhaften Friedens und internationaler Sicherheit schöpferisch tätig zu sein... Um aber die gegenwärtige und insgesamt positive Entwicklung der internationalen Lage unaufhaltsam zu machen, sind weitere

der internationalen Lage... stöße zu machen, sind weitere entscheidende Bemühungen sowie aktive gemeinsame Aktionen aller fortschrittlichen und friedliebenden Kräfte notwendig.“

Oberschätzung des Kräfteverhältnisses war Grund zum Jubeln

Diese beiden Äußerungen kennzeichnen den offiziellen Tenor der

Weltfestspiele. Die „positive Entwicklung der internationalen Lage“ die Unterschätzung des Imperialismus also, der Glaube an die Sicherheit der „friedlichen Koexistenz“ durch Verträge und die Einschätzung, daß die Jugend der Welt sich so gut wie einzig im ant imperialistischen Kampf ist, gaben auf allen Veranstaltungen den Vorwand zum Jubeln.

Dagegen trafen die Delegationen aus den Ländern, die in direkter militärischer und politischer Auseinandersetzung mit dem Imperialismus stehen, sehr ernst und kämpferisch auf. Die Konfrontation mit dem imperialistischen Feind führt offenbar zu einer nüchterneren Einschätzung des Kräfteverhältnisses. So richteten die Südvietnamesen einen Appell „An die Völker der Welt, denen Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit teuer sind“, in dem

Wie aus den Delegierten der Jungen Union „Ant imperialisten“ gemacht wurden

Nach der Melodie von „Horch, was kommt von draußen rein, tolls hi, tolls ho...“ marschieren die Delegierten aus der BRD ins Stadion, zu denen auch 17 Delegierte der Jungen Union gehörten. Unter Einfluß der Jungen Union wurden die Delegierten aus der BRD offiziell immer wieder als Vertreter der ant imperialistischen Jugend der BRD begrüßt; die wette Zersplitterung der politischen Bewegung in der BRD, die schweren politischen Differenzen im Kampf der Jugend wurden zwecks „Einheit“ einfach unter den Teppich gekehrt; so tauch-

te zum Sozialismus ist fast durch die Bank mit Kritik an den Fehlern der SED verbunden.

So verstehen es viele als Kampfaufgabe, die Entschädigung enteigneter Kapitalisten mit 20 000 bis 100 000 jährlich abzuschaffen. So sind auch viele Jugendliche nicht einverstanden mit den inhaltsleeren Schimpfkanonaden gegen die VR China. Einzige Grundlage für die Auseinandersetzung mit der Politik Chinas ist eine Hetzschrift („Kritik der theoretischen Auffassungen Mao Tse-Tungs“), die sich darauf reduziert, daß China chauvinistische Politik macht und den Atomkrieg vorbereitet. Vielfach besteht daher ein Bedürfnis nach echter Information über China und den „Maoismus“.

Festspiele können das Kräfteverhältnis nicht ändern

In vielen Köpfen spukte auf dem Festival die Meinung herum, daß durch eine „Demonstration der friedlichen Jugend“ irgendein Druck auf die Imperialisten ausgeübt werden könne. Das ist sicher falsch, denn die Imperialisten wissen genau, daß sich die Jugendlichen, die sich in Berlin als „machtvolle“ Masse darstellten, nach dem Festival wieder auf über 1 600 Organisationen in über 140 Ländern aufteilen. Und vor allen Dingen werden die Imperialisten ihr Geschäft mit der Spaltung der Jugend nach wie vor wettreiben.

Ohne Zweifel haben die Festspiele aber zum Abbau des Antikommunismus in der Welt beigetragen. Viele Teilnehmer aus kapitalistischen Ländern, das gilt besonders für die Delegierten aus der BRD, haben als Ergebnis des Kalten Krieges und der antikommunistischen Kampagnen der kapitalistischen Länder gegen Sozialismus und Kommunismus immer noch recht wirre Vorstellungen von Sozialismus. So ist zur Zeit des Kalten Krieges allen jungen Menschen in der BRD die Gleichung: Sozialismus = DDR = Unterdrückung alles grau in grau und keine Zitronen“ in den Hinterkopf geprügelt worden. Daß es in der DDR Zitronen gibt und daß die Bevölkerung nicht aus grauen Einheitsfätschen besteht, hat in Berlin jeder mitbekommen, das konnte in den kapitalistischen Ländern sogar die bürgerliche Presse nicht ganz

ten zu können, mußten die Kommentatoren der reaktionären Presse in der BRD sich ganz schön in demagogische Verwicklungen begeben, da mußten sie die Randerscheinungen zu beherrschenden Eindrücken machen, da mußten sie in üblicher Manier lügen und verdrehen. Dazu ließen sie allerdings keine Gelegenheit aus.

Zwei besonders üble Beispiele. Matthias Walden, einer von Spitzengruppen Oberleitern, schrieb am 1.8.73 in der „Welt“ unter dem Titel „Kollektivbitterung mit Phrasen ersetzt Diskussion“ „...die elektronischen Verstärker preisen auch die ‚Befreiungsbewegungen‘ Indochinas, die vom Krieg nicht lassen wollen. Freilich, die Organisation der afrikanischen Bombenleger und Treminneninstellungen, empfängt Massenapplaus.“

Über die Bröfungsveranstaltung schrieb das „Deutsche Allgemeine Sonntagsblatt“, „Und die Sportübungen der FDJ, bei denen selbst die gebrauchte Haut nicht im Farbton voneinander abwich, ließen zwangsläufig Erinnerungen an NS-Shows aufkommen.“

Die armen FDJ'ler, die sich nach der Parteipflicht in die Sonne legen mußten!

Solche Berichterstattung läßt zwangsläufig die Erinnerung an den beliebten NS-Journalismus aufkom-

CDU-Rollmann und Junge Union als Kapitalismus-Missionare im Abseits gelandet

Besondere Aufmerksamkeit schenkte die BRD-Presse dem CDU-Urla-„Jugendlichen“ Dietrich Rollmann, der als Delegierter der „Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend“ mit nach Berlin gekommen war. Während jeder Schritt und Tritt Rollmanns, jede seiner Äußerungen in der BRD-Presse begierig aufgegriffen wurde, um mit ihm einen Zeugen für die grundsätzliche Richtigkeit des Antikommunismus repräsentieren zu können, war er in Wirklichkeit in Berlin nur ein Furz am Rande: Etwas Gestänke, aber schnell verfliegen und vergessen. „Die Stimme des freien Deutschland muß so oft wie möglich in der DDR und in Ost-Berlin zur Geltung gebracht werden.“ Mit



Afrikanische Genossen beim Festival

sie um Solidarität mit den rund 200 000 politischen Gefangenen in Südvietnam beten, die nach wie vor in südvietnamesischen Gefängnissen bestialisch gefoltert und ermordet werden. In diesem Appell ist auch zu lesen, was von mit Imperialisten geschlossenen Verträgen zu halten ist: „Mit diesen Plänen und Handlungen verletzen die Vereinigten Staaten und das Saigoner Regime sehr ernsthaft das Pariser Vietnamabkommen und das Gemeinsame Kommuniqué vom 13. Juni 1973.“

namabkommen und das Gemeinsame Kommuniqué vom 13. Juni 1973. treten in grober Weise das Völkerrecht mit Füßen, widersprechen offen den dringlichsten und aufrichtigsten Wünschen der südvietnamesischen Bevölkerung nach Frieden, Unabhängigkeit, demokratischen Freiheiten, nationaler Verbündung und Eintracht! Diese Handlungen sind äußerst treue Herausforderungen an die fortschrittliche Menschheit.“ Rür bietet die politische Situation wahrhaftig keinen Grund zum Jubeln.

ten am Rande nur noch „unterschiedliche Meinungen in Einzelfragen zum politischen Kampf“ auf.

„Die Einheit der Weltjugend im Kampf gegen den Imperialismus“...

Wie schon auf der Eröffnungsver-

anstaltung zog sich durch alle offiziellen Beiträge die Geschichte von der Weltjugend, die in Berlin die Einheit im Kampf gegen den Imperialismus demonstriert. Und das angesichts einer politischen Situation in nahezu allen kapitalistischen Ländern, die durch Zersplitterung und Polarisierung der fortschrittlichen Jugendbewegung und der Jugend allgemein gekennzeichnet ist, das angesichts der Tatsache, daß solche Organisationen wie die Junge Union durch ihre Angriffe gegen demokratische Organisationen ihre Solidarität mit dem kapitalistischen Staat beweisen

...ist noch Utopie

Das Gastgeberland DDR hatte sich alle erdenkliche Mühe gegeben, es lassen Gästen an nichts fehlen zu lassen. Der materielle Aufwand voranläßig einige Vertreter der Befreiungsorganisationen sogar zu der Meinung, daß ein Teil des für das Festival aufgewandten Geldes umgewandelt in Machinengewehre für die Länder, die im Kampf gegen Kolonialismus und Imperialismus stehen, eine größere Hilfe gewesen wären. Überraschend war für alle Delegierten das sichere, selbstbewußte Auftreten der Jugend der DDR, die in Berlin durch mehr als 500 000 FDJ'ler vertreten war. In zahllosen Einzelgesprächen mit FDJ'ern stieß sie sich heraus, daß an den Märgen der bürgerlichen Presse von der „gleichgeschalteten Jugend“ kein Krampf Wahrheit ist. Das Bekennt-



CDU-„Jugendlicher“ Rollmann (Mitte mit Anzug) und seine Mannen (helle Pullover) beim Festival – was hat das noch mit Anti-Imperialismus zu tun?

verschweigen.

Daß die DDR nicht das Paradies auf Erden ist, wie es uns hier die DKP gern erzählen möchte, konnte man von den FDJ'ern hören. In vielen anderen Fällen stellte sich immer wieder heraus, daß die DKP & Co. im Gegensatz zu den FDJ'ern, was die politisch-sozialistische Klarheit betrifft, nur ein Maß der zweiten Aufguß ist.

Der Kampf der bürgerlichen Presse

Um negativ über das Festival berich-

derartigen Sprüchen und mit seinen spektakulären Versuchen, die Bevölkerung der DDR auf dem Alexanderplatz vom Kapitalismus zu überzeugen, schaffte er es lediglich, sich in der BRD-Presse in Szene zu setzen. Wegen „unvollständigen Verhaltens“ und „Verstoßes gegen die gemeinsamen Interessen“ der Evangelischen Jugend“ wurde Rollmann am 31. Juli aus der Delegation ausgeschlossen.

Auch die Versuche der Delegierten der Jungen Union und nachträglich eingereifter Jung-Unionler

Forts. Demokratisierung der Schule

Hat die Schulkonferenz dennoch auch in der nächsten Sitzung an ihrem Beschluß fest, wird der Konflikt von der Schulbehörde „neutral“ entschieden. (§ 17,2)

Bewußt beabsichtigt man offensichtlich, Disziplinierungsmaßnahmen besonders gegen fortschrittliche Schüler anzuwenden, die sich zu spontanem und unüberlegtem Handeln hinreißen lassen. Man kann diese Schüler leicht kriminalisieren und damit die fortschrittliche und sozialistische Schülerbewegung diffamieren. Die Entwicklung eines soliden Widerstands der Schülerschaft gegen Disziplinierungen von Schülern, die der Bourgeoisie nicht passen, wird erwartet.

Deutschler als durch diese beiden Fälle konnte man uns kaum demonstrieren, was Senator Apol tatsächlich meinte, als er von Demokratie und Selbstverwaltung als den Prinzipien

den des neuen Schulverfassung sprach. Das SVG stärkt insbesondere den Einfluß der Schulbehörde und der Schulleiter und schwächt den Einfluß der Lehrer, Eltern und Schüler. Im SVG wird der Schulleiter als „Sachwalter“ aller an der Schule beteiligten Gruppen bezeichnet. Im Planispiel wird jedoch klar, daß die besondere Verantwortung des Schulleiters mit der seine starke Position begründet wird, ausschließlich Verantwortung gegenüber der Schulbehörde bedeutet, nicht aber gegenüber den Interessen von Eltern und Schülern.

Das neue SVG ist ein weiterer Beleg dafür, was hinter der sozial demokratischen Fassade der „Demokratisierung aller gesellschaftlichen Bereiche“ steckt, nämlich Scheinreformen, durch die in Wirklichkeit demokratische Rechte abgebaut werden.

antikommunistische Propaganda zu verbreiten, schickten an den überlegenden Argumenten der DJL. Der So. blieb dann in der reaktionären Presse in der BRD nicht anders übrig, als die so zu Fall gebrachten Unionen als standhafte Zinnsoldaten bei der Verbreitung „Freiheitlich-demokratischer Prinzipien“ darzustellen. „Die Junge Union, die auf dem Alexanderplatz geradezu märrerhaft von Mittag bis abends bis zur physischen Erschöpfung ihre Positionen vertritt...“ Nach einigen Tagen vergeblichen Versuchs begaben sich Rollmann und Konsorten in den Schmollwinkel.

Die Jusos als Aushängeschild der SPD

Die Jusos nahmen demgegenüber die Gelegenheit wahr, sich den Jugendlichen der DDR vor der Schokoladenkugel zu zeigen. Zwar verzichteten sie nicht darauf, eine Broschüre in sechs Sprachen zu verteilen, in der die SPD-Regierung als Regierung der „notwendigen Reformen im Interesse der Bevölkerung“ und der „Entspannungs- und Friedenspolitik“ angepriesen wurde.

Ansonsten wurde aber von den Jusos weitgehend versucht, sich als ernstzunehmender Gesprächspartner zu profilieren. Hierbei half ihr das Spiel mit den verteilten Rollen zusammen mit der Jungen Union. Während der Jungen Union objektiv die Rolle des politischen Hampeleimannes und lächerlichen Reaktionsärs zufiel, stachen die „antimperialistischen“ Schnackis von Roth & Co. umso vorteilhafter ab, und ließen vielleicht einige Jugendliche vergessen, daß die SPD immer noch die Partei ist, die das Berufsverbot durchsetzt, das Zustandekommen normaler Beziehungen zwischen BRD und DDR auf der Basis der Gleichberechtigung immer noch

hinterhebt usw.

Die reaktionäre bürgerliche Presse – vor allem das Springer-Konzern – griff die Jusos wegen ihres Verhaltens in Berlin hart an. Sie hielten die gemeinsame Sache mit dem Kommunismus gemacht, dem Ansehen der BRD geschadet usw. Dagegen betonte Wolfgang Roth, daß der Bourgeoisie schließlich nicht damit gedient gewesen wäre, wenn auch die Jusos im Stil der Jungen Union in Berlin „den großen Otto langemacht“ hätten, d.h. offen gegen den Sozialismus zu Felde gezogen und damit dann ebenfalls auf den Bauch gefallen wären. Nein, ein hübsches Heuchelei und „anti-imperialistisches“ Gezeu mußte schon sein, – da hat der Roth ganz recht!

Die Einheit der BRD-Jugend – nur auf dem Papier

Aus der BRD waren in Berlin über 40 Jugend- und Studentenorganisationen vertreten. Schon bei der Vorbereitung in der BRD hatte sich erwiesen, daß diese vielfältigen Organisationen nicht unter einen Hut zu bekommen sind. So bildeten sich zwei Vorbereitungsgruppen: Ein Arbeitskreis Festival, der alle DKP-nahestehenden Jugend- und Studentenorganisationen zusammenfaßt (SDAJ, MSB Schüler und Studenten, DFU, etc.), und eine „Koordinierungsgruppe“, die sich aus einem breiten Spektrum von Jugendorganisationen zusammensetzt (u.a. Jusos, Judos, Evangelische und Katholische Jugend, Bund Demokratischer Jugend, Falken, Naturfreundejugend, Esperanto-Jugend, Junge Union, etc.). Die einzige Gemeinsamkeit aller dieser Organisationen war die Teilnahme an den Festspielen.

Auf diesem Hintergrund einer breiten Zersplitterung stellt sich der Bundesvorsitzende der SDAJ Priemer bei einer Gedenkfeier im KZ Buchenwald an das Rednerpult und sagt ernsthaft: „Unter der Leitung

„für antimperialistische Solidarität, Frieden und Freundschaft“ haben sich in der BRD Jugendliche unterschiedlicher politischer und weltanschaulicher Positionen in Vorbereitung der Weltfestspiele zusammengefunden.“ Der Gute! Zwecks „Einheit“ schließt er einfach die Junge Union, die jeden Tag ihre Solidarität mit den Imperialisten unter Beweis gestellt hatte, mit in diese Formel ein, da vergißt er auch kurzweilig, daß die 40 Jugendverbände überhaupt nicht in der Lage sind, politisch irgendetwas zusammen zu unter-

einschließen. Wir wollen alles tun, damit dieses Zusammenwirken weitergehen kann.

Dieses, hauptsächlich von den revisionistischen Organisationen betriebene Streben nach Einheit der Delegation um jeden Preis und wenn es auch nur auf dem Papier ist, führte dann zu solchen Minimalplattformen, auf die sich auch die Junge Union stellen konnte – und das wurde und wird ernsthaft als politischer Erfolg verkauft. Ein Ergebnis dieser Einheitsmexer war die Abschlusserklärung der BRD-Delegation. Da steht unter anderem

„Frieden und Freundschaft eingesetzt.“ Über konkrete Kampfaufgaben der politischen Jugendbewegung in der BRD steht in dieser Erklärung nichts. Zwei Jugendverbände, die Naturfreundejugend und der Bund Demokratischer Jugend haben diese Abschlusserklärung nicht mit unterschrieben. In seiner eigenen Abschlusserklärung sprach der Bund Demokratischer Jugend davon, daß die Bundesrepublik einer der größten imperialistischen Staaten ist, und daß der Kampf der Jugend unter sehr ungünstigen Bedingungen stattfindet.

Die SDAJ hat angekündigt, daß sie in der nächsten Zeit über 400 Veranstaltungen abhalten will, auf denen über den Erfolg des Festivals berichtet werden soll. Sicher werden diese Veranstaltungen unter dem Motto „Macht die SDAJ, den MSB, die DKP stark“ stehen. Ob von diesen Veranstaltungen eine Wirkung ausgehen wird, ist allerdings unwahrscheinlich, denn diese Organisationen werden auch ihr Taktieren mit der Jungen Union verantworten müssen, sie werden sich den Vorwurf anhören müssen, daß sie damit die Fronten im antimperialistischen Kampf verwässert haben, sie vor allen Dingen über allem Jubel auch in den konkreten Kampfaufgaben und -bedingungen in der BRD vorbeikommen. Mit Illusion und Heuchelei in der fortschrittlichen Bewegung in der BRD überhaupt nicht gedient.

Sicher kann die fortschrittliche Bewegung in der BRD mehr von den Vietnamern als von DKP & Co. lernen. Auf einem Freundschaftstreffen zwischen den Delegierten aus der BRD und aus Vietnam wünschte eine vietnamesische Rednerin der Jugend der BRD viel Erfolg im Kampf gegen Faschismus und Neo-Faschismus.

Bündniskommission des KB/Gruppe Hamburg



nehmen. In seiner abschließenden Stellungnahme zum Festival sagte Priemer für die SDAJ: „Das Festival hat eindrucksvoll gezeigt, daß die Zahl derer, die in aller Welt gegen Imperialismus und Krieg kämpfen, immer größer wird.“ Sie stellen „eine unüberwindliche Kraft im antimperialistischen Kampf dar. Das Festival hat weiterhin deutlich gemacht, daß die fortschrittliche Jugend immer dann erfolgreich ist, wenn sie einheitlich und geschlossen auftritt. So hat auch der Initiativkreis X, Weltfestspiele der BRD die Zusammenarbeit der verschiedenen Jugendverbände in der BRD als nützlich und vorteilhaft

drin. „Die Delegation hat im Sinne der Zielsetzung des Festivals dazu beigetragen, die Bestrebungen der Jugend- und Studentenorganisationen mit unterschiedlichen politischen, philosophischen und religiösen Anschauungen zu stärken, die auf die Ziele der Solidarität des Friedens und der Freundschaft gerichtet sind und der Entwicklung der Zusammenarbeit, des Verständnisses und der Freundschaft der Jugend der Welt dienen. Die Teilnehmer unserer Delegation haben sich in vielen freimütigen Diskussionen wie auch in Aktionen für ein Leben ohne Ausbeutung, gegen Unterdrückung und Krieg, für Solidari-

Einschüchterungsversuch gegen antifaschistischen Jugendbund

Die gegenwärtige Antikommunisten-Kampagne der Bourgeoisie betrifft auch antifaschistisch-demokratische Bewegungen. Verschieden gehen Behörden, bürgerliche Parteien und reaktionäre Presse auch „K.B.“ gegen fortschrittliche Bestrebungen in den demokratischen Jugendverbänden vor. Dieser Vorgehen verschärft sich, wenn – zu recht oder zu unrecht – vermutet wird, daß Verbände oder Teile von Verbänden den Eingangs durch den bürgerlichen Staat entgegen können, oder sich gegen diese Bevormundung sträuben. Das neueste Beispiel hierfür ist der von der Hamburg CDU angestrebte Versuch, gegen den „Ring Bündischer Jugend“ (R.B.J.) eine reaktionäre Kampagne zu ent-

wickeln und Gesinnung stellen.

In der letzten Zeit hat der „Ring Bündischer Jugend“ Schritte zur Ausweitung seiner Arbeit unternommen. Im September 1972 wurde von einer Reihe demokratischer Gruppen formell ein Verband auf nationaler Ebene gegründet, der auch im Dezember mit dem „Bund Deutscher Pfadfinder“ (BDP) zum „Bund Demokratischer Jugend“ (BDJ) zusammenschloß. Der „Bund Deutscher Pfadfinder“ war kurz zuvor aus dem imperialistischen Weltpfadfinderverband ausgeschlossen worden, weil er durch antikapitalistische Erklärungen und durch demokratische Opposition gegen das Kurs des imperialistischen Pfadfindertums des Mißfalls der Finanziere und Führer dieser reaktionären Jugendarbeit erregt hatte.

Der „Bund Demokratischer Jugend“ erklärte in seiner Satzung, daß er „im Bündnis mit den fortschrittlichen Kräften der Gesellschaft allen imperialistischen, nationalistischen und militaristischen Kräften und Ideologien“ entgegenzutreten wolle. Aktivitäten wie politische Bildungsveranstaltungen, internationale Treffen, Schüler- und Kindergruppen, Jugendzentren und Jugendwohnkollektive, Kampagnen und politische Jugendzusammenkünfte sollen aus diesem Ziel dienen.

Erwartungsgemäß blieb bei einer solchen Politik eine Gegenreaktion der Bourgeoisie nicht aus. Im November 1972 startete die CDU als Vorreiter, wie auch sonst oftmals bei dergleichen Aktionen der Bourgeoisie – eine Kampagne gegen den „Ring Bündischer Jugend“ in Hamburg. Zunächst beantragte sie im Geheim eine politische Überprüfung des Verbandes und seiner Gruppen durch die Jugendbehörde. Besondere Wut über den Vorstoß äußerte der R.B.J. mit der Feststellung, daß in der BRD ein Faschisierungsprozeß betrieben wird, gegen die „verfassungsmäßige Ordnung“ verstoßen

habe. Dazu brachte die Jugendbehörde ein Flugblatt („Gegen die Treibjagd auf ausländische Arbeiter und Studenten“) auf den Tisch, das vom KB, vom Studenten-SSB, Schüler-SSB und von der Initiative Sozialistischer Erzieher (ISE) unterzeichnet war und auf dem vermerkt war, daß der R.B.J. und das „Initiativkomitee Arbeiterhilfe“ ebenfalls zu der angekündigten Demonstration aufgerufen würden. Der R.B.J. rief damals mit einem eigenen Flugblatt zur Aktionseinheit auf.

Dieses R.B.J.-Flugblatt wurde bei der weiteren „Begegnung“ des Verbandes ignoriert. Stattdessen wurde von der Jugendbehörde behauptet, das Flugblatt vom KB, SSB, SSB und ISE sei auch vom R.B.J. unterzeichnet worden, gleichzeitig wurde einschränkend bemerkt, daß der R.B.J. eventuell nicht mit jeder Formulierung einverstanden gewesen sei, „da auch kommunistische Organisationen daran beteiligt gewesen seien“. Auf diese Weise sollte offenbar der R.B.J. verleitet werden, sich von der Aktion zu distanzieren, die Verdrehung sollte wohl eine „goldene Brücke“ zur antikommunistischen „Abgrenzung“ des R.B.J. bilden. Es wurde von der Jugendbehörde behauptet, der R.B.J. bediene sich einer „qualifizierten, undifferenzierten, grob vereinfachten, sowie beleidigenden oder verurteilenden Ausdrucksweise“. Das zielt offenbar vor allem auf die Diskriminierung kommunistischer Argumentation, von der sich der R.B.J. distanzieren soll.

Vor allem durch die CDU und ihren jugendpolitischen Sprecher Keiber wurde mehrfach in Parlamenten, auf Veranstaltungen der CDU bzw. der „Jungen Union“ und in Presseberichten versucht, die antifaschistischen Äußerungen des R.B.J. als „verfassungswidrig“ usw. anzuprangern und das

gemeinsame Vorgehen aller bürgerlichen Parteien gegen den Verband zu propagieren. Vor allem sollten dem R.B.J. in Hamburg die staatlichen Zuschüsse für Seminare, Gruppenräume usw. und für das Gehalt eines Jugendbildungsreferenten gestrichen werden. Auf diese Weise versuchte die Bourgeoisie, allen Jugendverbänden drastisch zu machen, daß sie ihren Einfluß auf die gesamte Jugend gegen jeden Widerstand zu sichern wünscht, das Durchgreifen gegen den R.B.J. soll eine „Lehre“ für alle demokratischen Kräfte in den Jugendverbänden sein.

Mit den Stimmen der SPD und der FDP beschloß dann die Deputation der Jugendbehörde (Behörde für Schule, Jugend und Berufsbildung), dem R.B.J. erstweilen noch weiter staatlich zu fördern, ihn jedoch gleichzeitig unter verschärfte Beobachtung der Staatsorgane zu stellen. Im Klartext heißt das, daß zunächst einmal der Verfassungsschutz ausdrücklich gegen die Beobachtung, welche Wirkung ihre Drohungen und Verwirrungsmanöver im R.B.J. und in den anderen demokratischen Jugendorganisationen haben. Damit soll zum gegenwärtigen Zeitpunkt erreicht werden, daß sich die demokratische Jugendbewegung von den Kommunisten distanzieren und ihre gesellschaftspolitischen Aussagen – a.B. zur Rechtsentwicklung in der BRD auf das Maß an Behebbarkeit reduziert („differenziert“) das von den „linken Sozialdemokraten oder von den „progressiven Liberalen“ ohne weiteres integriert werden kann. Gewollt oder ungewollt gefallen

sich die Revisionisten dabei wieder einmal in der glorreichen Rolle der nützlichen Idioten. Von „MSB-Spartakus“, „Marxistischem Schülerbund“ u.a. wird das Gerücht verbreitet, daß die Leitung des R.B.J. „im KB organisiert“ sei, was von einigen „Linken“-Sektoren noch überboten wird mit der Behauptung, „der R.B.J. sei eine demokratische Terrororganisation des KB“. Es gehört zu den üblichen Auswüchsen der Parteienpolitik, fortschrittliche Kräfte aus Meiner der Bourgeoisie zu liefern, wenn sie sich dem eigenen „Führungsanspruch“ nicht unterordnen wollen. In zynischer Weise wird von diesen Kräften der Versuch der Bourgeoisie, einen antifaschistischen und demokratischen Jugendverband einzuschächeln und zu isolieren, ausgenutzt, um ihrem Haß gegen den KB Luft zu machen und antikommunistische Stimmungen unter demokratischen Jugendlichen zu schüren. Die schlichte Tatsache, daß der R.B.J. mehrfach u.a. mit dem KB Aktionsbündnisse eingegangen ist, reicht diesen Kräfte aus, um sich an der Kampagne der Bourgeoisie objektiv unterstützend zu beteiligen. Daran wird man die „Aktionseinheit aller fortschrittlichen Kräfte“, nach der Macht der Revisionisten, zu messen haben.

Diese Leute haben bezweifellos genau in die Kerbe der „Jungen Union“ – Parteilugend der CDU, die auf einem Flugblatt den R.B.J. als „kommunistische Gruppe“ bezeichnet und in einer Reihe mit „KPD“ (!) und „SDAJ“ (!) stellt.

Bündniskommission des KB/Gruppe Hamburg

IMPRESSUM

Arbeiterkampf

Herausgeber – Druck – Verlag J. Reents, Verlag ARBEITERKAMPF 2 Hamburg 13, Alsbachbahn 36.

verantwortl. Redakteur: Kai Ehlers, Auflage 15.000, Erscheinungsweise monatlich, Verkaufspreis 80 Pfg. Verlagskonten: Dresdner Bank, Kto. Nr. 451 8378 J. Reents, Postfachkonto Hamburg Nr. 340 896 J. Reents

TAKTISCHES WIRRWARR

ZUR POLITIK DES ZIRKELBLOCKS (KBW) 2.TEL

Mehrere örtliche Gruppen haben sich vor einigen Wochen unter dem Namen „Kommunistischer Bund Westdeutschlands“ (KBW) als Organisation konstituiert. Ihm gehören u.a. Gruppen in Bremen, Heidelberg, Freiburg und Göttingen an. Ferner hat der KBW einen großen Sympathisantenkreis – zumeist studentische Gruppen, die „im Proletariat arbeiten“ wollen.

Der erste Teil dieses Artikels (AK 31) beschäftigte sich mit der Einschätzung, die diese Gruppen von dem Stand der Klassenkämpfe und des Kräfteverhältnisses in der BRD haben. Da die Genossen die spontanen wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeiterklasse maßlos überschätzen (während sie die politisch-ideologische Offensive der Bourgeoisie unterschätzen), kommen sie notwendig zu falschen Vorstellungen über die Rolle der Kommunisten in diesen Kämpfen.

Wie in AK 31 geschildert, gibt es vor allem zwischen den Gruppen Heidelberg (ehem. „Neues Rotes Forum“) und Bremen (ehem. KBB) des KBW Differenzen in einer Reihe „taktischer“ Fragen. Den Bremer Genossen ist dabei vorgeworfen worden, daß ihre Thesen „ökonomistische Fehler“ enthielten („Kommunistische Volkzeitung“ des KBW, Juli). Wir sind dagegen der Meinung, daß gerade die Neigung zum Ökonomismus – d.h. zur Vernachlässigung der politischen und theoretischen Aufgaben der Kommunisten – eine entscheidende Gemeinsamkeit der unterschiedlichen Tendenzen innerhalb des KBW bildet. Das soll im wesentlichen der Gegenstand dieses Artikels sein.

Lenin gegen den Ökonomismus

Ökonomismus

Lenins wichtigste theoretische Schrift gegen den Ökonomismus ist das Buch „Was tun? Brennende Fragen unserer Bewegung“, das er zwischen Ende 1901 und Anfang 1902 schrieb.

Lenin geht in „Was tun?“ davon aus, daß der Aufschwung der Arbeiterbewegung zunächst einmal spontan vor sich geht und insofern nur eine „Keimform des Klassenkampfes“ ist (Lenin versteht hier unter Klassenkampf den bewußt geführten Kampf Klasse gegen Klasse, d.h. von seiten der Arbeiterklasse den sozialistischen Kampf).

Den Arbeitern fehlt – beim spontanen Verlauf der Bewegung – das sozialistische Bewußtsein, d.h. das Bewußtsein von der unversöhnlichen Gegensätzlichkeit ihrer Interessen zum gesamten politischen und sozialen System des Kapitalismus, und von daher natürlich die Einsicht in die Notwendigkeit der sozialistischen Revolution.

Dieses sozialistische Bewußtsein kann den Arbeitern „nur von außen“ gebracht werden, d.h. aus einem Bereich außerhalb des unmittelbaren „Erfahrungshorizonts“ der Arbeiterbewegung.

„Die spontane Entwicklung der Arbeiterbewegung führt eben zu ihrer Unterordnung unter die bürgerliche Ideologie.“ „Die Arbeiterklasse fühlt sich spontan zum Sozialismus hingezogen, aber am weitesten verbreitete (und in den meisten aufsteigenden) bürgerliche Ideologie drängt sich trotzdem dem Arbeiter am meisten auf.“ (Lenin)

Aus dem Aufschwung der Arbeiterbewegung schlüsselfolgt die Ökonomen, sie müssen ihre gesamte Tätigkeit auf die Kämpfe ausrichten, die die Arbeiter im gegebenen Moment von sich aus, spontan schon führen. Da diese Kämpfe eben in erster Linie keine politischen, sondern bloß wirtschaftliche Kämpfe seien, sollten auch die Sozialisten sich daran anpassen und politische Arbeit nur auf dem Boden der stattfindenden spontanen wirtschaftlichen Kämpfe betreiben.

Lenin hielt dagegen: „Je stärker der spontane Aufschwung der Massen ist, je breiter die Bewegung wird, desto schneller, unvergleichlich schneller wächst das Bedürfnis nach einer Masse von Bewußtheit sowohl in der theoretischen als auch in der politischen und organisatorischen Arbeit der Sozialdemokratie.“

Lenin stellte deshalb den Sozialisten die Aufgabe im weitesten Sinn „politische Enthüllungen“ zu verbreiten über alle Seiten der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen. Polizei-Willkür, Bestechlichkeit im Staatsapparat, Unterdrückung bestimmter Gruppen, Unterdrückung der Studenten, Militarismus etc. Nur so kann nämlich das umfassende

sozialistische Bewußtsein des Proletariats über alle Seiten des gesellschaftlichen Lebens, über die grundsätzliche Unterdrückung des Kapitalismus hinweg, von der grundsätzlichen Unteiligkeit des Kapitalismus entstehen.

„Das Bewußtsein der Arbeiterklasse kann kein wahrhaft politisches sein, wenn die Arbeiter nicht gelernt haben, auf alle und jegliche Fälle von Willkür und Unterdrückung, von Gewalt und Mißbrauch zu reagieren; welche Klassen diese Fälle auslösen können, und eben vom sozialdemokratischen und nicht von irgendeinem anderen Standpunkt aus zu reagieren.“

Den Standpunkt der Ökonomen dagegen kann man so kennzeichnen, daß sie die Notwendigkeit der Organisation allseitiger „politischer Enthüllungen“ nicht anerkannten. Sie sagten, „daß der ökonomische Kampf im allgemeinen „das weitest anwendbare Mittel“ zur Einbeziehung der Massen in den politischen Kampf“ sei (Lenin). Die Ökonomen betonten, der spontane wirtschaftliche Kampf stöße je ohnehin die Arbeiter auf die Frage ihrer Rechtlosigkeit und Unterdrückung, an diese unmittelbaren Erfahrungen anzuknüpfen, sei die Hauptform politischer Agitation der Sozialisten im Proletariat. Lenin sagte dagegen, daß von der gesamten gesellschaftlichen Unterdrückung nur ein recht kleiner Teil direkt im nur-wirtschaftlichen Kampf stattfindet, und daß daher die von den Ökonomen vertretene „politische Agitation auf ökonomischen Boden“ eine schädliche Einengung des politischen Kampfes bedeute.

Die Auseinandersetzungen während der Metall-Tarifrunde 1971

Zur Metall-Tarifrunde 1971 trafen sich zweimal zahlreiche örtliche Gruppen, um ihre Tätigkeit zu vereinheitlichen.

Bereits auf dem ersten dieser Treffen, das am 25. Juli stattfand, wurde relativ breit über die Frage des Ökonomismus diskutiert (ein ausführlicher Artikel dazu ist in der KAB-AZ Nr. 9 unter dem Titel „Zu einigen Punkten der Diskussion“ nachzulesen).

Als Vertreter ökonomistischer Tendenzen traten auf diesem Treffen der KB/ML Weiblerin und die ABG München auf. Von diesen beiden hat inzwischen der KB/ML Weiblerin die äußerste Konsequenz gesprochen, sich selbst aufzulösen, um nur noch in isolierten Gruppen dem spontanen nur-gewerkschaftlichen Kampf am besten dienen zu können.

Als Gegenüber dieser Tendenzen traten vor allem die KBB (jetzt im KBW) und die Gruppe KAB Hamburg (jetzt im KB) auf. Es wurde behauptet, die Haupt-

front des Klassenkampfes“ in der BRD sei „gegenwärtig noch die des ökonomischen Kampfes“. Diese Aussage wurde ausdrücklich auch auf die Bourgeoisie bezogen: auch diese führe ihren Kampf gegen die Arbeiterklasse in erster Linie ökonomisch.

Der weitere Gedankengang war dann die Arbeiter lernen in erster Linie durch ihre eigenen Erfahrungen und nicht durch „politische Enthüllungen“. Erfahrungen machen die Arbeiter jedoch in den Kämpfen, die sie führen, und diese Kämpfe sind nun einmal gegenwärtig noch fast ausschließlich wirtschaftliche Verteidigungskämpfe. Aufgabe der Kommunisten könne deshalb nur sein, „aus dem ökonomischen Kampf die politische Entwicklung vorzubereiten“, d.h. eben vorwegend „politische Agitation auf ökonomischem Boden.“ Im Grunde also herrschte bei diesen Genossen die Auffassung vor, daß die Arbeiter aufgrund ihrer eigenen Erfahrungen, die sie im ökonomischen Kampf machen, dann zu einem späteren

Zeitpunkt weitestgehend spontan auch den politischen Kampf aufnehmen werden – wobei die Hauptaufgabe der Kommunisten ist, in die wirtschaftlichen Kämpfe „einzugreifen“.

Die ABG München machten daraus folgendes Schema: Die Kommunisten haben eine Hauptaufgabe. Diese Hauptaufgabe hat zwei Seiten: zum einen den „Wiederaufbau“ der Kommunistischen Partei, und auf der anderen Seite „die Anleitung, Unterstützung und Vortreibung des ökonomischen Kampfes“.

Die KAB-AZ (Nr.9) schrieb dazu: „Hauptaufgabe der Kommunisten kann nicht sein, die spontanen ökonomischen Abwehrkämpfe der Arbeiter schlechthin zu unterstützen, obwohl auch das zweifellos wichtig ist. Als Hauptaufgabe muß vielmehr gefaßt werden, umfassend über den Gesamtcharakter der politischen, ideologischen und ökonomischen Angriffe der Kapitalistenklasse aufzuklären und die Arbeiterklasse propagandistisch wie auch praktisch auf ihre Kämpfe auf allen Ebenen vorzubereiten.“

Wie schon gesagt, sind die Genossen vom KB/ML Weiblerin inzwischen bis zur äußersten Konsequenz ihrer ökonomistischen Auffassungen gegangen, indem sie ihre Organisation auflösten. In einer Schrift „Aufklärung und Lernprozesse“ (71) eines ML-Zirkels (Weiblerin 1973) legt ein Teil der Genossen seine Auffassungen der die Parteitheorie Lenins mit eigentlich eine spezielle russische Geschichte. Daß der wissenschaftliche Sozialismus „von außen“ in die Arbeiterklasse hineingetragen werden muß (wie Lenin sagt!), sei „unmaterialistisch und unideologisch“. Die „autonomen und spontan geführten Kämpfe der Arbeiterklasse“ seien „vernachlässigt“ worden, an die Stelle der „aktuellen ökonomischen und politischen Kämpfe“ der Arbeiter seien „sektorielle Sonderinteressen“ getreten.

Die Bremer Thesen

In den Thesen des KBB (Üsslage zur „Wahrheit“ Nr. 5/6, 73) wird davon ausgegangen, daß aus „objektiven Gründen“ die Kräfte der Revolution noch weitaus schwächer sind, als die der Konterrevolution. Die revolutionären Kräfte befinden sich daher in der „strategischen Defensive“ (vgl. dazu den 1. Teil des Artikels in AK 11).

Vor diesem Hintergrund wird in den Thesen als „Hauptaufgabe der Kommunisten“ angegeben, „den bürgerlichen Einfluß in der Arbeiterbewegung zu brechen.“ Auf welche Weise geschieht das? Dazu heißt es in den Thesen:

„Der zentrale Punkt nun, an dem sich die Auseinandersetzungen breiterer Arbeitermassen mit bürgerlicher Politik in der Arbeiterbewegung heute entfalten, an dem in Ansätzen auch die Rolle des bürgerlichen Staates erfassbar wird, das ist gegenwärtig der wirtschaftliche Kampf gegen die Kapitalisten und die Lohnpolitik des Staates.“

Daraus folgt für die Aufgaben der Kommunisten: „Unsere vornehmste Aufgabe ist die Entwicklung der Arbeiterbewegung an den Fragen, die sich ihr stellen.“

Und das heißt doch wohl in diesem Zusammenhang, unsere eigentliche, wichtigste, zentrale Aufgabe ist „politische (?) Agitation auf ökonomischem Boden“. Denn der wirtschaftliche Kampf, das ist der Kampf, der „möglich“ ist, der sich ohne weiteres „stellt“.

Wir sagen im Gegensatz dazu, daß gerade das umgehen muß, die Entwicklung der Arbeiterbewegung an solchen Fragen voranzutreiben, die sich ihr durchaus noch

ben, die sich ihr durchaus noch nicht unmittelbar „stellen“, weil nämlich der wirtschaftliche Kampf aus nicht darauf „stößt“ – wie etwa Abbau demokratischer Rechte, Berufsverbot gegen „extremistische“ Intellektuelle, Kommunisten-Jagd, Bürgerkriegs-Vorbereitungen, die Situation an den Schulen u.a.m.

Die Thesen konstatieren dann, daß der demokratische und anti-imperialistische Kampf in erster Linie von Studenten und Schülern geführt wird, während die Arbeiter bloß den wirtschaftlichen Kampf führen. Die Studenten und Schüler sollten diesen Kampf auch ruhig weiter führen; falsch sei es aber, „aus der Logik der Studentenbewegung heraus“ (?) „Kampagnen zu planen und in die Betriebe zu tragen“. Mit anderen Worten: wenn die Kommunisten Kampagnen (im Rahmen des demokratischen und anti-imperialistischen Kampfes) führen wollen, dann müssen sie sich „auf vorhandene oder zu erwartende (?) durch unsere Agitation unmittelbar (?) auslösbare Massenbewegung (?)“ beziehen. „Dann kann es sein, daß eine allgemein-politische (?) Kampagne, die an den Unvollkommenheiten auf der Ebene der Massenagitation vorangetrieben wird, im Betrieb nur in der Zeitungspropaganda erscheint, wo sie die fortschrittlichen Arbeiter erreicht.“

Das eben ist völliger Opportunismus, das Anpassen an die Lage, „wie sie nun einmal ist“. An den Universitäten kann man demnach schon mal eine „allgemein-politische“ (was heißt das bloß?) Kampagne riskieren, denn da ist der Boden schon vorbereitet, in den Betrieben kann man das nicht, weil leider, die Arbeiter noch nicht soweit sind, sondern bloß den wirtschaftlichen, nur-gewerkschaftlichen Kampf führen. Oder anders gesagt: „Die Arbeiter sollen den ökonomischen Kampf (genauer müßte man sagen: den trade-unionistischen Kampf, denn dieser umfaßt auch die spezifische Arbeiterpolitik) führen, die marxistische Intelligenz aber soll sich mit den Liberalen zum politischen „Kampf“ verschmelzen.“ (mit diesen Worten kennzeichnet Lenin an einer Stelle in „Was tun?“ die Position der Ökonomen).

Wir sagen dagegen, daß politische Themen – wie etwa vor einigen Monaten die Polizei-Maßnahmen gegen die Gruppe „KPD“ – nicht nur an die Universitäten gehören, daß sie auch nicht nur in die Zentralorgane gehören (wo es ein kleiner Teil der Arbeiter lesen wird), sondern daß solche Fragen in die Massenagitation gehören (Eingliederung auch vor Betrieben bzw. im Berufsverkehr Artikel in den Betriebs-Zeitungen).

Es ist notwendig, jede konkrete Erscheinung dieser Unterdrückung (der politischen Unterdrückung, Ann. AK) für die Agitation auszunutzen (so wie wir die konkreten Erscheinungen der ökonomischen

Unterdrückung für die Agitation auszunutzen haben ... Ist es doch, um die konkreten Erscheinungen der Unterdrückung für die Agitation auszunutzen, notwendig, diese Erscheinungen zu enthüllen (Wie man die Mißstände in den Fabriken enthüllen mußte, um ökonomische Agitation zu treiben“).

Wenn die Arbeiter gegenwärtig fast nur den wirtschaftlichen Kampf führen, wie kommen sie dann überhaupt zum politischen (demokratischen) Kampf? Dazu heißt es in den Bremer Thesen:

„Für die breite Einbeziehung von Arbeitermassen in den demokratischen Kampf bedeutet das, daß diese Einbeziehung nur dort geschehen kann, wo Arbeitermassen, in wie begrenzter Form auch immer, einen demokratischen Kampf schon führen.“

Das klingt zunächst vollkommen sinnlos. Die Arbeiter können in den demokratischen Kampf nur einbezogen werden, wo sie ihn schon führen!

Die Thesen erklären das so: in je-

dem ökonomischen Kampf, und sei er noch so begrenzt, „nehmen“ die Arbeiter „sich Rechte, die ihnen der bürgerliche Staat ausdrücklich verweigern will“. Deshalb ist der demokratische Kampf sozusagen im Ansatz in jedem ökonomischen Kampf schon enthalten – und dies bewußt zu machen, sei die Aufgabe der Kommunisten, um die Arbeiter in den demokratischen Kampf einzubeziehen („heranzuführen“ sagt die DKP dazu).

Das ist genau die alte, abgedroschene ökonomische Geschichte der ökonomischen Kampf, „stößt die Arbeiter auf die Frage ihrer Rechtlosigkeit“, deshalb ist der ökonomische Kampf „das weitest anwendbare Mittel“ zur Einbeziehung der Massen in den aktiven politischen Kampf.

Allerdings enthält der wirtschaftliche Kampf immer auch politische Elemente, z.B. der Einsatz der bürgerlichen Presse, Konfrontation mit der Polizei etc., die unbedingt in der Massenagitation aufgenommen werden müssen. Niemals aber darf von uns eine derartige „politische Agitation auf ökonomischen Boden“ als wichtigstes oder gar ein einziges Mittel angesehen werden, um die Arbeiter in den demokratischen (politischen) Kampf „einzubeziehen“, wie es in den Bremer Thesen geschieht.

Übrigens lehrt uns der „schlichte Augenschein“, daß es sich nicht so verhält, wie die Bremer Thesen voranzutreiben. Denn es gibt ja genug Beispiele, wo die Arbeiter sich politische Kämpfe gefaßt haben (freilich im Rahmen bürgerlicher Politik, d.h. des Sozialdemokratismus – ohne von ihren wirtschaftlichen Kämpfen unmittelbar darauf gestoben worden zu sein. Der Kampf gegen das BYG, gegen die Wiederaufrüstung, gegen die Atombewaffnung in den 50er Jahren, oder der Kampf gegen das Mißtrauensvotum der CDU/CSU 1972. Die Einbeziehung der Arbeiter in diese Kämpfe erfolgte durchaus außerhalb ihrer wirtschaftlichen Kämpfe.

In diesem Zusammenhang scheint uns folgendes bemerkenswert: auf der KBW Konferenz wurde eine Resolution „Die Entwicklung des Klassenkampfes und die Aufgaben der westdeutschen Kommunisten“ abgefaßt. Während diese Resolution in weiten Teilen eine wörtliche Übernahme vom Politischen Bericht des FA der Ki (NRP) (Heidelberg) ist, wurde ausgerechnet der oben zitierte Satz aus den Bremer Thesen in die Resolution hineingenommen, nämlich:

„Die breite Einbeziehung von Arbeitermassen kann nur dort gelingen, wo die Arbeitermassen den demokratischen Kampf in wie begrenzter Form schon führen.“ (Im Text der Resolution)

Forts. Zirkelblock

Die Genossen haben es offenbar instinktiv geschafft, alle richtigen Aussagen der Bremer Thesen (vgl. dazu AK 31) unter den Teppich zu kehren und die falschen Aussagen auszusagen als Realien herauszupicken und zu übernehmen.

Die Heidelberger „Nächsten Aufgaben“

Eine Reihe ökonomischer Fehlpositionen enthält auch der Artikel „Die nächsten Aufgaben der Kommunisten“ in der Heidelberger „Arbeiterzeitung“ vom Juni. Die ganze Tendenz des Artikels ist es, als „nächste Aufgaben“ der Kommunisten die Orientierung auf die wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeiter in den Vordergrund zu stellen, und die Frage des politischen Kampfes gegen den Abbau demokratischer Rechte, Kommunisten-Jagd etc. entweder in ihrer Bedeutung herabzusetzen oder überhaupt abzulehnen.

Andererseits (?) fällt in dem Artikel der teilweise geradezu groteske Gegensatz zwischen „linken“ und rechtsopportunistischen Aussagen über die Aufgaben der Kommunisten auf. Vor allem am Beispiel der beiden folgenden Sätze:

„Die Kommunisten müssen nicht irgendwas künstlich in Gang setzen, sie müssen das, was in Gang ist, entleeren und zusammenfassen.“

Und andererseits:

„Die Überwindung dieser Zersplitterung, die Zusammenfassung dieser Kämpfe zum einheitlichen Klassenkampf gegen die bürgerliche Diktatur und für den Sozialismus, das ist die nächste, brennende und aktuelle Aufgabe der Kommunisten.“

Im ersten Satz wird die Aufgabe der Kommunisten herabgedrückt auf das, „was in Gang ist“, und das ist doch wohl für die Arbeiter weitgehend der nur-gewerkschaftliche Kampf.

Im zweiten Satz dagegen wird den Kommunisten kühn als „nächste“, „aktuelle“ Aufgabe gestellt, die verschiedenen Kämpfe „zusammenzufassen“ zum Kampf für den Sozialismus! Das ist in doppeltem Sinn falsch: erstens ist der Kampf um den Sozialismus noch keine „aktuelle“ Aufgabe (falls man den Begriff „aktuell“ nicht in allgemeiner, nichtsagender Weise verstehen will), und zweitens kann der Kampf um den Sozialismus nicht einfach – wie es hier dargestellt wird – das Ergebnis einer „Zusammenfassung“ der Kämpfe sein, die im Moment stattfinden.

Demokratischer Kampf: „offensiv“ ... oder gar nicht?!

Die Heidelberger Ideologen haben eine besonders schlaue Kritik an uns entwickelt: der KB führe den demokratischen Kampf bloß defensiv, als Abwehrkampf. Man müsse ihn aber „offensiv“ führen, so betont J. S., „daß wir den Kampf gegen die politische Reaktion als Offensivkampf führen und ihn direkt mit dem Kampf für den Sozialismus verbinden können.“

Deshalb stellt die kommunistische Gruppe (NRK) die gegenwärtigen Kämpfe unter die Hauptparole: „Vorwärts im Kampf für die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes! Vorwärts im Kampf für den Sieg des Sozialismus!“

(NRK 3/72 – Unterzeichnung des Wortes „direkt“ durch J. S.)

Diese Theorie übernehmen sobald auch die KB-Führer, sodaß in der „Wahrheit“ vom November 72 zu lesen war:

„... wir können den demokratischen Kampf in der Arbeiterklasse nur verankern, wenn wir ihn mit dem Kampf um den Sozialismus verbinden, wenn wir uns nicht in einen defensiven Abwehrkampf drängen lassen, sondern offen den Sozialismus propagieren.“

Zu dieser Theorie vom „offensiven“ demokratischen Kampf ist zu sagen: im gegenwärtigen Stadium der Klassenkämpfe kann der demo-

kratische Kampf nur ein Abwehrkampf sein. Niemand (und wahrscheinlich nicht einmal die KBW-Führer) wird ernsthaft annehmen, heute die Arbeiterklasse unter der Parole des Sozialismus zum demokratischen Kampf zusammenzuschließen zu können. Dieser Kampf setzt sich zunächst durchaus „bescheidene“ Ziele wie Verhinderung bestimmter Gesetze (BVG, Notstandsgesetze), Schutz angegriffener Kollegen etc.

Für die Kommunisten stellt sich dabei die Frage, ob sie in derartigen Kämpfen „aufgehen“, d.h. zugunsten der Propagierung allgemein-demokratischer Ziele die Propaganda des sozialistischen Endziels „vergessen“. Diese Gefahr besteht zweifellos. Das darf aber nicht verwechselt werden mit der Frage „defensiv“ oder „offensiv“. Die „offensive“ Führung des demokratischen Kampfes durch die Kommunisten ist beim jetzigen Kräfteverhältnis eine leere Phrase. Bei den KBW-Ideologen besteht der Irrtum, die bloße Propaganda des wissenschaftlichen Sozialismus durch kommunistische Zirkel schon für eine „offensive“ Handlung zu halten. Das kommt auch in der Resolution der KBW-Konferenz zum Ausdruck, wo es heißt: „Die ideologische Offensive führen“. In Wahrheit wird darunter nur eine Versärfung der kommunistischen Agitation und Propaganda gefaßt, was aber an der politischen, ideologischen und organisatorischen Defensiv-Situation der kommunistischen- und Arbeiterbewegung unmittelbar noch nichts Wesentlichen ändert.

Alt-Heidelberg

In einem verstaubten Aktenordner fand ein Genosse nicht ohne Rührung ein altes Exemplar der Heidelberger Studenten-Zeitung „Neues Rotes Forum“ aus dem Jahre 1971. In einer so ungeheuer langen Zeit – es sind fast zwei Jahrzehnte – verschiebt sich natürlich die politische Sicht, wie folgendes Zitat aus diesem antiken NRF (es handelt sich um die Nr. 6/71) zeigt:

„Die KPD/ML befreit sich... unter Hinweis auf die allgemeine Aussage Mao-Tse-tungs 'Die Haupttendenz in der Welt ist Revolution' von der Notwendigkeit, eine taktische Klassenkampfsituation in einem bestimmten Land zu einem bestimmten Zeitpunkt zu untersuchen. Die strategische Aussage Maos und Lenins bezieht sich auf die Epoche des Imperialismus und des beginnenden Sieges der sozialistischen Revolution, erbringt aber keineswegs eine konkrete Analyse der nationalen Klassenkämpfe und eine taktische Einschätzung von deren Entfaltung. Die Tatsache, daß die westdeutsche Kapitalistenklasse die verschärfte Widerprüfe der imperialistischen Konkurrenz durch verstärkten Druck auf die Arbeiterklasse zu lösen versuchen muß, und daß dieser Lösungsversuch eine Verschärfung des Klassenkampfes bedeutet, kann uns keineswegs dazu veranlassen, den defensiven und unentfalteten Charakter des proletarischen Klassenkampfes zu übersehen und in triumphalistische und abenteuerliche Phrasen auszubrechen.“

Gell, das ist schön? Ist aber auch schon arg lange her! Inzwischen sind die Genossen genau auf dem Trip, den sie damals richtig kritisiert haben! Was mag sie bloß dazu „veranlaßt“ haben?

Die Theorie vom „offensiven“ demokratischen Kampf scheint eine besonders „linke“ Theorie. Ihre praktische Konsequenz jedoch ist ein opportunistisches Zurückweichen vor der Aufgabe, die gesamte politische Unterdrückung vor den Arbeitern zu „enttönen“ und die Arbeiter für den demokratischen Kampf zu gewinnen.

Dieser Widerspruch ist beim ehemaligen KBW sehr anschaulich. Einerseits: die Kommunisten können die Arbeiter nur für den demokratischen Kampf gewinnen, indem sie ihn mit dem Kampf um den Sozialismus verbinden. Andererseits: Die Arbeiter können in den demokratischen Kampf nur dort „einbezogen“ werden, wo sie ihn, „in wie begründeter Form auch immer“, spontan schon führen. („Thesen“ – a.o.)

Sabotage am Kampf gegen die Kommunisten-Verfolgung

Der Polizei-Überfall auf die Gruppe „KPD“, verbunden mit einer antikommunistischen Hetzkampagne in der bürgerlichen Presse und massiven Verbotandrohungen gegen alle kommunistischen Organisationen, sie sich im Mai und Juni zuschlüssen, gaben dem KBW Gelegenheit, die Konsequenzen seiner Haltung in der Praxis zu demonstrieren.

In dem Artikel „Die nächsten Aufgaben der Kommunisten“ (Heidelberger „Arbeiterzeitung“ vom Juni) heißt es dazu:

„In der gegenwärtigen Situation sich entwickelnder Kämpfe der Ar-

beiterklasse und des Volkes müssen die kommunistischen Organisationen alle Tendenzen... zum Starren auf den eigenen Nebel vermeiden.“

Und weiter: „Wenn in dieser Lage die Kommunisten den Angriff der Bourgeoisie auf sich selbst zum Hauptgedanken (!) ihrer Agitation machen, dann (!) sind sie verloren. Wenn die Kommunisten jetzt an einer Nebenfront (!!) den Kampf entwickeln wollen und sich nicht in jedem Schritt die Organisation und Zusammenfassung der Bewegungen, die jetzt und heute schon (!!) große Teile des Volkes (!!) erfassen, zur Aufgabe stellen, dann werden sie geschlagen werden und zwar verheerend.“

Mit anderen Worten: je mehr „Aufheben“ wir von der Kommunistenverfolgung machen, umso schlimmer für uns. Und umgekehrt, wenn wir die Kommunistenverfolgung möglichst gar nicht oder nur ganz am Rande erwähnen (an dieser „Nebenfront“ natürlich auch keine Kämpfe führen), und uns stattdessen (!) auf die Kämpfe konzentrieren, die „jetzt und heute“ schon massenhaft geführt werden, dann kann uns die Bourgeoisie nichts anhaben.

Das ist die letzte Konsequenz dieser Mautheldens des „offensiven“ demokratischen Kampfes!

Die praktische Umsetzung dieser krasse rechtsopportunistischen Linie sah zunächst einmal so aus: in der „Arbeiterzeitung“ (Juni) ganze drei (!) Zeilen über den Polizei-Überfall gegen die Gruppe „KPD“.

Etwas breiter wurde daneben in einer ca. 3/4 Seite Reportage über

pen), die Mißhandlungen der Bauern, das Wüten der Zensur, die Soldatenschindereien, die Verfolgung selbst der harmlosesten kulturellen Bestrebungen usw.? Darum etwa, weil ihn der „ökonomische Kampf“ nicht darauf „stößt“, wo ihm das keine „greifbaren Resultate“ verheißt und wenig „Positives“ gibt? Nein, eine solche Ansicht ist, wie gesagt, nichts anderes als der Versuch, die eigene Schuld anderen in die Schuhe zu schieben, das eigene Philistertum (alias Bernsteinianertum) auf die Arbeitermasse abzuwälzen. Wir müssen es uns selbst, unserem Zurückbleiben hinter der Bewegung der Massen zuschreiben, daß wir es noch nicht verstanden haben, genügend umfassende, aufstrebende, rasche Enthüllungen all dieser Schandtatzen zu organisieren.“

Ohne diese Sätze schematisch auf die gegenwärtige Situation übertragen zu wollen, läßt sich doch sagen, daß bei den NRF-Ideologen eben diese Haltung festzustellen ist, ihre kommunistischen Pflichten zu versäumen und sich stattdessen zu verstecken hinter den Kämpfen, die „jetzt und heute“ schon unter Beteiligung breiter Massen stattfinden; d.h. hinter der spontanen Bewegung, die es angeblich nicht erfordert oder gar nicht zuläßt, über eine so „nebensächliche“ Frage wie die Kommunistenverfolgung umfassend „Enthüllungen“ zu organisieren.

Die äußerste Konsequenz dieser Politik zog eine studentische Sympathisanten-Gruppe des Zirkelblocks, die „KG“ Köln. Ihre „Zentrale Leitung“ erklärte am 26. Mai klipp und klar:

Wir werden deshalb keine Demonstrationen organisieren oder unterstützen, solange die Massen (!) nicht selbst aufgrund ihrer eigenen Erfahrung (!!) bei der Unterdrückung ihrer Kämpfe zum Träger (!) dieser Demonstrationen werden. Dies gilt auch für den Fall, daß die Bourgeoisie ihre Verbotandrohung gegen die „KPD“ wahrmacht. Dies gilt auch, wenn die Bourgeoisie die Verbotandrohungen auf die gesamte kommunistische und demokratische Bewegung ausdehnt.“

Das heißt, den demokratischen Kampf gegen die Anschläge auf Demonstrations- und Organisationsfreiheit etc. wollen wir erst dann unterstützen, wenn die Erfahrungen des spontanen Kampfes die Arbeiterklasse selbst zum demokratischen Kampf treiben. Solange das nicht der Fall ist, mag die Bourgeoisie uns ruhig verbieten – wir werden keinen Finger rühren.

Nicht so eindeutig, sondern mehr als Eierstanz, kommt die „Kommunistische Volkszeitung“ des KBW vom Juli zu inhaltlich ähnlichen Schlußfolgerungen wie die Kölner Gruppe. Es heißt da u.a.:

„Die Kommunisten sind nicht sentimental, sondern nüchterne Vorkämpfer der Arbeiterklasse, deshalb bestimmen sie ihre Handlungen nicht nach irgendwelchen Solidaritätsgefühlen in der „ganzen Linken“, sondern nach den Notwendigkeiten des Klassenkampfes. Deshalb räumen sie nicht irgendwelchen Solidaritätsaktionen den Vorrang ein, sondern der Entwicklung der Massenkämpfe dort, wo sie stattfinden.“

O ja, wir sind nicht so „sentimental“, daß wir für eine politische Enthüllung über die Kommunistenverfolgung mehr als drei Zeilen in unserem Zentralorgan übrig haben. Wir sind erst recht nicht so „sentimental“, mit verfolgten Genossen Solidarität zu üben. Die Hamburger Sympathisanten-Gruppe des KBW, die SSG, „KG“, meinte sogar, Solidarität sei bloß ein „moralischer“ Begriff, und „moralisch“ wollen wir ja nicht mehr sein, nicht wahr? Nein, wir sind entschieden so „nüchtern“, mit Andacht „den Hinters der Proletariats zu betrachten“ (Lenin) und uns ganz auf die Kämpfe „jetzt und heute“ zu orientieren. Der spontane Kampf treibt die Arbeiter nicht zum Kampf gegen Demonstrationenverbot, Kommunistenverfolgung etc.? Dann werden wir eben auch darauf verzichten.

Allerdings wagen wir die Voraussetzung, daß diese „nüchternen“ Genossen trotz ihrer Sprüche ein Riesengewinn anstimmten werden, sobald sie selbst von der Bourge-

oisie härter angefaßt worden sollten, daß sie dann gebieterisch von der gesamten kommunistischen Bewegung Solidarität verlangen werden, und daß sie vielleicht sogar wieder mal eine „zentrale Demonstration“ einberufen werden. Wir können diese Voraussage wagen, weil wir uns noch genau an das Theater erinnern, das die Genossen vor einigen Monaten aufgeführt haben: damals hatte die Bremer CDU das Verbot des KBW (jetzt im KBW) gefordert. Noch am selben Tag erreichte uns ein Telefonanruf aus Bremen, mit dem wir dringend zur „Solidarisierung“ aufgefordert wurden. In Bremen wurde eine Art norddeutscher Sternmarsch organisiert und zwar sinngemäß so, daß z.B. Hamburger Genossen, die berufstätig sind, zeitlich gar nicht daran teilnehmen konnten, was uns dann noch von den SSC-Studenten als Mangel an Solidarität (!) ausgelegt wurde. Die Bremer „Wahrheit“ schließlich widmete dem aufregenden Ereignis volle vier (!!) Seiten, davon allein mehr als zwei Seiten „Solidaritätserklärungen“, die den KBW aus dem gesamten Bundesgebiet erreicht hatten.

Wenn bei den Genossen ein echter Stimmwandel vorläge, so wäre vielleicht eine Selbstkritik fällig? Aber ist es nicht vielmehr so, daß sie „solidarisch“ sind, wenn es um sie selbst geht, und „unsentimental“ und „nüchtern“, wenn es andere trifft?

Die Rolle der Zeitung

Die Rolle der Zeitung

Über die Funktion des Zentralorgans bestanden vor allem zwischen KBW und NRF von Anfang an bedeutende Meinungsverschiedenheiten. Diese sind sogar noch auf der KBW-Konferenz offen zutage getreten. Das ist bemerkenswert, da es ja nun ein gemeinsames Zentralorgan gibt, die „Kommunistische Volkszeitung“.

Die Bremer „Wahrheit“ erschien seit dem Februar 1972 und löste die bis dahin erscheinende „Kommunistische Arbeiterkorrespondenz“ ab. Bereits in der ersten Nummer legten die Genossen in einem Artikel „Unsere nächsten Aufgaben und die Rolle der Zeitung“ ihre Vorstellungen umfassend dar:

„Unter politischer Zeitung verstehen wir ein Organ, das auf alle Fragen des Kampfes der Arbeiterklasse und auf die Kämpfe aller anderen werktätigen Klassen eingeht, sie vom Standpunkt des wissenschaftlichen Sozialismus aus beleuchtet und – soweit das beim jetzigen Stand der Auseinandersetzung möglich ist – darüber zur politischen-theoretischen Anleitung führt.“

Aus dem Text geht außerdem hervor, daß die Genossen in der politischen Zeitung auch „die Darstellung der Auseinandersetzung über die grundlegenden Fragen der Revolution in Westdeutschland“ sehen wollten.

Der Artikel setzt sich speziell auseinander mit dem Typ der „Arbeiterzeitung“.

„Dieser Zeitungstyp läßt dadurch auf, daß er die Fragen des praktischen Kampfes nur in sehr oberflächlicher Weise theoretisch beleuchtet: Die Auseinandersetzung innerhalb der kommunistischen Bewegung findet in den Spalten der „Arbeiterzeitung“ nicht statt. Die Schreiber dieser Zeitung geben offenbar davon aus, daß für die Arbeiter eine besondere Propaganda notwendig ist, die sie möglichst mit theoretischen Fragen, mit der Auseinandersetzung unter den Kommunisten, mit den grundsätzlichen Fragen von Strategie und Taktik nicht belastet.“

Diese Kritik traf damals schon gerade die Heidelberger „Arbeiterzeitung“ des NRF, und genauso ist stets die inhaltliche Ausrichtung der Heidelberger Zeitung geblieben.

Vom ARBEITERKAMPF, der zum Zeitpunkt dieses Artikels auch erst in zwei oder drei Ausgaben vorlag, heißt es, daß seine weitere Entwicklung „noch unklar“ sei, da sich damals auch beim ARBEITERKAMPF immer noch die Kennzel-

Forts. Zirkelblock

chen der oben beschriebenen „Arbeiterzeitung“ geltend machen. In der März-Nummer des AK („Zur Zeitungsbildung des Kommunistischen Bundes“) nahmen wir diese Kritik der „Wahrheit“ auf und erkannten ihre grundsätzliche Berechtigung an. Wir haben den genannten Artikel der „Wahrheit“ auch als Hilfe bei der Ausrichtung unserer eigenen Zeitungs-Arbeit verstanden.

Allerdings hielten die Bremer Genossen selbst sich nicht völlig an die von ihnen propagierten Prinzipien. In der „Wahrheit“ nahm der politisch-theoretische Kampf innerhalb der kommunistischen Bewegung immer nur einen zu geringen Raum ein. Im Vordergrund standen in der Regel abstrakt-organisatorische Abhandlungen, die vom politischen Inhalt losgelöst waren, und die wesentlich dem formalen Zusammenschluß des Zirkelblocks dienen sollten, ohne dessen politisch-theoretische Ausrichtung jemals ernsthaft zur Diskussion zu stellen. (Das gilt natürlich nicht für die Veröffentlichung der „Thesen“ als Beilage zur „Wahrheit“ im Mai/Juni 73, aber eben das, was erst unmittelbar vor der formalen Gründung des KBW). Mit anderen Organisationen hat sich die „Wahrheit“ im wesentlichen nicht auseinandergesetzt, abgesehen von der praktischen Frage der Haltung zu den Bundestagswahlen sowie zwei langen Artikeln zur Gruppe „KPD/ML“.

Dennoch muß differenziert werden, daß die Bremer „Wahrheit“ insgesamt die Funktion einer politischen Zeitung entschieden vollständiger ausfüllte als die Heidelberger „Arbeiterzeitung“. Denn das NRF lebte es ausdrücklich ab, die Auseinandersetzungen innerhalb der kommunistischen Bewegung in seine „Arbeiterzeitung“ aufzunehmen (vgl. dazu AK 25, 3.9: „Warum muß die Auseinandersetzung vor der Arbeiterklasse geführt werden?“).

In den Bremer „Thesen“ (Mai/Juni 73) wurde zur Rolle der Zeitung folgendermaßen Stellung genommen:

„Eine politische Zeitung von Kommunisten, welche die Entwicklung des Klassenbewußtseins voran-

treiben soll, muß gerade den einzelnen Arbeitern, die sich uns heute zuwenden, Material zum Lernen geben, auf ihre Fragen antworten. Sie muß darum der Behandlung unserer gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse, der Kritik falscher Anschauungen, der Darlegung und Erörterung taktischer Fragen und der umfassenden Information über die Entwicklung der proletarischen Befreiungsbewegung in der ganzen Welt Vorrang geben vor dem Versuch, heute schon A u s d r u c k der Proletarischen Klassenbewegung in Westdeutschland zu setzen. Ausdruck der westdeutschen Arbeiterbewegung wird eine kommunistische Zeitung heute nur sehr begrenzt sein können, so sehr sie sich bemühen muß, z.B. über die Anregung und Veröffentlichung von Arbeiterkorrespondenzen den Weg dahin zu gehen. Ihr Hauptanliegen aber muß heute darauf gerichtet sein, durch die Reichhaltigkeit ihrer Meldungen und Berichte, die Klarheit und Gründlichkeit ihrer Artikel das Interesse der Fortgeschrittenen zu erregen und ihnen immer mehr unentbehrlich zu werden für ihr politisches Lernen. Nur über diesen Weg kann sie dahin kommen, auch zum Ausdruck einer neu sich entwickelnden kommunistischen Arbeiterbewegung zu werden.“

Das halten wir durchaus für richtig, und es entspricht dem, worum wir uns in unserer Presse-Arbeit bemühen. Innerhalb des KBW konnten sich diese Vorstellungen jedoch nicht durchsetzen. In dem Bericht der KVZ über die KBW-Konferenz heißt es dazu: „...Demgegenüber vertrat die spätere Mehrheit die Auffassung, daß sich die Zeitung auf die gegenwärtigen Kämpfe ausrichten müsse und auch wenn sie vorläufig nur eine geringe Zahl der fortgeschrittenen Arbeiter erreicht, anleitet in die Kämpfe eingreifen müsse. Die Propaganda selbst müsse sich auf die praktischen Kämpfe beziehen und dürfe nicht als losgelöste Propaganda des wissenschaftlichen Sozialismus verstanden werden.“

Außerdem wurde den Bremer Genossen vorgeworfen, sie hätten sich „nicht auf die Massenkämpfe, sondern auf ein falsch verstandenes Bildungsbedürfnis der fortgeschrittenen Arbeiter ausgerichtet“.

In der schließlich beschlossenen Resolution der KBW-Konferenz heißt es: „Das Zentralorgan. Es ist das wichtigste Mittel für die Gewinnung und Erziehung der fortschrittlichen Arbeiter und für die politische Anleitung der Organisation. Es nimmt Stellung zu allen politischen Fragen der Arbeiterbewegung, dient der Zusammenfassung der Kämpfe zum politischen geführten Klassenkampf und stellt den Zusammenhang des national geführten Klassenkampfes mit den internationalen Klassenkämpfen und den Befreiungskämpfen der unterdrückten Völker her. Das Zentralorgan kann seine politische Aufgabe nur erfüllen, die fortschrittlichen Arbeiter zu gewinnen und die Arbeit der Kommunisten anzuleiten, wenn es sich an die Massen wendet und dadurch direkt der Massenarbeit der Kommunisten und der Auseinandersetzung der fortgeschrittenen Arbeiter mit ihren Kollegen dient.“

Diese Aufgaben-Bestimmung ist in sich selbst widersprüchlich. Wir sehen nicht, wie sich eine Zeitung „an die Massen“ wenden und gleichzeitig als „wichtigstes (!) Mittel“ für die „Erziehung der fortschrittlichen Arbeiter“ dienen soll. Wenn die politische Zeitung gerade die fortschrittlichen Arbeiter voranbringen soll (das Wort „Erziehung“ ist wohl nicht unbedingt treffend), dann kann das eben keine Zeitung für die „Massen“ sein. Eine Zeitung, die sich „an die Massen“ wendet, wird gerade den fortschrittlichen Kollegen nicht jene Informationen und jenes Wissen geben können, das sie wollen und benötigen. Sie wird entweder über die Köpfe der „Massen“ hinwegreden, oder sie wird die bewußten Kollegen durch politisch-ideologische Seichtheit und Widerkauen von „Banalitäten“ (im Bewußtsein dieser Teile der Arbeiterklasse) langweilen und abstoßen.

Man muß ganz klar sehen, daß man keine Zeitung machen kann, die sozusagen „alles in einem“ ist und alle Bedürfnisse zufriedensstellt. Die Entscheidung stellt sich: entweder eine Zeitung „an die Massen“, oder eine Zeitung, die sich für eine politisch bewußtere Minderheit. Als „dritter Weg“ bleibt bloß ein buntes Mischmasch, wo man vorn die Seiten mit Streik-Reportagen „für die Massen“ füllt

und hinten ein oder zwei Bonbons für die „Fortgeschrittenen“ bringt. Das ist eben – zugegeben! – ausgedrückt – das Gesicht der ersten Nummer der „Kommunistischen Volkszeitung“ des KBW.

Das unmittelbare „Eingreifen“ in die Kämpfe wird immer eine Aufgabe der Agitation durch Flugblätter sein.

In der oben zitierten Stellungnahme der KVZ (Juli) zur Behandlung der Zeitungsfrage auf der KBW-Konferenz kommen die falschen Positionen noch klarer zum Ausdruck als in der Resolution, die wohl schon ein Kompromiß zwischen Positionen der KBB einerseits und der Konferenz-Mehrheit (vor allem wohl NRF) andererseits sein dürfte.

In dieser Stellungnahme wird die Ausrichtung der politischen Zeitung (Zentralorgan) „auf die gegenwärtigen (!) Kämpfe“ gefordert. Die Propaganda soll sich auf die „praktischen (!) Kämpfe“ beziehen, und „praktisch“ sind eben die Kämpfe, die die Arbeiter spontan führen. Schließlich wird die Alternative gemacht: Ausrichtung entweder auf die „Massenkämpfe“ oder auf „ein falsch (!) verstandenes Bildungsbedürfnis der fortgeschrittenen Arbeiter“. Das heißt: die Zeitung soll sich auf die spontane Arbeiterbewegung ausrichten, sie muß die „gegenwärtigen Kämpfe“ in den Mittelpunkt stellen. Wir meinen dagegen, daß es – ohne die „gegenwärtigen Kämpfe“ zu vernachlässigen – gerade darum geht, auch solche Fronten des Klassenkampfes zu beleuchten, wo die werktätigen Massen den Kampf noch kaum aufgenommen haben (alle Fragen des demokratischen Kampfes, Kampf um die Wohnung und die Schule, politisch-ideologischer Kampf). Die Frage der Zeitung steht – zusammen mit der der Organisation – im Zentrum von Lenins Schrift „Was tun?“. Und die „Ausrichtung auf die gegenwärtigen Kämpfe“ (das sind eben die spontanen, nur-gewerkschaftlichen Kämpfe) war gerade die Position des russischen Ökonomismus. Dagegen ist das angeblich „falsch verstandene Bildungsbedürfnis“ in den Bremer „Thesen“ gerade die Aufgabe, die Lenin der politischen Zeitung stellte, nämlich die Vermittlung von

„politischem Wissen“. Lenin versteht darunter „unpolitisches Wissen, das die Arbeiter allein aus ihren Erfahrungen in der Fabrik und im ökonomischen Kampf nicht gewinnen können, sondern das entsteht durch die lebendigen Erhellungen dessen, was gerade jetzt unsere Regierung und unsere herrschenden Klassen auf allen Lebensgebieten tun.“ „Wer die Aufmerksamkeit, die Beobachtungsgabe und das Bewußtsein der Arbeiterklasse ausschließlich oder auch nur vorwiegend auf sie selber lenkt“ (die Ausrichtung auf die „praktischen Kämpfe“! Anm. AK), „der ist kein Sozialdemokrat.“ (Lenin, „Was tun?“).

Anmerkungen

Auf einige praktische Fragen der Politik des KBW wird in diesem Artikel nicht eingegangen, da sie schon früher im AK angesprochen wurden. Wir verweisen dazu auf AK 31, „Der Streik bei Klöckner“, insbesondere S. 4/5 sowie in derselben Ausgabe „Kommunismus oder Judentum-Oekonomismus?“ (S. 26/27). Dazu auch AK 30: „Streiks in der Metallindustrie – Spontaneismus oder kommunistische Propaganda“, insbesondere S. 7/8. Mit dem Zirkelblock befaßte sich außerdem die Artikel-Folge „Wie sich das Zirkelwesen am eigenen Schopf aus dem Sumpf zieht“ in AK 24 und AK 25.

Artikel etc. des Zirkelblocks (KBW), auf die im Artikel Bezug genommen wird, sind insbesondere:

„Thesen zur Taktik der westdeutschen Kommunisten“, Beilage der „Wahrheit“ Nr. 5/6, 73 „Die nächsten Aufgaben der Kommunisten“, „Arbeiterzeitung“ (NRF), Juni 73 „Ergebnisse der Gründungskonferenz des Kommunistischen Bundes Westdeutschlands“, Heidelberg (Broschüre) „Kommunistischer Bund Westdeutschland gegründet“ „Kommunistische Volkszeitung“, Juli 73 „Politischer Bericht des ZA der KG (NRF)“, „Neues Rotes Forum“, 3/73

Häufigeres Erscheinen des 'Arbeiterkampf'?

Redaktionelle Anmerkung

In einer redaktionellen Anmerkung im ARBEITERKAMPF Nr. 30 erklärten wir die Absicht von Leitung und Redaktion, die Diskussion um ein möglicherweise häufigeres Erscheinen der Zeitung (14-tägig ?) zu führen. Die Leser unserer Zeitung wurden um Stellungnahme zu diesem Problem gebeten. – Inzwischen sind eine Reihe von Stellungnahmen – vor allem aus der Organisation – bei der Redaktion eingegangen. Darin wird im wesentlichen die Meinung vertreten, daß häufigeres Erscheinen des ARBEITERKAMPF politisch notwendig ist und daß die Organisation die Kräfte bereitstellen sollte, um diesen Auftrag zu erfüllen. Strikt wird aber abgelehnt, ein häufigeres Erscheinen mit einem Sinken des bisherigen Niveaus der Zeitung billig zu „erkauft“. Ein Auflagen-Rückgang dagegen wird wegen der dann verkürzten Verkaufszeit von der Mehrheit der Stellungnahmen in Kauf genommen.

In einer Stellungnahme (die sicherlich nicht bloß eine vereinzelt Meinung eines Genossen widerspiegelt) wird argumentiert, daß es schon jetzt ziemlich anstrengend ist, eine 20- bis 30-seitige Zeitung einmal im Monat „genau zu studieren“, daß dies vor allem ein „Problem der werktätigen Genossen“ und Sympathisanten und auch der Kollegen sei. Darüber hinaus sei beim derzeitigen Niveau der politischen- und Arbeiterbewegung ein häufigeres Erscheinen als bisher politisch nicht zu begründen.

Nicht zuletzt wollen wir hier auch mit Dank einige Geld-Spenden erwähnen, die bei uns eintreffen. Wir schreiben zwar, daß ein 32-seitiger ARBEITERKAMPF „gefährlich in die Nähe der Liquiditäts-Grenze“

rücke, eine genauere Nachkalkulation ergab jedoch, daß diese Grenze bei 32 Seiten bereits überschritten wird. Insofern sind wir auch weiterhin für Geldspenden sehr dankbar, die wir auch besonders gut für den weiteren Ausbau unseres Verlages brauchen könnten.

Wir wollen hier zwei Leserbriefe zu diesem Problem abdrucken, die uns von außerhalb der Organisation und ihres direkten Sympathisanten-Stammes zugesandt wurden. Der erste Leserbrief – von der „Gesellschaft für albanisch-chinesisch-deutsche Freundschaft e.V.“ (Frankfurt) – nimmt sehr kritisch und mit Bedenken zu den Vorstellungen der Redaktion Stellung, während der zweite Leserbrief – aus Hamburger Juso-Kreisen – ein möglichst schnelles 14-tägiges Erscheinen des ARBEITERKAMPF befürwortet.

1. Leserbrief

„... Zum Schluß eine kurze Bemerkung zum ARBEITERKAMPF und einer Überlegung in Nr. 30, den ARBEITERKAMPF in kürzeren Zeiträumen erscheinen zu lassen: Wir würden es bedauern, wenn wegen kürzerer Erscheinungsweite die langen, gründlichen und sehr informativen Artikel verschwinden, um „abzuheilen“ zu sein, mehr auf den täglichen Kleinkram eingehen zu können. Denn gerade das zeichnet den ARBEITERKAMPF gegenüber anderen kommunistischen Zeitungen aus, daß er auf bloße Meldungen usw. verzichtet und versucht, allseitig ein Problem aus kommunistischer Sicht zu untersuchen. Lieber sehen wir

einen monatlichen ARBEITERKAMPF – sich hin zu einem kommunistischen Arbeitermagazin entwickeln – mit vielen Seiten, als ein weiteres in der Hitze gemachtes Wochenblattchen voll von utopischem Sozialismus. Auch würde der wöchentliche oder vierzehntägige Vertrieb eure Genossen so sehr beschäftigen, daß darunter die eigenständige Arbeit der einzelnen Gruppen wesentlich leiden wird. Rot Front!“

GESELLSCHAFT FÜR ALBANISCH-CHINESISCH-DEUTSCHE FREUNDSCHAFT E.V.

2. Leserbrief

„Liebe Genossen! Als begeisterter Leser und Verbreiter des ARBEITERKAMPF möchte ich zu einer Überlegung, ob der „AK“ 14-tägig erscheinen sollte, Stellung nehmen.“

Grundsätzlich bin ich dafür, die Zeitung 14-tägig, wenn möglich noch öfter, erscheinen zu lassen. Inhaltlich ist meines Erachtens am „AK“ nichts auszusetzen. Soweit ich das beurteilen kann, ist der „AK“ wohl die hervorragendste kommunistische Publikation in der BRD vom Inhalt, von der Aufmerksamkeit und vom Stil her (auch wenn dieser ab und zu zu polemisch in seiner Ausdrucksweise, die zwar verständlich, manchmal aber auch abstoßend ist).

Mit meinem Plädoyer für ein 14-tägiges Erscheinen möchte ich allerdings auch die Artikel-Länge verkürzt und somit in ihrer Qualität für die noch zu erreichenden Leser

erhöht sehen. Dabei bestreite ich auf keinen Fall die Notwendigkeit ausführlicher Berichterstattung. Doch gibt es gerade das häufigere Erscheinen des „AK“ die Möglichkeit, ein Thema fortzusetzen.

Genossen, ich bitte Euch, in der Diskussion, falls ihr dieses Schreiben im AK verwenden wollt, meinen Namen nicht zu erwähnen. Mit kommunistischem Gruß

ein JUSO

Inbesondere die politischen Bedenken, wie sie im Brief der „Gesellschaft“ ... zum Ausdruck kommen, stimmen mit Argumenten überein, wie sie auch zahlreich innerhalb der Organisation und auch der Leitung und Redaktion geäußert wurden. Keinesfalls also werden wir die Zeitung von heute auf morgen, sozusagen auf bloßen „Beschluss“ hin, 14-tägig erscheinen lassen, wenn

auch diese Marke als ein in überschaubarem Zeitraum zu erreichendes Ziel bleiben soll.

Wir werden größere Anstrengungen im Bereich der Redaktion (inkl. Kommissionen), der Herstellung und des Vertriebs und Verkaufs unternehmen, um schrittweise zu kürzerer Erscheinungsweite überzugehen. Als vorläufige Zwischenstufe ist ein 3-wöchentliches Erscheinen ins Auge gefaßt worden, wobei der ARBEITERKAMPF dann etwa 24 Seiten umfassen soll (damit er sich finanziell selbst trägt). – Mit dieser redaktionellen Anmerkung soll die Diskussion um unsere bisherige Pressearbeit keineswegs abgeschlossen sein. Wir würden uns freuen, auch weiterhin Stellungnahmen zu diesem Thema von unseren Lesern zu erhalten.

AK-Redaktion

Berichtigung

Zum Artikel „Der Mythos der Selbstorganisation“ im ARBEITERKAMPF Nr. 28, der sich mit dem „Sozialistischen Büro“ befaßte, schreibt uns ein Leser:

„... Genossen, eure Kritik kann ich voll unterstützen, da ich mich auch mal ein wenig mit den Leuten vom SB beschäftigt habe. Ich möchte Euch darum auch einige Informationen geben, die Ihr vielleicht verwenden könnt.“

Nun zum zweiten: Ihr schreibt am Ende des Artikels über ein Hamburger Lehrlingszentrum (LZ). Genossen, Ihr könnt doch nicht über ein Lehrlingszentrum schreiben, das es gar nicht gibt. Wenn Ihr solche falschen Informationen bringt, dann haun Euch doch die Leute von LZ mit Freuden in die Pfanne. Solche Fehler dürfen nicht passieren. Wenn Ihr es genau wissen wollt, LZ heißt Lehrlingszeitung und wurde Anfang 1970 gegründet ... Sie nennt sich zwar „Lehrlingszeitung“, aber die

Lehrlinge führten von Anfang an eine Statistenrolle und durften so am Layout mit rumknippen ...“

Der Genosse hat Recht! Zwar gab es mal in Hamburg ein „Lehrlingszentrum“, das mit der LZ zusammenhing, nämlich des sogenannten „Jour Fix“, das nach Angaben der LZ vor zwei Jahren aufgelöst wurde. „LZ“ heißt aber hier eindeutig „Lehrlingszeitung“. Der Irrtum ist beim Verfasser durch einen vom LZ-Redaktionskollektiv, Hamburg geschriebenen Artikel in der SB-Zeitschrift „links“ vom Oktober 72 entstanden. In diesem Artikel werden nämlich die Buchstaben LZ durcheinander als Abkürzung für „Lehrlingszentrum“ und „LZ“ für „Lehrlingszeitung“ gebraucht.

Trotzdem, solche Fehler dürfen nicht passieren! Aber es gibt wohl niemanden, der keine Fehler macht. Unser Ziel ist, mit Unterstützung unserer Leser so wenig Fehler wie möglich zu machen.

AK-Redaktion

Zur weiteren Entwicklung des Kampfes gegen den Bombenabwurfplatz Nordhorn-Range

Im Juni führte die Bevölkerung von Klausheide und Nordhorn einen heftigen Kampf für die Aufhebung des Nato-Bombenabwurfplatzes Nordhorn-Range, um sich von dem Jahrzehnte andauernden unerträglichen und gesundheitlich schädlichen Lärm und anderen durch den Übungsbetrieb verursachten Gefahren zu befreien (wir berichteten ausführlich darüber im AK Nr. 30 vom Juli 73). Nach der gewalttätigen Räumung des von der Bevölkerung besetzten Platzes durch die dort stationierte Polizeiarmerie (1.000 Mann) begann in konzentrierter Aktion aller bürgerlichen Kräfte eine Kampagne gegen die Bewegung, die schließlich zur weitgehenden Einstellung aller Aktionen der Bevölkerung und zur erneuten „Verlagerung“ des Kampfes auf die Ebene „friedlicher Verhandlungen“ insbesondere mit dem Bundesverteidigungsministerium führte. Uns den Preis einer zweistündigen Flugpause während der Mittagszeit ab August 73 deorganisierte vor allem die „Notgemeinschaft“ mit dem Kleinunternehmer und Vorsitzenden der Jungen Union (CDU) W. Hanisch an der Spitze den Kampf und betrieb nach Kräften die Demobilisierung der Bevölkerung – mit Erfolg! Über einzelne, von meistens nur wenigen Menschen getragene Aktionen kam die Bewegung nach der als „vorläufigen Schlußpunkt der Aktionen“ propagierten Großkundgebung am 23.6.73 und der am 4.7.73 zwischen Bundesverteidigungsminister Leber und der „Notgemeinschaft“ geschlossenen Vereinbarung über die Einstellung aller Aktionen bis zum 30. August kaum mehr hinaus.

Unter den derzeitigen Bedingungen ist ein schneller Erfolg der Bevölkerung im Kampf gegen Nordhorn-Range nicht möglich. Trotz aller Kritik von Teilen der Bevölkerung an einzelnen Maßnahmen der „Notgemeinschaft“ hat sich bislang keine Klarheit darüber entwickelt, daß die „Notgemeinschaft“ sich im grundsätzlichen Komplex mit dem bürgerlichen Staat befindet: daß das „Problem“ Nordhorn-Range kein „regionales Sonderproblem“ ist, sondern ein Problem, wie es in ähnlicher Weise notwendig immer wieder vom Militarismus hervorgebracht wird; daß das bürgerliche Militär in jeder Hinsicht volksfeindlich ist. Vor allem die Erkenntnis dieser Zusammenhänge ist die Voraussetzung für den Fortschritt der Bewegung. Hier ergeben sich wichtige Aufgaben für die kommunistische Agitation und Propaganda.

Am 4. Juli konferierte eine Delegation der „Notgemeinschaft“ und mehrere Kommunalpolitiker des Nordhorer Raumes in Bonn mit dem Bundesverteidigungsminister Georg Leber (SPD). Ziel dieser Konferenz war es eindeutig nicht, die Forderungen der Bevölkerung nachdrücklich darzulegen, sondern in der Frage, wie die Bewegung in den Grenzen bürgerlicher Politik zu halten ist, einen gemeinsamen Nenner zu fin-

Ergebnis der Bonner Verhandlungen war eine zweistündige Flugpause in der Mittagszeit ab August 73 sowie das Versprechen Lebers auf „Bemühungen um eine weitere Entlastung“ von Nordhorn-Range. Allerdings wurde der Übungsbetrieb um eine Stunde am Abend wieder ausgedehnt. Dieses Ergebnis wird von Hanisch als „rundweg positiv“ bezeichnet; man kehre „mit dem Gefühl zurück, etwas erreicht zu haben,

zelen, während Aktionen „unbedachte Handlungen“ sind, die die „Bemühungen des Verteidigungsministeriums ... torpedieren“.

Auf einer wenige Tage nach dem Gespräch mit Leber stattfindenden Bürgerversammlung wird die Haltung der „Notgemeinschaft“ von den Anwesenden scharf kritisiert: die „Notgemeinschaft“ habe die Forderungen nur teilweise und mit wenig Nachdruck vertreten oder überhaupt fallengelassen. Bei einer Abstimmung stimmt die Mehrheit der Versammelten entgegen den Vorschlägen der „Notgemeinschaft“ für die Durchführung weiterer Aktionen. Sofort im Anschluß an die Versammlung wird eine Demonstration zu den britischen Kasernen durchgeführt.

splittiert und unter relativ geringer Beteiligung der Bevölkerung durchgeführt worden sind; daß hinter den Aktionen keine Klarheit über den langfristig weiter einschlagenden Weg steht und auch positive Ansätze wie z.B. der Versuch des Protestzettelers, die Solidarität mit dem Kampf der Nordhorer und Klausheider Bevölkerung über die regionalen Grenzen hinauszutragen, vorerst nicht weiterverfolgt werden.

Die „Notgemeinschaft“ bejaht grundsätzlich die Nato, die „Verteidigungsbereitschaft“ usw. Von daher wird sie den Kampf gegen Nordhorn-Range immer zu begrenzen versuchen, weil das politisch-militärische Interesse der Bourgeoisie an der Aufrechterhaltung des Übungsbetrie-

stehende Linie, die grundsätzliche Bejahung des bürgerlichen Staates und Militärs als ständiger Verursacher solcher Probleme, im Blick zu haben; also die „gemeinsame Basis“ (GN 6.7.) zwischen „Notgemeinschaft“ und Leber, von der Hanisch spricht. Unter solchen Bedingungen kann es der „Notgemeinschaft“ immer wieder gelingen, sich als Führung im Sattel zu halten.

Angesichts der Tatsache, daß in Nordhorn selbst keine Kräfte vorhanden sind, die in diese Richtung der Bewußtwerdung der Bevölkerung über die politischen Zusammenhänge arbeiten, dies aber die wesentliche Voraussetzung für den Fortschritt der Bewegung ist, haben wir uns entschlossen, in Nordhorn eine konti-



Die Delegation der „Notgemeinschaft“ bei Verteidigungsminister Leber. Von links nach rechts: Josef Sits (Unternehmer), Harald Parade, Heide Hoffmann, Wilfried Hanisch (Unternehmer, CDU, Sprecher der „Notgemeinschaft“), Leber.

Notgemeinschaft, Leber.

Mitte Juli wird die Bereitschaftspolizei aus Nordhorn-Range abgezogen. In der Nacht vom 19. zum 20. Juli unternahmen nach Berichten der GN 25 bis 30 Klausheider den vergeblichen Versuch, den Stachelrahlverhau auf den Brücken zur Range über den Ems-Vechte-Kanal mit Zangen zu beseitigen.

Am 28./29. Juli errichten Jugendliche aus dem „Offenen Jugendzentrum Nordhorn“ erneut ein Protestzeltlager an der B 213. Ziel ist es, Durchziehende auf den Kampf der Bevölkerung aufmerksam zu machen, sie zu informieren und zur Solidarität aufzurufen (Unterschriften-sammlung). Es werden dort Flugblätter verteilt, Plakate verkauft und Spenden gesammelt. Viele Besucher des Zeltlagers nehmen Unterschriften mit in ihre Heimatorte, um in ihrem jeweiligen Wohnbereich über die Belange der Bevölkerung zu informieren und Solidaritätsunterschriften zu sammeln. Allerdings ist das Lager nach ca. 1 Woche wieder abgebrochen worden.

Weitere Aktionen sind uns nicht bekannt. Das alles zeigt, daß das einmal vorhandene Niveau an Spontaneität und Militanz vorläufig fast ganz beseitigt werden konnte, was durchaus dem Wesen spontan vortretender Kämpfe entspricht; daß die Aktionen der letzten Wochen zer-

bes den Interessen der Bevölkerung zu entsprechen verbietet. Die „Notgemeinschaft“ kann also letzten Endes nur politisch durchschaut werden von der Bevölkerung, wenn die Zusammenhänge zwischen Militarismus und den Auswirkungen desselben in allen gesellschaftlichen Bereichen klar werden.

Die Erfahrungen der Bevölkerung mit den staatlichen Institutionen und Apparaten, mit Politikern, mit „friedlichen Verhandlungen“ usw. sind relativ umfangreich vorhanden, bislang aber eben noch nicht bewußt verarbeitet worden. Praktisch wirkt sich das dann so aus, daß die Kritik an der Politik der „Notgemeinschaft“, beispielsweise an deren Verhandlungsführung in Bonn, stets nur den konkreten, aktuellen Fall sieht, ohne die dahinter-

stehende Propagandaarbeit aufzunehmen. Seit Nr. 30 wird dort der ARBEITERKAMPF von einer Vertriebsgruppe der Oldenburger KB-Gruppe verkauft. Auf der Großkundgebung verteilten wir ein Flugblatt, ein weiteres eine Woche später (identisch mit dem Artikel „Krieg und Frieden“ im ARBEITERKAMPF 30). In den Flugblättern beleuchteten wir die abwegige Politik der „Notgemeinschaft“, die Frage von Verhandlungen und Aktionen ... Allerdings haben wir es in unserer bisherigen Agitation in Nordhorn noch zu sehr vernachlässigt, deutlich zu machen, daß das Problem der Bevölkerung nur im Kampf gegen den Militarismus, gegen den bürgerlichen Staat gelöst werden kann.

KB/Gruppe Oldenburg

48 Verfahren gegen Demonstranten

Erörterungstermin der Notgemeinschaft am Montag

GN Nordhorn/Klausheide. Insgesamt 48 Verfahren, zumeist wegen Landfriedensbruchs und Gefährdung des Straßenverkehrs, sind bei der Staatsanwaltschaft in Osnabrück im Zusammenhang mit den Demonstrationen gegen den NATO-Schießplatz Nordhorn-Range anhängig. Den teilte die Justizbehörde den GN gestern auf Anfrage mit. In einigen Fällen richtet sich die Anklage allerdings „gegen Unbekannt“. Die Notgemeinschaft Bombenabwurfplatz Nordhorn-Range will, wie Wilfried Hanisch mitteilte, am Montag um 10 Uhr im Dorfgemeinschaftshaus Klausheide mit allen Personen, gegen die Verfahren angestrengt werden, die erforderlichen Schritte erörtern.

den. So betonte Hanisch die Notwendigkeit, ein Verhandlungsergebnis zu erzielen, andernfalls „müßten die Verantwortlichen der „Notgemeinschaft“ ihren Rücktritt in Erwägung ziehen, da sie dann die zu Recht aufgebracht Bürger nicht mehr zu steuern in der Lage sind. Damit wäre dann der Weg frei für radikale Gruppen“. Solches Bemühen weiß Minister Leber zu honorieren, wenn er „begrüßt, daß die Notgemeinschaft die Sache in die Hand genommen habe, um zu verhindern, daß Aktionen außerhalb jeder Kontrolle stattfinden“ (Weiß Zitate aus den „Graschauer Nachrichten“ vom 6. Juli).

was der Bevölkerung zeigt, daß bei gutem Willen vieles möglich ist“. Konsequenterweise hält es Hanisch „für verfehlt, die jetzt anlaufenden Bemühungen des Verteidigungsministeriums mit neuen Aktionen zu torpedieren. Die bei dem Gespräch nach Meinung der Notgemeinschaft geschaffene gemeinsame Basis soll nicht mit unbedachten Handlungen belastet werden“ (GN 6.7.).

Die ganze Bonner Veranstaltung hat vor allem den ideologischen Zweck, der Bevölkerung einzureden, man könnte die Forderungen nach und nach bei gutem Willen durch Verhandlungen durchset-

Neue Polizei-Provokationen in Nordrhein-Westfalen

Dem „Roten Morgen“ der „KPD/Mit.“ vom 18. August entnehmen wir die folgende Meldung:

„Am 9.6. drangen früh morgens schwer bewaffnete Polizei, darunter einige Beamte sogar im kugelsicheren Westen, in das Haus Wolfahrtstr. Nr. 86 in Bochum ein. In diesem Haus wohnen unter anderem auch Sympathisanten unserer Partei.“

Unter dem Vorwand, daß der Name einer Hausbewohnerin in dem Notizbuch einer angeblichen Anarchistin gefunden worden sei, sollte eine Hausdurchsuchung stattfinden. Obwohl der Durchsuchungsbefehl nur auf ein Zimmer ausgestellt war, wurde gleich das gesamte Haus gefilzt. Laut schlugen die Bullen an die Zimmertür eines Hausbewoh-

ners. Als dieser noch völlig verschlafen öffnete, stand vor ihm ein Polizeischütze, der eine MP im Anschlag auf ihn richtete. Bei einem ähnlichen Polizeiberuf vor einem Jahr im Stadtviertel wurde so der Schotte McLeod erschossen.

Bei der Durchsuchung in Bochum wurden vorübergehend vier Hausbewohner festgenommen. Ähnliche Aktionen sollen in ganz NRW stattfinden. In Dortmund wurde auf die gleiche Weise eine Hausdurchsuchung durchgeführt ...

Mit dem Notizbuch-Trick haben wir auch in Hamburg schon Bekanntheit gemacht. Am 6. Juli vorigen Jahres drang schwer bewaffnete Polizei in eine Wohnung an der Hochallee ein, die früher als Zentrum des SALZ galt, und in der noch einige Genossen und Sympa-

thisant des KB wohnten. Neun Bewohner wurden vorläufig festgenommen, einige davon in Handschellen und mit der Kugelung gedroht. In dem jüngsten Urteil heißt es aber, daß auch die politische Betätigung außerhalb des Betriebes, in der Freizeit, einen Kündigungsgrund darstellen kann, wenn dadurch die Interessen des „Arbeitgebers“ beeinträchtigt werden. Diese Auswertung stellt gegenüber früher eine wesentliche Verschärfung der Rechtsprechung dar.

Dieser Trick wird wohl auch in Zukunft zum festen Repertoire der Polizei-Provokateure gehören. Und die Bullen sind von ihrer „politischen Führung“ derart aufgeheizt, daß es immer möglich ist, daß einem von ihnen aus blindem Haß oder vielleicht auch aus nackter Angst „versehen“ ein Schuß losgeht und ein Menschenleben ausgelöscht wird, wie es in Stuttgart geschah.

Berichtigung

Verbot politischer Betätigung auch außerhalb des Betriebes

Im AK 28 wurde unter der Überschrift „Extremistenerlaß gegen die Arbeiterklasse“ über ein neues Urteil des Bundesarbeitsgerichtes berichtet. Darin wurde die Entlassung eines Bankangestellten für rechtmäßig erklärt, der in seiner Freizeit „DKP-Flugblätter verteilt hatte.“

Der Artikel hat zwei Fehler: 1. Das Urteil enthält gegenüber der Rechtsprechung der 50er Jahre etwas wesentlich Neues. Damals wurde „nur“ bei politischer Betätigung im Betrieb, am Arbeitsplatz mit der Kündigung gedroht. In dem jüngsten Urteil heißt es aber, daß auch die politische Betätigung außerhalb des Betriebes, in der Freizeit, einen Kündigungsgrund darstellen kann, wenn dadurch die Interessen des „Arbeitgebers“ beeinträchtigt werden. Diese Auswertung stellt gegenüber früher eine wesentliche Verschärfung der Rechtsprechung dar.

2. In dem Artikel wird lediglich gesagt, daß das Verbot der Flugblattverteilung eine Einschränkung der – individuellen – Meinungsfreiheit sei. Flugblätter sind aber für die Öffentlichkeit bestimmte Presseerzeugnisse und insofern wesentlich mehr als eine individuelle

Meinungäußerung. Das Verbot ist eine Ausübung der Pressefreiheit und steht deshalb auch unter starkem Schutz selbst nach dem Anspruch des bürgerlichen Staates war es bisher so, daß die Pressefreiheit nur durch allgemeine Gesetze eingeschränkt werden durfte. Das Bundesarbeitsgericht hat in diesem Urteil aber den Arbeitsvertrag eines einzelnen zur Grenze der Pressefreiheit erklärt. Diese Ersetzung eines Gesetzes durch einen Einzelvertrag bedeutet eine ungeheuerliche Einschränkung des demokratischen Rechtes. Das könnte z.B. ohne weiteres dazu führen, daß ein Verlag bei einem Zeitungsvertriebsvertrag ernsthaft behindert wird, wenn auf dem kalten Wege über den arbeitsrechtlichen „Verbot“ für die einzelnen beschäftigten Mitglieder und Mitarbeiter, „unternehmerfeindliche“ Zeitungen zu verkaufen.

Damit könnte der Staat die Unbequemlichkeit einer offenen, unverhüllten Beschilderung der Pressefreiheit umgehen.

Insgesamt kann man also sagen, daß das Bundesarbeitsgericht mit diesem Urteil durchaus einen „neuen“ Schritt im Abbau der demokratischen Rechte getan hat.

'Schmierfinken unterwegs' - DKP denunziert 'Maoisten' -

Mehrere linke Zeitungen („Roter Morgen“, „Spartacus“ etc.) berichten von einem neuen Ganoven-Stück der DKP. Es handelt sich dabei um eine gezielte Denunziation von angeblichen Sympathisanten der Gruppe „KPD“ durch die DKP-Ortsgruppe Idar-Oberstein (Rheinlandpfalz). In deren Stadtteil-Zeitung werden im vollen Wortlaut Namen und Adressen von fünf „KPD“-Sympathisanten der „Öffentlichkeit“ bekanntgegeben, um – wie es heißt – „als einmal dem Dunkel der Anonymität zu entreißen“. Vor der Denunziation sind Werkzeuge, die nun mit Kündigung und Gewerkschafts-Ausschluss rechnen müssen. Einer der Betroffenen hat nach dieser Denunziation seinen Arbeitsplatz bei der Post verloren, nachdem er einige Zeit zuvor bereits aus seinem Lehrbetrieb flog (er war dort aktiver Jugendsprecher). Die Aktion der DKP (Idar-Oberstein) hatte dieses Ergebnis offenbar zum Ziel.

Der Artikel in der DKP-Stadtteil-Zeitung trägt die vielversprechende Überschrift: „Schmierfinken unterwegs“. Es heißt dort:

„In Idar-Oberstein gibt es eine Maoistengruppe, die von Zeit zu Zeit auszieht, um an Privathäusern unter Zuhilfenahme von schwerförmigen Klebstoff Plakate und Wandstempelungen anzubringen.“

Diese Gruppe hat sich als Spezial-Feind nicht etwa des Großkapitals ausgesprochen, sondern die DKP und die Gewerkschaften. Es sind dieselben Leute, deren Gesinnungs Freunde am

Dienstag, dem 10. April 1973, in Bonn das Rathaus stürmten und einen Sachschaden von über einer halben Million DM errichteten.

Ihre Aktionen – wie Häuser beschmierern, Plakate ankleben u.d. führen sie meist im Schutze der Dunkelheit aus und ihre Schriften, mit denen sie gegen alle Demokraten zu Felde ziehen, sind anonym, selten, daß einmal eine Postfachadresse darauf zu finden ist.

Sie scheuen das Licht der Öffentlichkeit. Sie sind zu feige, ihre Namen darunter zu setzen.

Wir Kommunisten stellen Ihnen deshalb einige der Hauptverursacher der Idar-Obersteiner Gruppe mit vollem Namen und Adresse vor, um sie einmal dem Dunkel der Anonymität zu entreißen ...“ (es folgen die Namen der fünf angeblichen „KPD“-Sympathisanten.)

Das größte Schwein im Land, das ist der Denunziant! (Alte Arbeiter-Weisheit)

NEU ERSCHIENEN

Antrittserklärung

der Ortsgruppe Butzenbach

aus der DKP

erhältlich im Arbeiterbuch 12 Seiten – Preis 50 Pfg.

Kongreß der ‚Révolution!‘

Die französische kommunistische Organisation „Révolution!“ hielt vor kurzem ihren zweiten Kongreß in der Nähe von Paris ab. Auf Einladung der französischen Genossen nahen auch der KB, neben verschiedenen anderen ausländischen Organisationen, mit einer Gastdelegation an diesem Kongreß teil.

Der Kongreß hatte sich zur Aufgabe gemacht, die nach den März-Wahlen entstandene politische Situation in Frankreich, die Entwicklung einer neuen Phase in den gesellschaftlichen Kämpfen und die Auf-

gaben der Revolutionäre in diesem Zusammenhang zu diskutieren. Daneben wurden einzelne Fragen behandelt, wie die Arbeit unter den ausländischen Arbeitern, die Arbeit unter den Studenten und der Zusammenschluß mit der Gruppe „Vers le Communisme“ aus Caen.

Wir werden im ARBEITERKAMPF über die Diskussion und die auf dem Kongreß gefaßten Beschlüsse berichten, sobald die französischen Genossen selbst die verabschiedeten Resolutionen veröffentlicht haben.

Forts. Pierburg

Tagen die Tore „räumen“ lassen. Verhindert werden konnte aber nicht, daß die Produktion zum Erliegen kam und daß sich die Front der Streikenden verbreiterte. Solidarisch reichten sich bald auch deutsche Arbeiter und Arbeiterinnen in die Kampffront ein. Und auch die restlichen Ausländerinnen, die aus Angst vor Repressalien an den ersten beiden Streiktagen ins Werk gegangen waren, blieben vor

Fordarbeiter im Streik

Nachdem die Opel-Arbeiter in Bochum ihren Kampf mit einem recht unbefriedigenden Ergebnis beendet hatten, verlagerte sich der Schwerpunkt der Streikbewegung auf die Ford-Werke in Köln. 24.000 Kollegen befinden sich dort im Ausstand (der größte Teil streikt, während der Rest praktisch ausgespart ist).

Die Forderungen der Ford-Arbeiter lauten:

- Zurücknahme der fristlosen Kündigung von 300 türkischen Arbeitern!
- Senkung der Bandgeschwindigkeiten!
- 1 Mark mehr Stundenlohn und ein 13. Monatsgehalt für alle!
- Verlängerung des bezahlten Jahresurlaubs von vier auf sechs Wochen!

Die Ford-Bosse haben gegen die streikenden und demonstrierenden Arbeiter Polizei-Hunderteinheiten einsetzen lassen, wobei mehrere Kollegen verletzt wurden. Der Streik dauert bei Redaktionsschluss noch an. (28.8.73)

den Toren.

Am Vormittag des fünften Streiktages (am 17. August) kommt das erste „Angebot“ aus den Direktionsräumen: zwölf Pfennig mehr Lohn, Wegfall der Lohngruppe 2.

Unter starkem Protest der versammelten Belegschaft wird diese Regelung zurückgewiesen. Der Streik geht mit Sprechchören „Mehr Geld! Solidarität!“ weiter.

Am Nachmittag desselben Tages liegt dann ein besseres Angebot vor, das von der Streikversammlung mehrheitlich angenommen wird.

30 Arbeiterinnen sollen entlassen werden

Als die Frage noch nicht geklärt war, ob die Streikzeit bezahlt würde, war die weitere Entwicklung noch völlig offen.

Erst die Drohung der Belegschaft, weiterzustreiken, wenn ihnen die Streiktage nicht bezahlt würden, veranlaßte die APG-Geschäftsleitung, einzulernen (und vier der fünf Streiktage zu bezahlen).

Neuer Konfliktstoff brachte die fristlose Entlassung von 30 Arbeiterinnen, die maßgeblich an der Organisierung des Streiks beteiligt gewesen sind. Unter dem Vorwand, diese Arbeiterinnen hätten Kontakt zu „betriebsfremden Gruppen“ aufgenommen, soll mit ihren Entlassungen ein Exempel statuiert werden.

Der Betriebsrat hat diesen Kündigungen nicht zugestimmt – so daß diese Kolleginnen bisher „nur“ ausgespart sind.

Metal-Komitee
KB-Gruppe Hamburg

Kollegen, abonniert den

Jahresabonnement (12 Ausgaben)
DM 9,60 incl. Porto
Für 6 Ausgaben DM 4,80 incl. Porto

Bestellungen an:
Verlag ARBEITERKAMPF
J. Roents
2 Hamburg 13
Rutschbahn 35

Münchner Betriebsräte bei Gestapo-Methoden erwischt

Über einen weiteren Fall vermischer Spitzelanwerbung gegen kommunistische Gruppen berichtet die neueste Ausgabe der südbayerischen „Kommunistischen Arbeiterzeitung“ (KAZ, 37/38 Juli/Aug. 73). Anders, als in solchen Fällen üblich betätigte sich hier aber nicht die Politische Polizei direkt, sondern „stellvertretend“ mehrere Betriebsräte von Zündapp, die auch Mitglieder der IG-Metall sind:

Eine gerade bei Zündapp gekündigter Kollege wird von einem Betriebsrat (Käiber) um ein „vertrauliches Gespräch“ in den nächsten Tagen gebeten. Fünf Tage später erscheint ein freigestellter Arbeitsrat (Schober) während der Arbeitszeit mit Firmenwagen bei ihm zu Hause und lädt ihn auf ein Bier in den Bürgerbräukeller ein. Dort wartet bereits Betriebsrat Neßler.

Man kommt schnell zur Sache. Die Betriebsräte wollen Fotos und Namen von Mitgliedern der kommunistischen Betriebsgruppe von Zündapp, da gegen die „verdächtigen“ Kollegen noch „letzte Beweise“ fehlen. Die Betriebsräte versprechen 3.000 Mark Belohnung, stellen

eine Minox-Kamera (450 Mark) zur Verfügung und nennen dem Kollegen den mutmaßlichen Treffpunkt der Betriebsgruppe.

Die Aktion verläuft offenbar negativ. Am angegebenen Ort war keine Betriebsgruppe anzutreffen, was der Kollege einen Tag später bei einem erneuten Treff den Betriebsräten mitteilen muß. Dafür gelohnt es zwei Genossen von der KAZ, dieses weitere Gespräch vom Nebentisch her zu belauschen und die „verschwiegene Runde“ zu fotografieren, um „letzte Beweise“ sicherzustellen. In diesem Gespräch versuchen die Betriebsräte noch einmal, die Bedenken des angeworbenen Kollegen zu zerstreuen: „Finanziell und juristisch (!) ist alles klar“. Die Betriebsräte notieren ihre Privat-Rufnummern und die direkte Durchwahlnummer zum Betriebsratszimmer für den Kollegen auf einem Zettel. Wenig später bemerken sie offenbar die Genossen am Nebentisch.

Schon am nächsten Tag sind die Betriebsräte für den angeworbenen Kollegen nicht mehr zu sprechen. Schober wurde aus der Schußlinie gezogen und ist inzwischen nicht

mehr bei Zündapp. Neßler will von allem überhaupt „keine Ahnung“ mehr haben. Zündapp-Kollegen fordern jetzt auch die Entlassung von Neßler (als „betriebsstörender Arbeitnehmer“ nach § 104 BVG), sowie seinen Ausschluss aus der IG-Metall. Außerdem verlangen sie Klarheit über die Herkunft des Fotoapparates und der versprochenen 3.000 Mark. „Stammt das Geld von der Geschäftsleitung oder von der politischen Polizei?“ wird gefragt, und „in wessen Diensten stehen Neßler & Co.“?

Die Methoden der Bestechung, Spitzelung, Erpressung, Korruption usw. sind die ganz normalen Methoden des bürgerlichen Staates, und seiner Vertreter, um mit ihren politischen Gegnern fertig zu werden und Macht und Einfluß zu erhalten und auszubauen. Kauf und Bestechung von Staats- und Regierungsbeamten bis hin zu Parlamentarier-Abgeordneten, Abhör-Affären und Spionage-Geschichten, in die die höchsten „Würdenträger“ des bürgerlichen Staates verwickelt sind, gehören zum alltäglichen Bild der sogenannten „freiheitlich-demokratischen Grundordnung“ des korrupten kapitalistischen Staates. Für gewöhnlich wird von diesen Mafia-Praktiken nur ein kleiner Zipfel des ganzen Ausmaßes bekannt, der dann flugs von der bürgerlichen Presse als „Skandal“-Geschichte aufgetischt wird, um vom gigantischen System des allgegenwärtigen Volksbetruges abzulenken.

Inhalt

Streiks in Westdeutschland

Streiks auf breiter Front

Hannover: Streik bei AEG-Telefunken

Gelsenkirchen: Eine Woche gestreikt – nichts erreicht, der dritte „wilde“ Streik bei AEG-

Übersbach in diesem Jahr

Dortmund/Witten: „Haut den Bossen auf die

Floßen“, „wilde“ Streiks bei der Holsten & Kap-

per AG

Neuß/A. Pierburg Autogerätebau KG: Trotz Polizei-

terror ein beachtlicher Streikerfolg

Fordarbeiter im Streik

Betriebe

München: Betriebsräte bei Gestapo-Methoden

erwischt

Hamburg: Bauarbeiter wollen mehr Geld

Elac, Kiel: Lohnforderungen politisch abgeblockt

Hagenau, Kiel: Warnstreik für Teuerungszulage

Kapitalistische Energie-Politik

Krise im Steinkohlenbergbau – Für wen? 1. Teil

Eine ausführliche Analyse der westdeutschen

„Kohlenkrise“ und ihre unterschiedlichen Aus-

wirkungen für Kapitalisten und Arbeiter

Kapitalistische Europa-Politik

EWG-Großmachtpläne der europäischen Imper-

rialisten, 4. Teil:

Westdeutschland und die EWG (1. Teil)

Die EWG auf dem Weg zu einer neokolonialisti-

schon Chiffrierung

Internationales

Frankreich: Polizei besetzt die von den Arbeitern

verwaltete Uhrenfabrik Lip

Der Kampf von Larzac, eine Analyse der

französischen Bauernkämpfe

Kongreß der revolutionären Gruppe

„Révolution!“

Spanien: Folter in Spanien

Ein Revisionist über Spanien, Auseinander-

setzung mit der revisionistischen Berichter-

stattung („UZ“)

Chile: „friedlicher Übergang“ auf dem Sterbebett

Zionismus (Israel): Immer neue Verbrechen

Vietnam: Dringender Appell!

Westdeutsche Linke

KBW: Taktisches Wirtswort – Zur Politik des KBW, 24

2. Teil

DKP: „Schmierfinken unterwegs“, DKP denun-

ziert „Maoisten“

Westdeutsche Polizei

Neue Polizei-Provokationen in NRW

Revolutionäre Justiz

Verbot politischer Betätigung auch außerhalb des

Betriebes

Einheit und Jugendpolitik

Sonderschulstreik in Lübeck-Moising: Spaltung

proletarischer Eltern vorerst gescheitert

Demokratisierung der Schule

Einmischungsversuch gegen antifaschistischen

Jugendbund

10. Weltfestspiele der Jugend und Studenten

in Berlin/DDR

Kommunalspolitik

Zur weiteren Entwicklung des Kampfes gegen

den Bombenabwurfplatz Nordhorn-Ränge

Redaktionelle Anmerkungen

Häufigeres Erscheinen des AK? 2 Leserbriefe

Berichtigung: „LZ“